

TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN
Fachbereich Erziehungswissenschaft

Berlin,
September 2000

DIPLOMARBEIT VON

CONSTANZE KUTSCHKER UND WIEBKE THEM

**„DIE SCHWÄCHE DES GEDÄCHTNISSES VERLEIHT
DEN MENSCHEN STÄRKE.“ (B. BRECHT)
ZUM ANTIFASCHISMUS DER DDR**

ERSTGUTACHTERIN:
ZWEITGUTACHTERIN:

PROF. CHRISTINA THÜRMER-ROHR
IMAN ATTIA

| | |
|---|-----------|
| EDITORISCHE BEMERKUNG | 4 |
| VORWORT | 5 |
| EINLEITUNG | 7 |
| 1. BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN | 9 |
| 1.1 ERINNERUNGSARBEIT | 9 |
| 1.2 FASCHISMUS | 10 |
| 1.3 ANTIFASCHISMUS | 10 |
| 1.4 DIKTATUR UND TOTALITARISMUS | 10 |
| 1.5 MEHRHEITSBEVÖLKERUNG | 11 |
| 2. ABRISS ÜBER DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG, ÜBER DIE ETABLIERUNG UND DIE INHALTE DES ANTIFASCHISMUS- KONZEPTES DER DDR | 13 |
| 2.1 ABRISS ÜBER DIE POLITISCHEN ENTWICKLUNGEN IN DER SBZ/DDR IM HINBLICK AUF ERINNERUNGSARBEIT | 14 |
| 2.1.1 DIE PHASE DER DISKUSSIONEN BIS ZUR VERORDNUNG: 1945 BIS 1953 | 14 |
| 2.1.2 DIE PHASE DER STAGNATION: 1953 BIS 1989/90 | 24 |
| 2.1.3 DIE PHASE DER KURZEN WENDE NACH DER WENDE: 1990 | 26 |
| 2.2 ABRISS ÜBER DIE IDEOLOGISCHEN ENTWICKLUNGEN UND ÜBER DIE INHALTE DES ANTIFASCHISMUS-KONZEPTES | 27 |
| 3. DARSTELLUNG DES DISKURSES ÜBER DEN ANTIFASCHISMUS DER DDR UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG SEINES VERORDNUNGSCHARAKTERS | 34 |
| 3.1 ZUR VERWENDUNG DES BEGRIFFES VOR 1989 | 34 |
| 3.1.1 WOLFGANG WIPPERMANN | 34 |
| 3.1.2 RALPH GIORDANO | 35 |
| 3.2 ZUR VERWENDUNG DES BEGRIFFES IN GESAMTDEUTSCHLAND NACH 1989/90 | 37 |
| 3.2.1 WILFRIED SCHUBARTH | 37 |
| 3.2.2 OLAF GROEHLER | 38 |
| 3.2.3 ULRICH WIEGMANN | 40 |
| 3.2.4 HEINZ KÜHNRICH | 41 |
| 3.2.5 KURT FINKER | 42 |
| 3.2.6 JÜRGEN DANYEL | 43 |
| 3.2.7 MICHAEL ZIMMERMANN | 44 |
| 3.2.8 BERND FAULENBACH | 44 |
| 3.3 ZUSAMMENFASSUNG UND OFFENE FRAGEN DER ANTIFASCHISMUS | 45 |

| | |
|--|------------|
| DER ANTIFASCHISTISCHE GRUNDKONSENS | 46 |
| DER VERORDNETE ANTIFASCHISMUS | 47 |
| „WAHRER“ ANTIFASCHISMUS VERSUS „VERORDNETER“ | 48 |
| DIE MÄNGEL DES „VERORDNETEN ANTIFASCHISMUS“ | 49 |
| WIRKUNG DES ANTIFASCHISMUS DER DDR | 50 |
| FOLGEN DES „VERORDNETEN ANTIFASCHISMUS“ | 51 |
| | |
| 4. DER ANTIFASCHISMUS DER DDR: „VERORDNET“ ODER „GEWOLLT“? GEGENÜBERSTELLUNG ZWEIER THESEN | 52 |
| | |
| 4.1 ANTIFASCHISMUS ALS EINE VERORDNUNG DES HERRSCHAFTSAPPARATES ÜBER DIE MEHRHEITSBEVÖLKERUNG | 53 |
| 4.1.1 VORSTELLUNG DER THESE | 53 |
| 4.1.2 IM KONTEXT DES STAATSVERSTÄNDNISSES | 53 |
| 4.1.3 AUSSAGEN ÜBER DIE INTERESSEN DER MEHRHEITSBEVÖLKERUNG | 54 |
| 4.1.4 WEITERFÜHRENDE ÜBERLEGUNGEN | 56 |
| 4.2 ANTIFASCHISMUS ALS ÜBEREINSTIMMUNG VON HERRSCHAFTSAPPARAT UND MEHRHEITSBEVÖLKERUNG | 57 |
| 4.2.1 VORSTELLUNG DER THESE | 58 |
| 4.2.2 IM KONTEXT DES STAATSVERSTÄNDNISSES | 58 |
| 4.2.3 AUSSAGEN ÜBER DIE INTERESSEN DER MEHRHEITSBEVÖLKERUNG | 59 |
| 4.2.4 WEITERFÜHRENDE ÜBERLEGUNGEN | 60 |
| 4.3 PROBLEMATISIERUNG EINIGER BEGRIFFE DER ERINNERUNGSARBEIT | 63 |
| 4.3.1 DER UMGANG MIT DEM WISSEN ÜBER BEGANGENES UNRECHT | 63 |
| 4.3.2 WEITERFÜHRENDE ÜBERLEGUNGEN | 66 |
| 4.3.3 ENTWICKLUNG UNSERER THESEN UND FRAGESTELLUNGEN | 67 |
| | |
| 5. UNTERSUCHUNG DES ANTIFASCHISMUS-KONZEPTES DER DDR | 69 |
| | |
| 5.1 ANNÄHERUNG AN DEN UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND | 69 |
| 5.1.1 INHALTLICHE ANNÄHERUNG | 69 |
| 5.1.2 METHODISCHE ANNÄHERUNG | 72 |
| WIE KÖNNEN DIE DARGESTELLTEN TRÄGER CHARAKTERISIERT WERDEN? | 73 |
| 5.2.1 PRÄSENZANALYSE | 75 |
| Gestalter der Geschichte: Subjektbezeichnungen | 77 |
| GESTALTER DER GESCHICHTE: SUBJEKTBEZEICHNUNGEN | 77 |
| 5.2.2 ANALYSE DER DARSTELLUNG DER TRÄGER DER GESCHICHTE | 80 |
| <i>Die Faschisten</i> | 80 |
| <i>Die Kommunisten</i> | 97 |
| Die Kommunisten als Opfer | 102 |
| <i>Die Westmächte</i> | 111 |
| 5.2.3 ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG | 115 |
| 5.3 AUSWERTUNG DER ANALYSE DES GESCHICHTSBILDES | 119 |
| 5.3.1 BEDEUTUNG DER TRÄGER | 119 |
| 5.3.2 BEDEUTUNG DER DEUTSCHEN MEHRHEITSBEVÖLKERUNG | 122 |
| | |
| 6. „DIE SCHWÄCHE DES GEDÄCHTNISSES VERLEIHT DEN MENSCHEN STÄRKE.“ (B. BRECHT) | 129 |

| | |
|---|------------|
| 6.1 GESCHICHTE ALS DUALISTISCHER PROZESS | 129 |
| 6.2 NATIONALSOZIALISMUS IST FASCHISMUS | 133 |
| 6.3 FASCHISMUS IST KEINE HISTORIE | 136 |
| 6.4 FAZIT | 140 |
| | |
| AUSBLICK | 144 |
| | |
| ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS | 148 |
| | |
| LITERATURLISTE | 149 |

 **Forschungs- und Arbeitsstelle (FAS) »Erziehung nach/über Auschwitz«** 
in Trägerschaft von SterniPark e.V. · Postfach 52 20 08 · 22598 Hamburg
www.fasena.de · info@fasena.de

Editorische Bemerkung:

Die **Forschungs- und Arbeitsstelle (FAS) »Erziehung nach/über Auschwitz«** hat die freundliche Genehmigung der Autorinnen Constanze Kutschker und Wiebke Them erhalten, diese bislang unveröffentlichte Diplomarbeit online zu stellen.

Die Bearbeitung für diese Online-Version unterscheidet sich in der Seitenzählung von der Ursprungsversion. Constanze Kutschker, die die dieser Version zugrundeliegende Word-Datei erstellt hat, erreichen Sie per eMail über die Adresse ConstanzeKutschker@fasena.de. Die Nachbearbeitung für die **FAS** lag bei **Matthias Heyl**.

Diese Datei darf ausschließlich für **nicht-kommerzielle pädagogische Zwecke** verwendet werden. Eine Herauslösung einzelner Textpassagen oder Abbildungen, die von uns softwareseitig erschwert wurde, ist nicht statthaft. Die Weitergabe der Datei, von Kopien der Datei oder von Ausdrucken der darin enthaltenen Informationen – insbesondere zu anderen als **nicht-kommerziellen pädagogischen Zwecken** – ist nicht zulässig.

Sollten Sie diese Datei kommerziell erworben haben, bitten wir Sie um Nennung des Verkäufers per eMail unter info@fasena.de. Wir möchten jede Form des Missbrauchs unterbinden, damit wir auch in Zukunft Materialien Dritter hier anbieten können, ohne das Urheberrechte oder andere Rechte der AutorInnen dadurch geschädigt werden.

Weitere interessante Materialien finden Sie im Downloadbereich unserer Website www.fasena.de!

Wir freuen uns über jede eMail. Lassen Sie uns gerne an Ihren Erfahrungen mit diesem Material teilhaben, damit wir unseren Service für Sie verbessern können.

FAIR USE NOTICE: This file may contain copyrighted material the use of which may not have always been specifically authorized by the copyright owner. We are making such material available in our efforts to advance understanding of political, human rights, economic, democracy, scientific, environmental, and social justice issues, etc. We believe this constitutes a 'fair use' of any such copyrighted material as provided for in section 107 of the US Copyright Law. In accordance with Title 17 U.S.C. Section 107, the material on this site is distributed without profit to those who have expressed a prior interest in receiving the included information for research and educational purposes. If you wish to use copyrighted material from this site for purposes of your own that go beyond 'fair use', you must obtain permission from the copyright owner.

Vorwort

Wir denken, es handelt sich nicht um eine Frage des Zufalls, dass wir in diesem Jahr gemeinsam eine Diplomarbeit schreiben, in der wir uns mit dem Antifaschismus der DDR beschäftigen. Beide wurden wir auf dem Territorium der DDR geboren und erfuhren 14 Jahre lang eine spezifisch ostdeutsche Sozialisation. Im Frühjahr 1989 traten wir als Mitglieder der Freien Deutschen Jugend bei. Noch im gleichen Jahr vollzog sich durch die Ereignisse im Herbst eine Wende, die sich auf alle Bereiche unseres Lebens auswirkte. So bot sich uns 1990, ab der neunten Klasse, die Möglichkeit auf eine neue Schule zu wechseln, um dort 1995 das Abitur abzuschließen. Daraufhin entschieden wir uns im Herbst, unabhängig von einander, an der Technischen Universität Berlin Erziehungswissenschaften zu studieren, mit Ideen Jugendarbeit zu leisten oder die staatliche Drogenpolitik von Grund auf zu erneuern. Wir fanden uns in Seminaren, die sich basierend auf Hannah Arendts Ideen mit Menschenbildern und Unrechtsbewusstsein beschäftigten, wieder. In diesen Seminaren wurden wir mit Ansätzen und Überlegungen konfrontiert, die uns bis dahin nicht vertraut waren und unser bisheriges Verständnis der Welt irritierten. Diese Impulse regten uns zum Nach- und Überdenken bisheriger Standpunkte an. Wir erfuhren darüber einen (Neu-) Einstieg, uns mit ganz anderen Fragen zum Nationalsozialismus zu beschäftigen. Mit der intensiven Behandlung dieser Thematik zeigte sich auch all jenes, was uns in der DDR vorenthalten wurde. Über diese Auseinandersetzungen konnten wir uns auch der Geschichte der DDR annähern, die auch ein Teil unserer eigenen Geschichte ist. Am Ende unseres Studiums sehen wir in der Diplomarbeit die Möglichkeit, gemeinsam diese beiden Themen zusammenzuführen und somit zwei deutsche Vergangenheiten miteinander zu verknüpfen.

Mit dem Entschluss diese Diplomarbeit zusammen zu schreiben, entschieden wir uns auch, die vorliegenden Seiten gemeinsam zu konzipieren und gemeinsam zu durchdenken. Neben den Herausforderungen, die eine wissenschaftliche Arbeit stellt, gingen wir zudem das Wagnis einer Zusammenarbeit ein. Diese Zusammenarbeit deckte trotz unserer ähnlichen Lebensläufe Unterschiede unserer Persönlichkeiten und damit auch unserer Denk- und Arbeitsweisen auf. In diesem Jahr erweiterten wir die Kompetenzen, die eine gemeinsame Arbeit erfordert. Der ständige Austausch von Gedanken und Ideen ließ uns unsere Unterschiede zunehmend wertschätzen. Wir begriffen unsere unterschiedlichen Vorgehensweisen als Ergänzung, deren Integration unsere Arbeit bereicherte. Von daher finden wir uns beide in dieser Diplomarbeit gleichermaßen wieder.

An dieser Stelle möchten wir all den Menschen unseren Dank aussprechen, die uns dabei vielfältig unterstützt haben. Unser Dank gilt Prof. Christina Thürmer-Rohr und Iman Attia für ihre engagierte Betreuung. Ihre Anregungen und Irritationen empfanden wir als sehr motivierend für unseren Arbeitsprozess. Neben ihnen hat uns der Austausch mit Christiane Griese und Katrin Meyer geholfen, unsere Fragen zu präzisieren und am Thema zu bleiben. Wir danken Britta Tammen, Lena Vater und Alexander Exner für ihre Mühe und die Zeit, die sie sich nahmen, um uns auf Gesetzmäßigkeiten der deutschen Sprache hinzuweisen.

Herzlich bedanken möchten wir uns auch bei unseren Familien und Freunden. Ihre Geduld, ihr Verständnis und ihre Unterstützung halfen uns, unsere Ideen realisieren zu können.

Einleitung

Der Nationalsozialismus gehört international zu den am meisten erforschten Zeiten deutscher Geschichte. Mit einem größer werdenden zeitlichen Abstand scheint es auch der Wissenschaft möglich, diese Zeit immer differenzierter zu beleuchten. Trotz der vielfältigen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus bleiben noch viele Fragen unbeantwortet. Oder eröffnet gerade eine intensive Beschäftigung mit dieser Zeit die Möglichkeit, immer neue Aspekte zu Tage zu bringen und weitere wichtige Fragen entwickeln zu können?

In den neunziger Jahren beschäftigte man sich auch damit, wie das Wissen über und die Erinnerung an den Nationalsozialismus an jüngere Generationen vermittelt werden kann. Im Zuge dessen wurde es möglich sowie notwendig, den Umgang älterer Generationen mit ihrem Wissen und ihren Erinnerungen zunehmend historisch zu betrachten. In universitären Diskursen über deutsche Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus fällt uns auf, dass die ostdeutsche Perspektive häufig vernachlässigt, wenn nicht sogar gänzlich ignoriert wird. Wir gehen davon aus, dass in der Diskussion über deutsche Erinnerungskultur zum Ende des 20. Jahrhunderts der ostspezifische Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit mitreflektiert werden müsste. Wir sehen, dass die ausgesparte Perspektive ehemalige DDR-Bürger von den momentanen Debatten ausschließt. Beispielsweise erleben sie Diskussionen über das Holocaust-Mahnmal in Berlin immer noch als eine westdeutsche Auseinandersetzung.

Durch diese Beobachtungen stellten wir uns die Frage, ob mit dem Zusammenbruch der DDR, mit dem Fall des „antifaschistischen Schutzwalls“ auch der Antifaschismus aus den Köpfen der Leute, die seit dem Kindergarten mit den Legenden über Ernst Thälmann und der „ruhmreichen Sowjetarmee“ konfrontiert waren, verschwunden ist. Oder ob nicht vielmehr die Erfahrung mit der ostdeutschen Erinnerungskultur das Denken ehemaliger DDR-Bürger auch noch gegenwärtig beeinflusst. Genau diesen Überlegungen wollten wir in unserer Arbeit anfänglich nachgehen. Mit diesen Fragen begannen wir, uns dem Antifaschismus als ostdeutsche Erinnerungskultur anzunähern. Doch erschien uns eine Untersuchung seiner Auswirkungen auf das Erinnerungsverhalten in der heutigen Zeit sehr schwierig. Einerseits konnten wir nicht auf Material zurückgreifen, das den Charakter des ostspezifischen Umgangs analysiert und herausgearbeitet hat. Denn auch in der Forschung ist der Antifaschismus der DDR, ob nun zu seiner Zeit oder gegenwärtig, als Gegenstand unbeachtet. Genau solche Forschungsergebnisse müssten aber die Grundlage für unsere Untersuchung bilden.

Andererseits lassen sich die das Denken beeinflussenden Faktoren nicht auf ihren Ursprung zurückführen. Wenn Menschen zehn Jahre nach der Wende interviewt und zu ihrem Geschichtsbild, zu ihrem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit befragt werden, können verschiedenste Einflüsse genau aus diesen zehn Jahren auch dieses mit bestimmen. Zudem scheint es geradezu unmöglich, dass Menschen ihre Sichtweisen von vor über zehn Jahren getreu rekonstruieren können.

Von daher nahmen wir von diesen Fragestellungen Abstand und konzentrierten unsere Arbeit auf die Darstellung und Analyse der ostdeutschen Erinnerungskultur: den Antifaschismus. Um sich dieser Thematik anzunähern, beschäftigten wir uns damit, wie der Antifaschismus in der DDR etabliert wurde und welche Aufgaben ihm zugewiesen wurden. Dieser historischen Beschreibung folgt ein Überblick des Diskussionsstandes. Dort wird dargestellt, wie vor und nach der politischen Wende 1989 von ost- und westdeutschen Autoren über den Antifaschismus der DDR diskutiert wurde. Markant dafür ist die weitläufige These eines „verordneten Antifaschismus“. Wir werden diese Überzeugung in dieser Arbeit zur Diskussion stellen. Denn unseres Erachtens konzentriert man dadurch den Blick auf den Herrschaftsapparat und vernachlässigt somit die Perspektive der Bevölkerung. Dieser vernachlässigten Perspektive wollen wir nachgehen, denn Erinnerungsarbeit ist unserem Verständnis nach keine ausschließlich staatliche Angelegenheit. Erinnerung ist immer auch eine persönliche Angelegenheit, deren Tragweite bis in den privaten Raum reicht.

Bezogen auf den Antifaschismus untersuchen wir das Verhältnis von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung in der DDR. Dabei stützen wir unsere Überlegungen auf Ansätze von Hannah Arendt. Sie stellte heraus, dass sich Gesellschaften ihren Inhalten/Ideologien entsprechend organisieren bzw. formieren. Von dieser Überlegung ausgehend, dass die Inhalte auch die Formation von Staaten bestimmen können, scheint uns eine inhaltliche Analyse des Antifaschismus-Konzeptes geeignet, um auch Aufschluss über das Verhältnis von Mehrheitsbevölkerung und Herrschaftsapparat unter dem Dach des Antifaschismus erhalten zu können.

Um den Antifaschismus inhaltlich zu analysieren, untersuchen wir die Darstellung des Faschismus im DDR-Geschichtsbild. Dafür verwenden wir das Geschichtslehrbuch der neunten Klasse von 1987. Über die Darstellung der auf den Geschichtsprozess einwirkenden Kräfte erhoffen wir uns Aussagen über die Spezifität der DDR-Erinnerungskultur. Welche auffälligen Merkmale kennzeichnen einen ostdeutschen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit? Die erarbeiteten Charakteristika diskutieren wir in Zusammenhang mit unseren Thesen. Abschließend resümieren wir unsere Ergebnisse und setzen sie in Bezug zum Titel unserer Arbeit.

Erstes Kapitel

1. Begriffserläuterungen

Bevor wir in unsere Thematik inhaltlich einsteigen, erachten wir es als notwendig, vorab einige Begriffe zu erläutern. Für eine bessere Lesbarkeit und ein besseres Verständnis wollen wir jene Begriffe klären, die für unsere Arbeit grundlegend sind.

Dabei handelt es sich in erster Linie um Begriffe, die unterschiedlich verstanden werden können. Wir wollen an dieser Stelle diese Begriffe nicht zur Diskussion stellen, sondern wir stellen unser Verständnis über diese dar. Das bedeutet nicht, dass wir eine Diskussion über alle hier vorgestellten Begriffe für überflüssig halten. Zeit und Rahmen dieser Arbeit zwingen uns, sie ausschließlich in den Bedeutungszusammenhang einzuordnen, in dem sie für unsere Arbeit relevant sind.

1.1 Erinnerungsarbeit

Unter Erinnerungsarbeit verstehen wir den Umgang mit der Vergangenheit. Diese Erinnerungsarbeit wird sowohl im öffentlichen wie im privaten Raum geleistet. Wir gehen davon aus, dass die Art und Weise des Gedenkens im öffentlichen Raum auf die Art und Weise des Gedenkens im privaten Raum Einfluss nimmt und umgekehrt. Der Umgang mit der Vergangenheit ist ein fortwährender und prozessartiger Vorgang, deshalb sprechen wir nicht von Vergangenheitsaufarbeitung oder Vergangenheitsbewältigung. Unseres Erachtens bestimmt jede neue Generation den Umgang mit der Vergangenheit neu. „Sie ist damit beteiligt an dem konflikthaften Prozess der Deutung und Umdeutung, des Beschreibens und Umschreibens von Vergangenheit, der schließlich die Kultur der Erinnerung ausmacht“ (Thürmer-Rohr 1999, S. 1). Erinnerungskultur wird ebenfalls durch das Zusammenspiel öffentlicher und privater Räume geprägt. Dieser Begriff bezeichnet das fortwährende Aushandeln, wie mit der Vergangenheit umgegangen werden muss. Von daher verwenden wir diese beiden Begriffe auch synonym.

In unserer Arbeit bezieht sich die Erinnerungskultur überwiegend auf den Umgang der postnationalsozialistischen Gesellschaft in der DDR mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit. Wie die DDR offiziell Erinnerungskultur gestaltete, drückt sich in ihrem Geschichtsbild über den Nationalsozialismus aus. An einigen Stellen fällt unter Erinnerungsarbeit auch der Umgang ehemaliger DDR-Bürger mit ihrer DDR-Vergangenheit.

1.2 Faschismus

Wir verwenden den Begriff Faschismus ausschließlich in dem Zusammenhang, wie er in der DDR gebraucht wurde. Die DDR übernahm die Definition von G. Dimitroff, die er 1933 formulierte. Faschismus ist die „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (zit. nach LB 1987, S. 190). In der DDR wurde als Faschismus auch die Zeit in Deutschland zwischen 1933 und 1945 verstanden. Unsere Lehrbuchanalyse wird das genaue Verständnis der DDR von Faschismus darlegen.

Wir werden diesen Begriff nicht übernehmen. Unserer Meinung nach bezeichnet der Begriff Nationalsozialismus diesen Zeitabschnitt in Deutschland exakter. Die Gründe dafür erschließen sich ebenfalls im Laufe der Arbeit. Wir verwenden den Begriff Faschismus nur dann, wenn wir speziell auf den Umgang der DDR mit eben dieser Vergangenheit eingehen. Im Gegensatz dazu sprechen wir von Nationalsozialismus, wenn wir uns generell mit dieser Historie beschäftigen.

1.3 Antifaschismus

Wir übernehmen den Begriff Antifaschismus ausschließlich in dem Zusammenhang, wie er in der DDR gebraucht wurde. „Der **Antifaschismus**¹ ist der politische und ideologische Inhalt einer ihrem Wesen nach antiimperialistischen Volksbewegung gegen den Faschismus“ (Butzmann u.a. 1982, S. 43). Die DDR verstand sich als antifaschistischer Staat. Dementsprechend zeichnet der Antifaschismus die offizielle bzw. staatliche Erinnerungskultur der DDR aus und findet sich also maßgeblich im Geschichtsbild der DDR wieder. Das Selbstverständnis der DDR als antifaschistischer Staat wird in unserer Arbeit noch häufiger thematisiert. Auf die genaueren Zusammenhänge von Antifaschismus und Erinnerungskultur gehen wir im Laufe unserer Arbeit noch detaillierter ein.

1.4 Diktatur und Totalitarismus

Diesen beiden Begriffen ist gemein, dass über sie unterschiedlichste Verständnisse und Definitionen herrschen. Bei der Verwendung dieser Begriffe stützen wir uns auf die Thesen Arendts. Ein totalitärer Staat unterscheidet sich unter anderem von einem diktatorisch geführten in dem Verhältnis von Herrscher und Beherrschten. In einer Diktatur wird, nach Arendt, das Volk von seinen Herrschern beherrscht. Diktatorische Herrscher besitzen die Macht und die Gewalt, ihren Willen dem Volk aufzuzwingen. Dementsprechend kann sich der Volkswille deutlich von dem des Herrschers unterscheiden. Kennzeichnend für eine Diktatur sind sogenannte Nischen, in denen der

¹ Die Hervorhebung entspricht der in der zitierten Literatur vorgenommenen Markierung.

Volkswillen seine Entfaltung findet. Diese Nischen existieren in einem totalitären Staat nicht. Der totalitäre Staat zeichnet sich darin aus, dass sich Herrscher und Beherrschte in ihrem Willen gleichen und so zu einem Körper verschmelzen. Somit ist der Führer eines totalitären Staates lediglich ein Exponent des Volkswillens und dadurch auch austauschbar (vgl. Arendt 1996a, S. 701f. und 734f.).

In der folgenden Arbeit wird es uns nicht darum gehen, die DDR als einen diktatorischen oder einen totalitären Staat einzuordnen. Vielmehr erhalten diese Thesen für unsere Arbeit eine Relevanz, wenn wir sie in Beziehung zum Antifaschismus der DDR setzen. Wir betrachten also die Stellung des Antifaschismus im Staatsgefüge der DDR. Wir interessieren uns für das Verhältnis von Antifaschismus und Mehrheitsbevölkerung.

1.5 Mehrheitsbevölkerung

Wir sehen in dem Begriff Mehrheitsbevölkerung eine Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen innerhalb von modernen Gesellschaften. Diese Machtverhältnisse entstehen dadurch, dass Menschen in spezifische Gruppen einer Gesellschaft eingeteilt werden. Diese Gruppen werden durch ideologische Kategorien konstruiert. Den Kategorien entsprechend werden die Menschen einer Gesellschaft eingeteilt in Dazugehörige und Ausgeschlossene. Für die Gruppe der Ausgeschlossenen ist charakteristisch, dass sie sich in der Minderheit befindet und von Repressionen und letztendlich von Eliminierung betroffen ist. Die Gruppe der Dazugehörigen profitiert in verschiedenster Form vom Ausschluss der Anderen und erfährt über diesen Ausschluss eine machtvolle Position. Dadurch sind sie in verschiedenster Form in dieses System involviert. Die Facetten können dabei von einer Beteiligung bis hin zu einer direkten Täterschaft reichen. Der Begriff Mehrheitsbevölkerung beschreibt weite Teile der Bevölkerung, die die Gruppe der Dazugehörigen bildet und schließt die Konsequenzen, die sich aus diesem Status ergeben, mit ein.

In dieser Arbeit werden wir von der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung sprechen. Kennzeichnend für den Nationalsozialismus war die rassistische Einteilung der Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass all jene Menschen zur nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung zählten, die nicht von Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung betroffen waren. Aufgrund der oben aufgezeigten Zusammenhänge wollen wir an dieser Stelle deutlich machen, dass wir davon ausgehen, dass alle Mitglieder der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung an dem System und seinen Verbrechen vielfältig beteiligt waren.

Auch in der DDR gab es eine Mehrheitsbevölkerung. Diese Gruppe entstand aus den ideologischen Grundlagen des Kommunismus. Ein Dazugehören kann sich aus der

Klassenzugehörigkeit und/oder einer kommunistischen Geisteshaltung, also der Parteizugehörigkeit, ergeben. Mit dem Begriff DDR-Mehrheitsbevölkerung meinen wir all jene Menschen, die in diesem System ihren Platz gefunden haben und nicht von Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung betroffen waren. Es geht uns dabei nicht um eine Relativierung oder gar Gleichsetzung dieser beiden Systeme, sondern wir wollen damit den Status bzw. die Stellung der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung innerhalb ihrer Systeme definieren. Wir vermuten allerdings, dass sich die DDR-Mehrheitsbevölkerung in weiten Teilen aus der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung rekrutiert hat. Daraus ergibt sich für uns, dass mehrheitlich die Bürger der DDR den Nationalsozialismus als Mitglieder der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung erfahren haben.

2. Abriss über die geschichtliche Entwicklung, über die Etablierung und die Inhalte des Antifaschismus-Konzeptes der DDR

In diesem Teil der Arbeit soll die Etablierung des Antifaschismus-Konzeptes der DDR dargestellt werden. Die Entstehung und Etablierung dieses Konzeptes ist in direkter Weise verwoben mit den politischen Entwicklungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Zum weiteren Verständnis dieses geschichtlichen Prozesses bildet der Kalte Krieg einen über deutsche Grenzen hinausreichenden Hintergrund.

Wir betrachten und untersuchen das Antifaschismus-Konzept auf der politischen Ebene, mit dem Fokus auf die Erinnerungsarbeit des deutschen Staates DDR.

Mit dem Ziel einer möglichst differenzierten Darstellung der Ereignisse und Prozesse, erachten wir es als sinnvoll, eine Trennung vorzunehmen. Eine Trennung derart, dass in einem ersten Teil eine Schilderung von Tatsachen über die politischen Entwicklungen in der SBZ/DDR im Hinblick auf Erinnerungsarbeit erfolgen soll. Das heißt, dass jene politischen Entwicklungen und Ereignisse dargestellt werden, die auf dem Territorium der SBZ/DDR von 1945 bis 1989/90 signifikant für den Umgang mit der damals jüngsten deutschen Geschichte, dem Nationalsozialismus, waren. In diesem stellen wir skizzenhaft die Machterrichtung und Machterhaltung der politischen Kräfte dar, die die Ideologie und Inhalte des Antifaschismus-Konzeptes bestimmten und aufgrund ihrer Machtposition dieses Konzept verordneten.

Im nächsten Teil erfolgt ein Abriss über die Inhalte und ideologischen Entwicklungen des Antifaschismus-Konzeptes der DDR, obwohl eine exakte Trennung recht schwierig ist, da die Inhalte aus politischen Entwicklungen mitbestimmt wurden. Diese das Antifaschismus-Konzept bestimmenden Inhalte und Ideologien sind in direkter Weise verbunden mit dem geschichtlichen Verständnis über den Nationalsozialismus. Die Grundlage für das Entstehen des Antifaschismus-Konzeptes bildet die Deutung des Nationalsozialismus als Faschismus durch die führenden politischen Kräfte in der SBZ/DDR. Die Deutung des Nationalsozialismus als Faschismus (nach Dimitroff²) lässt das Antifaschismus-Konzept als spezifische Form der Erinnerungskultur der DDR verstehen.

² Wie schon im ersten Kapitel dargestellt, übernahm die DDR die Faschismus-Definition von G. Dimitroff (vgl. S. 10).

Die dazu verwendete Literatur entstand ausschließlich in den 90er Jahren, also nach der Wende 1989/90. Die Autoren und Autorinnen stammen aus der Bundesrepublik und der DDR. Von daher liefern die AutorInnen ein breit bearbeitetes Spektrum der Thematik. Bedeutsam für unsere Arbeit waren vor allem die Texte von Michael Kohlstruck, Jürgen Danyel, Antonia Grunenberg, Annette Leo, Olaf Groehler und Hermann Weber.

2.1 Abriss über die politischen Entwicklungen in der SBZ/DDR im Hinblick auf Erinnerungsarbeit

Bei der Darstellung der politischen Entwicklungen in der SBZ/DDR im Hinblick auf Erinnerungsarbeit übernehmen wir die Einteilung in drei Phasen von Michael Kohlstruck. Die erste Phase umschließt den Zeitraum von 1945 bis 1953 und ist in zwei weitere Abschnitte untergliedert. In dieser Zeit kommt es zu mannigfaltigen politischen Veränderungen auf allen Ebenen. Diese finden in unserer Darstellung Niederschlag und umfassen einen größeren Bereich des Kapitels als die darauffolgenden Phasen. Die zweite Phase nimmt den zeitlich größten Umfang ein, von 1953 bis 1989, ist aber eher geprägt von Stagnation. Am Schluss steht die dritte Phase, die die Zeit der DDR nach der Wende bis zum Anschluss an die BRD umfasst (vgl. Kohlstruck 1997, S. 45ff.).

2.1.1 Die Phase der Diskussionen bis zur Verordnung: 1945 bis 1953

Diese erste Phase ist in zwei Teilphasen untergliedert. Die Gründung der DDR im Oktober 1949 bildet dabei die Zäsur. Das Ende der gesamten ersten Phase markiert die Etablierung der „systemspezifischen Form der Vergangenheitsbewältigung“ im Jahre 1953, die einhergeht mit der Zwangsauflösung der VVN, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (Kohlstruck 1997, S. 45).

*Erste Teilphase: „Sturm- und Drangperiode des antifaschistischen Neubeginns“
(Kohlstruck 1997, S. 46)*

Kennzeichnend für den Beginn dieser Phase sind breite Diskussionen über die Schuld der Deutschen und die Ursachen des Nationalsozialismus, die von verschiedenen Opfer- und Verfolgtengruppen des Nationalsozialismus öffentlich thematisiert werden. Diese verschiedenen Gruppen von Opfern und Verfolgten des Nationalsozialismus und Remigranten fühlen sich nach der Kapitulation des Dritten Reiches miteinander verbunden. Die gemeinsamen Erfahrungen der Verfolgung und Unterdrückung schaffen verbindende Momente (vgl. Leo 1992, S. 143). Hervorzuheben ist die Pluralität dieser Gruppen, in denen sich Juden, Christen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Konservative sowie Anhänger der Zeugen Jehovas und der ernsthaften Bibelforscher zusammenfinden (vgl. Kohlstruck 1997, S. 144).

Die erste Zeit dieser Phase ist gekennzeichnet von einem antifaschistischen Grundkonsens.

Der anti-faschistische Grundkonsens

Dieser antifaschistische Grundkonsens lässt sich folgendermaßen mit Inhalt füllen: Es ist die Einigkeit darüber, zielorientiert etwas dem Faschismus Entgegengesetztes zu schaffen, einen Anti-Faschismus, der in seiner Art (Räterepublik oder parlamentarische Demokratie oder christlich orientierter Sozialstaat oder Diktatur) noch nicht näher definiert ist. Das ist ein Erklärungsansatz über einen Konsens, in dem die Erfahrung des Terrors des Dritten Reiches das verbindende und zukunftsorientierte Moment schafft³. Verknüpft mit dem Ziel, politisch tätig zu werden, gründen sich Gruppen von Opfern und Verfolgten. Eine dieser Gruppen war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Diese Organisation erfährt an dieser Stelle eine besondere Betonung, da sie sich (in Gesamtdeutschland) als Interessenverband aller Antifaschisten versteht und durch ihre Ziele und einen überparteilichen Anspruch ein Gegenstück zur Linie der KPD/SED darstellt. Die Entwicklung der VVN in der SBZ/DDR spiegelt die Etablierung des Antifaschismus-Konzeptes durch die KPD/SED wider.

1947 gründet sich die VVN, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, vor dem Hintergrund der schnell zusammenbrechenden Antihitlerkoalition⁴. In dem einheitlich angenommenen Programm lässt sich der antifaschistische Gründungskonsens vermuten. Die Ziele liegen im politischen Wollen, das deutsche Volk über die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären, „die Nazis aus den Ämtern und Verwaltungen zu entfernen und so die demokratische Erneuerung des gesamten Lebens zu befördern“ (Schneider 1997, S. 45).

Die Entwicklungen dieser durch die Pluralität ihrer Mitglieder bestimmten Gruppe stehen im Kontrast zu den zeitlich parallel laufenden Bestrebungen der KPD/SED.

Die Machtbestrebungen der KPD/SED

In einem Aufruf⁵ des ZK der KPD im Juni 1945 wird neben der politischen Führung, dem reaktionären Militär und den „imperialistischen Auftraggeber(n) der Nazipartei“

³ In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, dass dieser antifaschistische Konsens nicht der Einstellung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung entspricht.

⁴ Unter Antihitlerkoalition versteht man den Zusammenschluss der Alliierten im Kampf gegen „Hitlerdeutschland“. Das Ziel, die Bekämpfung des Nationalsozialismus in Deutschland, schafft eine Koalition von Staaten (und innerhalb Deutschlands von Menschen und Gruppen) und lässt dabei die sonst differierenden politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen in den Hintergrund treten.

⁵ „Um so mehr muss in jedem deutschen Menschen das Bewusstsein und die Scham brennen, dass das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen

auch dem deutschen Volk eine Schuld und Mitverantwortung für den Nationalsozialismus gegeben (MAAdDDR 1968, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 46f.). Dabei wird die deutsche Bevölkerung schon in „Verführer“ und „Verführte“ eingeteilt. Diese Einteilung beeinflusst das Verständnis deutscher Bevölkerung von Verantwortung und Verantwortungsübernahme für die Zeit des Nationalsozialismus.

Die KPD setzt sich in eine Sonderstellung. Eine Sonderstellung einerseits, weil von der kommunistischen Partei (vor 1933 Opposition) Widerstand geleistet worden ist. Andererseits wird der Sieg, insbesondere der Sowjetunion über den Nationalsozialismus, als Sieg des Kommunismus über den Faschismus gesehen. Damit wird es auch ein Sieg für die Kommunistische Partei Deutschlands.

Schon 1945 hat die KPD in der SBZ ein wachsendes gesellschaftliches Gewicht erlangt. Dadurch, dass die SMAD (Sowjetische Militäradministration) wichtige Positionen mit Kommunisten besetzt⁶, wächst ihr Einflussbereich, noch ehe die Partei offiziell zugelassen wird (vgl. Weber 1999, S. 29).

Schon vor der Kapitulation Deutschlands werden im April 1945 von der Roten Armee deutsche Kommunisten aus dem sowjetischen Exil nach Deutschland gebracht. Diese sind während ihrer Exilzeit in der UdSSR auf verschiedene Aufgaben im Nachkriegsdeutschland vorbereitet worden und haben dort eine ideologische Schulung im Sinne des Stalinismus erfahren (vgl. Weber 1999, S. 24). Drei Gruppen deutscher Kommunisten, unter anderem die Gruppe Ulbricht für Berlin, sollen die Sowjetarmee im Neuaufbau der Verwaltung unterstützen (Weber 1999, S. 26).

Die Gruppe Ulbricht⁷

Die SMAD unterstützt zunehmend die Entwicklungen und Bestrebungen der KPD, insbesondere der Gruppe Ulbricht (vgl. Weber 1999, S. 24f.).

Die Gruppe Ulbricht wird hier in besonderer Weise thematisiert, da sie nicht für die KPD an sich steht, sondern innerhalb der Partei und dem politischen Feld der SBZ für

trägt. Nicht nur Hitler ist Schuld an den Verbrechen, die an der Mehrheit begangen wurden!“ (MAAdDDR 1968, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 46f.).

⁶ *Die SBZ ist die von der Sowjetunion besetzte Zone Deutschlands. Das oberste Machtorgan für alle vier Zonen bildet der Alliierte Kontrollrat (Juni 1945 bis März 1948), der sich aus den Oberkommandierenden der Besatzungstruppen zusammensetzte. In den einzelnen Besatzungszonen besitzen die einzelnen Befehlshaber die Entscheidungshoheit, das heißt, sie können eigenständig Befehle und Gesetze erlassen. In der SBZ fungiert als oberstes Machtorgan die Sowjetische Militäradministration (SMAD) „zur Durchführung der Kontrolle über die Erfüllung der Deutschland durch die bedingungslose Kapitulation auferlegten Bedingungen und zur Verwaltung der sowjetischen Okkupationszone Deutschlands“ (Weber 1999, S. 30).*

⁷ Die aus Moskau eingeflogene Gruppe Ulbricht setzt sich aus folgenden Funktionären zusammen: Walter Ulbricht, Richard Gyptner, Otto Winzer, Hans Mahle, Gustav Gundelach, Karl Maron, Walter Köppe, Fritz Erpenbeck und Wolfgang Leonhard. „Sie (die Gruppe Ulbricht, Anm. d. V.) war ein getreues Spiegelbild der herrschenden Funktionärstypen des Stalinismus“ (Leonhard 1990, S. 412).

die Interessen und Ideen der sogenannten Ostexilanten. Die von den Ostexilanten in Bezug auf die Gestaltung der Zukunft Deutschlands vertretenen Interessen stehen in völliger Übereinstimmung mit denen der Sowjetunion.

Innerhalb der KPD setzen sich verschiedene Mitglieder meist konfliktartig auseinander. Meinungsverschiedenheiten entstehen meist zwischen Mitgliedern, die nach 1945 aus dem Exil der UdSSR gekommen sind, verschiedenen Mitgliedern, die in Deutschland in Verfolgung und Haft überlebt haben und Exilanten aus dem westlichen Ausland, also außerhalb des Machtbereiches Moskaus. Die spezifischen Erfahrungen dieser Menschen prägen nachhaltig ihre Einstellungen und ihre Überlegungen zum Antifaschismus und für die zukünftige Gestaltung Deutschlands.

Einigkeit herrscht in der Auffassung, dass die Spaltung der Arbeiterklasse eine der Hauptursachen für den Sieg der Nationalsozialisten 1932/33 gewesen ist. Somit besteht ein gemeinsames Ziel darin, eine erneute Spaltung zu verhindern. Über dieses gemeinsame Ziel hinausgehende Vorstellungen differieren völlig (vgl. Grunenberg 1993, S. 122).

Um Einigkeit in der Partei herzustellen und wegen dem Misstrauen gegenüber vielen Alt-Kommunisten (mehrheitlich keine Ostexilanten), fordert Ulbricht immer häufiger neue Funktionäre aus der UdSSR an, die dort einer ideologischen Schulung unterzogen worden sind. Weiterhin versucht er, durch Neuaufnahmen die Zusammensetzung der Partei zu verändern und damit den Konflikt zu verlagern (vgl. Groehler 1995, S. 20f.).

Nach einem kurzen Überblick über die verschiedenen politischen Gruppen in der SBZ, konzentrieren wir uns nun auf die Ideen dieser Kräfte, die sie für eine zukünftige Gestaltung Deutschlands haben.

Die „antifaschistisch-demokratische“ Umgestaltung

Von kommunistischer Seite aus erachtet man, neben der Spaltung der Arbeiterklasse, das Kapital und die parlamentarische Demokratie, als Wegbereiter für den Nationalsozialismus. Mit dem Konzept eines radikal anderen Gesellschaftssystems beabsichtigen SMAD/KPD diesen Ursachen entgegenzuwirken (vgl. Pohlmann 1995, S. 188).

Dieses Ziel entspricht dem Geschichtsverständnis der Sowjetunion, die den Nationalsozialismus, gedeutet als Faschismus, als ein internationales Problem versteht, welches nur gelöst werden kann durch eine politische und gesellschaftliche Umstrukturierung (vgl. Kohlstruck 1997, S. 44f.). Dementsprechend vollzieht die SMAD mit Strukturveränderungen und Neubesetzungen von Funktionen in der SBZ Wandlungen (vgl. Weber 1999, S. 35). In der Praxis lässt sich das unter den

Schlagwörtern: Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Enteignung zusammenfassen (vgl. Emrich 1994, S. 234).

Die Entmachtung der NS-Eliten wird verquickt mit der Etablierung neuer Eliten durch die Kader⁸ der KDP/SED. In diesem Sinne wird die Entnazifizierung instrumentalisiert, um den kommunistischen Machtanspruch durchzusetzen (vgl. Herbert 1992, S. 19).

Die von der SMAD und KPD angestrebte „antifaschistisch-demokratische“ Umgestaltung ist ein spezifisches „Ineinander von Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, gesellschaftlicher Umgestaltung und Errichtung der Parteidiktatur“ (vgl. Kohlstruck 1997, S. 47).

Mit dem Ziel eine erneute Spaltung der Arbeiterklasse zu verhindern, versteht man die im April 1946 durchgeführte Zwangsvereinigung⁹ von KPD und SPD zur SED (in der SBZ) als „herausragende antifaschistische Tat“ (vgl. Emrich 1994, S. 234).

Der antifaschistisch-demokratische Neubeginn verhilft der SED ihre gesellschaftlichen Machtbasen auszuweiten (vgl. Pohlmann 1995, S. 194). Von Kommunisten und SMAD werden die Gründungen einer National-Demokratischen Partei Deutschlands¹⁰ (NDPD) und einer Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) initiiert. Diese Organisationen dienen im antifaschistischen Parteienblock lediglich zur Unterstützung der SED, gegen eine Opposition von CDU und LDPD. Auch mit der Aufnahme der Massenorganisationen FDJ und FDGB in den Block verfolgt die SED das gleiche Ziel. Die scheinbare „Vielfältigkeit“ innerhalb der „Einheitsfront antifaschistisch-demokratischer Parteien“ verhilft den Beschlüssen von SMAD und SED zu einer pseudodemokratischen Legitimation (vgl. Pohlmann 1995, S. 194).

Alle innenpolitischen Entwicklungen der SBZ dürfen nicht isoliert betrachtet werden, sondern unter Berücksichtigung der außenpolitischen Entwicklungen, unter den Einflüssen des Kalten Krieges.

Der Einfluss des Kalten Krieges

Durch die zunehmende Verschärfung des Kalten Krieges verändert sich auch die Deutschlandpolitik der Alliierten. Immer deutlicher verstärken sich die Bestrebungen,

⁸ Unter Kader versteht man: „das ständige, ideologisch geschulte, stets einsatzbereite, (...) Funktionärskorps“ (dtv Bd. 9, 1997, S. 142).

⁹ Dies bedeutet nicht nur eine Veränderung des Parteiensystems und eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands, sondern lässt eine allmähliche Übertragung des sowjetischen Modells des Einparteiensstaates in der SBZ erkennen. Gleichzeitig beendet dieser Zusammenschluss die Möglichkeit eines pluralistisch-politischen Systems (vgl. Weber 1999, S. 69).

¹⁰ Die von der SMAD initiierte Gründung der NDPD und des DBD ist funktional für die Integration von ehemaligen Nationalsozialisten, Bürgerlichen und Bauern in den Parteienblock (vgl. Weber 1999, S. 105).

die jeweilige Landespolitik der Besatzungsmächte auch auf die von ihnen besetzten Gebiete zu übertragen.

Mit dem Bruch 1948 zwischen Jugoslawien, unter Tito, und der Sowjetunion, unter Stalin, verändert sich das Verhalten der UdSSR in ihrem Einflussgebiet dahingehend, dass sie „mit diktatorischen Mitteln begann (...) die Vorherrschaft (...) und die alleinige Gültigkeit ihres Gesellschaftsmodells durchzusetzen“ (Leo 1995, S. 178).

Infolgedessen erteilt man einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“¹¹ eine Absage (vgl. Leo 1992, S. 145).

Die Abkehr vom „eigenen Weg“ bedeutet die Entwicklung zum Sozialismus ausschließlich nach dem Vorbild der Sowjetunion zu gestalten. Damit beginnt eine Veränderung der SED zur „Partei neuen Typus“, einer Neugestaltung (Zentralisierung und Hierarchisierung) der Partei nach der Vorlage der KPdSU. „Die Übertragung des sowjetischen Modells auf die SBZ setzte voraus, die SED zu einer kommunistischen Partei im Sinne Stalins zu machen“ (Weber 1999, S.112).

Von da ab vollzieht sich in der SBZ eine zunehmende Stalinisierung. Diese drückt sich in einer Politik der Repressionen aus.

Die Politik der Repressionen

Diese Politik der Repressionen entwickelt sich vor dem Hintergrund der Machtausweitung der SED. Diese strebt zunehmend nach einem alleinigen Führungsanspruch in diesem Teil Deutschlands.

Die Partei wird von sogenannten „feindlichen und entarteten Elementen“ gesäubert (vgl. AdsD 0051, zit. nach Weber 1999, S. 114). Betroffen von diesen „Säuberungen“ sind in erster Linie Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und oppositionelle Kommunisten (vgl. Weber 1999, S. 114). Diese Politik zielt darauf ab, die Partei von vermeintlichen und tatsächlichen „Feinden“ zu reinigen, um dann die Kaderpolitik besser zu steuern, die Mitglieder der neuen Politik entsprechend zu erziehen und zu mobilisieren. Weiterhin dient sie der „Präsentation von ‚Schuldigen‘ für die vielfältigen Defizite in Partei, Wirtschaft und Gesellschaft“ (Mählert 1998, S. 371).

Als „Feind“ versteht man jene Menschen, die der neuen Politik der SED, also auch der Politik der Sowjetunion, kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Diese „Feinde“ werden verfolgt, verhaftet, verurteilt, liquidiert und somit zum Schweigen gebracht.

¹¹ Vor dem Bruch zwischen Stalin und Tito wird den Satellitenstaaten der Sowjetunion eine eigene Entwicklung hin zum Sozialismus gestattet. Dementsprechend formuliert die KPD in ihrem Aufruf vom 11.06.1945: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Freiheiten für das Volk“ (Deutsche Volkszeitung, Nr. 1 vom 13.06.1945).

Betroffen sind davon auch Repräsentanten der verschiedenen Opfer- und Verfolgtengruppen, deren Erinnerungen nicht in das von der SED entworfene Schwarz-Weiß-Bild des Faschismus und somit des Widerstandes passen (vgl. Leo 1992, S. 146). Die dargestellte eigene Widerstandsbewegung legitimiert grundlegend die Macht und Politik der SED.

Die Präsentation der Vergangenheit

Für die SED scheint das Motto Gültigkeit zu haben: „Wer das Erbe des Widerstandes gegen Hitler für sich reklamierte und vorgab, es zu repräsentieren, konnte damit einen politischen Führungsanspruch im Nachkriegsdeutschland geltend machen“ (Groehler 1995, S. 18).

Dementsprechend erfährt die dargestellte Zeit des Faschismus eine einseitige Betonung (bis zur Ausschließlichkeit) des kommunistischen Widerstandes, verbunden mit einer Hervorhebung des Sieges der Sowjetunion, also des Kommunismus, über den Faschismus (vgl. Leo 1995, S. 178).

Die SED verleiht dem Begriff des Antifaschismus eine neue Zielrichtung, ein neues Konzept. Diesem Konzept liegt ein Konsens in doppeltem Sinne zugrunde, den A. Grunenberg „als antikapitalistischer und als antiwestlicher“ bezeichnet (Grunenberg 1993, S. 134). Dabei wird in direkter Weise von der kommunistischen Ideologie über das Wesen und die Entstehung von Faschismus ausgegangen. Daraus ergibt sich zugleich das Ziel, als einzige ideologische und praktische Alternative zum Faschismus, einen Staat nach kommunistischen/sozialistischen Idealen aufzubauen (vgl. Grunenberg 1993, S. 134; vgl. Pohlmann 1995, S. 188).

Der Antifaschismus verkommt zum Kampfbegriff der sowjetischen Expansionspolitik, wie er gleichermaßen in der SBZ/DDR als Integrationsideologie und als Herrschaftsinstrument der SED dient. Antifaschismus wird das Mittel zum Zwecke der totalen Stalinisierung (vgl. Fippel 1995, S. 116). Der sich zunehmend verschärfende Kalte Krieg treibt den Gebrauch von Antifaschismus in diesem Sinne voran. Damit geht die Beendigung des antifaschistischen Grundkonsens einher, und die anfänglich plural zusammengesetzten Opfer- und Verfolgtengruppen werden zerstört (vgl. Leo 1992, S. 144).

Im Verständnis der SED übernimmt sie das Erbe der antifaschistischen Widerstandskämpfer und kann somit den 07. Oktober 1949 als ihren zweiten großen Sieg feiern.

Die Gründung des antifaschistischen deutschen Staates

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 07. Oktober 1949 beendet diese Teilphase. Die erste Regierung der DDR setzt sich aus 18 Ministern zusammen, von denen 8 SED-Mitglieder sind (vgl. Weber 1999, S. 124). Der sich verfestigende zentralistische Charakter der DDR soll nun auch für die Erinnerungsarbeit entscheidend werden.

„Antifaschismus wurde zur geistig-ideologischen Grundlage des neuen Staatswesens und zur Wiederaufbaustrategie“ (Grunenberg 1993, S. 122). Der Antifaschismus legitimiert die errichtete Parteiendiktatur. Die führende politische Kraft bestimmt das Bild vom Faschismus und legt die Inhalte des Antifaschismus fest. Der Antifaschismus als Erbe der Antifaschisten kann als im diktatorischen Sinne von „oben“ (SED) nach „unten“ (dem Volk) verordnete Erinnerungsarbeit verstanden werden. Verordnet in dem Sinne, da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Nationalsozialismus keine Antifaschisten gewesen sind. Antifaschismus erhält außerdem einen verordneten Charakter aufgrund der Alternativlosigkeit, also der Ausschließlichkeit des Vorgegebenen. Alle neben dem Antifaschismus existierenden Ideen werden als faschistisch stigmatisiert und sollen liquidiert werden. Diese Vorstellungen prägen maßgeblich die weiteren Entwicklungen in der zweiten Teilphase.

Zweite Teilphase: „Ideologisierung nach Plan“ (Kohlstruck 1997, S. 46)

Bereits 1948 verfolgt die SED strategisch, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in den „Aufbau des Sozialismus“ zu integrieren (vgl. Kohlstruck 1997, S. 46).

Die Integrationspolitik der DDR

Die neugegründete Regierung der DDR verabschiedet im November 1949 das „Gesetz über den Erlass von Sühnemaßnahmen für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der Wehrmacht“. Diese faktische Gleichstellung von NSDAP-Mitgliedern und Sympathisanten zieht einen Schlussstrich unter Diskussionen über die massenhafte Beteiligung und Unterstützung der deutschen Bevölkerung am Nationalsozialismus (vgl. Kohlstruck 1997, S. 47). Dieser Schlussstrich ist notwendig für die von der SED verfolgte Integrationspolitik. Diese bietet den ehemaligen Mitgliedern und sogenannten Mitläufern an, die Vergangenheit (offiziell) vergessen zu dürfen, wenn sie sich in den neuen sozialistischen Staat aktiv integrieren (vgl. Herbert 1992, S. 20). Das Angebot besteht also darin von der Seite der „Verlierer“ auf die Seite der „Sieger“ zu wechseln: „Antifaschist war nun, wer sich für den Aufbau des Staates unter der Leitung der SED einsetzte“ (Grunenberg 1993, S. 138).

Im Oktober 1952 wird das „Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei“ erlassen. Dieses Gesetz beinhaltet das Angebot Sühne zu leisten, indem man am sozialistischen Aufbau mitwirkt. Diese Gesetze sollen einen Loyalitätsdruck wachsen lassen, der in seiner Konsequenz zu einer innenpolitischen Stabilisierung führen soll (vgl. Danyel 1995, S. 43).

Zur Einbindung sogenannter „Ehemaliger“ in das politische System dient die National Demokratische Partei Deutschlands (Danyel 1995, S. 45).

Zentral wird die Bekämpfung des gegenwärtigen „Faschismus“ im Westen (Imperialismus) und nicht die Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus. In diesem Sinne werden alle antikommunistischen und antisowjetischen Vorbehalte sowie Kritik an der DDR als ein Fortwirken des Faschismus gedeutet (vgl. Kohlstruck 1997, S. 48f.).

Erklären lässt sich dieses neue Verständnis von „Faschismus“ auch durch eine Verschärfung des Ost-West Konfliktes, des Kalten Krieges. Mit der „Zwei-Lager-Theorie“, die von der Existenz eines kapitalistischen und eines sozialistischen Lagers ausgeht, wird an die Koordinaten der Vorkriegszeit angeknüpft (vgl. Grunenberg 1993, S. 129). Durch den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland unter Hitler fällt das verbindende Moment der Partner der Antihitlerkoalition weg. Die Differenzen der Systeme stehen wieder im Vordergrund. Nicht nur der Kampf der beiden Lager gegeneinander ist bestimmend für diese Zeit des Kalten Krieges, sondern auch die Säuberungen im Inneren der Lager.

Die politischen und antisemitischen Säuberungswellen

Es beginnen Wellen der politischen Säuberungen (vgl. S. 21). In verschiedenen Ländern wie Ungarn, Bulgarien, Polen und der Tschechoslowakei werden von 1950 bis 1953 Schauprozesse gegen führende Kommunisten durchgeführt (vgl. Leo 1992, S. 145ff.).

Bereits 1948 wird das jüdische antifaschistische Komitee in Moskau aufgelöst. Seine führenden Mitglieder werden inhaftiert und es wird ein tödlicher Prozess gegen sie eingeleitet. Darauf folgt in der ČSSR die Verurteilung von Rudolf Slanský (ehemaliger Parteivorsitzender der tschechoslowakischen KP) und von weiteren 13 Mitangeklagten, die mehrheitlich jüdischer Herkunft sind (vgl. Leo 1992, S. 147). Mit dem Slanský-Prozess in Prag 1952 werden „Enthüllungen“ veröffentlicht über sogenannte „Spionage- und Diversionstätigkeit mit Hilfe zionistischer Organisationen in den

volksdemokratischen Ländern¹². Damit erhalten diese Säuberungsaktionen zunehmend einen offensichtlich antisemitischen Charakter (vgl. Leo 1992, S. 147).

In der DDR führt der stalinistische Antisemitismus¹³ unter anderem zur Entmachtung und Inhaftierung von Paul Merker und Lex Ende. In den Jahren 1952/53 werden viele deutsche Kommunisten, weil sie Juden¹⁴ sind, ihrer Funktionen enthoben, aus der Nomenklatura gestrichen, aus politischer Verantwortungsübernahme ausgeschlossen und/oder sie erfahren eine massierte politische Erpressung (vgl. Groehler 1993, S. 52). Dem folgt eine massive Flucht von Juden aus der DDR.

In Moskau kommt es 1953 mit der sogenannten jüdischen Ärzteverschwörung zu einer weiteren Eskalation der antisemitischen Verfolgungswelle. Im Januar 1953 werden neun Kreml-Ärzte, darunter 6 Juden, verhaftet. Der Vorwurf besteht darin, diese Ärzte hätten „führende Militärs umgebracht und weitere Anschläge auf prominente Politiker unternommen oder geplant – alles im Auftrag westlicher Geheimdienste und des ‚Joint‘“ (Grossmann 1967, S. 96, zit. nach Burgauer 1993, S. 175).

Der Tod Stalins beendet diese offenen antisemitischen Kampagnen. Doch die dort aufgestellten Vorwürfe und Verleumdungen wirken noch lange fort und werden nie offiziell zurückgenommen (vgl. Leo 1992, S. 148).

Gerade die antisemitischen Säuberungswellen führen auch in der DDR dazu, dass die Pluralität der Opfer- und Verfolgengruppen aufgelöst wird.

Die Zwangsauflösung der VVN

Die Zwangsauflösung der VVN im Februar 1953 stellt einen „entscheidenden Schritt zur Instrumentalisierung und Vereinnahmung des antifaschistischen Widerstandes für die Zwecke ihrer (der SED, Anm. d. V.) Machtpolitik“ dar (Leo 1992, S. 148). In einer offiziellen Begründung heißt es: „Die Entwicklung der antifaschistischen Ordnung in der DDR hat zur Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus geführt“ (Leo 1992, S. 149).

¹² Die jüdische Hilfsorganisation „Joint“ wird verdächtigt, als eine vom amerikanischen Spionagedienst geschaffene Hilfsorganisation, die „in Wirklichkeit jedoch... eine umfassende Spionage- und Terrortätigkeit ausübte und andere Zersetzungsarbeit leistete“ (Neues Deutschland vom 04.01.1953, S. 5, zitiert nach Leo 1992, S. 147). Somit kann jeder als Agent der Spionageorganisation verdächtigt werden, der Hilfspakete von „Joint“ empfängt.

¹³ Seit Herbst 1948 beginnt man in der Sowjetunion systematisch die Ausgrenzung von Juden vorzubereiten, um sie als Sündenböcke für staatliche Misere zu präparieren (vgl. Burgauer 1993, S. 171f.). „Jetzt aber wurde ein neues Feindbild aufgebaut, die Etiketten waren ‚Zionismus‘ oder ‚Kosmopolitismus‘ – gemeint waren aber die Juden schlechthin“ (Burgauer 1993, S. 172). Eine Welle der Verhaftungen bricht in der Sowjetunion los und wird bald auf ihre Satellitenstaaten überschwappen (vgl. Burgauer 1993, S. 172ff.).

¹⁴ Dr. Günther Fippel untersucht empirisch die Lebensläufe verschiedener Personen, die sowohl Opfer des Nationalsozialismus als auch des Stalinismus gewesen sind. Bei den erhobenen biographischen Daten von 210 Personen, beträgt der Anteil Doppelt-Verfolgter mit jüdischer Herkunft 25,2% (vgl. Fippel 1995, S. 112).

Somit ergibt sich eine eigenständige Beschäftigung mit dem historischen Faschismus als nicht mehr notwendig und kann somit für beendet erklärt werden (vgl. Kohlstruck 1997, S. 50). Mit dem Ziel, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu beenden, wird der antifaschistische Widerstand weiter „aus seinen tatsächlichen Zusammenhängen gelöst und zu einem Objekt der Traditionspflege erhoben“ (Leo 1992, S. 149). Die Zwangsauflösung der VVN markiert das Ende der ersten Phase.

Bis zu diesem Punkt sind die Grundzüge des Antifaschismus-Konzeptes herausgearbeitet und etabliert. Die nächste Phase kennzeichnet eine starke Kontrolle und Verwaltung des Konzeptes. Die Inhalte bleiben allerdings bis 1989/90 unverändert.

2.1.2 Die Phase der Stagnation: 1953 bis 1989/90

Die zweite Phase ist gekennzeichnet durch einen „Kontrollmythos“ (Frindte 1991, S. 94, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 49). In diesem Verständnis kann sich ein soziales System nicht selbst ordnen, „seine Ordnung müsse erst geschaffen und dann kontinuierlich kontrolliert werden. Ordnung und Kontrolle hätten sich auf eine einheitliche Ideologie zu stützen und müssten hierarchisch strukturiert sein“ (vgl. Frindte 1991, S. 94, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 49). Diese Auffassung beruht auf einem als „richtig“ angenommenen Geschichtsverständnis. Es bildet für die SED die Legitimation, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus von oben zu vereinheitlichen, um diese „Wahrheit“ zu verordnen und zu verwalten (vgl. Kohlstruck 1997, S. 49).

Die Verwalter des antifaschistischen Erbes

Dieses Streben nach einem Alleinvertretungsanspruch in Sachen Antifaschismus erklärt auch die Zwangsauflösung der VVN im Februar 1953. An die Stelle der VVN tritt ein aus etwa 20 Personen (die vom ZK der SED berufen sind) gebildetes Gremium mit dem Titel: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer. Im Gegensatz zur VVN stehen hinter diesem Komitee keine Organisation und keine Mitglieder (vgl. Leo 1992, S. 149). Seine Aufgabe besteht lediglich in der Präsentation des Antifaschismus. Zu präsentieren gilt jenes kleine Stück Erinnerung, welches nach den Ausgrenzungs- und Verleumdungskampagnen noch übrig geblieben ist.

Die Bandbreite der Widerstandsbewegungen wird reduziert auf einen kommunistischen Widerstand, und selbst dieser wird beschränkt auf die Beschlüsse der nach Moskau emigrierten KPD-Führung (vgl. Leo 1992, S. 149f.).

Diese von der SED gestaltete Erinnerungsarbeit erhält eine „monumentalisierte“ Form und wird verwaltet von einem eigens dafür geschaffenen „geschichtspolitischen

Management“ (Kohlstruck 1997, S. 50). Die Verwaltung des antifaschistischen Erbes und die Gestaltung der Gedenkfeiern obliegt dem Forschungsinstitut der Einheitspartei, dem Volksbildungsministerium, dem Jugendverband und den bewaffneten Organen (vgl. Leo 1992, S. 149).

Die Zielrichtung des Antifaschismus wird aus einer historischen Auseinandersetzung gelöst und von nun ab durch einen aktualisierten politischen Charakter bestimmt. Der Charakter des Antifaschismus wird ein „Anti-Anti-Sozialismus“ (Kohlstruck 1997, S. 50).

Die politischen Kampagnen

In diesen neuen Gebrauch von Antifaschismus sind auch die im Zuge des Kalten Krieges veranstalteten politischen Kampagnen der DDR einzuordnen.

In der DDR entwickelt sich aus wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Gründen eine Krise: eine alle Bereiche der Gesellschaft, des Staates und die SED und ihre Führung bedrohende Systemkrise. Die Ziele und Machtstruktur der SED-Herrschaft schließen politische und wirtschaftliche Lösungen aus, um diese Krise zu beheben (vgl. Lemke 1995, S. 84).

Die SED versucht dieser existenzbedrohenden Krise der DDR ideologisch entgegenzusteuern. Um die inneren Verhältnisse zu stabilisieren, erhalten die Kampagnen, besonders in den 60er Jahren, eine neue Qualität, eine antifaschistische Ausrichtung. Sie werden zum Instrument des „Klassenkampfes“ (vgl. Lemke 1995, S. 61).

Die Kampagnen¹⁵ sind nach außen gerichtet, dem Feind zu, also gen Westen. Der antifaschistische Kampf der DDR gegen die „nazistische“ Bundesrepublik soll eine „Legitimität des eigenen Staates bei seiner Bevölkerung unter Beweis stellen“ (Lemke 1995, S. 84f.). Die Diskreditierung des Systems der BRD ist somit verbunden mit einer perspektivgebenden Alternative, der DDR (vgl. Lemke 1995, S. 85). Als Beispiel soll hier kurz angeführt werden, dass die SED während des Eichmann-Prozesses eine Zusammenarbeit Globkes (Staatssekretär im Kanzleramt unter Adenauer) mit Himmler und Eichmann nachzuweisen versucht. Damit will die DDR demonstrieren, dass „die moralisch und politisch Schuldigen am millionenfachen Mord (...) in der Bundesrepublik nicht nur in Amt und Würde (sein, Anm. d. V.), sondern (...) auch deren Politik“ bestimmen (Lemke 1995, S. 69).

Die Veränderungen nach Ulbricht

Im offiziellen Staatsbild des Antifaschismus verschieben sich einige Akzente mit dem Machtwechsel 1971. Erich Honecker, der 1971 die Führung der SED übernimmt, hat während des Nationalsozialismus einer Widerstandsgruppe in Deutschland angehört

¹⁵ Hier seien kurz erwähnt die Kampagnen gegen Konrad Adenauer, Theodor Oberländer, Hans Globke und Heinrich Lübke (ausführlicher dazu M. Lemke 1995).

und lange Jahre im Zuchthaus gesessen. Dieser spezifischen Erfahrung¹⁶ entsprechend, initiiert Honecker eine intensivere Forschungstätigkeit über den kommunistischen Widerstand innerhalb Deutschlands. Mit neu gegründeten Bezirks- und Kreiskomitees von Antifaschisten soll die Erforschung der regionalen Geschichte des Widerstandes vorangetrieben werden (vgl. Leo 1992, S. 152).

Zudem werden aufgrund innen- und außenpolitischer Interessen¹⁷ bisher ausgesparte Themen in den „Katalog der offiziellen Erinnerungen“ aufgenommen (vgl. Leo 1992, S. 152).

Alles in allem kommt es auch unter Honecker nur zu Veränderungen quantitativer Art. Die der DDR scheinbar eigene Tradition des Widerstandes wird bis zu ihrem Ende instrumentalisiert. Ähnlich unverändert bleibt „das zentrale Dogma von der führenden Rolle der Kommunisten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ (vgl. Leo 1992, S. 153).

2.1.3 Die Phase der kurzen Wende nach der Wende: 1990

Die Zeit nach der Wende, im November 1989, ist geprägt von einer aktiven Auseinandersetzung mit dem politischen System DDR. Dabei kommt es auch zu Veränderungen im offiziellen Geschichtsbild.

Es finden Gespräche mit Vertretern Israels statt, die ein klares Schuldbekenntnis für die Verbrechen an Juden im Nationalsozialismus fordern. Daraufhin erklärt die Regierung Modrow: „Die DDR anerkennt die Verantwortung des gesamten deutschen Volkes für die Vergangenheit. Diese ergibt sich aus der tiefen Schuld des Hitlerfaschismus, der im Namen des deutschen Volkes schlimmste Verbrechen am jüdischen Volk begangen hat“ (zit. nach Timm 1993, S. 54, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 57). Des weiteren erklärt man sich in diesem Schreiben bereit, jüdische Verfolgte und Opfer des Nationalsozialismus solidarisch und materiell zu unterstützen (vgl. Kohlstruck 1997, S. 57). Die SED hat bis 1989 jegliche Entschädigungsleistungen an jüdische Bürger und den Staat Israel mit dem Hinweis, dass die DDR alle Wurzeln des Faschismus ausgerottet und somit mit der deutschen Vergangenheit 1933 bis 1945 radikal gebrochen hat, verweigert (vgl. Danyel 1992, S. 924).

Erklärungen der neuen Volkskammer

Im April 1990 verfasst die neu gewählte Volkskammer eine gemeinsame Erklärung von Abgeordneten aller Fraktionen. In dieser Erklärung wird die Verantwortung der DDR und ihrer Bürger im Umgang mit ihrer Geschichte thematisiert. Es heißt: „Wir bitten das Volk Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-

¹⁶ Walter Ulbricht, der vor E. Honecker an der Spitze der SED stand, verbrachte die Zeit des Nationalsozialismus im russischen Exil, in Moskau. Er wird daher der Gruppe der Ostexilanten zugeordnet (vgl. S. 17f.).

¹⁷ Die Bemühungen der DDR, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu normalisieren und einen Dialog mit bundesdeutschen Sozialdemokraten (Politik der „Koalition der Vernunft“) anzustreben, bestimmen die Aufnahme der bürgerlichen, sozialdemokratischen und christlichen Widerstandsseiten in das offizielle Gedenken. Aufgrund des Strebens der DDR nach der Meistbegünstigtenklausel im Handel mit der USA beginnt man den Opfern des Holocaust offiziell zu gedenken. Allmählich wird der Holocaust auch in der Geschichtswissenschaft thematisiert und darf bearbeitet werden. Diese Veränderungen finden in öffentliche Bereiche (z.B. Schule, Jugendarbeit) jedoch keinen Einzug (vgl. Leo 1992, S. 152).

Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land“ (Volkskammer der DDR, 2. Tagung vom 12.04.1990, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 57).

Dabei wird nach 1989 nicht nur die Verantwortung der deutschen Bevölkerung am Nationalsozialismus thematisiert. Wie in dem Zitat erkennbar, beginnt auch ein öffentliche Auseinandersetzung mit dem Verhalten der DDR und seiner Bürger gegenüber dem Staat Israel und gegenüber den in der DDR lebenden Juden.

Kritik am eigenen Umgang mit Geschichte

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das folgende Zitat. Dort wird erkennbar, dass man sich auch mit dem ostspezifischen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu beschäftigen beginnt. „Die Versuchung, schnell, allzu schnell auf der Seite der Sieger stehen zu können, machte manchen bald wieder zum Handlanger gewaltsamer Machtausübung. [...] 40 Jahre lang hat man uns gelehrt, wir seien die Sieger der Geschichte¹⁸. Heute wissen wir, dass das historische Erbe nicht teilbar ist“ (Volkskammer der DDR, Sondertagung vom 08.05.1990, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 58).

Unter dem Blickpunkt der Erinnerungsarbeit ähneln diese letzten staatsoffiziellen Erklärungen der DDR-Regierung einem Schwanengesang.

Die Wiedervereinigung von DDR und BRD im Oktober 1990 lässt dieses neue Verständnis von Verantwortung für die deutsche Geschichte ohne Wirkung, da sie keinen Einfluss mehr auf den Geschichtsunterricht oder die politische Bildung ehemaliger DDR-Bürger nimmt (vgl. Kohlstruck 1997, S. 158).

2.2 Abriss über die ideologischen Entwicklungen und über die Inhalte des Antifaschismus-Konzeptes

Mit dem Hintergrundwissen aus dem ersten Teil des zweiten Kapitels sollen nunmehr die ideologischen Entwicklungen und Inhalte des Antifaschismus in der DDR dargestellt werden. Vielleicht mag es in dem ersten Teil verwirrend gewesen sein, dass manchmal die Rede von Antifaschismus und dann wieder vom Widerstand war. Doch genau eine Verquickung dieser beiden Begriffe bzw. die Reduzierung des einen auf den anderen ist ein entscheidender Schritt bei der Etablierung des Antifaschismus-Konzeptes der DDR unter Federführung der SED gewesen.

Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 beginnt eine Zeit der Veränderungen, die geprägt ist durch vielfältige öffentliche Diskussionen

¹⁸ „Sieger der Geschichte“ waren die Worte Walter Ulbrichts auf einer Festrede zum 20. Jahrestag der DDR (zit. nach Neues Deutschland vom 07.10.1969, S. 6, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 56).

verschiedener Opfer- und Verfolgtengruppen. Unter dem Dach des Antifaschismus (des antifaschistischen Kampfes gegen das Hitler-Regime) fühlen sich unterschiedliche politische Kräfte auch nach 1945 verbunden. Einigkeit besteht darin, ein Wiederaufleben faschistisch oder nationalsozialistisch bestimmter Richtungen und Herrschaftsformen zu verhindern (vgl. dtv Bd. 1, 1997, S. 216). Jedoch sind die Deutungen über den Nationalsozialismus und seine Ursachen verschieden. Die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu deuten und die Ursachen für den Nationalsozialismus zu klären, sind bestimmend für die Ideen und Konzepte zur zukünftigen Gestaltung Deutschlands.

Für die KPD, die seit 1945 immer stärkeren Einfluss in der SBZ gewinnt, ist der Nationalsozialismus gedeutet als Faschismus, eine Interpretation nach kommunistischen Theorien. Bereits 1933 formuliert G. Dimitroff auf der Versammlung der Komintern¹⁹: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (zit. nach LB 1987, S. 190). Diese ökonomisch bestimmte Darstellung des Nationalsozialismus als Faschismus ist grundlegend für die Gestaltung des Antifaschismus durch die KPD. Die Interpretation der Zeit des Faschismus als eine Zeit der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Monopolkapital lässt den Antifaschismus schnell zu einem Begriff des Klassenkampfes werden.

Die Worte Klasse und Kampf bilden die entscheidenden Inhalte, die ein Zusammenwirken aller Antifaschisten aus der Zeit zwischen 1933 bis 1945 bald unmöglich macht.

Nach den Vorstellungen der KPD kann die Unterdrückung der Arbeiterklasse nur durch die Entmachtung des Monopolkapitals und des Junkertums überwunden werden. Dementsprechend beginnt man nach sowjetischem Vorbild in der SBZ ab 1945 mit der Bodenreform und der Verstaatlichung großer Teile der Industrie und des Handels. In der Errichtung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden, im Jahre 1949, sieht man diese Bemühungen vollendet. Die Etablierung der Macht der Arbeiterklasse durch die KPD/SED, unterstützt durch die SMAD, bringt Ausgrenzung bis Liquidierung von Gruppen mit sich, die andere Vorstellungen von der Gestaltung Deutschlands nach 1945 haben.

Das Wort Kampf wird (auch ohne das Vorwort Klasse) bedeutsam für das Verstehen von Widerstand und somit in der Beurteilung von Opfer- und Verfolgtengruppen des

¹⁹ Die 1919 in Moskau gegründete Komintern ist die internationale Vereinigung aller kommunistischen Parteien. Ihre Führung lenkt die Politik aller Gliederparteien nach einheitlichen Grundsätzen. Der größer werdende sowjetische Einfluss verwandelt die Komintern zu einem Instrument der Moskauer Außenpolitik. Die Komintern wird im Mai 1943 aufgelöst, angeblich aus Rücksicht auf die westlichen Bündnispartner (vgl. dtv Bd. 10, 1997, S. 59).

Nationalsozialismus. Im Juli 1945 kommt es in einem Bericht der ersten Sitzung des Hauptausschusses der „Opfer des Faschismus“ zu einer Aufzählung von einzelnen Menschen und Gruppen, die als Opfer des Faschismus zu verstehen sind, mit der Einschränkung: „Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft!“ (Deutsche Volkszeitung, Nr. 18 vom 03.07.1945, zit. nach Groehler 1993, S. 47f.). Die vorgenommene Betonung eines Kampfes führt dazu, dass einige Opfergruppen, z.B. Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas und Bibelforscher per Definition ausgegrenzt werden. Im September 1945 revidiert man die Beschlüsse und meldet: „Juden sind auch Opfer des Faschismus“ (Deutsche Volkszeitung, Nr. 91 vom 26.09.1945, zit. nach Groehler 1993, S. 48). Die Annahme des Begriffes Faschismus mit seiner ökonomistischen Interpretation der Ursachen bringt eine Selektion von Opfer- und Verfolgtengruppen mit sich. „Rassisch“ motivierte Verfolgung und Vernichtung lässt sich durch ökonomische Ansätze nicht erklären. Andererseits lassen sich Sinti und Roma, Juden und z.B. die Zeugen Jehovas nicht eindeutig den politischen Gruppen (Kommunisten) bzw. Klassen (Arbeiter) zuordnen. Dadurch können sie nicht per se zu Opfern des Klassenkampfes bzw. der Klassenunterdrückung erklärt werden. Aufgrund des ökonomistisch beschränkten Geschichtsbildes der DDR, welches die Verfolgung dieser Gruppen nicht erklären kann, werden sie weder im Geschichtsunterricht ausreichend behandelt noch wird ihnen offiziell gedacht. Die Singularität des Holocaust in der Geschichte der Menschheit wird in der DDR-Geschichtsschreibung nie derart dargestellt.

Der Verband der „Opfer des Faschismus“ versteht sich vorrangig als ein Verband politisch verfolgter Kämpfer. Den Mitgliedern, die eine große Breite des Widerstandes präsentieren, geht es bei der Gründung im Juni 1945 nicht nur um die Bildung einer Interessenvertretung, sondern auch um einen politisch-moralischen Führungsanspruch. Gleich zu Beginn sichert sich die KPD die Führung des Ausschusses zur Durchsetzung ihrer Interessen (vgl. Groehler 1995, S. 23). Daneben gibt es Gruppen ehemaliger kommunistischer Häftlinge, die sich den Verband der OdF als eigenen politischen und sozialen Interessenverband vorstellen, also jenseits einer reinen Hilfsorganisation der KPD/SED (vgl. Groehler 1995, S. 24).

Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten setzen sich auch in dem 1947 gegründeten Verband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) fort. Sie besitzt großes moralisches und politisches Gewicht (vgl. Leo 1995, S. 178). Die Mitglieder der VVN verbindet grundlegend das Ziel der geistigen, politischen und juristischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus (vgl. Schneider 1997, S. 45). Die Mitglieder der VVN präsentieren konkrete Erinnerungen. Zugleich betreibt die VVN aus ihrem Selbstverständnis eines überparteilichen moralischen Gewissens heraus, einen moralischen Diskurs um Schuld und gerät damit in Konflikte mit der SED (vgl. Danyel 1995, S. 44).

Die differenzierte und konkrete Darstellung ihrer persönlichen Erfahrungen im Nationalsozialismus hat in der Gesellschaft eine polarisierende Wirkung. Polarisierend derart, dass die präsentierte Erfahrung nicht der Erfahrung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung entspricht und diese dadurch in Opfer und Täter aufspaltet. Die SED will für ihre Integrationspolitik eine eben solche Polarisierung jedoch abbauen. Der von der SED entwickelte Antifaschismus mit seinem manifesten Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand, einhergehend mit einer Entkonkretisierung und Entdifferenzierung der Geschichte und Geschichten, ist funktional für diese Integrationspolitik (vgl. Danyel 1995, S. 42). Der Ausspruch „Das Heute und Morgen annullierte ihr Gestern“ ist bezeichnend für diese Integrationspolitik und die neue Richtung, die dem Antifaschismus dadurch gegeben wird (Kohlstruck 1997, S. 48). Der Zukunftsaufbau und nicht der Blick zurück soll zur einzig legitimen Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit werden. Die VVN als Repräsentant des Antifaschismus gerät in die Mühlen der SED-Machtpolitik. Für Ulbricht ist Antifaschismus „nur dann anerkennenswert, wenn er den entsprechenden machtpolitischen Vorgaben folgte“ (Groehler 1995, S. 24).

Konstitutiv für den ideellen Gehalt von Antifaschismus sind verschiedene Merkmale der SED-Führungsschicht, die J. Danyel herausgearbeitet hat. Zum einen bestimmt ein herrschendes Elitebewusstsein, auf der Seite der Sieger, der Sowjetunion, zu stehen, die Überzeugung, ein Recht auf politische Führung zu haben. Gepaart mit einem tiefen Misstrauen gegenüber der Mehrheit der deutschen Gesellschaft. Dieses Misstrauen rechtfertigt die politische Strategie andauernder politisch pädagogischer und propagandistischer Beeinflussung. Ein weiterhin stark an Feindbildern orientiertes Denken führt wahrscheinlich nicht nur zum Verlust differenzierter und nüchterner Wahrnehmungsfähigkeit, sondern wird auch bestimmend für die Konstruktion eines neuen Geschichtsbildes.

Dabei ist auch die Herkunft aus meist kleinbürgerlichen Schichten ein Faktor für anhaltende Ressentiments gegenüber gesellschaftlichen Rand- und Außenseitergruppen und antisemitische Einstellungen (vgl. Danyel 1995, S. 33f.).

Die VVN versteht sich als Interessenvertretung aller Antifaschisten. Dazu heißt es in einer Analyse der VVN im September 1948, dass „es notwendig ist, zwischen Antifaschisten und Hitlergegnern zu unterscheiden. Selbstverständlich waren alle Antifaschisten Hitlergegner, aber es ist nicht richtig, alle Hitlergegner Antifaschisten zu nennen, da viele eigene faschistische Ideen hatten und noch haben“ (SAPMO-Barch, ZPA, V 278/2/27, zit. nach Groehler 1995, S. 26).

Auch diese Aufteilung basiert wiederum auf einem als Faschismus gedeuteten Nationalsozialismus in der ökonomistisch bestimmten Art nach Dimitroff.

Antifaschistisch wird zum Synonym für antiimperialistisch. Dieser Interpretation entsprechend wird Antifaschismus gleichgesetzt mit Widerstand. Einem Widerstand der ausschließlich kommunistisch, weil antiimperialistisch gewesen ist. „Mit der Gleichsetzung von Widerstand und Antifaschismus (...) war im Prinzip jegliche übergreifende Gemeinsamkeit der verschiedenen Vertreter des Widerstandes aufgekündigt und zertrümmert worden“ (Groehler 1995, S. 26).

Die internen Machtkämpfe²⁰ innerhalb der SED werden in der Literatur mehrfach angeführt, um die Zwangsauflösung der VVN zu erklären. Letztendlich führen innere und äußere Konflikte zu ihrer Auflösung. Auch das Jahr 1953 ist dabei nicht zufällig, sondern das Ende der VVN fällt in die Hochzeit antisemitischer Kampagnen und Säuberungsaktionen.

Die staatsoffizielle Begründung für die Auflösung der VVN lautet: „die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der DDR habe zur Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus geführt. Die wichtigsten Aufgaben der DDR bestünden nun in der Stärkung und Festigung der sozialistischen Staatsmacht und des friedlichen Aufbaus“ (vgl. Leo 1995, S. 180). Als Nachfolger der VVN wird ein Gremium aus etwa 20 von der SED berufenen Funktionären eingesetzt, mit der Aufgabe den Antifaschismus zu repräsentieren (vgl. Leo 1992, S. 149).

Die Vielfalt der Opfergruppen wird durch ein neues Geschichts- und Feindbild ersetzt (vgl. Kohlstruck 1997, S. 48). Statt einer differenzierten und konkreten Darstellung der Geschichte des Nationalsozialismus wird, den politischen Vorstellungen und Ansprüchen der SED entsprechend, alles in ein Schwarz-Weiß-Bild, in ein Freund-Feind-Schema gepresst. Kennzeichnend für das konstruierte Bild des Widerstandes, also für den Antifaschismus, ist die Darstellung der Arbeiterklasse, reduziert auf die KPD als die entscheidende Kraft des gesamten deutschen Widerstandes. Die Trennung von Hitlergegnern und Antifaschisten, gemäß der ökonomistischen Deutung des Nationalsozialismus, leistet der Diffamierung großer Opfergruppen Vorschub und stigmatisiert die BRD als faschistisch. Als faschistisch werden existente imperialistische Systeme verstanden (vgl. Groehler 1995, S. 26).

Damit wird der Antifaschismus zum innenpolitischen Kampfinstrument in zweifacher Hinsicht: Zum einen als Selbstinterpretation des antifaschistischen Staates, der jeglichen Widerspruch an ihm als Aktivität des Feindes im Inneren des Landes einstuft und zum anderen als Machtbehauptungsstrategie innerhalb der kommunistischen Partei selbst, in der Anwendung des Antifaschismus gegen Dissens (vgl. Grunenberg 1993, S. 139f.).

²⁰ Dabei handelt es sich insbesondere um einen Konflikt zwischen W. Ulbricht und F. Dahlem (Gründungsmitglied und Vorsitzender der VVN), wobei Ulbricht in der VVN unter Führung Dahlems einen Machtaufbau gegen seine Politik vermutet und der VVN „ideologische Abweichungen“ vorwirft (vgl. Danyel 1995, S. 45; vgl. Leo 1995, S. 180).

Die nach 1945 bestehende Idee von Antifaschismus als verbindendes Moment verschiedener Opfer- und Verfolgtengruppen wird unter Zunahme der Macht der KPD/SED zu einem von ihnen bestimmten Instrument. Die Inhalte des Antifaschismus unterliegen den Interessen der Macht von KPD/SED. Der Antifaschismus wird somit funktionalisiert zur Legitimation und Erhaltung einer Macht, die sich als ein Gegenstück zum Faschismus versteht. Jedoch die Deutung des Nationalsozialismus als Faschismus beschränkt den Antifaschismus von vornherein, weil diese kommunistische Theorien entsprechende Deutung mit der Errichtung des Kommunismus als einzig mögliche Konsequenz verbunden ist.

Dementsprechend vollzieht sich ein Wandel der Inhalte des Antifaschismus vom Kampf gegen den historischen Faschismus hin zum Kampf gegen den gegenwärtigen Faschismus, den die KPD/SED im Imperialismus sieht. Dieser Wandel wird begünstigt durch die Verschärfungen des Kalten Krieges. Durch die Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes werden auch Repräsentanten verschiedener Opfer- und Verfolgtengruppen (z.B. VVN), trotz ihres Anspruches auf Überparteilichkeit, zur Parteilichkeit gezwungen. Sie sollen sich auf dem Schlachtfeld des Kalten Krieges positionieren. Schon darin, dass diese Gruppen von Beginn an von Kommunisten unterwandert gewesen sind, liegt der Grundstein dafür, dass sie sich hinter eine Politik der SED stellen, sich für die DDR positionieren werden. Mit der Zwangsauflösung der VVN wird die SED zum Alleinvertreter des antifaschistischen Erbes, zum Gestalter der Geschichte. Die Nachfolgeorganisation der VVN, das Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer, hat lediglich Repräsentationsaufgaben. Zu repräsentieren ist eine von der SED vorgegebene Geschichte des Widerstandes. In dem Kampf gegen Faschismus ist die kommunistische Partei, den Beschlüssen ihrer nach Moskau emigrierten Führung folgend, die einzige und kämpferischste Kraft, die den deutschen Widerstand bildet, gewesen. Diese Deutung der Geschichte legitimiert die Herrschaft der Kommunisten nach 1945. Die Deutung der Geschichte als Faschismus ist funktional für die Inhalte des Antifaschismus, die den Machtinteressen der KPD/SED entsprechen (z.B. Integration und Selektion).

Dieses bis 1953 festgelegte Bild wird, wie Kohlstruck formuliert, von „einem eigens dafür geschaffenen Geschichtsmanagement verwaltet“ (Kohlstruck 1997, S. 50). Der zentralistische Charakter der DDR findet seinen Niederschlag auch im Umgang mit der Geschichte. Ein von oben festgelegtes Bild von Faschismus und dadurch von Antifaschismus wird den DDR-Bürgern durch verschiedene zentrale Instanzen vermittelt. Diese Präsentation von Geschichte als Verordnung zu charakterisieren hat zweierlei Ursachen. Zum einen liegt ein diktatorisches Prinzip zu Grunde. Die Machthabenden entwerfen ein ideologisches Geschichtsbild, welches sie der Bevölkerung vermitteln. Zum anderen kommt es einer Verordnung gleich, da keinerlei

alternative Geschichtsbilder bestehen. Die KPD/SED sorgt von Beginn an dafür, alle ihrem Alleinvertretungsanspruch in Sachen Antifaschismus entgegenstehenden Personen und Gruppen zu selektieren.

Durch die Annahme der Dimitroffschen Faschismustheorie, die die Ursachen des Faschismus in ökonomischen Verhältnissen sieht, wird eine Auseinandersetzung mit soziokulturellen und sozialpsychologischen Ursachen überflüssig. Durch die Annahme eines solchen Konzeptes und die Angliederung an die Sowjetunion und ihre Politik wird schnell ein Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit der DDR und ihrer Bürger gezogen (vgl. Kohlstruck 1997, S. 50). Die Integration in den neu aufzubauenden Staat bedeutet zugleich auf die Seite der Sieger zu wechseln, also als DDR-Bürger (wie in einer Zeitreise) nachträglich zu einem Mitglied der Antihitlerkoalition zu werden (vgl. Wenzel 1992, S. 130).

Mit einer derart verändert dargestellten Geschichte wird der Faschismus ausschließlich zum Gegenbild des Sozialismus. Der Nationalsozialismus als eigenständige geschichtliche Phase wird mit dem Antifaschismus-Konzept der DDR annulliert. „Das faschistische Deutschland wurde somit zu einem Land vor unserer Zeit und jenseits dieses Lebens gemacht“ (Kohlstruck 1997, S. 51).

3. Darstellung des Diskurses über den Antifaschismus der DDR unter besonderer Berücksichtigung seines Verordnungscharakters

Im folgenden Kapitel soll der gegenwärtige Diskussionsstand über das Antifaschismus-Konzept der DDR dargestellt werden. Dabei werden insbesondere Ansätze berücksichtigt, die den Antifaschismus der DDR als einen „verordneten“ verstehen.

In zwei Teilen, die Zeit vor und nach 1989/90, werden die Grundzüge und die Fokussierung der etabliertesten Deutungsansätze nach Autoren, bezüglich ihres Antifaschismus-Verständnisses und ihrer Kritiken am Antifaschismus-Konzept der DDR, rezipiert und erläutert.

Es würde der Intention unserer Arbeit widersprechen, wenn an dieser Stelle Wissenschaftler Beachtung finden würden, die über die Verurteilung der DDR eine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen bezwecken wollen, oder solche, die über die Abwertung des Antifaschismus der DDR die bundesrepublikanische Erinnerungsarbeit aufwerten wollen.

Zum Schluss werden wir Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen Ansätze zusammenfassend formulieren und offen gebliebene Fragen, die für den weiteren Verlauf der Arbeit relevant sind, stellen.

3.1 Zur Verwendung des Begriffes vor 1989

In diesem Teil wird auf die analytische Betrachtung des Antifaschismus der DDR in Aufsätzen vor 1989 eingegangen.

Im Vorfeld der Überlegungen sind wir davon ausgegangen, dass der Begriff des „verordneten Antifaschismus“ während der Zeit des Kalten Krieges in der Bundesrepublik entstanden sein müsste. In dem Nachschlagewerk „SBZ von A bis Z“²¹ haben wir zu unserer Überraschung nur diesbezüglich den Eintrag über die antifaschistisch-demokratische Grundordnung in der DDR gefunden.

Im Verlauf der weiteren Recherche ließ sich die Vermutung über den Entstehungszusammenhang dieses Begriffes nicht aufrechterhalten.

3.1.1 Wolfgang Wippermann

Einer der ersten westdeutschen Historiker, der sich mit dem Antifaschismus der DDR analytisch auseinandersetzt, ist Anfang der achtziger Jahre Wolfgang Wippermann.

Den Antifaschismus der DDR bezeichnet er als „parteilichen“, der im Gegensatz steht zum „demokratischen“, für dessen Erhalt Wippermann plädiert, „weil er dem

²¹ Dies ist ein Lexikon der BRD über die DDR, wo ihre politischen und administrativen Grundlagen schlagwortartig erläutert werden. Es ist erstmalig zu Beginn der fünfziger Jahre erschienen.

Selbstverständnis nicht nur kommunistischer, sondern auch sozialdemokratischer und teilweise sogar konservativer Hitler-Gegner und Widerstandskämpfer entsprach“ (Wippermann 1980, S. 13).

Er vertritt die These, dass der „Antifaschismus in der DDR auch als Ideologie anzusehen ist“ (Wippermann 1980, S. 4), da die SED ihre Politik auf dessen Grundlage legitimiert, historisiert und rechtfertigt (vgl. Wippermann 1980, S. 7 u. 12)²². Dafür wird Geschichtsfälschung betrieben, die Wippermann zu entlarven versucht. Der Antifaschismus als Legitimations- und Integrationsideologie ist mit repressiven Herrschaftstechniken verbunden (Wippermann 1980, S. 13).

3.1.2 Ralph Giordano

Den Begriff des „verordneten Antifaschismus“ hat Ralph Giordano 1987 entwickelt. In seinem Buch „Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein“ beschäftigt er sich mit bundesrepublikanischer Erinnerungsarbeit bzw. Verdrängungskultur, jedoch „um dem Missverständnis vorzubeugen, das Problem sei dort (in der DDR, Anm. d. V.) bewältigt oder gar gelöst worden, wie von der alten stalinistischen Führung (...) behauptet“ (Giordano 1998, S. 210), setzt er sich auch in einem Kapitel mit dem Antifaschismus in der DDR auseinander.

Für Giordano ist Antifaschismus immer „ein Versprechen von Menschlichkeit, etwas Unbesiegbares, stärker als der Todfeind, eine Weltkraft, die alle Hoffnung auf Befreiung in sich barg“ (Giordano 1998, S. 212). Daran ist das SED-Regime nicht interessiert, es beutet diesen Wert Antifaschismus schamlos aus.

Er kennzeichnet den Antifaschismus der DDR als einen „verordneten“:

„Weil er ein Staats- und Partei-Antifaschismus war, ein von oben summarisch dekretierter, und dies unter Vergewaltigung leicht nachprüfbarer Historie“ (Giordano 1998, S. 211).

Für die Rechtfertigungen der eigenen Menschenrechtsverletzungen wird die fehlende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Kauf genommen. Mehr noch: „die ideologisch aufgespaltene Humanitas“²³ des Antifaschismus der DDR hat wichtige Gründe die tiefgreifende Auseinandersetzung zu verhindern:

„Würden doch sehr bald schon nicht nur bestimmte Entsprechungen, sondern auch die Tatsache herausgekommen sein, dass die SED-Herrschaft von den Negativtraditionen aus der Tiefe der Geschichte schamlos profitierte. (...) Die lange, eingefleischte Tradition von Untertanengeist und Obrigkeitshörigkeit kam ihr doch keineswegs

²² Vergleiche dazu den Absatz über die Integrationspolitik in Kapitel 2.1.1.

²³ Unter dem Begriff der „ideologisch aufgespaltenen Humanitas“ versteht Giordano die Funktionalisierung des Antifaschismus durch die Partei- und Staatsführung der DDR. Infolgedessen verliert der Antifaschismus seine eigentliche Bedeutung und Bestimmung (vgl. Giordano 1998, S. 212).

ungelegen. Der mündige Bürger war das letzte, was die dreiundvierzigjährige SED-Herrschaft brauchen konnte“ (Giordano 1998, S. 216).

In diesem „verordneten Antifaschismus“ sind zwei Aspekte enthalten: Zunächst die Tatsache der Verfälschung des Antifaschismus, um die Unrechtspolitik zu rechtfertigen und zum anderen, dass diese „aufgespaltene Humanitas“ von den herrschenden SED-Kadern initiiert und mit staatlicher Repression durchgesetzt wird. Da sich Giordano vordergründig mit der Analyse des in der DDR vorherrschenden Antifaschismus beschäftigt, bleibt das Verhältnis Antifaschismus und Bevölkerung leider nur Randthema.

Nur an einer Stelle geht Ralph Giordano mit einem Satz auf diese Beziehung ein: „Die Verwandlung der Mitverlierer in Triumphatoren kam nicht, wie im Falle der österreichischen Lebenslüge, aus dem Volk, sondern von der SED-Führung“ (Giordano 1998, S. 211). Die Grundlagen und Gründe dieser Erkenntnis bleiben jedoch unerklärt. Giordano gibt damit eine Deutung vor, die sehr schnell in der Öffentlichkeit, wenngleich auch oft missverständlich, aufgenommen wird und gerade nach 1989/90 eine Möglichkeit bietet, spezifisch ostdeutsche Phänomene zu erklären.

Da, wie das vorherige Kapitel aufgezeigt hat, eine reflektierende Ebene über den Antifaschismus innerhalb der DDR nicht existiert, kann an dieser Stelle die analytische Betrachtung des Antifaschismus der DDR nur aus westdeutscher Perspektive erfolgen. Eine der Ausnahmen jedoch bildet Stephan Hermlin, der sich nach zahlreichen Prozessen gegen rechtsextreme Skinheads in der DDR im Jahr 1988 für mehr Offenheit im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gegenüber Jugendlichen in der „Jungen Welt“²⁴ ausspricht:

„Die meisten Jugendlichen empfänden sich als ‚Nachkommen von Kämpfern‘. Doch hätten ihre Eltern und Großeltern versagt. ‚Die Wahrheit sieht so aus, dass in Deutschland vielleicht ein Prozent der Bevölkerung mit Widerstand zu tun hatte.“ (Hermlin in Junge Welt 1988, zit. nach taz vom 17.09.1988). Im weiteren Verlauf des Interviews spielt Hermlin auf die Schattenseiten des „zur Staatsdoktrin erhobenen Antifaschismus“ (taz vom 17.09.1988) an und bricht damit ein gesellschaftliches Tabu der DDR.

Dass solche kritischen Einschätzungen in der DDR weitestgehend selten geäußert werden, brauchen wir nicht zu betonen.

²⁴ Die „Junge Welt“ ist eine Tageszeitung, die zu Zeiten der DDR vom Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) herausgegeben worden ist.

3.2 Zur Verwendung des Begriffes in Gesamtdeutschland nach 1989/90

Die verstärkten rechtsextremen Übergriffe in den Jahren 1990 bis 1992 in den neuen Bundesländern, die mit Beifall spendender Unterstützung durch die Bevölkerung begrüßt werden, lassen Fragen nach deren Ursachen aufkommen. Der einstige Antifaschismus der DDR rückt als Erklärung schnell ins Blickfeld der Öffentlichkeit und der Wissenschaft.

Am 16. November 1992 veröffentlicht Ralph Giordano in der taz unter dem Eindruck der Bilder von brennenden „Asylbewerberheimen“ einen leidenschaftlichen Aufruf, in dem er die Solidarität der „humanen Deutschen“ (Giordano 1992, S. 3) mit den bedrohten Ausländern fordert. Er schildert die Erschütterung seiner Zuversicht, in Deutschland sei ein Aufstieg rechter Kräfte nicht mehr möglich, und er berichtet von Ängsten Holocaust-Überlebender, in Deutschland zu bleiben.

Gründe dieser Entwicklungen sieht Giordano in der mangelnden Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten. In der alten Bundesrepublik „geht blutig die Saat ihrer zweiten Schuld auf, nämlich der Verdrängung und Verleugnung der ersten unter Hitler nach 1945“ (Giordano 1992, S. 3) und in der ehemaligen DDR „explodiert das dumpfe Gebräu, das sich unter der betrügerischen Decke des verordneten Antifaschismus komprimiert hatte“ (Giordano 1992, S. 3).

Giordano setzt den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern direkt mit dem „verordneten“ Antifaschismus der DDR in Beziehung.

3.2.1 Wilfried Schubarth

Wilfried Schubarth, ein Soziologe, der vor 1989/90 an dem Leipziger Zentralinstitut für Sozialforschung tätig gewesen ist, beschäftigt sich eingehender mit dem Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Antifaschismus in den neuen Bundesländern. Er greift den Begriff des „verordneten Antifaschismus“ von Giordano auf: „so herrscht doch in der Forschung weitestgehend Konsens darüber, dass der Antifaschismus in der DDR verordnet, instrumentalisiert, monopolisiert und ritualisiert und demzufolge stark diskreditiert war“ (Schubarth 1992, S. 173).

Schubarth spricht dem Antifaschismus der DDR seine moralische Wirkung auf die Bevölkerung nicht ab, verdeutlicht jedoch andererseits, dass ihre „psychische Abhängigkeit politisch funktionalisiert“ (Schubarth 1992, S. 173) wird, um die Herrschaft des Stalinismus zu rechtfertigen.

Der instrumentalisierte oder „verordnete“ Antifaschismus zeigt sich erstens in der einseitigen und oberflächlichen Darstellung von Geschichte, welche Verschweigen von Mitschuld der Deutschen beinhaltet und zweitens in der Indoktrination. Diese Indoktrination des Antifaschismus zeigt sich in der staatlichen Erziehung: Im Jahr 1988

sind von den Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer und den „Komitees für Traditionsarbeit“ 36 000 Veranstaltungen mit über 1,6 Millionen Teilnehmern durchgeführt worden (vgl. Schubarth 1992, S. 174).

Die vereinfachte Darstellung des Geschichtsbildes und die als „Bombardierung“ erlebte antifaschistische Erziehung verursacht sogenannte „Gegeneffekte“ (Schubarth 1992, S. 176), die eine 1988 durchgeführte und damals nicht veröffentlichte Studie zum Geschichtsbewusstsein erfasst.

Die Wirkung des Antifaschismus der DDR lässt seit Mitte der achtziger Jahre auf die heranwachsende jüngere Generation nach. Neben erhöhter Akzeptanz und Sympathie nationalsozialistischer Ideen und Werte, die mit mangelndem Mitgefühl für die Opfer und Entlastungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft einhergeht, ist eine fehlende Identifikation mit dem Staat DDR festzustellen (vgl. Schmidt/Schubarth 1992, S. 18).

Schubarth wertet dies „als Folgen des verordneten Antifaschismus (...), und zwar in doppelter Hinsicht: zum einen, weil er durch Tabuisierung und Verdrängung einer Tradierung von Mentalitätsbeständen nicht konsequent entgegenzuwirken vermochte, und zum anderen, weil die undemokratischen, poststalinistischen Strukturen in der DDR, die durch den Antifaschismus noch legitimiert wurden, einen fruchtbaren Nährboden für rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut darstellten“ (Schubarth 1992, S. 177).

Die politische Wende in Deutschland 1989/90 ist laut Schubarth verbunden mit Gefühlen der Orientierungslosigkeit und zunehmender Individualisierung der Jugendlichen, welche das schon angelegte rechtsextreme Potenzial wachsen lassen. Damit unterstützt Schubarth die These von W. Heitmeyer zum Rechtsextremismus, dass Individualisierung einhergeht mit Rückgriffen auf vereinfachte und stabilisierende Geschichtsbilder (vgl. Schubarth 1992, S. 178).

3.2.2 Olaf Groehler

Groehler verdeutlicht nicht explizit sein Verständnis über den „verordneten Antifaschismus“ der DDR. Dennoch lässt sich erkennen, dass er den Verordnungscharakter des Antifaschismus der DDR in erster Linie in der „auf dem Amtsweg verordneten Faschismusbewältigung“ (Groehler 1992, S. 32) ansiedelt. Die darin enthaltenen Schwächen analysiert Groehler:

Erstens beruht die Überbetonung der Widerstandstradition der DDR auf dem Verschweigen der Mitschuld am Nationalsozialismus von der Mehrheit der Bevölkerung. „Millionen von Bürgern in der DDR wurde es auf diese Weise erspart, sich mit ihrer eigenen Geschichte im Nazi-Regime auseinandersetzen zu müssen“ (Groehler 1992, S. 31). Dies wird von einigen begrüßt, anderen aber, die an der Aufarbeitung ihrer Schuld interessiert sind, bleibt dies verwehrt. So muss die Diskussion über persönliche Verstrickungen in private Nischen gedrängt werden. Für

Groehler liegt darin einer der bedeutendsten Gründe, dass sich der Antifaschismus nicht in der Bevölkerung verankern kann.

Zweitens sieht Groehler einen tiefgreifenden Fehler des Antifaschismus-Konzeptes in dem stalinistischem Verständnis der Faschismusdefinition. Die Interpretation des Faschismus als eine Fremdherrschaft, die über das deutsche Volk errichtet worden ist, leugnet auch die Erfahrung der Widerstandskämpfer und Exilanten²⁵, die nach 1945 maßgeblich am Aufbau der DDR beteiligt sind. Eine Diskussion darüber gilt als unerwünscht, so dass „an deren Stelle Verklärung und Autosuggestion traten, die mit zeitlichen Abstand immer groteskere und ahistorische Züge annahmen, weil sie dem Volk der DDR eine neue Geschichte im NS-Staat andichten wollten“ (Groehler 1992, S. 34).

So kann sich andererseits die Mehrheit Millionen Deutscher nicht in dem etablierten Geschichtsbild wiederfinden.

Diesen Mangel unterstützt drittens die Darstellungsform des Nationalsozialismus in der DDR, die keinen Alltag während dieser Zeit beschreibt und „idealisierte Lichtgestalten“ (Groehler 1992, S. 36) als Widerstandskämpfer kreiert, die kaum Möglichkeiten zur Identifikation bieten.

Geschichte wird von den Machthabenden instrumentalisiert zum Zweck der Selbstlegitimation und um den Herrschaftsanspruch der SED historisch zu rechtfertigen. Dazu werden die Ideale des deutschen Widerstandes vom Regime der DDR machtherrlich missbraucht und auch in Kauf genommen, „dass der Begriff des Antifaschismus bei Millionen DDR-Bürgern schließlich zu einer leblosen und ungläubwürdigen Worthülse verkommen war und seine Bindungskraft eingebüßt hatte“ (Groehler 1992, S. 40).

Groehler geht davon aus, „dass der verordnete Antifaschismus im Bewußtsein von Millionen Bürgern der untergegangenen Republik offenbar keine sehr tiefen Spuren hinterlassen hat“ (Groehler 1992, S. 29). Er geht nicht auf die Gründe ein, die ihn zu seiner These vom Scheitern des Antifaschismus der DDR veranlassen. Ob der Untergang der DDR oder besagter Rechtsextremismus ausschlaggebend sind, macht er nicht deutlich.

Das Scheitern bezieht er auf die mangelnde Verinnerlichung des Antifaschismus, da er durch seine Instrumentalisierung der Erlebniswelt der meisten Deutschen entgegensteht. Das Verdrängen der eigenen Mitverantwortung verhindert den ideellen Zugang, den der Antifaschismus ursprünglich bietet.

²⁵ Groehler richtet dabei seinen Blick auf das Erleben der Menschen in der DDR, die im Nationalsozialismus nicht zur Mehrheitsbevölkerung gehörten. Ihre Erfahrung, dass weite Teile der Bevölkerung am nationalsozialistischen System beteiligt waren, fand in dem Faschismus-Verständnis der DDR keine Entsprechung. Dies hatte für deren Blick auf die DDR-Bevölkerung weitreichende Folgen, die sich auch im Antifaschismus-Konzept niederschlugen.

3.2.3 Ulrich Wiegmann

Ulrich Wiegmann arbeitet gegenwärtig am Berliner Institut für Internationale Pädagogische Forschung und befindet sich weitestgehend in Übereinstimmung mit dem Verständnis des „verordneten Antifaschismus“, wie er von Giordano entwickelt worden ist.

Ulrich Wiegmann hält am Antifaschismus als politisches Bekenntnis fest, denn: „Hinsichtlich seiner inhaltlichen Bestandteile im einzelnen reicht Antifaschismus von der bloßen Tolerierung bis zum Bekenntnis zum Marxismus, von der unbedingten Bevorzugung friedlicher Konfliktlösungen bis zum Pazifismus, vom nationalistischen Verzicht bis zum Internationalismus oder Kosmopolitismus. Antifaschismus ist Antirassismus, ist Ablehnung von Dogmatismus und bedeutet Vernunft“ (Wiegmann 1992, S. 81).

Zusammenfassend ist Antifaschismus „seinem Wesen nach also ganz allgemein antidiktatorisch und setzt auf Aufklärung anstatt auf Demagogie und Gewalt“ (Wiegmann 1992, S. 80). Der Antifaschismus der DDR, der diesen Postulaten genau entgegensteht, wird „entfremdet“, daher zu einem „verordneten“. Gleichzeitig verweist Wiegmann auf den „Widerspruch in sich“ (Wiegmann 1992, S. 82), der diesem Begriff zugrunde liegt. Dieser Widerspruch zeigt sich deutlich in der antifaschistischen Erziehung der DDR, den er exemplarisch anhand der staatlich organisierten Jugendweihe nachweist. Die vorbereitende Jugendweihearbeit ist gekennzeichnet durch die Dogmatisierung und Ritualisierung der Inhalte und Methoden. Sie hat das Traditions- und Selbstverständnis der DDR, also den Antifaschismus, zu vermitteln. Dabei verkommt der „Faschismus“ zu einer vereinfachten Geschichte, die zudem verdrängt, „dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht nur im Namen des deutschen Volkes geschahen, sondern auch von Deutschen verübt wurden“ (Wiegmann 1992, S. 89).

Seit Mitte der siebziger Jahre ist „ein nachlassender Erziehungsertrag kaum zu übersehen“ (Wiegmann 1992, S. 85).

Im Unterschied zu Olaf Groehler bilanziert Wiegmann über Jahrzehnte den Antifaschismus als einen unkritisch und in erster Linie emotional akzeptierten „politisch-moralischen Grundkonsens“ der Gesellschaft, der erst mit Einsetzen der Staatskrise im Verlauf der achtziger Jahre erschüttert wird. Ausschlaggebend sind dabei die Erkenntnisse der Bevölkerung, dass die Führung der DDR ihrem eigenen Anspruch nicht mehr gerecht wird.

Trotz einiger rechtsradikaler Tendenzen besteht für Wiegmann kein Zweifel daran, dass der Großteil der Bevölkerung dem „Faschismus“ ablehnend gegenübersteht. „Ein solches antifaschistisches Grundgefühl ist nicht in erster Linie das Resultat der massiv versuchten ‚politisch-ideologischen‘ Erziehung, sondern mindestens anteilig des

historischen Wissens um die unermesslichen Leiden der Opfer des NS-Regimes“ (Wiegmann 1992, S. 93).

Er unterscheidet zwischen dem Wissen über den historischen Antifaschismus und der antifaschistischen Erziehung. Diese Differenz manifestiert sich unter anderem im Demokratieunvermögen und in der latenten Ausländerfeindlichkeit weiter Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung.

Die beiden folgenden Autoren richten sich gegen den Vorwurf der Verordnung des Antifaschismus der DDR. Interessant erscheint dabei ihre Argumentation, die sich, im Gegensatz zu den vorherigen Autoren, auf ihre Erfahrung stützt, einen Großteil des schon gelebten Lebens in der DDR verbracht zu haben und sich in diesem Staat auch als Wissenschaftler engagiert zu haben.

3.2.4 Heinz Kühnrich

Kühnrich befürwortet den Wert Antifaschismus und weigert sich ihn zu diskreditieren, nur weil er in der DDR Beachtung gefunden hat. Antifaschismus ist eine moralische Grundhaltung, die nicht weltanschaulich oder sozial angebunden ist. Ein Antifaschist tritt ein gegen „Intoleranz und Unmenschlichkeit (...) gegen Rassenhetze und Völkermord“ (Kühnrich 1992, S. 820).

Heinz Kühnrich setzt sich explizit mit dem Begriff des „verordneten Antifaschismus“ auseinander.

Zunächst verbindet er nicht, wie die anderen Autoren zuvor, mit dem „Verordnungscharakter“ des Antifaschismus der DDR die Tatsache, dass dieses Konzept „unter Druck“ (Kühnrich 1992, S. 820) den Menschen aufgezwungen werden muss. Dies zu behaupten sei nach der Wende sehr „medienwirksam“ (Kühnrich 1992, S. 820) und ist Teil der Dämonisierung der DDR.

Das verfälscht Geschichte, denn dabei wird verschwiegen, dass der Antifaschismus der DDR, im Gegensatz zu der Auffassung von Olaf Groehler, von vielen Leuten verinnerlicht und als Lebenshaltung angesehen wird (vgl. Kühnrich 1992, S. 832).

Der Neubeginn 1945 trägt einen antifaschistisch-demokratischen Charakter, der „von Anfang an auch Ablehnung, noch mehr aber Akzeptanz“ (Kühnrich 1992, S. 821) erfährt. Von vielen wird der Antifaschismus nicht als Zwang empfunden, sondern als „annehmbare Alternative zur faschistischen Vergangenheit“, die auf „Schuld- und Mitschuldgefühl (traf, Anm. d. V.) angesichts dessen, was Krieg und Faschismus angerichtet hatten. (...) Er sprach alle an, die die ehrliche Absicht hatten, sich von einer verfehlten Vergangenheit abzuwenden, Schlussfolgerungen zu ziehen und damit auch erkannte Schuld abzarbeiten“ (Kühnrich 1992, S. 821). Diese „historische Chance“ (Kühnrich 1992, S. 823) wird „missbraucht“ (Kühnrich 1992, S. 821) und in ein Kampfinstrument verwandelt:

„Ein Merkmal des ‚Verordneten‘ im Antifaschismus der DDR bestand darin, dass er allmählich in ein historisches und politisches Leitmodell gepresst worden, Teils eines ‚geschlossenen‘, einheitlichen, damit verbindlichen Geschichtsbildes war. (...), das ja nicht einfach ‚von oben‘ diktiert wurde, sondern in vielen, oft jahrelangen Forschungen entstand“ (Kühnrich 1992, S. 827). Das würde bedeuten, dass gerade an der Entwicklung eines Schwarz-Weiß-Geschichtsbildes auch Historiker der DDR beteiligt sind.

Kühnrich beschreibt diesen Mangel des Antifaschismus und benennt weiterhin die fehlende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Schuld. Es wird ein Volk geschaffen, dass aus Mitschuldigen Widerstandskämpfer macht und sich somit zu den „Siegern der Geschichte“²⁶ stilisiert.

Dieser Missbrauch des Antifaschismus führt zu einer Entfremdung bei den Jugendlichen, die jedoch nicht den Rechtsextremismus nach der politischen Wende erklären kann. Damit unterscheidet sich Kühnrich grundsätzlich von den Autoren, die gerade in dieser Entfremdung Gründe für das rechtsextreme Potenzial sehen.

3.2.5 Kurt Finker

Wir haben lange überlegt, ob wir seine Auffassungen in diesen Überblick mit einbeziehen sollen, denn Finkers Gebaren erinnert an einen Selbstverteidigungskampf: Steht doch scheinbar sein „Lebenswerk“ auf dem Spiel. Darin eingefangen bleibt es ihm verwehrt, die umfangreichen Mängel des Antifaschismus bezüglich der Erinnerungskultur zu erkennen. Er setzt damit die Tradition fort, den Antifaschismus zu funktionalisieren, in seinem Fall zum Zweck der Selbstbehauptung.

Da wir auf Ähnlichkeiten seiner Argumentationen und der einiger Gesprächspartner im Vorfeld der Überlegungen zu dieser Diplomarbeit gestoßen sind, sind wir zu dem Standpunkt gelangt, ihn hier ebenfalls kurz zu rezipieren.

Finker verwehrt sich dagegen, den Antifaschismus der DDR als einen „verordneten“ zu beschreiben. Er bezieht den Begriff des „verordneten Antifaschismus“ lediglich auf den Zwang, mit dem der Antifaschismus angeblich durchgesetzt werden muss und charakterisiert diese Diskussion als eine westdeutsche: „Mit den Gebetsformeln vom ‚Unrechtsstaat‘ und vom ‚verordneten Antifaschismus‘ in der DDR bemühen sich Historiker, Politiker und Publizisten, die braunen Flecken der BRD-Geschichte zu kaschieren“ (Finker 1999, S. 6).

²⁶ Den Ausdruck „Sieger der Geschichte“ prägt Walter Ulbricht in einer Festrede zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR: „Die Bilanz der beiden ersten Jahrzehnte des sozialistischen Staates deutscher Nationen weist aus, dass wir auf der Seite der Sieger der Geschichte stehen.“ (zit. nach Neues Deutschland vom 07.10.1969, S. 6, zit. nach Kohlstruck 1997, S. 56).

Finker wehrt die Vorwürfe ab, indem er sie als Siegerjustiz diskreditiert, denn dies verunglimpft die Menschen, die sich mit ihren Visionen in die DDR einbringen, wozu kein Zwang nötig ist:

„Die DDR war ein antifaschistischer Staat, in ihr wurde eine große Arbeit geleistet, um den Geist des Antifaschismus zu verbreiten und das antifaschistische Wissen zu fördern“ (Finker 1999, S. 169). Andererseits wird dies von der SED-Politbürokratie missbraucht und der Antifaschismus „in seinem humanistischen Charakter beschädigt“ (Finker 1999, S. 170). Darauf bezieht er nicht sein Verständnis vom „verordneten Antifaschismus“ wie Schubart oder Wiegmann.

3.2.6 Jürgen Danyel

Jürgen Danyel sieht den Verordnungscharakter des Antifaschismus der DDR in der staatlich angeordneten Verdrängung des nicht-oppositionellen Erlebens zur Zeit des Nationalsozialismus, in der Überbetonung der Perspektive des kommunistischen Widerstandskampfes.

Eine Integrität und Glaubwürdigkeit des Antifaschismus besteht 1945, denn er bietet die Möglichkeit „eines Ausweges aus allgemeiner Lethargie und Orientierungslosigkeit (und, Anm. d. V.) war mehrheitsfähig und wurde auch akzeptiert“ (Danyel 1992, S. 921). Mit den fünfziger Jahren müssen diese Komponenten den „Mechanismen politischer Subordination“ (Danyel 1992, S. 921) weichen, die mit „moralischer Abgehobenheit und ideologischer Überfrachtung“ (Danyel 1992, S. 925) verbunden sind, so dass ein Verlust der „gesellschaftskritischen Potenz“ (Danyel 1992, S. 925) des Antifaschismus der DDR für die Bevölkerung vermerkt werden muss. Die moralische Abgehobenheit beruht auf der immer stärker betonten Erfahrungswelt der kommunistischen Opposition während des Nationalsozialismus, aus der sich der politische Hegemonialanspruch der Regierung der DDR ableitet, die jedoch den Erfahrungen der Mehrheitsdeutschen gegenüber steht:

„Angesichts des Defizits an Trauerarbeit und an einer wirklichen Aufarbeitung eigenen Versagens in den Jahren 1933 bis 1945 standen die vergangene Erlebniswelt vieler Menschen und das offizielle Antifaschismusverständnis beziehungslos nebeneinander, wobei die gesellschaftliche Mächtigkeit des letzteren formelle Unterordnung und Verdrängungsreaktionen beförderte“ (Danyel 1992, S. 922).

Diese nebeneinander existierenden Erfahrungswelten fördern einen „psychologischen Zwiespalt“ innerhalb der Bevölkerung, der fortlaufend zur Folge hat, dass jüngere, antifaschistisch geprägte Generationen glauben, in der DDR leben nur Widerstandskämpfer.

Letztendlich wird dadurch ein „Defizit demokratischer Läuterung“ (Danyel 1992, S. 922) initiiert, das in „ernstzunehmenden eruptiven Entladungen“ (Danyel 1992, S. 928) bei Jugendlichen gipfelt: „Die ersten Schändungen jüdischer Friedhöfe in Berlin und die

Zunahme eines rechtsextremistisch artikulierenden Protestpotenzials unter Jugendlichen offenbarten tiefgreifende Fehlentwicklungen. Die Heroisierung des Widerstandes und ein abstraktes formelhaftes Bild vom Nationalsozialismus im Bereich der Bildung und politisch gelenkten Jugendarbeit kollidierten zunehmend mit den Fragen und Wissensbedürfnissen einer jungen Generation, für die der Nationalsozialismus jenseits individueller und familiärer Erfahrung lag“ (Danyel 1992, S. 928).

Als „Schüler dieser Bundes-Nazis“ (Finker 1999, S. 10) würde Finker die beiden folgenden westdeutschen Wissenschaftler bezeichnen. Die Fragen nach dem „verordneten Antifaschismus“ und seinem Verhältnis zur mehrheitlichen Bevölkerung der DDR werden in ihren Aufsätzen nicht vordergründig besprochen. Beide Autoren erscheinen jedoch wiederholt in Sekundärliteratur, da sie bemüht sind, zum Verständnis des Antifaschismus der DDR neue Aspekte einzubringen.

3.2.7 Michael Zimmermann

Michael Zimmermann schreibt dem Antifaschismus eine mythologische Bedeutung innerhalb des Staatswesens der DDR zu.

Er bezieht den Begriff „Mythos Antifaschismus“ auf Roland Barthes²⁷:

Die Aussagen über das historische Geschehen im Nationalsozialismus „gerinnen im Mythos zur bloßen Form, die von einem Begriff, eben dem des ‚Antifaschismus‘, regiert wird“ (Zimmermann 1992, S. 137). Der Mythos deformiert und reduziert komplexe historische Verhältnisse und schafft dadurch eine „ahistorische Essenz. Aus Widerstandskämpfern unter spezifisch historischen Bedingungen werden Helden, die einen Blutzoll entrichten. In unverkennbarer, wenngleich atheistischer Anlehnung an die neutestamentarische Erzählung von Jesu Tod und Auferstehung starben Thälmann und Breitscheid nicht umsonst, da sich ja – säkuläre Form der Auferstehung – das Lager Buchenwald selbst befreit und damit das Vermächtnis der Toten erfüllt habe“ (Zimmermann 1992, S. 138). Der geschaffene antifaschistische Mythos lässt sich beliebig funktionalisieren, beispielsweise um die Staatlichkeit der DDR gegenüber der BRD zu legitimieren, um innere Verhältnisse zu stabilisieren oder um jeweilige Rüstungs- oder Abrüstungsabsichten zu rechtfertigen (vgl. Zimmermann 1992, S. 138). Die Beliebbarkeit dieser Instrumentalisierung bietet auch für Zimmermann einen Erklärungsansatz für die abnehmende Akzeptanz des Antifaschismus in der Bevölkerung.

3.2.8 Bernd Faulenbach

Dieser These Zimmermanns kann auch Bernd Faulenbach zustimmen.

²⁷ Barthes, Roland: *Mythen des Alltags*. Frankfurt/Main 1964.

In seinem Beitrag, den er in der vom Bundestag 1993 gegründeten Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ formuliert, spricht er vom Antifaschismus als „einen regelrechten quasi-religiösen antifaschistischen Staatskult (...), in dessen Mittelpunkt die Erinnerung an die antifaschistischen Kämpfer und ihre Opfer stand samt der Verpflichtung, die diese den Lebenden auferlegten. Eine gewisse Nähe zum Märtyrer-Kult ist nicht zu verkennen“ (Faulenbach 1995, S. 106).

Faulenbach stimmt erstaunlicherweise darin mit Finker überein, dass viele in der Bevölkerung daran glauben und ihn „ehrlich meinten“, ohne ihn zu hinterfragen, sozusagen ihn als ein „Phänomen sui generis“ (Faulenbach 1995, S. 167) betrachten. Nach Erachten Faulenbachs zwingt der Antifaschismus mit seiner „emotionalen Bindekraft“ gerade junge Leute „in eine Identifikation mit der kommunistischen Sache“ (Faulenbach 1995, S. 107) hinein. Parallel dazu lähmt er Oppositionsbestrebungen in der DDR und verhindert gleichermaßen die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus (vgl. Faulenbach 1995, S. 107). Diese Kraft wird funktionalisiert, um Handlungen und Tatbestände zu legitimieren, wodurch der Antifaschismus Gefahr läuft, dieses Bindungspotenzial zu verbrauchen.

Gegenwärtig, mit diesem Gedanken bildet Faulenbach eine Ausnahme, ist der Antifaschismus für „nicht wenige“ (Faulenbach 1995, S. 109) zur Bildung einer positiven DDR-Identität bedeutsam. Für die Mehrheit aber „ist der ‚verordnete Antifaschismus‘ mit der DDR untergegangen. (...) Er (...) wirkt allenfalls in der Weise nach, dass man eben nicht mit der NS-Vergangenheit konfrontiert werden möchte“ (Faulenbach 1995, S. 109).

Die zwei zuletzt vorgestellten Autoren stimmen in vielfacher Sicht mit ihren ostdeutschen Kollegen überein: Das gesellschaftlich-integrative Potenzial, das anfänglich dem Antifaschismus beiwohnt, muss aufgrund der Instrumentalisierung verkommen.

3.3 Zusammenfassung und offene Fragen

Abschließend werden wir grundsätzliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ansätze bezüglich des Verständnisses vom Antifaschismus und dem Antifaschismus der DDR als einen „verordneten“ darstellen.

Dabei werden wir auf die Vorstellung eines „wahren Antifaschismus“, der dem „verordneten“ diametral entgegensteht, eingehen und wie sich dessen Verfremdung vollzog, erläutern. Wir werden aufzeigen, was vom „eigentlichen Antifaschismus“ übrig geblieben ist und welche Auswirkungen dies auf sein Verhältnis zur Bevölkerung hat.

Im Anschluss dieser einzelnen Abschnitte möchten wir Widersprüche, die sich für uns ergaben, benennen und für die weitere Arbeit relevante Fragen stellen.

Angesichts der Tatsache, dass die meisten Publikationen für 3.2 aus dem Jahr 1992 stammen, scheint der Bedarf der Wissenschaft, sich mit dem Antifaschismus der DDR auseinander zu setzen, seit dieser Zeit gedeckt. Diesem Eindruck möchten wir auch mit unseren abschließenden Betrachtungen entgegentreten.

Der Antifaschismus

Auffällig ist, dass dem Antifaschismus als politisches Bekenntnis, als ideelle Grundlage politischen Handelns eine große Relevanz und Kompetenz zugeschrieben wird.

Ralph Giordano spricht vom Antifaschismus als eine „Weltkraft, die alle Hoffnung in sich barg“ (Giordano 1998, S. 212). Ulrich Wiegmann füllt dieses Potenzial mit Inhalt, denn Antifaschismus reicht von einer Affinität zum Marxismus über Pazifismus hin zum Antirassismus (vgl. Wiegmann 1992, S. 81). Wolfgang Wippermann dagegen plädiert für den Erhalt des Antifaschismus aufgrund der historischen Tradition, die ihm zugrunde liegt, denn er birgt das Selbstverständnis aller Hitler-Gegner während des Nationalsozialismus (Wippermann 1980, S. 13). Olaf Groehler sieht gleichfalls im Antifaschismus hauptsächlich die „Ideale des Widerstandes“ (Groehler 1992, S. 40) definiert.

Die anderen Autoren gehen nicht in erster Linie auf ihr Verständnis über den Antifaschismus ein.

Der antifaschistische Grundkonsens

Man kann jedoch deutlich in den Aussagen der Autoren die Ansicht feststellen, dass der Antifaschismus, wie er sich in den Gründungsjahren der DDR gestaltet, diesem oben beschriebenen gleicht. Dazu wird zunächst die Gründung pluraler antifaschistischer Komitees von den Autoren angeführt. Die Anfangsjahre der DDR werden oftmals als sehr positiv beschrieben, so dass auch die Darstellung dieser Zeit die Vermutung zulässt, dass der Antifaschismus der sich etablierenden DDR sich deutlich von dem der letzten Jahre der DDR unterscheidet.

Heinz Kühnrich beschreibt die Anfangsjahre der SBZ/DDR als „historische Chance“ (Kühnrich 1992, S. 823), denn der Antifaschismus hat, wie Danyel charakterisiert, eine „gesellschaftskritische Potenz“ (Danyel 1992, S. 925). Diese Potenz begründet sich aus dem Ausweg, den der Antifaschismus aus den Trümmern der untergegangenen Ideale den Menschen bietet. Heinz Kühnrich deutet den Antifaschismus als eine „Alternative zur faschistischen Vergangenheit“ (Kühnrich 1992, S. 821), die all diejenigen anspricht,

die sich von den Fehlern der Vergangenheit abwenden wollen und sich somit mit ihren Schuldgefühlen auseinandersetzen wollen. Der Antifaschismus erfährt in diesen Jahren eine weitreichende Anerkennung, obwohl Kühnrich bemerkt, dass es ihm gegenüber aber auch einige Ablehnung innerhalb der Bevölkerung gibt. Weitestgehend einstimmig wird daher ein antifaschistisch-demokratischer Grundkonsens in der Sowjetischen Besatzungszone während dieser Jahre festgestellt.

Das zweite Kapitel dieser Arbeit macht jedoch deutlich, dass der antifaschistische Grundkonsens unter den Leuten besteht, die während des Nationalsozialismus von Ausgrenzung und Lebensgefahr bedroht gewesen sind. Verdeutlicht man sich die gesellschaftliche Situation in Gesamtdeutschland nach 1945, die zeigt, dass mangelndes Unrechtsbewusstsein und Verdrängung eher vorherrschen als eine Atmosphäre der Aufklärung und Auseinandersetzung, scheint es doch zweifelhaft, ob gerade Ostdeutschland davon ausgenommen ist. Kühnrich scheint davon auszugehen, dass der Zuspruch, den der Antifaschismus aus der Bevölkerung erhält, auf diesem Wunsch der Auseinandersetzung aufbaut. Das ist sehr fraglich, wie eben auch der gesamtgesellschaftliche Grundkonsens. Gibt es diese sogenannte „Chance“ überhaupt? Oder wird das in diese Zeit hineininterpretiert von Autoren, die an dem Wert Antifaschismus unbedingt festhalten wollen?

Der verordnete Antifaschismus

Diesem Antifaschismus der Gründungsjahre wird von den Autoren ein Antifaschismus der darauffolgenden Jahrzehnte der DDR entgegengesetzt. Dieser ist ein Instrument der Herrschenden, das sie gebrauchen, um den neuen Staat nach außen und innen zu legitimieren und damit neues Unrecht zu rechtfertigen.

Das geschieht erstens mit dem Mittel der Geschichtsverfälschung: Der Nationalsozialismus muss als Faschismus gedeutet werden, der wie eine Fremdherrschaft über das Volk gekommen ist und dem man erfolgreich Widerstand leistet, versinnbildlicht im Sieg der Sowjetarmee und das sich daraus niederschlagende Erbe in der Gründung der DDR. Das macht die DDR-Bürger zu „Siegern der Geschichte“. Mit der Gründung eines sozialistischen Staates mit all seinen wirtschaftlichen und politischen Grundlagen, ist der Aufstieg des Faschismus aus dem Territorium der DDR und ihrer Bruderländer verbannt. Diese inhaltlichen Pfeiler kennzeichnen den „neuen“ Antifaschismus der DDR.

Wo dieser Antifaschismus noch von Wolfgang Wippermann als „parteilicher“ charakterisiert wird, so bezeichnet Ralph Giordano erstmalig diesen „Staats- und Partei-Antifaschismus“ als „verordneten Antifaschismus“, der „unter Vergewaltigung leicht nachprüfbarer Historie“ (Giordano 1998, S. 211) entsteht.

Dadurch wird eine inhaltliche Ebene des Begriffes vom „verordneten Antifaschismus“ charakterisiert, die von allen Autoren, mit Ausnahme Finkers, übernommen wird.

Zweitens ist der „verordnete Antifaschismus“ geprägt durch seine Durchsetzung mit repressiven poststalinistischen Herrschaftsmitteln (vgl. Schubarth 1992, S. 174). Diese sind deutlich in der antifaschistischen Erziehung, die als eine der Hauptaufgaben des Staates verstanden wird, abzulesen. Im Gegensatz dazu ist der Antifaschismus, laut Wiegmann, „seinem Wesen nach also ganz allgemein antidiktatorisch und setzt auf Aufklärung anstatt auf Demagogie und Gewalt“ (Wiegmann 1992, S. 80). Somit entsteht ein Bild vom Antifaschismus der DDR, das als Spiegelbild seines eigentlichen Wesens und seiner eigentlichen Bestimmung bezeichnet werden kann.

„Wahrer“ Antifaschismus versus „verordneter“

Der „verordnete Antifaschismus“ wird zum Synonym eines „verfremdeten“ Antifaschismus.

Kühnrich spricht vom „missbrauchten“ Antifaschismus, der in ein Modell „hineingepresst“ (Kühnrich 1992, S. 827) werden muss. Auch Kurt Finker gesteht dem Antifaschismus der DDR eine „Beschädigung“ (Finker 1999, S. 170) durch die SED-Politbürokratie zu. Die Diskrepanz zwischen dem „verordneten Antifaschismus“ und dem historischen, „demokratischen“ (vgl. Wippermann 1980; S. 13), „wahren“ wird deutlich.

Missbrauch setzt etwas „Reines“ und „Unschuldiges“ voraus, das, wie Giordano sagt „vergewaltigt“, also beschmutzt wird. Folgt man dem Gedankengang, stellt sich für uns die Frage, ob denn das, was in der DDR entsteht, dann noch Antifaschismus ist? Gibt es diesen „reinen“ Antifaschismus überhaupt? Wann gibt es „reine“ Geisteshaltungen und wann werden diese zerstört? In unserem Verständnis ist diese Vorstellung einer Reinheit maßgeblich bestimmtes Denken der Moderne. Wiegmann weist darauf hin, wenn er vom aufklärerischen Potenzial des Antifaschismus spricht. Welche katastrophalen Auswirkungen dieses Denken von Reinheit und Unreinheit bringt, hat das letzte Jahrhundert gezeigt²⁸. Daher sträuben wir uns entschieden, der Vorstellung eines „missbrauchten“ Antifaschismus zuzustimmen.

²⁸ Für das letzte Jahrhundert der westlich christlich sozialisierten Welt ist markant, dass diese Denkweise in die Tat umgesetzt wird. Dies führt zu Ausgrenzung, Entrechtung und Vernichtung von Menschen. Auf den Zusammenhang von Ideen, staatlicher Formation und Ausrichtung gehen wir in Kapitel vier und sechs intensiver ein.

Die Mängel des „verordneten Antifaschismus“

Durch die gekennzeichnete Geschichtsverfälschung ergeben sich, darüber besteht bei allen Autoren Einigkeit, gravierende Mängel im Antifaschismus-Konzept der DDR. Dadurch, dass das Geschichtsbild der DDR den Mehrheitsdeutschen vorgibt, während des Nationalsozialismus Widerstandskämpfer gewesen zu sein, muss eine Verdrängung der eigenen, eben nicht oppositionellen Erfahrungswelt, erfolgen.

Fast alle Autoren, außer Finker, sehen darin einen der größten Fehler des Antifaschismus der DDR. Olaf Groehler beschreibt, wie Schulddiskussionen, da in der Öffentlichkeit nicht erlaubt, in private Nischen gedrängt werden müssen. Danyel zeigt den „psychologischen Zwiespalt“ (Danyel 1992, S. 922) auf, mit dem die Mehrheitsbevölkerung leben muss, da ihre Erfahrungswelt während des Nationalsozialismus nicht mit der offiziell verkündeten übereinstimmt.

Ein weiterer Punkt, der zur Verurteilung des Antifaschismus der DDR führt, ist die Ideologisierung, die weiter oben bereits angesprochen wird. Danyel spricht von einer „ideologischen Überfrachtung“ (Danyel 1992, S. 925), die zu einem Schwarz-Weiß-Denken führt, wobei Geschichte zu einer „ahistorischen Essenz“ (Zimmermann 1992, S. 138) verkommt. Groehler spricht von antifaschistischen Widerstandskämpfern als „idealisierte Lichtgestalten“ (Groehler 1992, S. 36), denen beinahe etwas Heiliges anhaftet. Diese religiöse oder mythische Komponente des Antifaschismus der DDR wird bei Faulenbach und Zimmermann verdeutlicht, die nicht vom „verordneten Antifaschismus“ sprechen, sondern vom Mythos und von der Religion Antifaschismus.

Dass sich diese Indoktrination mit undemokratischen Mitteln vollzieht, wird von einigen Autoren als folgenreich gewertet. Schulddiskussionen von Mitgliedern der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung müssen sich in der DDR auf den privaten Bereich beschränken. Diese Überlegung impliziert, dass Teile der Bevölkerung der DDR der öffentlichen Schuldverdrängung ablehnend gegenüberstehen. Dieser Schlussfolgerung könnten Schubarth und Danyel zustimmen, denn ihrer Meinung nach verliert der Antifaschismus der DDR durch sein Beschweigen von Schuld an Wirkung und Akzeptanz in der DDR-Bevölkerung.

An dieser Stelle möchten wir diese Auffassung nur kurz, aber bestimmt in Frage stellen, denn sie bildet einen wichtigen Kern dieser Arbeit, auf den wir im folgenden Kapitel ausführlich eingehen werden. Auch bleiben die Ursachen, worauf sich der von Danyel angesprochene Zwiespalt gründet, nur oberflächlich betrachtet: Einerseits von emigrierten Antifaschisten als einer von ihnen angesehen zu werden, aber insgeheim zu wissen, während des Dritten Reiches „auf der anderen Seite“ gestanden zu haben? Diese Ambivalenz würde ein Schuldeingeständnis voraussetzen. Oder ergibt sich für die

Mehrheitsbevölkerung dieser psychologische Zwiespalt aus der Erfahrung, von Nazi-Gegnern oder „Bolschewisten“ Werte vermittelt zu bekommen, die niemals die eigenen gewesen sind oder mehr noch, die man verpönt hat? Das Jahr 1945 kann somit von ihnen nicht als ein siegreiches verstanden werden, sondern als ein Jahr der Niederlage. Es wird schnell klar, um das weitere Leben zu sichern ist es vorteilhafter, diese Gedanken und Gefühle in den eigenen vier Wänden zu lassen. Unrecht und Schuld wird in diesem Konflikt nicht erkannt. Verdrängungen könnten in beiden Haltungen verankert sein. Die zunehmende inhaltliche Aushöhlung scheint in diesem Sinne gewollt. Wahrscheinlich gelten beide beschriebenen Konflikte. Aber gibt es diesen Zwiespalt überhaupt?

Wirkung des Antifaschismus der DDR

Eine grundsätzliche Gemeinsamkeit fast aller Autoren besteht darin, dass der Antifaschismus der DDR, dem in seinem Verhältnis zur Bevölkerung zunächst eine hohe Bindekraft zugestanden wird, diese aufgrund besagter Mängel, d.h. Instrumentalisierung, Indoktrination und moralische Überfrachtung, verliert. Einige Autoren führen weiterhin die repressiven Methoden als Grund für die abnehmende Akzeptanz an.

Dabei kristallisiert sich eine große Differenz zu Kühnrich und Finker heraus, denn sie verwehren sich dagegen, dass der Antifaschismus mit staatlichem Druck verordnet werden muss. Viele Menschen, wie sie, engagieren sich gut und gerne mit Rückgriff auf antifaschistische Ideale in der DDR. Sie leisten für eine „gute Sache“ freiwillig ihren Beitrag. Kühnrich betont jedoch nur an einer Stelle, dass Forscher an der Entwicklung des verfälschten Geschichtsbildes mitarbeiten. Ansonsten gilt: „Wahre“ antifaschistische Arbeit wird von ihnen geleistet und die „Falsche“ durch die „Oberen“. Für Schubarth lässt die Wirkung des Antifaschismus seit Mitte der achtziger Jahre nach, Wiegmann dagegen veranschlagt den Zeitpunkt zehn Jahre früher. Groehler bemerkt, dass der Antifaschismus der DDR bei der Bevölkerung „offenbar keine sehr tiefen Spuren hinterlassen hat“ (Groehler 1992, S. 29). Kühnrich spricht von einer Entfremdung bei den heranwachsenden Generationen, so dass sie sich nicht mehr auf eine Identifikation mit dem Antifaschismus der DDR einlassen können. Für Faulenbach und Zimmermann verfällt der Glaube der Menschen an den Antifaschismus, da seine Riten und Beschwörungsformeln immer absurdere Formen annehmen. Somit scheint der „verordnete Antifaschismus“ gescheitert.

In den Ausführungen der Autoren wird uns nicht klar, worauf sie ihre Thesen der abnehmenden Akzeptanz stützen. Stützen sie sich darauf, dass die friedliche Revolution von unten im Herbst 1989 auch als eine Revolte gegenüber dem „verordneten Antifaschismus“ verstanden werden muss? Womit begründet Groehler, dass der

Antifaschismus spurlos bleibt? Ist das überhaupt möglich, nachdem der Antifaschismus über 40 Jahre eine der staatstragenden Säulen gewesen ist? Im Gegensatz zu Finker und Kühnrich werden bei diesen Überlegungen die Menschen der DDR als Gläubige oder Verführte wahrgenommen, die sich irgendwann nicht mehr darauf einlassen wollen. Der Antifaschismus, wie er dann in der DDR existiert, hat sich bereits 1953 etabliert. Warum setzt die Fähigkeit der Menschen, dies zu durchschauen erst einige Jahrzehnte später ein?

Folgen des „verordneten Antifaschismus“

Der Antifaschismus der DDR hat für einige Autoren maßgeblich Konsequenzen zu verantworten, die erst nach der Wende augenscheinlich werden.

Schubarth versteht den anwachsenden Rechtsextremismus als ein ostdeutsches Phänomen, das ein Indiz für das Versagen, auch schon vor 1989, der antifaschistischen Erziehung der DDR ist. Gerade bei Jugendlichen stößt der „verordnete Antifaschismus“ seit den achtziger Jahren auf erheblichen Widerstand. Der aufkeimende Rechtsextremismus wird auch als Rebellion gegen ihn verstanden. Da der „verordnete Antifaschismus“ als Synonym für Indoktrination, stalinistische Strukturen und Verdrängung von Schubarth gebraucht wird, könnte man daher den Rechtsextremismus als, etwas provokativ formuliert, couragiertes Eintreten für eine vermisste Kultur der Erinnerung und Aufarbeitung verstehen. Danyel spricht von „erruptiven Entladungen“ (Danyel 1992, S. 928) eines Konfliktpotenzials, welches sich in Schändung jüdischer Friedhöfe einen Weg bahnt.

Die Konsequenz der Verknüpfung des „verordneten Antifaschismus“ (und dessen Scheitern) mit dem Rechtsextremismus scheint aus dieser Perspektive schauerhaft. Könnte man, falls man diese Verbindung herstellen will, den Rechtsextremismus nicht als Fortsetzung des „verordneten Antifaschismus“ verstehen? Erfahren alle in ihm beschwiegene Elemente nicht darin ihren Vollzug?

Augenscheinlich ist, dass viele Widersprüche und offene Fragen bezüglich des Verständnisses und der Deutung des DDR-Antifaschismus bestehen. Alle Autoren haben Anregungen gegeben, aber gerade die Widersprüche und Ungenauigkeiten geben Anlass die Diskussion fortzusetzen.

4. Der Antifaschismus der DDR: „verordnet“ oder „gewollt“? Gegenüberstellung zweier Thesen

In den vorangegangenen beiden Kapiteln haben wir versucht, zunächst die Etablierung des Antifaschismus-Konzeptes der DDR darzustellen und den Blick auf die staatliche Ebene zu konzentrieren. Darauffolgend wurden Reflexionen verschiedener Wissenschaftler über das Antifaschismus-Konzept vorgestellt und diskutiert. Von der Metaebene aus lag das Hauptaugenmerk der Autoren dabei auf dem Versuch, den Antifaschismus in das politische System DDR einzuordnen.

In beiden Kapiteln wurde die Perspektive der Mehrheitsbevölkerung aus verschiedenen Gründen vernachlässigt. Im zweiten Kapitel schien uns die Herausstellung der staatlichen Ebene wichtig, um der Dominanz und Einflussnahme staatlicher Organe und Institutionen den Stellenwert einzuräumen, der diesen im Prozess der Etablierung tatsächlich zukam. Im dritten Kapitel dagegen ist die Vernachlässigung dieser Perspektive in den Texten der Autoren selbst verankert. Das Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zum Antifaschismus bleibt immer nur ein Randthema, ist nie Schwerpunkt der Betrachtungen.

In diesem Kapitel wollen wir uns dem Verhältnis des Antifaschismus-Konzeptes zur Mehrheitsbevölkerung auf einer theoretischen Ebene annähern. In der Annäherung an das Thema mussten wir selbst feststellen, dass wir diese Perspektive, ähnlich wie die meisten Autoren im dritten Kapitel, vernachlässigt, also nicht mitgedacht haben.

In der Beschäftigung mit den ersten Texten zum Thema sahen wir uns nur mit einer These konfrontiert. Scheinbar herrscht Einigkeit darin, dass das Antifaschismus-Konzept der DDR diktatorisch über die Mehrheitsbevölkerung „verordnet“ wurde. Dieser Argumentation folgten wir solange, bis wir auf eine dem widersprechende These stießen. Sie beinhaltet, dass der Antifaschismus der DDR von der Mehrheitsbevölkerung mitgetragen, also „gewollt“ war. Gerade diese Gegensätzlichkeit sensibilisierte uns derart, dass wir die Fragen nach dem Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zum Antifaschismus der DDR in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen wollen.

Zunächst sollen die beiden Thesen vorgestellt werden, um sie dann im weiteren Verlauf des Kapitels zu diskutieren. Daraus entwickeln wir die Grundlagen unserer Fragestellungen und werden einige Begriffe problematisieren, die den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der deutschen Mehrheitsbevölkerung beschreiben.

4.1 Antifaschismus als eine Verordnung des Herrschaftsapparates über die Mehrheitsbevölkerung

Ausgehend von der Rezeption der Texte im dritten Kapitel waren wir verblüfft über die Einhelligkeit der Meinungen verschiedener Autoren über das Verhältnis des Antifaschismus zur Mehrheitsbevölkerung. Die Autoren unterscheiden sich darin, dass sie dem Antifaschismus der DDR verschiedenartige Bedeutungen beimessen. Es herrscht aber Konsens über das Verständnis des Antifaschismus als einen „verordneten“.

4.1.1 Vorstellung der These

Den Begriff des „verordneten Antifaschismus“ hat Ralph Giordano entwickelt, der ihn als einen „Staats- und Partei-Antifaschismus“ (Giordano 1998, S. 211) kennzeichnete. Er stellt heraus, dass der Antifaschismus von der Staats- und Parteiführung der DDR u. a. zur Legitimierung der eigenen stalinistischen Verbrechen funktionalisiert wurde. Von den ursprünglichen antifaschistischen Werten blieb daher wenig übrig. Diese inhaltliche Substanz des Antifaschismus wurde von Wissenschaftlern nach der politischen Wende von 1989/90 erweitert. Sie betrachteten zunehmend die Wirkung des Antifaschismus auf die Bevölkerung der DDR. Dabei betonten sie den Zusammenhang von missbrauchten antifaschistischen Idealen und deren Durchsetzung mit Mitteln der Indoktrination²⁹ durch die Führung der DDR. So beinhaltete der Begriff des „verordneten Antifaschismus“, dass er über die Köpfe der Mehrheitsbevölkerung hinweg verordnet, also oktroyiert wurde. Die Nachwendezeit machte die verheerenden Auswirkungen deutlich, so wird die Verordnung des Antifaschismus u. a. als Ursache für rechtsextreme Übergriffe in den neuen Bundesländern gesehen.

4.1.2 Im Kontext des Staatsverständnisses³⁰

Erklärungen spezifisch ostdeutscher Phänomene durch den „verordneten“ Antifaschismus diskutieren die Frage der Wirkung des Antifaschismus auf die Mehrheitsbevölkerung. Damit verengen die Autoren ihren Blick auf die Deutung des Antifaschismus als ein Herrschaftsinstrument, das die Regierenden über die Regierten

²⁹ Dies meint eine fortschreitende Ritualisierung des Antifaschismus der DDR. Davon waren hauptsächlich die pädagogischen Einrichtungen, wie z.B. Schule erfasst. Der Soziologe W. Schubarth hat in unveröffentlichten Untersuchungen die zunehmende Abwehr der Jugendlichen in der Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus (seit den siebziger Jahren) festgestellt. Die Vermittlung des offiziellen Umgangs mit Nationalsozialismus wird von den Jugendlichen als „Bombardierung“ erlebt (vgl. Schubarth/Schmidt 1992, S. 12ff.).

³⁰ An dieser Stelle geht es uns nicht um eine gesamte Einordnung des Staatswesens DDR. Wir stellen nicht zur Diskussion, dass die DDR auf der Basis einer Einparteiendiktatur existierte. Auch in der Etablierung des Antifaschismus-Konzeptes der DDR sind diktatorische Elemente nachweisbar, wie im zweiten Kapitel dargestellt. Die Deutung des Antifaschismus im Rahmen eines Staatsverständnisses verweist auf die Rolle der Individuen innerhalb dieses Staates. Gerade diese Perspektive nehmen wir in diesem Kapitel ein und daher ist es notwendig, sich mit dem Staatsverständnis auseinanderzusetzen.

einsetzen. Der Antifaschismus als Herrschaftsinstrument hatte zur Aufgabe, die Mehrheitsbevölkerung an die DDR zu binden. Nach Aussagen der Autoren ließen die Herrschenden den Antifaschismus zu einer Staatsdoktrin verkommen. Dieser Staatsdoktrin werden „mythische“, „kultische“ oder „religiöse“ Kräfte zugeschrieben, die die Beherrschten verführen sollten. Hier wird offensichtlich, dass dieser Deutung ein diktatorisches Staatsverständnis zugrunde liegt. Es wird ein „Oben“ und „Unten“ konstruiert, das den Staat aufteilt in Herrscher und Beherrschte. Dabei handelt es sich um eine einseitig vertikale Beziehung, die sich dadurch manifestiert, dass das Machtmonopol einzig bei den Herrschern liegt und die Beherrschten ihnen ohnmächtig erliegen müssen. Die Mehrheitsbevölkerung nimmt die Rolle von Beherrschten ein und unterwirft sich damit den Herrschern. Eine Unterwerfung, die ihnen jegliche Handlungs- und Einspruchsmöglichkeit nimmt, sie von daher auch jeglicher Verantwortlichkeit entbindet. Nicht nur die Unterwerfung ist von Bedeutung, sondern auch die Möglichkeit der Herrschenden und des ihnen eigenen Machtmonopols, ihre Interessen gegen den Willen der Mehrheitsbevölkerung durchzusetzen.

Aufgrund dieser Einteilung der DDR-Gesellschaft ist nun nachvollziehbar, warum es für die Autoren nicht erforderlich scheint, die Perspektive der Mehrheitsbevölkerung einzunehmen und nach ihrem Willen zu fragen.

4.1.3 Aussagen über die Interessen der Mehrheitsbevölkerung

Autoren, die den Begriff des „verordneten“ Antifaschismus prägen, verorten in ihm zwei Aspekte: Einerseits den oben erwähnten Aspekt der Oktroyierung und andererseits den der „Entfremdung“. Die Autoren verstehen darunter einen dem „Wahren“ entfremdeten, mit Mängeln behafteten Antifaschismus. Bei dieser Entfremdung handelt es sich um eine doppelte einander bedingende Entfremdung. Zum einen wurde der Antifaschismus wie schon erwähnt seiner Traditionen beraubt, wodurch er zum anderen zunehmend seine anfängliche Anziehungskraft, sein Bindungspotenzial für die Mehrheitsbevölkerung verlor.³¹ Der Verlust des Bindungspotenzials machte den Einsatz von Mitteln der Indoktrination erforderlich, um die Existenzgrundlage des antifaschistischen Staates DDR zu erhalten.

Wenn sich die Mehrheitsbevölkerung tatsächlich vom Antifaschismus entfernt hat, so stellt sich uns die Frage, ob es sich dabei um eine Ablehnung der Mittel der Indoktrination handelt oder um eine Ablehnung der ihr „entfremdeten“ Inhalte? In der

³¹ In einigen Erinnerungen aus den Gründungsjahren der DDR erfährt der Antifaschismus Kompetenzen einer positiven Identifikation mit dem entstehenden Staat. Er bot nach dem Untergang des nationalsozialistischen Staates einen Neuanfang und die Chance einer Neuorientierung für die Bevölkerung (vgl. Christa Wolf 1990, S. 29ff.; Franz Fühmann 1987, S. 8ff.).

Beantwortung dieser Frage bleiben die Autoren unkonkret, wenn sie überhaupt mitüberlegt wird.

Diese Gedanken erhalten ihre Relevanz in der Beobachtung politisch engagierter Kreise 1989/90, die in ihren Vorstellungen zur Neugestaltung des Systems DDR an dem Grundpfeiler Antifaschismus festhielten, in ihm etwas „Gutes“ sahen, das es zu bewahren, zu erhalten galt. Dieses noch heute festzustellende Phänomen könnte dafür sprechen, dass die Mehrheitsbevölkerung nicht die antifaschistischen Inhalte, sondern die Mittel der Indoktrination abgelehnt hat.

Der „verordnete“ als ein dem „Wahren“ entfremdeter Antifaschismus weist nach Meinung der Autoren Mängel auf. Als ein bedeutender Mangel wird die fehlende Auseinandersetzung mit der Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus im Antifaschismus-Konzept der DDR gesehen. Klarer formuliert: Die Nicht-Thematisierung von Beteiligung der Mehrheitsbevölkerung am Nationalsozialismus wird als Ursache für den Verlust des Bindungspotenzials für die Mehrheitsbevölkerung³² und sogar für sein Scheitern gesehen.

Oder andersherum gedacht: Hätte das Antifaschismus-Konzept der DDR die Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft am Nationalsozialismus thematisiert, wäre der Konsens der Anfangsjahre nicht zerstört worden?

An dieser Stelle kommen wir zu einem Schlüsselpunkt unserer Überlegungen. Wie könnten sich die Interessen der Mehrheitsbevölkerung zu denen des Herrschaftsapparates verhalten haben?

Hinter der These des „verordneten“ Antifaschismus verbirgt sich, dass das Antifaschismus-Konzept der DDR den Interessen der Mehrheitsbevölkerung nicht entsprach. Wenn also die Autoren die Ursache für das nachlassende Bindungspotenzial des Antifaschismus in der Nicht-Thematisierung der Beteiligung sehen, lässt das darauf schließen, dass die Mehrheitsbevölkerung der DDR an einer Auseinandersetzung mit ihrer Beteiligung interessiert war.

Also sagt diese These über das Antifaschismus-Konzept aus, dass es Angebote der Nicht-Thematisierung der Beteiligung am Nationalsozialismus beinhaltete, die den Interessen der Mehrheitsbevölkerung nicht entsprachen und somit von ihr nicht gewollt waren.

Hier wird die Brüchigkeit der These vom „verordneten“ Antifaschismus deutlich.

³² J. Danyel beschreibt die Diskrepanz zwischen offiziellem Geschichtsbild und persönlich Erlebten als einen „psychologischen Zwiespalt“, in dem sich die Bevölkerung der DDR befindet. Die Unterschiedlichkeit der Erlebniswelten führt also zu einem inneren Konflikt, dem die Menschen der DDR ausgesetzt sind (vgl. Danyel 1992, S. 915ff.).

4.1.4 Weiterführende Überlegungen

Die These vom „verordneten“ Antifaschismus wollen wir durch zwei Einwände herausfordern.

Die These von einem „verordneten“ Antifaschismus würde implizieren, dass die Bereitschaft der ostdeutschen postnationalsozialistischen Gesellschaft, sich mit ihrer Täter- und Mittäterschaft im Nationalsozialismus auseinander zu setzen, durch den Antifaschismus selbst verhindert wurde.

Diese Annahme würde der Beobachtung von Erinnerungskultur anderer Gesellschaften, die Täter bzw. Mittäter im Nationalsozialismus waren, entgegenstehen. Dieser Beobachtung folgend ist Nicht-Auseinandersetzung eine übliche Verfahrensweise im Umgang mit individueller Beteiligung am Nationalsozialismus und würde somit den Interessen der Mehrheitsbevölkerung entsprechen.

Beinhaltet der Antifaschismus Angebote der Nicht-Thematisierung, so würde er den Interessen der Mehrheitsbevölkerung entgegenkommen. Darin könnte man eine Übereinstimmung der Interessen vermuten. In dieser Übereinstimmung wird der Mehrheitsbevölkerung eine aktive Rolle zugestanden. Die Ausgangsthese vom „verordneten“ Antifaschismus, da sie von einem konstruierten „Oben“ und „Unten“ ausgeht, bringt die Mehrheitsbevölkerung in einen paralysierten Zustand. Mit dieser Lähmung geht der Mehrheitsbevölkerung auch ihre eigene Erfahrungswelt verloren.

K. Finker erhebt seinen Einwand gegen dieses Verständnis, das in seiner Konsequenz die DDR-Bevölkerung im Nachhinein entmündigt und das politische Engagement zu bloßem Gehorsam degradiert. Er betont demgegenüber die Rolle der Individuen, die seiner Ansicht nach ehrlich Überzeugte des Antifaschismus waren (vgl. Finker 1999, S. 170) und nicht Verführte.

Wir möchten in diesem Punkt K. Finkers Einwand ernst nehmen. Aber mit dem Zusatz, dass sich dieses Engagement nicht, wie Finker meint, auf den „guten“ Antifaschismus bezog, sondern genau dem Antifaschismus galt, wie er sich in der DDR als Staatsdoktrin etabliert hat.

Kurt Finker definiert die Mehrheitsbevölkerung der DDR, im Gegensatz zu den meisten anderen Autoren, nicht zu Opfern der Diktatur, zu Verführten des diktatorischen Antifaschismus. Diese gegenwärtig weit akzeptierte Zuschreibung der Mehrheitsbevölkerung als Opfer der DDR-Diktatur nimmt ihr einen eigenen Handlungs- und Einspruchsspielraum, der ihr partiell wohl zugesprochen werden muss. Die zugeschriebene Unterwerfung hat unserer Ansicht nach auch eine erneut entlastende Funktion bezüglich Verantwortungsübernahme und der Auseinandersetzung mit dem Geschehenen, die wir in Frage stellen wollen.

4.2 Antifaschismus als Übereinstimmung von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung

Der These vom „verordneten“ Antifaschismus stellen wir die folgende These gegenüber. Sie benennt explizit das Verhältnis von Mehrheitsbevölkerung und Antifaschismus. Genau diese Perspektive auf das Zusammenwirken von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung, in dem den Individuen Handlungsspielräume und nicht Unterwerfung zugesprochen werden, bildet das Hauptinteresse unserer Arbeit.

In dem 1993 erschienenen Buch „Antifaschismus - ein deutscher Mythos“ beschäftigt sich Antonia Grunenberg mit der Rolle und Bedeutung des Antifaschismus als Ideologie im Deutschland des 20. Jahrhunderts. In ihren Beobachtungen der Nachwendezeit fiel ihr auf, dass dem Antifaschismus Kompetenzen für die Bildung einer neuen gesamtdeutschen Identität eingeräumt wurden (vgl. Grunenberg 1993, S. 9). Ausgehend von der Frage, was denn Antifaschismus, „jene merkwürdige Wortschöpfung, die ein Dagegen-Sein ausdrückt, aber kein politisches Konzept“ (Grunenberg 1993, S. 9), gewesen ist, untersucht sie seinen Entstehungszusammenhang und seine jeweilige politische Funktion in Deutschland.

Sie beschreibt das 20. Jahrhundert als ein Jahrhundert, das unter dem Zeichen des Dualismus stand, der das gesamte Denken in Deutschland beeinflusste. Der Dualismus entzweit die Welt. Er denkt sie in zwei Pole, die sich gegenüberstehen und über deren Richtigkeit die Zukunft entscheiden wird. „Die andauernde Beschwörung der entzweiten Welt verhalf der Zweiheit zum Durchbruch. Der Dualismus ließ keine Wahrnehmung der Pluralität mehr zu, wenn alle Pluralität sich in Dualität auflöste bzw. als solche begriffen wurde“ (Grunenberg 1993, S. 211).

Die beiden dualistischen Systeme des letzten Jahrhunderts waren der Nationalsozialismus bzw. Faschismus und der Sozialismus bzw. Kommunismus bzw. Stalinismus (Grunenberg 1993, S. 12). Zwischen diesen beiden Großsystemen ortet sie den Antifaschismus als Bindeglied, das sich auf beide bezieht. Der Anti-Faschismus ist wortwörtlich von diesem Dualismus geprägt. Er schuf die Verbindung von beiden Systemen durch seine Haltung des Dagegen-Seins. Wobei anzumerken ist, dass sich dieses Dagegen-Sein variabel und vielfältig gestalten ließ. Gerade diese Spannweite schuf die ihm eigene Möglichkeit der Funktionalisierung je nach Notwendigkeit. Der Antifaschismus wurzelt im Faschismus, wodurch das Verständnis vom Faschismus den Antifaschismus bestimmt. In der kommunistischen Deutung wurde „Anti-Faschismus (...) als die den imperialistischen Verhältnissen angepasste Strategie des umfassenden

Dagegen-Seins begriffen“ (Grunenberg 1993, S. 23). Grunenberg bilanziert zudem, dass dem Antifaschismus eine antidemokratische und totalitäre Dimension unablösbar verhaftet ist (vgl. Grunenberg 1993, S. 12 u. 210). Ausdruck dieser totalitären Dimension ist eine Übereinstimmung zwischen Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung.

4.2.1 Vorstellung der These

Antonia Grunenberg entwickelt ihre These in einer kurzen Abhandlung zum Antifaschismus in der DDR, bleibt jedoch in ihren Ausführungen weitestgehend unkonkret.

„Anti-Faschismus war der kleinste gemeinsame Nenner von Staat und Gesellschaft³³“ (Grunenberg 1993, S. 138).

In diesem Verständnis ist Antifaschismus im Gegensatz zur These vom „verordneten“ Antifaschismus kein Herrschaftsinstrument, das in den Händen der Machthaber liegt. In der Bezeichnung vom „kleinsten gemeinsamen Nenner“ liegt ein Verständnis verborgen, dass es einen Ort der Übereinkunft von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung gibt. Diese Übereinkunft im Antifaschismus traf auf zwei spezifisch deutsche Vorbedingungen: „auf das Schuldgefühl wegen der Mittäterschaft im Nationalsozialismus und ein weitverbreitetes Bewusstsein von der Notwendigkeit eines Neuanfangs“ (Grunenberg 1993, S. 131).

Die Einschränkung des „kleinsten“ Nenners interpretieren wir dahingehend, dass der Antifaschismus, neben anderen Beständen, einer der möglichen Bereiche war, in dem es zu einer Übereinkunft von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung kam.

4.2.2 Im Kontext des Staatsverständnisses

Unserer Ansicht nach wird durch den gemeinsamen Nenner die Paralyse der Mehrheitsbevölkerung aufgehoben und maßgeblich umgewandelt. In Grunenbergs These wird der Mehrheitsbevölkerung im Hinblick auf den Antifaschismus ein gewisses Maß an Handlungsspielraum zugestanden, der von ihr genutzt wurde, um sich mit dem Herrschaftsapparat in Einklang zu bringen. Die Behauptung vom Einklang spielt auf eine wechselseitige Wirkung von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung an, so dass die einseitig vertikale Beziehung aufgehoben wird. Während dem „verordneten“ Antifaschismus ein diktatorisches Staatsverständnis zugrunde liegt, wird in der Vorstellung vom gemeinsamen Nenner das „Oben“ und „Unten“ demontiert.

³³ Wir übernehmen das Wortpaar Staat und Gesellschaft nicht, da wir der Meinung sind, dass sich der Staat zu großen Teilen aus der Gesellschaft bildet. Wir verwenden die Begriffe Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung (vgl. erstes Kapitel).

Um den Antifaschismus als „kleinsten gemeinsamen Nenner“ näher zu charakterisieren, greift Grunenberg auf die Analyse totaler Herrschaft Hannah Arendts zurück. Sie verwendet dazu folgendes Zitat Arendts:

„Totale Herrschaft ist ohne Massenbewegung und ohne Unterstützung durch die von ihr terrorisierten Massen nicht möglich“ (Arendt 1986b, S. 496, zit. nach Grunenberg 1993, S. 131). Das bedeutet, dass die Massen gleichzeitig terrorisiert werden und bereit sind, die Herrschaft zu unterstützen. Eine solche Unterstützung kann Ausdruck dafür sein, dass das „Oben“ und „Unten“ zumindest nicht das wesentliche Charakteristikum dieser Herrschaft ist, sondern das Einvernehmen zwischen Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung. Niederschlag findet diese Überlegung, wenn Grunenberg schreibt: „Anti-Faschismus in der SBZ und der späteren DDR war nicht nur Staatsdoktrin und nicht nur ein ‚von oben‘ oktroyiertes und nur widerwillig aufgenommenes politisches System“ (Grunenberg 1993, S. 131).

4.2.3 Aussagen über die Interessen der Mehrheitsbevölkerung

Grunenbergs These vom „kleinsten gemeinsamen Nenner“ verweist auf eine Übereinstimmung der Interessen von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung. Diese Übereinstimmung der Interessen scheint uns offensichtlich in der Nicht-Thematisierung von Beteiligung am Nationalsozialismus. Dabei können die übereinstimmenden Interessen unterschiedlich motiviert sein.

Antifaschismus als Staatsdoktrin war multifunktional. Zum einen bediente er die legitimatorische Funktion, derer der Staat DDR vor und nach seiner Gründung, in Abgrenzung zum anderen deutschen Staat, dringend bedurfte. Weiterhin beinhaltete er eine integrative Komponente zur Einbindung von Tätern und Opfern in den neuen Staat. Darüber entwickelte der Antifaschismus eine identifikatorische Kraft in der Loyalität der Bürger zu ihrem neuen Staat, der die DDR zur Heimat werden ließ (vgl. Danyel 1995, S. 31ff.; Griese/Marburger 1995).

In der spezifischen Deutung des Nationalsozialismus als Faschismus lag die Voraussetzung für die Gründung des neuen deutschen Staates DDR und damit verbunden die Möglichkeit des politisch-persönlichen Neuanfangs seiner Bürger. Mit der Gründung eines antifaschistischen deutschen Staates wurde der Bruch mit Kontinuitätslinien gesamtdeutscher Vergangenheit institutionalisiert. Für die Mehrheitsbevölkerung bedeutete dies einen Bruch mit ihrer eigenen Vergangenheit.

An dieser Stelle wollen wir den Gedanken Grunenbergs wieder aufgreifen, denn dieser Bruch mit der eigenen Geschichte versprach den Neuanfang um den Lohn der Verleugnung, der Verdrängung der Mittäterschaft und Mitschuld am

Nationalsozialismus³⁴. In dem Gedanken Grunenbergs traf das Antifaschismus-Konzept der DDR auf eine Vorbedingung der Mehrheitsbevölkerung, nämlich „auf das Schuldgefühl wegen der Mittäterschaft im Nationalsozialismus“ (Grunenberg 1993, S. 131).

Die Nicht-Thematisierung der Beteiligung könnte die Annahme des Antifaschismus-Konzeptes durch die Mehrheitsbevölkerung der DDR erklären. Die Mehrheitsbevölkerung könnte an einer Nicht-Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit interessiert gewesen sein. Darin könnten ihrerseits Motive liegen, das Antifaschismus-Konzept anzunehmen und zu unterstützen. Die Nicht-Thematisierung der Täter- und Mittäterschaft am Nationalsozialismus könnte ein von der Mehrheitsbevölkerung bereitwillig empfangener Lohn sein.

Wenn wir den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ des Antifaschismus der DDR in der Nicht-Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit als eigene mitgetragene Geschichte vermuten, erscheint uns diese These in der Analyse des Antifaschismus und seines Verhältnisses zur Mehrheitsbevölkerung nachvollziehbarer und weniger brüchig als die These vom „verordneten“ Antifaschismus. Unseren Vermutungen wollen wir in der Analyse des Antifaschismus-Konzeptes nachgehen. Es ist uns unmöglich, rückblickend die Prozesse der Mehrheitsbevölkerung zu erfahren. Es ist uns jedoch möglich, das Antifaschismus-Konzept der DDR eingehend zu betrachten. Wir untersuchen die im Antifaschismus-Konzept unterbreiteten Angebote, die dem Interesse der Mehrheitsbevölkerung nach Nicht-Auseinandersetzung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit entsprochen haben könnten.

4.2.4 Weiterführende Überlegungen

Wir wollen uns dem Verhältnis von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung zum Antifaschismus annähern. In den folgenden Ausführungen versuchen wir zu verdeutlichen, dass es eine Verbindung zwischen dem Einklang von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung und dem Einklang des Denkens gibt.

Durch die von uns vermuteten korrespondierenden Interessen verschmelzen Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung im Antifaschismus-Konzept. In diesem Ort des Einklangs werden beide Interessengruppen zu einem Ganzen, zu einer Einheit. Dieses Bild des Einklangs, welches Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung zu

³⁴ Die Begrifflichkeiten Verdrängung und Verleugnung, auf der Basis eines Schuldgefühls, finden sich in den etabliertesten Ansätzen zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wieder. Wir werden auf diese und einige andere Begriffe im Abschnitt 4.3 zurückkommen.

einem Körper werden lässt, erinnert uns an Aspekte der Analyse totalitärer Herrschaft³⁵ Hannah Arendts. In ihren Ausführungen über die Zusammenhänge von innerer und äußerer totaler Beherrschung von Menschen entwirft sie ein ähnliches Bild: „alle Menschen in ihrer unendlichen Pluralität und Verschiedenheit so zu organisieren, als ob sie alle zusammen nur einen einzigen Menschen darstellten“ (Arendt 1996a, S. 907).

An dieser Stelle ist ein Einwand notwendig. Bei dem Rückgriff auf Gedanken Arendts geht es uns nicht um eine Einordnung der DDR als totalitäres Herrschaftssystem. Tiefgreifende Überlegungen sind hier nicht zu leisten, weil sie zum einen unsere Kompetenzen übersteigen und zum anderen den Schwerpunkt unserer Arbeit verlagern würden. Vielmehr wollen wir unsere Analyse des Antifaschismus-Konzeptes erweitern und die Begriffe von Plural und Singular nach Arendt mitdenken.

In der von uns vermuteten tatsächlichen Einheit, bezogen auf das Antifaschismus-Konzept der DDR, entsteht ein kollektives Singular. Dieses kollektive Singular meint, dass an diesem Ort des Einklangs die Verschiedenartigkeit aufgehoben, die Pluralität³⁶ zerstört wird.

Liegt der organisierten Einheit von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung eine Ideologie zugrunde, die die Welt in einem Singular erklärt? Oder: Worin liegen die Wurzeln dieses einen entstandenen Körpers? Entsteht das Einssein der beiden Interessengruppen aus dem inhaltlichen Singular des Antifaschismus? Unserer Ansicht nach müssten an diesem Punkt Verbindungslinien zu finden sein. Die Basis für dieses Phänomen könnte der Singular oder, nach Arendt, die Eindimensionalität des Denkens bilden.

³⁵ Hannah Arendt befasst sich unter dem Eindruck des Nationalsozialismus und Stalinismus in Europa mit totaler Herrschaft. In ihrem 1951 erschienenen Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ setzt sie völlig neue Aspekte zum Verständnis des Stalinismus und Nationalsozialismus. Hannah Arendt analysiert den Nationalsozialismus (ab 1938) und den Stalinismus (ab 1930) als totale Herrschaftssysteme, die es zuvor noch nicht gegeben hat. Sie öffnet den Begriff des Totalitarismus, um Phänomene, die das Erklärungspotenzial althergebrachter philosophischer und politischer Kategorien (Monarchie, Republik, Tyrannis) sprengen, zu erklären.

³⁶ Die Pluralität ist einer der Grundgedanken des politischen Denkens von Hannah Arendt. Pluralität resultiert zunächst aus der einfachen Tatsache, „dass nicht *ein* Mensch, nicht *eine* Sorte Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben und die Welt bevölkern. (...) Pluralität heißt, dass grundsätzlich jeder Mensch für einen anderen Menschen der *andere* und nicht der gleiche Mensch ist, weil kein Mensch je einem anderen gleicht. (...) Erst im Zusammenkommen der Verschiedenen kann die Welt in ihrer Wirklichkeit erfasst und verstanden werden, als etwas, was Vielen gemeinsam ist, was zwischen ihnen liegt, sie trennt und verbindet, sich jedem anders zeigt. Die Welt wird nur in dem Maße verständlich, als Viele miteinander über sie reden und ihre Perspektiven miteinander und gegeneinander austauschen“ (Arendt 1981, S. 14, zit. nach Thürmer-Rohr Skript, S. 36f.).

Eindimensionales Denken³⁷ heißt im Sinne Arendts „Abwesenheit des Denkens“ (vgl. Arendt 1986a, zit. nach Thürmer-Rohr Skript, S. 30ff.). Die Abwesenheit des Denkens meint die im Singular gedeutete und wahrgenommene Wirklichkeit. Von einem einzigen Punkt aus wird versucht, die Welt mit ihren gesellschaftlichen Prozessen zu erklären. Ideologien sind gekennzeichnet von dem Versuch totaler und eindeutiger Welterklärung, woraus sich eine eindeutige Bestimmung des Zukünftigen ergibt. Also eine Schlüssigkeit, der das logische Deduzieren des „wer A sagt muss auch B sagen“ zu eigen ist (vgl. Arendt 1996a, S. 970).

Arendt analysiert zwei Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts, die einer solchen Ideologie folgend zu Systemen totaler Herrschaft wurden. Totale Herrschaft ist eine Massenbewegung, die einer Utopie folgend sich die totale Beherrschung der Welt zum Ziel gesetzt hat (vgl. Arendt 1996a, S. 663 u. S. 743). Die totale Beherrschung der Welt ist die Umsetzung einer Utopie, die auf einem totalen Welterklärungsansatz basiert.

Arendt konstatiert als Welterklärungsansatz für den Nationalsozialismus den Rassenkampf und für den Stalinismus den Klassenkampf. In unserer Betrachtung sind Rassismus und Kommunismus zu Ideologien gewordene Utopien.

Beiden Ideologien ist gemein, dass aus der eindeutigen, sprich eindimensionalen Erklärung des Geschehenen sich die Zukunft heraus bestimmt. Dadurch birgt die Zukunft keine Unwägbarkeit, sie ist vorweggenommen (vgl. Arendt 1996a, S. 964ff.). Somit nimmt der Antifaschismus die Position einer Brücke ein. Er ist das Bindeglied von dem Geschehenen und dem Gegenwärtigen. Der Antifaschismus ist das Element der Vergangenheit in der Ideologie des Kommunismus. Aus diesen Überlegungen heraus vermuten wir die der Ideologie Kommunismus innewohnende Eindimensionalität auch im Antifaschismus. Wird im Antifaschismus-Konzept die Zeit des Faschismus in einem Singular gedeutet?

Unterstützt sehen wir diesen Gedanken durch folgende Überlegungen Grunenbergs. In ihrer Analyse zum Antifaschismus bemerkt sie eine unablösbare Verbindung des Antifaschismus mit antidemokratischen und totalitären Tendenzen (vgl. Grunenberg 1993, S. 210).

Auch die von ihr gelieferte Erklärung von Antifaschismus als ein dualistisches Denkmodell fügt sich in unsere Überlegungen ein. Die Festlegung eines „Dagegen-Seins“ beinhaltet eine eindeutige Festlegung dessen, wogegen bzw. wofür man ist. Dualismus bedeutet eine Einteilung in Schwarz und Weiß bzw. in Gut und Böse. Das Nicht-Vorhandensein von anderen Farbtönen könnte synonym für ein Nicht-Vorhandensein von Pluralität stehen. Anders: Man kann dafür, also gut, oder dagegen,

³⁷ Im Sinne Arendts ist Eindimensionalität im Denken nicht möglich, weil Denken immer die Differenz, die Wahrnehmung von Pluralität, also die Position Anderer mit einschließt (vgl. Arendt 1986a, zit. nach Thürmer-Rohr Skript, S. 30ff.).

also böse sein. Eine eindimensionale Wahrnehmung der Wirklichkeit bildet die Voraussetzung für den Dualismus und ist ein Merkmal von Ideologie.

Diesen Gedanken folgend kann Antifaschismus ebenso eindimensional sein, wie die Ideologie, in die er eingebettet ist. Somit erweitern wir die Analyse des Antifaschismus-Konzeptes der DDR im folgenden Kapitel um diesen Blick. Neben der Frage nach Elementen der Nicht-Thematisierung von nationalsozialistischer Beteiligung im Antifaschismus-Konzept der DDR untersuchen wir das Konzept auch auf seinen von uns vermuteten eindimensionalen Charakter.

4.3 Problematisierung einiger Begriffe der Erinnerungsarbeit

4.3.1 Der Umgang mit dem Wissen über begangenes Unrecht

An dieser Stelle wollen wir verschiedene Ansätze und Mechanismen vorstellen, mit denen gegenwärtig der Umgang der deutschen Mehrheitsbevölkerung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit beschrieben wird. Die Bezeichnung Umgang umfasst all jene Mechanismen, die in einem Individuum bewusst und/oder unbewusst aus dem Wissen um begangenes Unrecht geschehen. Damit ist Umgang ein sehr offen verstandener Begriff.

Bei der Auswahl der Begriffe beschränken wir uns auf die etabliertesten und erheben dadurch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Darstellung und Diskussion dieser Ansätze können wir hier nur skizzenhaft darstellen, da eine umfassende Problematisierung der Begriffe eine eigene Arbeit erfordern würde.

Die Verdrängung

Zu Beginn liegt unser Fokus nun auf dem Begriff der Verdrängung, der in wissenschaftlicher Literatur häufig genutzt wird, um das Verhalten von Tätergesellschaften zu ihrem begangenen Unrecht zu beschreiben. Unserer Ansicht nach erfährt dieser Begriff und seine Verwendung nur eine unbefriedigende Diskussion. Die Mechanismen des Verhaltens von Tätergesellschaften zu ihrem begangenen Unrecht werden oft als Verdrängung charakterisiert (vgl. Giordano 1998, S. 11).

Der Begriff der Verdrängung hat seinen Ursprung in der Psychoanalyse. Sigmund Freud beschrieb damit den Prozess: „dass, alle die Integrität der Persönlichkeit gefährdenden psychischen Strebungen über einen besonderen psychischen Mechanismus ins Unbewusste abgewiesen werden“ (Freud 1984, S. 250). Nach Freud erzeugt die Befriedigung einiger Triebe solche Unlust, dass durch einen unbewussten Vorgang diese Triebe verdrängt werden müssen (Freud 1984, S. 257). Dieser Prozess ist kein einmaliger, sondern ein immerwährender, der unter konstantem Kraftaufwand für das Gleichgewicht des Selbst durchgehalten werden muss. Freud sieht in der Verdrängung die Ursache für das Auftreten neurotischer Symptome (vgl. Freud 1984, S. 250), sie

kann also auch psychische Krankheiten hervorbringen. Die Verdrängung kann demzufolge ein Selbstschutz zur Wahrung der Integrität der Persönlichkeit und gleichzeitig selbstschädigend sein.

Für den Umgang mit dem Nationalsozialismus würde dies für die Täter bedeuten, dass bestimmte Erfahrungen und Erlebnisse eine Gefährdung für die Integrität der Persönlichkeit wären und verdrängt werden müssten. Durch Verdrängung könnte dieser Konflikt scheinbar gelöst werden. Durch das Merkmal des unbewussten Prozesses der Verdrängung wird die Verdrängung zu etwas, zu dem die Menschen nichts dazu tun können.

Im Rahmen von Erinnerungsarbeit wird der Begriff der Verdrängung häufig nicht im ausschließlich psychoanalytischen Sinn gebraucht. Er erfährt oftmals eine metaphorische Verwendung, um spezifische individuelle bzw. gesellschaftliche Mechanismen des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu beschreiben. Diese metaphorische Bedeutung von Verdrängung enthält entlastende Momente für die, die verdrängen. Sie erfahren eine Entlastung von innen, sich nicht mehr erinnern zu können, und von außen, sich nicht mehr erinnern zu müssen. Verdrängung würde dabei die Nicht-Auseinandersetzung der Täter mit ihren Taten erklären und auch legitimieren. Die metaphorische Verwendung des Begriffes scheint uns leichtfertig und kritikwürdig³⁸, da der eingeschlagene „einfache“ Weg der Tätergesellschaften dabei selten gesehen wird.

Das Verschweigen

Der unbewusste Charakter der Verdrängung wird aufgehoben, wenn man zur Bezeichnung des Umgangs der Täter mit ihrem begangenen Unrecht den Begriff des Verschweigens wählt. Dem Verschweigen liegt eine bewusste Entscheidung über das, was verschwiegen werden soll, zugrunde. Unserer Meinung nach kann man das Verschweigen des begangenen Unrechts im Nationalsozialismus als eine Art Selbst-Erhaltung verstehen. Durch das Nicht-Aussprechen der begangenen Taten scheinen die Taten an sich nicht begangen und die Täter nicht schuldig. Von daher kann ihre Schuld nicht geahndet und die Täter nicht verurteilt werden.

Gesine Schwan prägt den Begriff der „beschwiegenen Schuld“, die sie herausarbeitet aus der Verleugnung der Schuldfähigkeit der Täter, „heißt faktisch, die eigene Schuldfähigkeit nur unehrlich zuzugestehen, sie in Wirklichkeit nicht anzunehmen und dies zugleich vor sich und den anderen zu verstecken“ (Schwan 1997, S. 102).

Das Verschweigen beinhaltet nicht nur ein Nicht-Reden-Wollen, sondern findet auch in der Art und Weise des Redens Ausdruck. Dieses Phänomen beschreibt Birgit Rommelspacher: „denn dies Schweigen transportiert auch über das Nicht-Sagen ein

³⁸ Dem psychoanalytischen Verständnis folgend scheint uns die Verdrängung als Überlebensstrategie für die Seite der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen nachvollziehbar und wichtig.

Wissen darum, dass es etwas zu sagen gibt. Es ist, (...), ein beredtes Schweigen“ (Rommelpacher 1994, S. 67).

Charakteristisch für den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in den Familien der Tätergesellschaft ist ein Schweigen. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Beteiligung der deutschen Mehrheitsbevölkerung werden von ihr nicht nur verschwiegen, sondern werden von der Erinnerung an und dem Erzählen anderer Erfahrungen (Flucht, Krieg, Bombardierungen) verdeckt (vgl. Rommelpacher 1994, S. 77ff.).

Das Vergessen und die Amputation

Ursache für das „Sich-Nicht-Erinnern-Können“ der Tätergesellschaft an die von ihr begangenen Verbrechen könnte auch gewöhnliches Vergessen sein. Erinnerungen können langsam verblassen bis sie dem Gedächtnis vollends verloren gehen. Dieser gewöhnliche Prozess des Vergessens bezieht in diesem Verständnis den Verlust des Wissens um das begangene Unrecht mit ein. In gewisser Art und Weise erfolgt damit eine Bagatellisierung des begangenen Unrechts, denn man kann es schlicht und einfach vergessen haben. Vergessen bezieht sich auf Erlebnisse, die einem gleichgültig sind, also auf Gegebenheiten, die keinen starken Eindruck hinterlassen haben, die keine Wichtigkeit besitzen.

Diesem recht gewaltlosen Prozess des Vergessens steht Theweileits Metapher der Amputation gegenüber. In seinem Essay „Über die deutsche Art, (k)ein Gedächtnis zu haben“ entwickelt er, mit Hilfe der Analyse der Dokumentarfilme³⁹ von M. Ophüls und C. Lanzman die Frage nach einer spezifischen Gedächtnisstruktur der Deutschen: „der es völlig plausibel vorkommt, sich hier ‚aufs Vergessen‘ zu berufen, als wäre es das erste und selbstverständlichste Menschenrecht?“ (Theweleit 1995, S. 99). Das von ihm in den Dokumentarfilmen beobachtete Phänomen des Nicht-Wissens deutscher Täter über ihre Taten und des „Sich-Nicht-Erinnern-Könnens“ an die Opfer ihrer Taten veranlasst ihn zu der Überlegung einer „Amputationsstelle, wo bei anderen menschlichen Wesen das sogenannte Gedächtnis eingebaut ist“ (Theweleit 1995, S. 99). Ein spezifischer Teil ihres Gedächtnisses weist Lücken auf, ihre Erinnerungen scheinen gewaltsam herausoperiert und damit eliminiert. Unklar ist allerdings, ob es sich dabei um eine Selbstverstümmelung handelt, oder ob diese Operation durch Fremdeinwirkung zustande kam. Über Motive und Ziele dieser Amputation lässt uns Theweleit im Ungewissen, wir erfahren aus seinem Text auch nicht, ob es sich dabei um einen schmerzhaften, bedauernswerten Verlust handelt.

³⁹ Bei dem von Theweleit analysierten Filmmaterial handelt es sich um die Dokumentarfilme „Hotel Terminus“ von Marcel Ophüls und „Shoah“ von Claude Lanzmann.

In dem metaphorischen Begriff der Amputation sind entlastende Momente zu finden. Die Amputierten scheinen von diesem partiellen Gedächtnisschwund unschuldig betroffen zu sein. Jedoch verstehen wir Amputation als einen Ausdruck des Erschrockenseins über die immer gleiche, mechanisch anmutende, „derart ungerührt(e), derart abwehrend(e), derart naiv(e) oder auch derart frech(e)“ Haltung, wenn man die Täter mit ihren Taten konfrontiert (vgl. Theweleit 1995, S. 99).

Bemerkenswert an Theweileits Ausführungen ist die Tatsache, dass er dem Phänomen des „Nicht-Wissens“ bedingt Glauben schenkt, in dem er fragt: „Lügen alle jene Deutschen einfach, die vorgaben und vorgeben, sich an Dinge ‚nicht zu erinnern‘, die sie nachweislich und ohne Zweifel selber getan haben“ (Theweleit 1995, S. 99). Geht man von einer Amputationsstelle aus, so wird der Vorwurf der Lüge ausgeschaltet.

Die Verleugnung und das Lügen

Im Lügen werden wissentlich Tatsachen verdreht oder verleugnet. Das kann sich auf das vergangene Tun beziehen und auch auf das eigene Wissen, im Sinne von „Das haben wir nicht gewusst!“. Versteht man die Abwehr der Vergangenheit als Lüge, so verengt sich die Auseinandersetzung darauf, die Lügen zu entlarven. Die Auseinandersetzung wird daher schnell erstickt und man könnte meinen, genau das sei mit dem Vorwurf der Lüge erwünscht. Die Filme von Lanzmann und Ophüls haben gezeigt, dass selbst in der Konfrontation der Täter mit ihren Taten, der Lügner mit ihren Lügen ein Unrechtsbewusstsein nicht sichtbar wurde. Es ist als hätten die Täter kein Unrechtsbewusstsein gegenüber ihren Taten entwickelt.

4.3.2 Weiterführende Überlegungen

In den von uns oben ausgeführten Überlegungen wird fast immer von einem Wissen der Tätergesellschaft über ihre Taten ausgegangen. Dabei geht es nicht nur um das faktische Wissen über begangene Taten, sondern auch darum, dass die Täter um die Strafbarkeit ihrer Taten wissen.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang wenig diskutiert wird, ist: Hat die Mehrheitsgesellschaft zur Zeit des ausgeübten Unrechts (die Entrechtung von Menschen miteingeschlossen) die Taten als Unrecht wahrgenommen? Das Nicht-Wahrnehmen der begangenen Taten als Unrecht könnte das fehlende Unrechtsbewusstsein erklären und zudem die Nicht-Thematisierung der begangenen Taten zur Folge haben.

Diese Nicht-Thematisierung hat ihre Ursache somit nicht in der selektiven Wahrnehmung der Vergangenheit, sondern in der selektiven Wahrnehmung der damaligen Gegenwart. Selektiv meint hier die gefilterte Wahrnehmung der Gegenwart aus Sicht der privilegierten, mächtigen Mehrheitsgesellschaft. Die Mehrheitsgesellschaft, definiert durch die rassistischen Kategorien des Nationalsozialismus, schafft das „Eigene“ über den Ausschluss des „Anderen“ (vgl.

Rommelspacher 1995, S. 5ff.). Daher beschränkt sich die Wahrnehmung ausschließlich auf den Erlebnis- und Erfahrungshorizont der jeweils eigenen Gruppe. Dem folgend wird Unrecht nur wahrgenommen, wenn es eben diese, meine Gruppe betrifft. Das Unrecht, was den „Anderen“ durch den Ausschluss (von der Entrechtung bis zur Vernichtung) widerfährt, wird nicht als Unrecht erkannt.

Die selektive Wahrnehmung weist auf eine ihr innewohnende Eindimensionalität hin. Das von mir definierte „Andere“ ist aus meiner Wahrnehmung, aus meinem Denken ausgeblendet. Das eindimensionale Erleben findet seine Fortsetzung in der eindimensionalen Erinnerung. Die Art des Erlebten spiegelt sich eins zu eins in der Art der Erinnerung. Die Erinnerung kann daher nur das der eigenen Gruppe widerfahrene Unrecht beinhalten. Die von B. Rommelspacher herausgestellten Deckerinnerungen, wie zum Beispiel das symptomatische Erzählen von Kriegserlebnissen und Bombenterror, untermauern diese These. In den Erinnerungen erfährt ausschließlich die deutsche Mehrheitsgesellschaft Unrecht, ist sie ausschließlich Opfer. Die eindimensionale Wahrnehmung und Erinnerung stellt somit die Realität auf den Kopf. Das an den „Anderen“ begangene Unrecht taucht in diesen Erinnerungen nicht auf, da es nicht als solches erkannt wurde. Daher ist es nicht notwendig, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen, da man sich nichts vorzuwerfen hat, da von ihnen kein Unrecht begangen wurde.

4.3.3 Entwicklung unserer Thesen und Fragestellungen

Für den Umgang mit nationalsozialistischer Vergangenheit in beiden deutschen Staaten sind wahrscheinlich alle oben skizzierten Mechanismen relevant. Uns schien es wichtig, die Kompliziertheit dieser Prozesse aufzuzeigen. Aufgrund der Vielfältigkeit der Menschen in der postnationalsozialistischen Gesellschaft müsste man auch eine Vielfältigkeit im Umgang mit der eigenen Vergangenheit vermuten. Von daher können und wollen wir uns nicht auf einen Begriff festlegen.

In den von uns vermuteten Angeboten einer nicht thematisierten Beteiligung der Mehrheitsbevölkerung am Nationalsozialismus im Antifaschismus-Konzept könnten sich die in 4.3.1 ausgeführten Überlegungen wiederfinden lassen. Diese Nicht-Thematisierung könnte dadurch motiviert sein, wissentlich begangene Straftaten zu verdrängen, zu verschweigen, zu verleugnen. Zudem könnte die Nicht-Thematisierung ebenso Ausdruck dafür sein, dass die begangenen Taten im Nationalsozialismus nicht als Unrecht wahrgenommen wurden und von daher keine Auseinandersetzung erfolgen muss.

Am Schluss des Kapitels versuchen wir nun, die von uns entwickelten Fragen bzw. Thesen zusammenzufassen.

In der Analyse des Antifaschismus-Konzeptes der DDR wollen wir uns auf folgende drei Punkte konzentrieren:

1. Die von uns vermutete Übereinstimmung der Interessen von Mehrheitsbevölkerung und Herrschaftsapparat der DDR im Antifaschismus-Konzept könnte auf seinen Angeboten der Nicht-Thematisierung von Beteiligung basieren.

Welche Elemente der Nicht-Thematisierung von Beteiligung am Nationalsozialismus liegen dem Antifaschismus-Konzept der DDR zugrunde, die auf ein gemeinsames Interesse (der Nicht-Auseinandersetzung mit der Vergangenheit) zwischen Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung hinweisen?

2. Die von uns vermutete organisierte Einheit von Mehrheitsbevölkerung und Herrschaftsapparat im Antifaschismus-Konzept der DDR könnte auf einer inhaltlichen Eindimensionalität in der Darstellung der Vergangenheit beruhen.

Lassen sich im Antifaschismus-Konzept der DDR Elemente der eindimensionalen Darstellung der nationalsozialistischen Vergangenheit finden?

3. Wir sehen im Antifaschismus-Konzept der DDR den spezifisch ostdeutschen Umgang von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung mit der eigenen gesamtdeutschen nationalsozialistischen Vergangenheit.

Enthält das Antifaschismus-Konzept der DDR Elemente, die uns Hinweise geben, wodurch sich dieser spezifisch ostdeutsche Umgang, eingebettet in die Überlegungen von 4.3, mit der Vergangenheit auszeichnen könnte?

5. Untersuchung des Antifaschismus-Konzeptes der DDR

5.1 Annäherung an den Untersuchungsgegenstand

5.1.1 Inhaltliche Annäherung

In diesem Kapitel richten wir unseren Blick direkt auf das Antifaschismus-Konzept der DDR. Verstehen wir den Antifaschismus als ostdeutsche Vergangenheitskultur und als ideologisches Bindeglied zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart innerhalb des Kommunismus, so wird deutlich, dass sich die Untersuchung des Antifaschismus-Konzeptes der DDR in erster Linie auf die Darstellung der Geschichte und deren Lehren richten muss. Wie wir bereits deutlich machten, gründeten sich die ideologischen Wurzeln des Antifaschismus auf der Existenz des Faschismus. Das Antifaschismus-Konzept der DDR basierte auf dem Verständnis des deutschen Nationalsozialismus als Faschismus. Wenn wir also das Antifaschismus-Konzept untersuchen wollen, müssen wir uns auf die geschichtliche Darstellung des Nationalsozialismus konzentrieren. Denn gerade auf dieser Darstellung und der darin vermuteten Nicht-Thematisierung der Beteiligung der damaligen Mehrheitsbevölkerung könnte sich die Übereinstimmung des Herrschaftsapparates mit der DDR-Bevölkerung hinsichtlich ihrer Interessen begründen.

Wir werden das Geschichtslehrbuch der Polytechnischen Oberschule⁴⁰ aus der Klasse 9 verwenden. Das Lehrbuch behandelt in zwei Kapiteln die Geschichte von 1933 bis 1945.

Die Schule zählte zu den bedeutendsten Sozialisationsinstanzen der DDR⁴¹. Diese große Bedeutung erfuhr sie zum einen, weil sie die Instanz war, die jeder DDR-Bürger durchlaufen musste und zum anderen, weil ihr äußerst wichtige Funktionen und Aufgaben innerhalb des Staates zugesprochen wurde.

Das gesamte Bildungswesen der DDR war staatlich organisiert. Mit der Gründung der DDR 1949 gelang es, das Bildungswesen nach Grundsätzen des Marxismus-Leninismus

⁴⁰ Die polytechnische Oberschule ist das sogenannte Kernstück des Bildungssystems. Eine Arbeitsgruppe des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts formulierte 1968 ihre Bedeutung: „Als Pflichtschule für alle Kinder des Volkes:

legt die Oberschule die Grundlage für die allseitige Bildung sozialistischer Persönlichkeiten; bereitet sie die Schüler auf die schöpferische produktive Arbeit im Interesse der Gesellschaft vor; erzieht sie die Schüler zu bewussten sozialistischen Staatsbürgern, zur Parteinahme und zur Tat für unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik; schafft sie die Grundlage für alle weiterführenden Bildungseinrichtungen“ (zit. nach Waterkamp 1985, S. 126, zit. nach Griese/Marburger 1995, S. 18)

⁴¹ In diesen Ausführungen stütze ich mich hauptsächlich auf das Buch von Ch. Griese und H. Marburger „Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR“ von 1995. Sie arbeiten hauptsächlich mit Originaldokumenten.

zu strukturieren und auch inhaltlich auszurichten (vgl. Griese/Marburger 1995, S. 12). Die DDR befand sich im „Übergang zum Sozialismus“, wodurch die Stellung des Bildungswesens bestimmt wurde. Alle Einrichtungen des Bildungssystems wurden „zuerst Instrumente für die Durchsetzung der Interessen des Sozialismus, für die Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht und für die Verbreitung der sozialistischen Ideologie“ (Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung 1969, S. 16, zit. nach Griese/Marburger 1995, S. 13). Während der Phase des Übergangs zum Sozialismus sollte die Schule mit der „ideologische(n) Umformung der Kinder und Jugendlichen“ (Griese/Marburger 1995, S. 13) beauftragt werden. Sie hatte das neue sozialistische Wertesystem in allen Schichten der Bevölkerung zu manifestieren.

Die Schlüsselstellung in der Umsetzung der allgemeinen politischen Vorgaben und der darauf beruhenden Schul- und Bildungsgesetze nahmen dabei die Lehrpläne ein. Sie galten als die „Steuerungsinstrumente des Staates“ (Griese/Marburger 1995, S. 23), die die Einheitlichkeit und die Verbindlichkeit des zu vermittelnden Lehrstoffes gewährleisten sollten. Das Buch „Unterrichtshilfen“ bot den Lehrern didaktisch-methodische Anleitung für ihren Unterricht. Es enthielt Hinweise zum „Stundenziel“ und zur Darbietung des Lehrstoffes. Unterrichtshilfen sollten den Unterricht „objektivieren“, also mögliche individuelle Schwerpunktsetzungen des Lehrers verhindern. Ein weiteres wichtiges Glied in der Kette der zentralen Vorgaben zur normativen Ausrichtung der schulischen Erziehungs- und Bildungsarbeit stellten die Schulbücher dar. Ihnen war eine besondere Stellung sicher, da es keine Alternativangebote gab. Es war das verbindlichste und einheitliche Lehrmaterial für die Schüler.

Die Schule sollte in ihren Lehrinhalten geltende politische Grundüberzeugungen vermitteln. Auf dieser Grundlage ist der Schluss möglich, dass sich das Antifaschismus-Konzept der DDR bzw. dessen beinhaltetes Verständnis über die nationalsozialistische Vergangenheit in den Geschichtslehrbüchern wiederfinden lässt.

„Geschichtsunterricht hat entscheidenden Anteil an der Herausbildung des sozialistischen Geschichtsbewusstseins der Schüler. Er fundiert so ihren Klassenstandpunkt, vertieft ihre Liebe zum sozialistischen Vaterland, erzieht zum sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus, verfestigt ihre antiimperialistische Grundhaltung und befähigt sie, sich in den politischen Kämpfen der Gegenwart und Zukunft richtig zu orientieren“ (Lehrplan für den Geschichtsunterricht, Klasse 3 bis 10, 1988, S. 3, zit. nach Griese/Marburger 1995, S. 32f.).

Hinter den zu vermittelnden Lehrinhalten standen also auch immer das Lernziel betreffende Weisungen.

Wir werden die Indoktrination im Geschichtsunterricht nicht als Form der Verführung der Schüler betrachten, sondern zunächst als zweitrangige Ebene, die sich hinter den Lehrinhalten verbarg. Wir beziehen die Indoktrination also nicht auf die Individuen, sondern auf den Gegenstand unserer Betrachtung. Diese Verfahrensweise ergibt sich aus der Bedeutung des Antifaschismus-Konzeptes der DDR für unsere Arbeit. Von daher diskutieren wir auf diesem Wege nicht die Wirksamkeit des Geschichtsunterrichtes auf die Schüler oder auf die verschiedenen Generationen der Mehrheitsbevölkerung der DDR. Wir wollen diesen gewöhnlichen Verfahrensweg verlassen, denn wir sind der Ansicht, dass in der Konzeption des Antifaschismus der DDR Rückspiegelungen möglich sind, die auf das Verhältnis Mehrheitsbevölkerung und Herrschaftsapparat verweisen. Wir wollen an dieser Stelle erneut betonen, dass es unwahrscheinlich ist, mit heutigen Befragungen über das damalige Verhalten und Denken der Menschen befriedigende Auskünfte zu bekommen. Denn die Erinnerungen verfärbten sich im Rückblick und gerade mit dem Hintergrund der umfassenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Deutschland nach 1989/90. Aus diesem Wissen heraus halten wir unseren Blick nur auf das Konzept Antifaschismus für berechtigt.

Das ausgewählte Geschichtslehrbuch ist 1987 erschienen. Diese Entscheidung wurde von uns aus vornehmlich persönlichen Motiven getroffen. Im September 1990 haben wir die neunte Klasse begonnen und sind dadurch nicht mehr mit diesem Geschichtsbuch unterrichtet worden. Wir wollen das Lehrbuch untersuchen, welches wir aufgrund der politischen Ereignisse im November 1989 nicht mehr kennen gelernt haben. Wir möchten auch unser antifaschistisches Grundwissen (aus achtjähriger Schulausbildung der DDR und reger Teilnahme an Veranstaltungen der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ und der FDJ) auf Verschiebungen und Verfärbungen überprüfen. Das Antifaschismus-Konzept war in vierzig Jahren keinem bedeutenden Wandel unterzogen. Von daher hat unsere persönliche Auswahl auf die inhaltliche Dimension keinen Einfluss.

Unsere Fragen an das Antifaschismus-Konzept der DDR stellten das vom Geschichtsbild der DDR zugeschriebene Handlungspotenzial der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung in den Vordergrund. Für unsere Untersuchung müssen wir unsere Fragen präzisieren. Demnach werden wir das Lehrbuch summarisch nach den Kräften und Gruppierungen untersuchen, denen bedeutende Rollen im Nationalsozialismus als Gestalter bzw. als Träger der Geschichte zugestanden werden. Charakteristisch ist für sie, dass sie die Entwicklungen der Jahre 1933 bis 1945 grundlegend und aktiv bestimmt haben.

5.1.2 Methodische Annäherung

Für die Analyse des Geschichtslehrbuches erachten wir inhaltsanalytische Methoden für sinnvoll. In der Forschung wird die Inhaltsanalyse „als ein geeignetes und fruchtbares Instrumentarium“ (Stein/Schallenberger 1972, S. 10) auch für die Untersuchung von Schulbüchern angesehen. Dabei wird „heutzutage eine Kombination verschiedener deskriptiver, quantitativer, qualitativer und ideologiekritischer Ansätze“ (Roeder 1994, S. 52) empfohlen, die nach dem jeweiligen Zweck der Untersuchung konkretisiert werden sollen. Da wir uns auf die Inhalte des Antifaschismus-Konzeptes konzentrieren und der Frage nachgehen, wie im Geschichtsbild der DDR die nationalsozialistische Vergangenheit in Deutschland dargestellt wird, vernachlässigen wir absichtlich eine Untersuchung des Lehrbuches unter didaktischen Aspekten, wie sie z. B. von Wolfgang Marienfeld entwickelt wurden. Für die Untersuchung des Lehrbuches ist es notwendig, die Fragestellungen aus dem vorherigen Kapitel entsprechend zu operationalisieren. Um die Bedeutung der deutschen Mehrheitsbevölkerung im Geschichtsbild der DDR zu analysieren, entwickelten wir die folgenden zwei Fragen:

Wer tritt als Träger der Geschichte zwischen 1933 und 1945 hervor?

Wie können die dargestellten Träger charakterisiert werden?

Präsenzanalyse

Um uns einen ersten Überblick zu verschaffen, beginnen wir mit einer quantitativen Untersuchung. Bei der Präsenzanalyse kann durch auszählen von Begriffen, Themen etc. eine Bestandsaufnahme dessen gemacht werden, was im Text überhaupt eine Rolle spielt (vgl. Roeder 1994, S. 52). Dieser quantitative Ansatz ermöglicht qualitative Schlussfolgerungen darüber, welche Themen wie umfangreich oder knapp und aus welcher Perspektive erscheinen (vgl. Roeder 1994, S. 53).

Im Rahmen einer Präsenzanalyse sichten wir das Material nach der Frage: Wer im Lehrbuch als gestaltende Kraft der Geschichte wie oft auftritt. Durch die Anzahl der Nennungen und einen Vergleich dieser erhoffen wir uns einen Hinweis auf die Bedeutung, die die genannten Subjekte bzw. Objekte im Geschichtsbuch der DDR erhalten.

Analyse der Träger der Geschichte

In einem zweiten Schritt analysieren wir das Lehrbuch auf einer qualitativen Ebene. Durch eine deskriptiv analytische Methode wird der affektive Gehalt des Lehrbuches untersucht (vgl. Roeder 1994, S. 53). Durch die Analyse der Art und Weise der Darstellungen kann die Einstellung des Lehrbuches zum Thema herausgearbeitet werden (vgl. Roeder 1994, S. 54). Zudem ermöglicht eine Kontextanalyse, durch

Interpretation im eher hermeneutischen Verfahren, Sinnzusammenhänge und vorgenommene Wertungen im Text zu ermitteln (vgl. Füllberg-Stolberg 1981, S. 23).

Mit dieser analytischen Mischform versuchen wir, die im Lehrbuch dargestellten Träger der Geschichte zu untersuchen. Die Trägerschaften ergeben sich aus den im Lehrbuch am häufigsten präsenten Kräften und bilden unsere Kategorien. Dabei konzentrieren wir uns auf die Darstellungen dieser und analysieren beschreibend, welche Merkmale, also Charakteristika, diesen im Lehrbuch zugeschrieben werden. Mit einer Fülle an Zitaten soll ein größtmögliches Maß an Nachvollziehbarkeit erreicht werden.

Ideologiekritischer Ansatz

Danach führen wir die Ergebnisse dieser Untersuchung noch einmal zusammen, um den Gesamteindruck vom Lehrbuch wiederzugeben. Dabei werden die in 5.2.2 analysierten Träger zueinander ins Verhältnis gesetzt. Unter eher ideologiekritischen Aspekten (vgl. Roeder 1994, S. 55) versuchen wir uns mit den Aussagen des Geschichtsbildes der DDR auseinander zu setzen. Dabei beziehen wir untersuchte Aspekte der Eindimensionalität in den Darstellungen und Aussagen des Lehrbuches mit ein.

Abschließend führen wir die analysierten Ergebnisse zusammen und ermitteln, welche Bedeutung und Rolle die deutsche Mehrheitsbevölkerung im Nationalsozialismus erhält.

5.2 Untersuchung des Geschichtslehrbuches:

Wer tritt als Träger der Geschichte zwischen 1933 und 1945 hervor?

Wie können die dargestellten Träger charakterisiert werden?

Bei dem von uns untersuchten Lehrbuch handelt es sich um das Geschichtslehrbuch der neunten Klasse. Das von uns ausgewählte Buch erschien 1987 als vierte Auflage im Schulbuchverlag der DDR Volk und Wissen.

Aus den Kapitelüberschriften ist ersichtlich, dass die Ereignisse im Lehrbuch grundsätzlich chronologisch behandelt werden. Alle Kapitel sind durchschnittlich in zehn weitere Untereinheiten gegliedert. Diese Unterthemen sind auch chronologisch geordnet, jedoch erfolgen die Darstellungen jeweils unter einem bestimmten Thema.

Das Kernstück des Lehrbuches bildet ein fließender Text, der zweiseitig die Inhalte wiedergibt und lediglich durch Fragen an die Schüler unterbrochen wird. Hervorhebungen im Text werden mit einer Fettschrift kenntlich gemacht. Die Quellen, graphischen Darstellungen und Länderkarten sind in Schaukästen, wie die Überschriften der Unterkapitel rot markiert.

Neben den von den Schulbuchautoren verfassten Texten finden sich zahlreiche Bilder und Quellen. Bei den Bildern handelt es sich um Fotomaterial sowie um Abbildungen von Karikaturen und Flugblättern aus der behandelten Zeit. Weiterhin werden geographische Karten und graphische Darstellungen (Diagramme, Tabellen) illustrativ eingesetzt. Die Quellen bilden Originaldokumente dieser Zeit und Erinnerungen von Zeitzeugen ab, die die Aussagen des Fließtextes belegen. Des Weiteren finden sich in den Quellen Texte aus Dokumenten, die sich mit der behandelten Zeit beschäftigen, sogenannte Sekundärliteratur. Diese haben häufig erläuternden oder zusammenfassenden Charakter.

Zu Beginn des Buches findet sich ein Inhaltsverzeichnis mit einer sich anschließenden Einleitung. Dazu ist ein Zeitstrahl abgebildet, der die behandelten Themen geschichtlich einordnet. Die Kapitel werden zusätzlich umrahmt von einer im Abschluss folgenden Zeittafel über die gesamte Geschichte der Menschheit. Dem folgen Erläuterungen zu den im Lehrbuch verwandten Begriffen. Im Anschluss daran gibt es „Empfehlungen für die außerunterrichtliche Lektüre“ (S. 198)⁴² und ein Register. Neben editorischen Angaben auf den ersten und letzten Lehrbuchseiten findet sich ein „Quellennachweis der Abbildungen“ (S. 207).

Das Lehrbuch ist in sechs Kapitel gegliedert, dabei wird die Zeit von 1917 bis 1945 auf insgesamt 177 Seiten behandelt. Die ersten beiden Kapitel beschäftigen sich mit der Oktoberrevolution 1917 in der Sowjetunion (31 Seiten) und der Novemberrevolution 1918 in Deutschland (23 Seiten). Im dritten Kapitel wird die Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg auf internationaler Ebene (21 Seiten) behandelt. Das vierte Kapitel umfasst die gleiche Zeitspanne wie das Dritte, konzentriert sich in seinen Darstellungen aber auf Deutschland und die Situation des deutschen Volkes in der Weimarer Republik (29 Seiten).

Die Kapitel fünf und sechs bilden den Gegenstand unserer Untersuchung. Die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland von 1933 bis 1945 wird im Lehrbuch in zwei getrennten Teilen behandelt. Die Abhandlungen im fünften Kapitel (35 Seiten) stehen unter der Überschrift: „Die faschistische Diktatur in Deutschland und der Kampf der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung gegen Faschismus und Krieg, 1933 bis 1939“ (S. 4). Darunter lassen sich weitere zwölf Unterthemen finden. Diese behandeln sowohl die politischen Entwicklungen in Deutschland, als auch Vorkriegsverhältnisse im gesamten europäischen Raum. Schon den Überschriften ist

⁴² Da es sich bei den im Kapitel 5.2.2 angegebenen Quellenverweisen ausschließlich um Zitate aus dem untersuchten Lehrbuch handelt, geben wir aus lesefreundlichen Gründen nur die entsprechenden Seitenzahlen an. Diese Seitenzahlen sind entnommen aus: Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9. Berlin 1987.

dabei die Entwicklung und Festigung der faschistischen und der kommunistischen Bewegung in dieser Zeit zu entnehmen.

Der zweite Teil findet sich im sechsten Kapitel (33 Seiten) unter der Überschrift: „Der zweite Weltkrieg und seine Ergebnisse“ (S. 4). Dieses Kapitel ist in weitere elf Unterthemen gegliedert. Neben den Darstellungen des Kriegsverlaufs stehen hier auch die internationale und nationale Widerstandsbewegung im Blickfeld. In den letzten beiden Unterpunkten werden die Ergebnisse und Lehren aus dem zweiten Weltkrieg resümierend formuliert.

5.2.1 Präsenzanalyse

Vergleicht man die Anzahl der Lehrbuchseiten miteinander, stellt man fest, dass der Zeit des Nationalsozialismus mit insgesamt 68 Seiten ein großer Raum zugestanden wird. Der Gegenstand unserer Untersuchung nimmt ca. 38% des gesamten Lehrbuches der neunten Klasse ein.

Mit Hilfe der Präsenzanalyse versuchen wir, uns einen Überblick darüber zu schaffen, wem das Lehrbuch für die Zeit zwischen 1933 und 1945 eine bedeutende Rolle zukommen lässt. Wir haben dafür die im Lehrbuch benannten Gestalter der Geschichte herausgesucht und ausgezählt. Als Gestalter der Geschichte bezeichnen wir diejenigen Gruppen, Personen etc., die im Lehrbuch gestaltende Kompetenzen erhalten, also entscheidend auf den untersuchten Geschichtsprozess einwirken.

Wir vermuten, dass die Häufigkeit der Nennungen auf die Bedeutung hinweist, die die Benannten im Lehrbuch erhalten. Des Weiteren erhoffen wir uns dadurch eine Hilfestellung unsere Kategorien auszuwählen. Die Kategorien und insbesondere deren Darstellung werden wir im Kapitel 5.2.2 näher untersuchen.

Nachdem wir den uns interessierenden Lehrbuchabschnitt erstmalig gelesen hatten, wurden wir auf Schwierigkeiten aufmerksam. Wir mussten feststellen, dass die im Lehrbuch verwandten Begriffe, die die Gestalter der Geschichte benennen, teilweise nicht klar getrennt werden. Beispielsweise werden verschiedene Begriffe derart aufzählend miteinander verbunden, dass dies auf eine subsumierende bzw. synonyme Verwendung schließen lässt. Dieser ungenaue inhaltliche Gebrauch der Begriffe schlägt sich auf die Ergebnisse der Präsenzanalyse nieder. Die in der Präsenzanalyse ermittelten Zahlen entsprechen den nominellen Nennungen der herausgearbeiteten Begriffe, losgelöst von der ihnen zugeschriebenen inhaltlichen Bedeutung. Es kann zu Verzerrungen kommen, daraus die Bedeutsamkeit der gestaltenden Kräfte einzuschätzen. Trotzdem werden wir die Ergebnisse unserer Präsenzanalyse an dieser Stelle vorstellen, da sich durchaus grobe Tendenzen erkennen lassen.

Unsere Präsenzanalyse ergab, dass sich im Lehrbuch nicht nur Personen, Gruppen oder Organisationen als gestaltende Kräfte finden lassen, sondern Systemen oder Ideologien ebenfalls gestaltende Kompetenzen zugesprochen werden. Dieses Phänomen ist in häufigen Verwendungen von Substantiven und Adjektiven zur Objektbeschreibung, wie zum Beispiel „antifaschistischer Widerstandskampf“ (S. 123) oder der „faschistische deutsche Imperialismus“ (S. 184) festzustellen. Die im Lehrbuch vorgenommene getrennte Bezeichnung von Objekten und Subjekten übernehmen wir in unsere Analyse.

Wir ordnen die verschiedenen Begriffe in vier entsprechende Gruppen: Systeme bzw. Ideologien; Organisationen bzw. Verbände; Subjekte und Regierungen bzw. Staaten.

Gestalter der Geschichte: Systeme bzw. Ideologien

| Gestalter der Geschichte: Systeme bzw. Ideologien | Nennungen gesamt |
|--|-----------------------------|
| Antifaschismus/antifaschistisch | 83 |
| Faschismus/faschistisch | 229 |
| Imperialismus/imperialistisch | 52 |
| Kommunismus/kommunistisch | 110 |

Tabelle 1: Systeme bzw. Ideologien

Aus den Zahlen ist ersichtlich, dass die Ideologie des Faschismus bzw. das als faschistisch bezeichnete System mit großem Abstand die bedeutendste Rolle erfährt. Der Anzahl der Nennungen nach ist der Kommunismus bzw. das kommunistische System dargestellt als die zweitgrößte Kraft des Nationalsozialismus in Deutschland, gefolgt vom Antifaschismus bzw. antifaschistischen Bewegungen. In der Bedeutung ideologischer Systeme, spielt im Lehrbuch auch der kommunistisch geprägte Begriff des Imperialismus eine Rolle im Geschichtsprozess zwischen 1933 und 1945.

Gestalter der Geschichte: Staaten bzw. Regierungen

| Gestalter der Geschichte: Staaten bzw. Regierungen | Nennungen gesamt |
|---|-----------------------------|
| Deutschland | 80 |
| Frankreich | 32 |
| Großbritannien | 35 |
| Hitlerdeutschland | 40 |
| Sowjetunion | 138 |
| USA | 29 |

Tabelle 2: Staaten bzw. Regierungen

In dieser Aufzählung finden sich die Länder bzw. Regierungen, die im Lehrbuch eine eigenständige Rolle als Gestalter der Geschichte erhalten. In den Benennungen haben wir eine Aufteilung in Deutschland und Hitlerdeutschland vorgefunden und in die Auszählung übernommen. In der Hälfte der Fälle, in denen das Land Deutschland eine Rolle spielt, erfolgt die Bezeichnung Hitlerdeutschland. Selbst wenn man beide Begriffe für Deutschland zusammenzählt, liegt es mit 120 Nennungen an zweiter Stelle hinter der Sowjetunion mit insgesamt 138 Aufführungen. Als Hauptakteure in dem untersuchten Geschichtsprozess treten die Länder Sowjetunion und Deutschland im Lehrbuch auf. Eine mit großem Abstand geringere Bedeutung erfahren die anderen Staaten, Großbritannien, USA und Frankreich, als Gestalter der Geschichte.

Gestalter der Geschichte: Organisationen bzw. Verbände

| Gestalter der Geschichte: Organisationen bzw. Verbände | Nennungen gesamt |
|---|-----------------------------|
| Arbeiterklasse | 65 |
| Deutsches Volk | 26 |
| Wehrmacht | 35 |
| Widerstand | 57 |

Tabelle 3: Organisationen bzw. Verbände

Wir halten es für sinnvoll, diese Organisationen bzw. Verbände getrennt aufzuführen, da diese Begriffe nicht den Subjektstatus der in ihnen organisierten bzw. verbundenen Menschen zum Ausdruck bringen. Der Anzahl der Nennungen nach haben die Arbeiterklasse und der Widerstand eine ähnlich große Bedeutung als Gestalter der Geschichte. Die Wehrmacht erhält, den Zahlen nach, eine scheinbar unbedeutendere Rolle in der Darstellung des Nationalsozialismus. Besonders auffällig wird hier, dass dem deutschen Volk mit lediglich 26 Nennungen auf insgesamt 68 Seiten eine geringe Kompetenz in der Gestaltung der Geschichte zwischen 1933 und 1945 eingeräumt wird. Insgesamt ist bemerkenswert, dass Organisationen bzw. Verbände in ihrer Summe im Vergleich zu Systemen bzw. Ideologien eine geringere Bedeutung als am Geschichtsprozess Beteiligte erfahren.

Gestalter der Geschichte: Subjektbezeichnungen

| Gestalter der Geschichte: Subjektbezeichnungen | Nennungen gesamt |
|---|-----------------------------|
| Antifaschisten | 34 |
| Faschisten | 76 |
| Hitler | 29 |
| Imperialisten | 7 |
| Kommunisten | 53 |

| Gestalter der Geschichte: Subjektbezeichnungen | Nennungen gesamt |
|---|-----------------------------|
| Werktätige | 23 |
| Widerstandskämpfer | 3 |

Tabelle 4: Subjektbezeichnungen

Die in dieser Tabelle aufgeführten Subjekte entsprechen genau den im Lehrbuch benannten subjektiven Gestaltern der Geschichte. Mit den am häufigsten genannten Faschisten werden sie als die Hauptkraft in diesem Geschichtsprozess dargestellt. Sie heben sich mit großem Abstand von den anderen Subjekten ab. Laut Tabelle erfahren die Kommunisten die zweitgrößte Bedeutung, gefolgt von den Antifaschisten, als Gestalter dieser Geschichte. Daneben spielen die Person Hitler und die Werkstätigen eine geringere Rolle während dieser Zeit. Bemerkenswert in dieser Tabelle ist die fast unbedeutende Kraft der Imperialisten und Widerstandskämpfer.

Die in der Liste aufgeführten Subjekte sind mehrheitlich als Vertreter der oben genannten Systeme bzw. Ideologien zu erkennen. Aufgrund der schon erwähnten Auffälligkeit wollen wir die Bezeichnungen nun vergleichen.

Gestalter der Geschichte:

Vergleich zwischen Objekt- und Subjektbezeichnungen

| Gestalter der Geschichte: Objektbezeichnung | Anzahl der Nennungen | Anzahl der Nennungen | Gestalter der Geschichte: Subjektbezeichnung |
|--|-------------------------------------|-------------------------------------|---|
| Antifaschismus/ Antifaschistisch | 83 | 34 | Antifaschisten |
| Faschismus/ Faschistisch | 229 | 76 | Faschisten |
| Imperialismus/ Imperialistisch | 52 | 7 | Imperialisten |
| Kommunismus/ Kommunistisch | 110 | 53 | Kommunisten |
| Widerstand | 57 | 3 | Widerstandskämpfer |

Tabelle 5: Vergleich zwischen Objekt- und Subjektbezeichnungen

Unabhängig von der Aufteilung in Objekt- bzw. Subjektbezeichnungen erhalten der Faschismus bzw. die Faschisten den Zahlen nach die bedeutendste Rolle als Gestalter der Geschichte. Ebenso, aber mit deutlichem Abstand, wird der Kommunismus bzw. die Kommunisten als zweitwichtigste Kraft benannt. Vergleicht man die Zahlen den Bezeichnungen nach, ist auffällig, dass Objekte häufiger mit Kompetenzen der

Geschichtsgestaltung ausgestattet werden. Mehrheitlich werden Objektbezeichnungen gewählt und zwar meist mehr als doppelt so häufig wie Subjektbezeichnungen.

Tendenziell ist den Texten des Lehrbuches zu entnehmen, dass nicht Menschen, also Subjekte, Gestalter der Geschichte sind, sondern ein Trend hin zu einer Entpersonifizierung erkennbar ist. Extremen Ausdruck findet diese Tendenz in der Gegenüberstellung von Imperialismus vs. Imperialisten und Widerstand vs. Widerstandskämpfern. Während der Imperialismus und der Widerstand als Organisation eine den Nennungen nach nicht unbedeutende Position im Geschichtsprozess zwischen 1933 und 1945 einnimmt, verschwindet die Bedeutung der Imperialisten und Widerstandskämpfer fast gänzlich.

*Gestalter der Geschichte:
Auswertung der Präsenzanalyse*

Der zuerst entstandene Eindruck häufig verwendeter Objektbezeichnungen, um die gestaltenden Kräfte im Nationalsozialismus in Deutschland zu benennen, konnte durch die Präsenzanalyse bestätigt werden. Betrachten wir die Anzahl der Nennungen in den aufgeführten Tabellen, ist durchweg, wie schon erwähnt, eine Entpersonifizierung erkennbar. Durch dieses Ergebnis der Präsenzanalyse vermuten wir, dass die im Lehrbuch dargestellte Geschichte hauptsächlich nicht das Produkt handelnder Menschen ist. Wir werden dieser Vermutung in der weiteren Analyse verstärkt nachgehen.

In der Präsenzanalyse wird weiterhin deutlich, dass die Hauptkraft für die Gestaltung der Geschichte dem Faschismus bzw. den Faschisten zugesprochen werden muss. Demgegenüber erhält im Lehrbuch der Kommunismus bzw. die Kommunisten das zweitgrößte Gestaltungspotenzial. Daneben treten als Organisation bzw. Verbände die Wehrmacht und die Arbeiterklasse häufiger in Erscheinung. Den Nennungen nach zu urteilen, spielen weiterhin Antifaschisten und Werktätige eine Rolle im untersuchten Geschichtsprozess. Die geringe Bedeutung des deutschen Volkes als Gestalter der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 ist auffällig.

Auf der Länderebene gab die Tabelle Aufschluss darüber, dass Deutschland, neben der Sowjetunion, eine große Bedeutung erfährt. In den Darstellungen des Lehrbuches stehen diese beiden wichtigsten Gestalter der Geschichte den anderen oben aufgeführten Staaten gegenüber. Das Lehrbuch fasst sie unter dem Begriff Westmächte zusammen.

Wir haben die Kategorien des Lehrbuches in unsere Präsenzanalyse übernommen. Schon die Benennungen und unsere Ergebnisse weisen auf ein materialistisch geprägtes Geschichtsverständnis hin. Bei dem uns vorliegenden Lehrbuch handelt es sich um ein Geschichtslehrbuch der DDR, worin sich deren gesellschaftlich-politische Grundlagen niederschlagen (müssen). Daraus entwickelten sich die eingangs erwähnten Schwierigkeiten, denn die einzelne Auflistung der ausgezählten gestaltenden Elemente kann nicht von den inhaltlichen Zusammenhängen getrennt betrachtet werden, ohne

dass es zu Verzerrungen kommt. Dementsprechend können wir unsere Kategorien für die inhaltliche Analyse nicht entwickeln, ohne auf die inhaltliche Ebene zurückzugreifen. An dieser Stelle werden wir nur kurz die von uns näher analysierten Gestalter der Geschichte benennen und auf das folgende Kapitel 5.2.2 verweisen, in dem wir die inhaltlichen Zusammenhänge berücksichtigen und daraus unsere Kategorien entwickeln.

Für die Untersuchung übernehmen wir als Kategorien die am häufigsten benannten Gestalter der Geschichte, die sich aus der Präsenzanalyse ergeben: Faschisten; Kommunisten; Sowjetunion und Westmächte.

5.2.2 Analyse der Darstellung der Träger der Geschichte

Diese oben genannten vier Kategorien werden im Lehrbuch zu den Trägern der Geschichte. Träger der Geschichte haben nicht nur gestalterische Kompetenzen, vielmehr halten sie „das Ruder der Geschichte“ in ihrer Hand.

Durch die intensive Beschäftigung mit dem Lehrbuchmaterial kristallisierten sich Überschneidungen zwischen den einzelnen Gestaltern heraus. Es zeigten sich Bündelungen dahingehend, dass vier Hauptakteure in Erscheinung traten und das Zeitgeschehen hauptsächlich bestimmt haben. Im Folgenden werden wir die Trägerschaft, wie sie im Lehrbuch dargestellt wird, näher untersuchen und vorstellen.

Die Faschisten

Beim Analysieren, wie die Faschisten im untersuchten Lehrbuch dargestellt werden, haben wir eine Dreiteilung vorgenommen, um es verständlicher und nachvollziehbarer zu machen. Wir gliedern den Text nach den Schwerpunkten: Wer wird als die Faschisten dargestellt? Was sind die Motive und Ziele der Faschisten? Was ist ihre Ideologie? Was sind die im Lehrbuch dargestellten Handlungen der Faschisten bzw. wie treten sie auf?

Bei der Analyse, wer im Lehrbuch als Faschisten bzw. faschistisch dargestellt wird, beschränken wir uns vorerst auf die Benennung bzw. Bezeichnung dieser, losgelöst von ihren Taten.

Als Faschisten werden im Lehrbuch die Träger der faschistischen Diktatur bezeichnet. Für die Zeit der Herrschaft der Faschisten werden verschiedene Begriffe gebraucht. Häufig ist die Rede von „Hitlerregierung“ (S. 116) bzw. „Hitlerregime“ (S. 127), dazu kommen die Begriffe „faschistische Diktatur“ (S. 116) und „faschistisches Deutschland“ (S. 129). In einzelnen Fällen ist auch die Rede von der „Naziherrschaft“ (S. 122) oder dem „Hitlerfaschismus“ (S. 116).

In der Darstellung der Faschisten ist bemerkenswerterweise zu erkennen, dass der Begriff Faschisten häufig verwendet wird, ohne dass man erfährt, wer sich dahinter verbirgt. Wenn Namen genannt werden, dann handelt es sich in der Regel um die „Naziführer Goebbels, Göring und Hitler“ (S. 120) oder es ist von den „SS-Führern Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich, Adolf Eichmann und anderen“ (S. 133) die Rede. Dabei muss bemerkt werden, dass die „anderen“ in der Darstellung nicht nur namenlos, sondern auch gesichtslos bleiben. Diese Auffälligkeit erweckt den Eindruck, als wären es immer die benannten exponierten führenden Kräfte des Nationalsozialismus, die sich hinter dem Begriff verbergen, da man nicht erfährt, wer und wie viele Menschen außerdem die Gruppe der Faschisten bilden.

Im Lehrbuch sind zudem Verbände oder Organisationen benannt, die zu der Gruppe der Faschisten gehören. Meist wird diese Zugehörigkeit mit dem Adjektiv faschistisch beschrieben. So macht die „faschistische SA“ (S. 117) einen Fackelumzug am 30.01.1933, der Radiosender Gleiwitz wird am 01.09.1939, von einem „Trupp des faschistischen Sicherheitsdienstes“ (S. 152) überfallen und die „faschistische Organisation **„Kraft durch Freude“**“⁴³ (S. 127) wird benannt.

Die deutsche Wehrmacht wird im Lehrbuch ebenfalls als faschistische deutsche Wehrmacht dargestellt. Die „faschistische Wehrmacht“ (S. 142) rückt am 13.03.1938 in Österreich ein und die „faschistische Armee“ (S. 158) überfällt am 22.06.1941 die Sowjetunion. Außerdem findet sich eine weitere Bezeichnung der deutschen Truppen als „Hitlerwehrmacht“ (S. 142) häufig. In dieser Wehrmacht dienen die „deutschen faschistischen Generäle“ (S. 137).

Bei diesen eben genannten handelt es sich um geschichtlich bekannte nationalsozialistische Organisationen und Verbände. Darüber hinaus berichtet das Lehrbuch von „**faschistischen Schlägertrupps**“ (S. 120), von Angriffen „bewaffneter faschistischer Schlägerbanden“ (S. 118) oder von „faschistischen Schergen“ (S. 184). Bei dieser Wortwahl bleibt wiederholt unklar, wer sich dahinter verbirgt. Dass heißt, es ist ungeklärt, welche Gruppierungen bzw. welche Menschen sich in den „**Schlägertrupps**“ (S. 120) bzw. „Schlägerbanden“ (S. 118) vereinigen.

Die NSDAP, im Lehrbuch auch als „Nazipartei“ (S. 122) bezeichnet, wird lediglich in einem Schaukasten mit „Bestimmungen über Deutschland aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945“ (S. 183) als „Nationalsozialistische Partei“ (S. 183) näher benannt. Auffällig dabei ist, dass das „A“ in NSDAP für Arbeiter im ganzen Lehrbuch nicht ausformuliert wird. Weiterhin erfährt man nichts über die Bedeutung

⁴³ Die fett hervorgehobenen Worte in den Zitaten entsprechen den Markierungen im Lehrbuchtext.

und Stellung dieser Partei im Nationalsozialismus. Es bleibt zudem offen, ob sich die Faschisten durch ihre Mitgliedschaft in der NSDAP auszeichnen.

Bemerkenswert ist die auffallend häufige Benutzung des Adjektivs faschistisch zur Charakterisierung von Objekten. Die Benennung „faschistischer Folterkeller“ (S. 120) und eines „faschistischen Henkerbeils“ (S. 170) sollen an dieser Stelle nur als Beispiele stehen.

Gleich zu Beginn liefert das Lehrbuch eine Definition für die 1933 errichtete Herrschaftsform in Deutschland. Sie wird erklärt als die „offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, als „die **unverhüllte Diktatur des Monopolkapitals**“ (S. 116).

Somit sind im Lehrbuch die Faschisten und Imperialisten die Träger des Faschismus in Deutschland. Eine gegenseitige Unterstützung der beiden Gruppen untereinander wird dabei betont. Gemeinsamkeiten finden sich in den Zielen und Motiven beider, die noch näher aufgezeigt werden.

Die Imperialisten unterstützen die „Nazipartei“, damit diese 1933 die absolute Mehrheit erhält: „Um dieses Ziel zu erreichen, bildeten die Monopole einen **Wahlfonds zur Unterstützung der Nazipartei** und ihrer Verbündeter“ (S. 118/119). Des Weiteren werden die Imperialisten als „Nutznießer“ der faschistischen Politik dargestellt: „Die Großindustriellen Krupp, Thyssen, Röchling, Siemens, Krauch und andere konnten zufrieden sein, dass sie den Hitlerfaschismus an die Macht gebracht hatten“ (S. 128).

Häufig werden die Namen der „Großindustriellen“ und Konzerne aufgeführt. Jedoch stehen hinter diesen Firmennamen in der Regel keine benennbaren Menschen, sondern immer die Gruppe der Imperialisten. Eine Ausnahme bildet die genaue Benennung von „Fritz Thyssen, Albert Vögler, Carl Friedrich von Siemens, Carl Bosch“ (S. 127).

In den Darstellungen des Lehrbuches werden die Gruppen der Faschisten und Imperialisten häufig nicht getrennt. In vielen Fällen wird dann vom „faschistischen deutschen Imperialismus“ (S. 144) gesprochen. Nachvollziehbar ist diese Begrifflichkeit von daher, da es zu einer „Verschmelzung der Macht der reaktionären Monopolgruppen mit der des deutschen Staates“ (S. 126) kam.

Es kommt zunehmend zu einem verwandten Gebrauch dieser beiden Begriffe bis hin zur synonymen Verwendung. Dies führt an einigen Stellen zu Verwirrungen. Denn in einigen Textpassagen wird die Rolle der deutschen Imperialisten eigenständig beschrieben, wohingegen in anderen Absätzen eine Verschmelzung der beiden Gruppen

stattfindet. So „sollte die Unterwerfung Österreichs unter die Interessen des faschistischen deutschen Imperialismus verwirklicht werden“ (S. 141).

Auf Gemeinsamkeiten der Interessen, also auch der Motive zum Handeln, möchten wir im folgenden Teil näher eingehen.

Unter den Begriff Faschisten fallen die sogenannten Faschisten und die sogenannten Imperialisten. Als dazugehörig werden im Lehrbuch Verbände und Organisationen als faschistische dargestellt. In beiden Fällen, auf der Seite der sogenannten Faschisten sowie auf der Seite der sogenannten Imperialisten ist eine Namen- und Gesichtslosigkeit in der Darstellung auffällig. Dementsprechend ist, insbesondere in der Darstellung der Faschisten, eine Entpersonifizierung bemerkenswert. Das Lehrbuch lässt ungeklärt, welche Menschen, aus welchem Hintergrund, mit welcher Herkunft etc. Faschisten sind.

Bei der Frage nach der Ideologie der Faschisten untersuchen wir die Motive und Ziele der Faschisten, die das Lehrbuch liefert. Dabei beschränken wir uns an dieser Stelle auf grundlegende und (Taten-) übergreifende Programmsätze, die im Lehrbuch dargestellt werden.

In der Darstellung der faschistischen Ideologie liegt die Betonung des Lehrbuches auf der Vorbereitung und Durchführung eines Krieges. Die Motive dafür erklären sich aus dem Zusammengehen der Faschisten und Imperialisten als Führungskraft in Deutschland zwischen 1933 bis 1945. Ihr Ziel „bestand in der **Entfesselung von Eroberungskriegen**, um andere Völker zu unterjochen und schließlich die Weltherrschaft zu erobern“ (S. 150). Im Lehrbuch wird dementsprechend als ein „Hauptziel der Hitlerregierung“ die „verstärkte Aufrüstung und Vorbereitung eines Krieges zur Errichtung der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa und der Welt“ (S. 117) genannt. Um diese Aufrüstungspolitik zu verwirklichen, wird gegen die Vereinbarungen des Versailler Vertrages verstoßen (vgl. S. 129).

Das Lehrbuch erklärt die Kriegsabsichten mit der Theorie vom „Volk ohne Raum“ (S. 132). „Das ‚Recht‘, diesen angeblich fehlenden ‚Lebensraum‘ durch den Krieg gegen die Sowjetunion und andere Völker zu erobern, wurde aus der sogenannten **Rassentheorie** abgeleitet“ (S. 133). Darauf wird im Lehrbuch ausschließlich an dieser Stelle eingegangen. Die Verbindung von Faschismus und Rassismus beschränkt sich auf dieses Zitat, in dem weiterhin der Antisemitismus erwähnt wird. „Barbarischer Ausdruck der faschistischen Rassentheorie war der **Antisemitismus**“ (S. 133). Dabei wird an dieser Stelle auch auf die sogenannte „Sündenbock“-Funktionalisierung der Juden durch die Faschisten eingegangen.

Ansonsten werden die durch die Rassentheorien motivierten Pläne der Faschisten hauptsächlich auf das Ziel eines Eroberungskrieges reduziert.

Als einen „Hauptbestandteil der faschistischen Ideologie war ein aufs äußerste gesteigerter **Antikommunismus**“ (S. 132) im Lehrbuch genannt. Damit erhält die Verbindung der Faschisten und Imperialisten erneut Ausdruck. Die imperialistische Grundeinstellung des Faschismus gibt die Stoßrichtung des Krieges vor. „Damit richtete sich diese Zielsetzung in erster Linie **gegen die sozialistische Sowjetunion**“ (S. 150). Somit bestand ein Ziel des Faschismus in der „Vernichtung der Sowjetunion“ (S. 117).

Diese Einstellung des Faschismus kommt nicht nur in außenpolitischen Auseinandersetzungen zum Ausdruck. Auch innerhalb Deutschlands charakterisiert das Lehrbuch die faschistische Politik als eine „zutiefst antidemokratische, gegen die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk gerichtete“ (S. 122). Somit beschreibt das Lehrbuch die Zielsetzung der Faschisten „in der Zerschlagung der KPD und aller Arbeiterorganisationen sowie Unterdrückung der anderen demokratischen Kräfte als Voraussetzung für den geplanten Raubkrieg“ (S. 117).

Eine weiteres „Hauptziel der Hitlerregierung“ besteht in der „ideologischen Vorbereitung des Volkes auf einen Aggressionskrieg“ (S. 117). „Dem aggressiven und verbrecherischen Charakter des deutschen Faschismus und seinen räuberischen Zielen entsprachen seine **Ideologie, Propaganda und Erziehung**. Sie waren in allen ihren Bestandteilen darauf ausgerichtet, das Volk auf einen neuen **Krieg** vorzubereiten“ (S. 131).

Die Darstellung der Handlungen des deutschen faschistischen Imperialismus im untersuchten Lehrbuch erfolgt mit verschiedenen Rollenzuschreibungen. Diese Rollen erhalten einen übergreifenden Zusammenhang durch das Hauptziel von „Hitlerdeutschland“ in der Eroberung und Versklavung der Welt (vgl. S. 150 und 182). Die deutschen Machthaber, als Interessenvereinigung deutscher Faschisten und Imperialisten, werden im Lehrbuch hauptsächlich als Eroberer, Aggressor, Unterdrücker, Ausbeuter, Lügner, Vertragsbrecher und Vernichter dargestellt. All diese Zuschreibungen spielen sowohl in dem Verhalten der Faschisten innerhalb Deutschlands sowie in den besetzten Gebieten und in Verhandlungen mit anderen Staaten eine Rolle. Unterscheidungen kann man in einigen Fällen lediglich nach den Motiven treffen.

Im Folgenden werden die verschiedenen Rollen, die die deutschen Faschisten im Lehrbuch haben, vorgestellt und mit beispielhaften Zitaten belegt. Eine Trennung der

verschiedenen (Rollen-) Zuschreibungen sehen wir nicht als sinnvoll an, da sich das charakteristische Verhalten der Faschisten erst in der Interaktion mit verschiedenen Gruppen, in den einzelnen Ländern präzise herausarbeiten lässt.

Die Faschisten in Deutschland

Durch eine Erklärung „zum Klassencharakter des Faschismus“ (S. 116) aus einem Aufruf der KPD wird eine Rolle der Faschisten in Deutschland zum Ausdruck gebracht. Die Betonung liegt dabei auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Unterdrückung bzw. Vernichtung ihrer Rechte (vgl. S. 116). Der Aspekt der Ausbeutung wird im Lehrbuch in verschiedenen Facetten dargestellt. Hauptaugenmerk wird auf eine finanzielle Bereicherung der Faschisten gelegt. In Zusammenhang mit der Auflösung der freien Gewerkschaften am 02.05.1933 wird geschrieben: „Das Millionenvermögen der Gewerkschaften, von den Arbeitern in Jahrzehnten zusammengetragen, rissen die Faschisten an sich“ (S. 122). Weiterhin wird erwähnt, dass die faschistische Organisation „Kraft durch Freude“ durch einen „zwangsweisen Beitrag“ der Arbeiter finanziert wurde (S. 127). Dabei wird eine jährliche Summe von „insgesamt 140 Millionen Mark“ genannt (S. 127). Abschließend wird bemerkt, dass es sich hierbei um einen „Raubzug auf die Taschen der Werktätigen“ handelt (S. 128).

Ausgebeutet werden die Arbeiterklasse und andere Werktätige außerdem durch das Zusammenspiel der faschistischen und imperialistischen Interessen. In den im Lehrbuch dargestellten wirtschaftlichen Entwicklungen am Beispiel der Bildung eines „**Generalrates der Wirtschaft**“ im Juli 1933 (S. 127), des Gesetzes zum „Neuaufbau der deutschen Wirtschaft“ im Februar 1934 (S. 127), der Erstellung des sogenannten „**Neue(n) Plan(s)**“ im September 1934 (S. 127) oder am Beispiel des „**Vierjahresplans**“ vom September 1936 (S. 126), wird eine zunehmende Verschmelzung von Staat und Wirtschaft, in der Errichtung zentraler Organisationen erkennbar. In der Hauptsache geht es dabei um eine „Beschleunigung der Aufrüstung“ (S. 126). Das Lehrbuch bemerkt hierzu: „Vom Tage der Machtübernahme an förderten die Faschisten die Rüstungspläne der Großindustrie. (...) Die Verbraucherpreise stiegen wesentlich schneller als die Löhne“ (S. 126). Die Aufrüstungspolitik der deutschen Faschisten und Imperialisten erfolgt dabei auf Kosten der Arbeiter und anderer Werktätiger. An dieser „Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung“ (S. 127) hat nach Aussage des Lehrbuches die gesamte deutsche Bevölkerung mitzutragen, da durch die neuen wirtschaftlichen Regelungen „die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Kleidung beschränkt“ (S. 127) wird.

Darüber hinaus werden in den „Beispielen der faschistischen Judenverfolgung“ die Akzente auch auf einen ausbeuterischen Charakter gesetzt. Nach der

„Reichspogromnacht“ am 09. und 10.11.1938 folgt eine „Erpressung von 1,25 Milliarden Mark als 'Buße' an den faschistischen Staat“ (S. 133) und durch die Gesetze zur „Enteignung der Juden“ bereichern sich „auf deren Kosten (...) Monopolkapitalisten, Banken und Nazifunktionäre“ (S. 133). Dabei sind die führenden Kräfte des deutschen Faschismus wiederum die Ausbeuter.

Eine große Betonung liegt auf dem Verhalten der Faschisten in Deutschland als Unterdrücker und Vernichter. Wie eingehend erwähnt, zielen die Maßnahmen der Faschisten auf die Unterdrückung und Zerschlagung der „KPD und aller Arbeiterorganisationen sowie (...) der anderen demokratischen Kräfte“ (S. 117) ab. In diesem Zusammenhang steht wiederum die Vorbereitung des „geplanten Raubkriegs“ im Vordergrund (S. 117). In einer geheimen Ansprache Hitlers (S. 117) wird das Ziel näher bestimmt. Hitlers Politik soll die gegenwärtigen politischen Umstände völlig umkehren und bemerkt dazu: „Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiehl ... Beseitigung des Krebschadens der Demokratie!“ (S. 117). Damit gestaltet sich die Palette der Gegner, derer die gebeugt werden müssen noch sehr vielschichtig. Jedoch stehen im Lehrbuch die Kommunisten und Antifaschisten als **die** Gegner des Faschismus an erster Stelle, gegen die sich Terror, Unterdrückungs- und Vernichtungsabsichten der Faschisten am stärksten zeigen. „Die Nazis richteten ihren Hass und ihre Brutalität besonders deshalb gegen die Kommunisten, weil diese die Interessen des werktätigen Volkes am konsequentesten vertraten“ (S. 119). Ausdruck finden diese Unterdrückungs- und Vernichtungsabsichten in Reglementierungen bis zu Verboten verschiedener Parteien (vgl. S. 119 und 122).

Die Darstellungen des Lehrbuches verdeutlichen, dass grausam gegen diese Gegner vorgegangen wird. Die Texte im Lehrbuch berichten von „**Abwehrreaktionen** gegen Angriffe bewaffneter faschistischer Schlägerbanden“ (S. 118), von „**faschistischen Schlägertrupps**“, die „verstärkt gegen Kommunisten und andere Antifaschisten“ vorgehen (S. 120) und „eine grausame Blutorgie gegen Kommunisten und andere fortschrittlich denkende Deutsche“ (S. 120) wird entfesselt. In einer abgedruckten Rede Ernst Thälmanns vom 07.02.1933 werden die „Formen des faschistischen Terrors“ beschrieben: „Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führer“ (S. 121).

Bei dem Aufbau von Konzentrationslagern „zur Unterdrückung und Vernichtung ihrer Gegner“ wird die Gruppe der Inhaftierten nicht näher definiert. Das Lehrbuch schreibt dazu: „Ende 1933 waren in den faschistischen Folterhöhlen schon 150 000 Menschen inhaftiert“ (S. 122).

Die „**Endlösung der Judenfrage**“ (S. 126) wird nicht als Vernichtungsvorhaben der deutschen Faschisten an den gesamten europäischen Juden erklärt, sondern geplant wird „der Mord an mehr als 10 Millionen Menschen“ (S. 162). Dabei werden an dieser Stelle rassistische Motive der Faschisten nicht erwähnt. Vielmehr wird im folgenden Text auf die Errichtung neuer Konzentrationslager eingegangen. Dabei liegt die Betonung auf den deutschen Konzernen, die sich bereichern. „Sie errichten in oder neben den Konzentrationslagern Industriebetriebe und beuteten die Häftlinge nach dem Prinzip ‚Vernichtung durch Arbeit‘ grenzenlos aus“ (S. 162). Die folgende Aufzählung der Opfer in den Konzentrationslagern erweckt erneut den Gedanken eines Klassenkampfes: Arbeiter, vertreten durch Kommunisten, gegen ihre Ausbeuter; bzw. eines Systemkampfes zwischen Sozialismus, vertreten durch die Sowjetunion, gegen Imperialismus, vertreten durch das faschistische Deutschland. „Über 11 Millionen Menschen der verschiedenen Nationen und Klassen, in erster Linie Arbeiter, Kommunisten, Sowjetbürger, Polen, progressive Angehörige der Intelligenz und Juden wurden in den Konzentrationslagern grausam ermordet“ (S. 162).

Die Bestimmung der Faschisten als Vernichter spielt in einem anderen Zusammenhang eine weitere Rolle. Zum Ende des Krieges, als die Alliierten sich bereits auf deutschem Boden befinden, gibt es eine im Lehrbuch abgedruckte „Weisung über Zerstörungsmaßnahmen“ vom März 1945. „Alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören“ (S. 177). Dabei wird die Zerstörung von Eisenbahnschienen und Brücken im Lehrbuch vordergründig dargestellt. Die Zerstörung bzw. Vernichtung dieser Anlagen hat in ihrer Konsequenz auch zerstörerische und vernichtende Auswirkungen auf die Bevölkerung in diesen Gebieten. Eine ähnlich skrupellose Haltung der Faschisten gegenüber den Deutschen stellt das Lehrbuch in der Mobilisierung von immer mehr Menschen zum totalen Krieg dar, obwohl der Krieg schon verloren scheint: „Trotzdem planten die Faschisten den Tod weiterer Millionen deutscher Männer und Frauen ein“ (S. 169).

Schon bei der Einkesselung der 6. Armee vor Stalingrad, als Oberbefehlshaber die Kapitulation verweigern, wird eine grausame Gleichgültigkeit der Faschisten gegenüber einem Menschenleben erkennbar (S. 165/166). Für die Durchsetzung der eigenen Interessen scheint ein Menschenleben den Faschisten geradezu wertlos. „Sinnlos wurden in den letzten Monaten des Krieges noch Hunderttausende deutscher Menschen geopfert“ (S. 176).

Zur Durchsetzung ihrer Interessen erscheinen die Faschisten im Lehrbuch außerdem als Lügner und Betrüger. Das Lügen dient als Mittel, um zu überzeugen, zu rechtfertigen und zu verschleiern. In den ersten zwei Beispielen ist dabei speziell die Arbeiterklasse der Adressat. Dem Lehrbuch nach wird die Umbenennung vom „internationalen Kampftag der Arbeiter der Welt, zum ‚Tag der nationalen Arbeit‘“ vollzogen, „um den arbeiterfeindlichen Charakter der Naziherrschaft zu verschleiern“ (S. 122). In den nachfolgenden Sätzen erhält der ausbeuterische Charakter, gerade gegenüber den Arbeitern, erneut Bedeutung. Die Auflösung der freien Gewerkschaften am 02.05.1933, infolgedessen sich die Faschisten an dem Millionenvermögen bereichern (vgl. S. 122), wird aufgeführt.

Die Erhöhungen der Rüstungsproduktion „brachten für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen neben politischer Entrechtung und Terror **verstärkte soziale Unterdrückung und Ausbeutung**“ (S. 126). Auch hier bemerkt das Lehrbuch erneut, dass diesen Charakter „die faschistische Propaganda zu verschleiern“ (S. 126) versucht. Durch den schon erwähnten jährlichen zwangsweisen Beitrag wird die „faschistische Organisation ‚**Kraft durch Freude**‘“ im Lehrbuch als Teil des „**organisierten Massenbetruges**“ (S. 127) dargestellt.

Festzustellen ist hierbei, dass, wenn die Arbeiterklasse und andere Werktätige als Adressaten der faschistischen Lügen bzw. Propaganda auftauchen, immer ausbeuterische und unterdrückerische Aspekte vordergründig sind.

In den im Lehrbuch zu findenden Beispielen faschistischer Lügnerie bleibt häufig unbekannt, an wen sie adressiert sind. Jedoch gerade in innenpolitischen Zusammenhängen liegt die Vermutung nahe, dass es sich in diesen Fällen um das deutsche Volk handeln muss, vor dem die Faschisten ihr Handeln rechtfertigen. Auf der anderen Seite könnte der fehlende Adressat in den Darstellungen des Lehrbuches derart beabsichtigt sein, um (neben aller Brutalität und Grausamkeit) auch die Verlogenheit des faschistischen Systems darzustellen. Diese Überlegung wird dadurch verstärkt, dass viele abgebildete Originalquellen von den Faschisten als geheime Dokumente gekennzeichnet sind. Alle ihre Pläne und Vorhaben bleiben geheim und dringen nicht an die Öffentlichkeit. Nach außen stellen die Faschisten ihre Absichten scheinbar anders dar.

Der brennende Reichstag am 27.02.1933 wird im Lehrbuch als „Reichstagsbrandprovokation“ bezeichnet, weil Kommunisten dieser Tat bezichtigt, verdächtigt und verhaftet werden, jedoch sind „die Brandstifter (...) die Faschisten selbst“ (S. 120). „Sie schufen damit einen Vorwand, um ihre antikommunistische Hetze zu verstärken“ (S. 120) und um „die Kommunisten als kriminelle Verschwörer und Putschisten (zu, Anm. d. V.) verunglimpfen und damit alle brutalen Zwangsmaßnahmen

gegen die Arbeiterklasse und ihre revolutionären Organisationen zu rechtfertigen“ (S. 124).

Ähnlich dazu steht der Überfall auf den Radiosender Gleiwitz, als Auslöser für den Angriff der Faschisten auf Polen. Im Lehrbuch wird berichtet, dass dieser Überfall von Leuten „des faschistischen Sicherheitsdienstes (...) in polnischen Uniformen“ (S. 152) verübt wird. Auf der gleichen Seite befindet sich ein Quelle, mit einer „eidesstattlichen Erklärung des SS-Führers Naujocks“ (S. 152), der an diesem Überfall beteiligt gewesen ist und die Aussagen des Lehrbuches bestätigt. Auch an dieser Stelle ist unklar, für wen dieses Falschspiel veranstaltet wird.

Diesen Lügen ohne Empfänger steht eine im Lehrbuch abgedruckte „geheime Rede Hitlers vor deutschen Pressevertretern“ gegenüber (S. 132). Im Unterschied zu einigen Darstellungen im Lehrbuch wird in dieser Rede der Adressat genau benannt. „Dazu war es notwendig, ... dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann“ (S. 132).

Sind im Lehrbuch die faschistischen Lügen an das deutsche Volk adressiert, dann stehen kriegsvorbereitende Ziele im Mittelpunkt. Die in der Ideologie dargestellte antikommunistische Haltung der Faschisten (S. 132) dient, den Darstellungen des Lehrbuches folgend, auch der Vorbereitung der Bevölkerung auf den Krieg. „Die antikommunistische Hetze sollte die Werktätigen über das wahre Wesen des Sozialismus hinwegtäuschen und auf den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten“ (S. 132). Dabei geht es also auch um eine Verschleierung des Systems der Sowjetunion vor den Werktätigen. Dieser Aspekt wird erneut betont nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. „Mit Hetze und Terror erreichte das Hitlerregime, dass die Mehrheit des deutschen Volkes nicht erkannte, wie sehr sich der Überfall auf die Sowjetunion gegen seine eigenen Interessen richtete“ (S. 158). An dieser Stelle bleibt einiges unklar. Warum richtet sich dieser Angriff gegen die Interessen des deutschen Volkes? Weil die Sowjetunion als sozialistischer Staat die Interessen eines Volkes besser bzw. überhaupt vertritt? Oder weil von Anfang klar war, dass Hitler die Sowjetunion niemals besiegen könnte? Alleinige Friedensinteressen spielen hier keine Rolle, da bei dem Angriff auf Polen z.B. auch diese Interessen verletzt worden sind, ohne es derart zu betonen.

Die Faschisten lügen, um den Krieg fortzusetzen und um letztendlich ihre Weltherrschaft zu errichten. „Nach der Niederlage an der Wolga logen die Faschisten dem deutschen Volk vor, ihre militärische Kraft sei ungebrochen, da die Armeen noch

weit in Feindesland stünden“ (S. 166). Als die alliierten Truppen schon auf deutschem Boden kämpfen, wird weiter gelogen, um die faschistische Herrschaft zu verlängern. „Dem Volk wurde vorgelogen, es würden noch ‚Wunderwaffen‘ eingesetzt werden, die in letzter Minute Hitlerdeutschland retten können“ (S. 176).

Die Faschisten in den besetzten Ländern

Die Rolle der Faschisten in den besetzten Ländern ist geprägt von den Zielen der Eroberung, Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung. „Die rücksichtslose **Ausraubung** der besetzten Länder, die **Verschleppung** von Millionen Zwangsarbeitern nach Hitlerdeutschland und ein grausamer **Terror** waren die Hauptmethoden der **faschistischen Besatzungspolitik**“ (S. 155).

Die Annexionen Österreichs und der Tschechoslowakei werden im Lehrbuch in Zusammenhang mit den imperialistischen Interessen der Ausbeutung gestellt. Nach dem Einmarsch der Hitlerwehrmacht in Österreich am 13.03.1938 „folgten (...) die Beauftragten der Monopole auf dem Fuß. Die Deutsche Bank, die IG Farbenindustrie, die Elektrokonzerne AEG und Siemens und andere begannen die Wirtschaft zu beherrschen und die Bodenschätze für die Rüstungsindustrie auszubeuten“ (S. 142).

Die ein Jahr später vollzogene Annexion der Tschechoslowakei steht, neben dem Aspekt der Bereicherung, auch für kriegsvorbereitende Maßnahmen. „Auch hier ging es den deutschen Faschisten um die hochentwickelte Industrie, um Rohstoffe und Nahrungsmittel sowie um günstige militärstrategische Positionen für den geplanten Krieg gegen Polen und die Beherrschung des Balkans“ (S. 142). In weiteren Beispielen werden hier die Ziele der Machtausweitung und Kriegsvorbereitung in den Mittelpunkt gestellt. Dementsprechend wird in einem Schaukasten „Zu den Zielen Hitlerdeutschlands am Vorabend des Krieges“ (S. 151) zusammengefasst: „Durch politische Erpressungen und Annexion hatte es sein Territorium um fast eine Viertelmillion Quadratkilometer erweitert, zusätzliche kriegswirtschaftliche Ressourcen gewonnen und sein Potential um 18 Millionen Menschen vergrößert“ (S. 151). In den besetzten Gebieten wird sich nicht nur an den Rohstoffen bereichert, sondern die Bevölkerung wird versklavt, um ihre Arbeitskraft auszubeuten. „In den deutschen Monopolbetrieben und in der Landwirtschaft werden über sieben Millionen ausländischer Zwangsarbeiter ausgebeutet“ (S. 169).

Erst bei Kriegsbeginn, mit dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen, wird die Rolle der Eroberer und Ausbeuter um die der Unterdrücker und Vernichter erweitert.

Betont wird anfangs jedoch wiederum der ausbeuterische Charakter der Faschisten im Zusammenspiel mit den Imperialisten. „Die polnische Landwirtschaft und Industrie mussten für den Krieg der Faschisten arbeiten. Die deutschen Monopole begannen sofort, Polens Wirtschaft auszubeuten. In Oberschlesien errichtete die IG Farben ein Chemiewerk. Der dortigen Eisenwerke bemächtigten sich die Konzerne Klöckner, Krupp, Vereinigte Stahlwerke u. a.“ (S. 153).

Dem folgen die Absichten der Besetzer gegenüber der polnischen Bevölkerung, der jede höhere Bildung verschlossen bleiben soll. Dabei werden Aspekte der Unterdrückung betont. Heinrich Himmler erklärt: „Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, dass es ein göttliches Gebot ist, dem Deutschen gehorsam zu sein, und ehrlich, fleißig und brav zu sein“ (S. 153).

Dieser Unterdrückung und Entrechtung in den besetzten Gebieten folgt die Vernichtung durch die faschistischen Besetzer. In Bezug auf Polen steht im Lehrbuch, dass das polnische Volk große Opfer bringen musste. „Millionen von Menschen, darunter viele Juden, kamen ins Konzentrationslager“ (S. 155). Die faschistischen Besetzer ermorden bzw. planen den Mord an der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, um den „entvölkerten“ Raum dann mit Deutschen zu besiedeln (vgl. S. 162). „Im ‚**Generalplan Ost**‘ wurde Anfang 1942 vorgesehen, 80 bis 85 Prozent der polnischen Bevölkerung und die Hälfte oder gar Dreiviertel aller Tschechen sowie die Bürger der besetzten sowjetischen Gebiete im Laufe von zwei bis drei Jahrzehnten zu verschleppen bzw. zu ermorden“ (S. 161/162). Damit werden die Intentionen der deutschen Faschisten zu Erobern und Auszubeuten erweitert um die der Vernichtung.

An drei Beispielen wird das Vorgehen der deutschen Faschisten gegen den Widerstandskampf und gegen die Partisanenbewegung in den besetzten Gebieten beschrieben. Die im Lehrbuch benannte „Unterdrückung“ dieser Bewegungen stellt die „Grausamkeit“ der deutschen Faschisten dar (vgl. S. 168/169). In dem Dorf Audrini werden alle Einwohner erschossen und „das Dorf dem Erdboden gleichgemacht“ (S. 168). Die Bevölkerung des Dorfes Lidice wird ermordet oder in Konzentrationslager verschleppt, als „Vergeltung“ für den Mord an Heydrich. In allen drei Fällen richteten sich die grausamen Vernichtungsaktionen der Faschisten gegen Widerstandsbewegungen. „Ebenso grausam wurde als angebliches Versteck von Widerstandskämpfern das französische Dorf **Oradour-sur-Glane** am 10. Juni 1944 von der SS zerstört, wobei 642 Männer, Frauen und Kinder niedergeschossen oder lebendig in der Kirche verbrannt wurden“ (S. 169).

Auf der gleichen Seite befindet sich eine Aufzählung derjenigen Kommunisten und Komsomolzen, die „im Kampf gegen die faschistischen Besatzungstruppen“ (S. 168) gestorben sind.

Das Auftreten der deutschen Faschisten als Vernichter erhält weiteren Ausdruck durch „furchtbare Zerstörungen“ (S. 101) in den besetzten Gebieten. Zur „Taktik der verbrannten Erde“ (S. 175) ist im Lehrbuch eine „Anweisung des Führers der SS, Himmler,“ (S. 175) abgedruckt. „Der Gegner muss wirklich ein total verbranntes und zerstörtes Land vorfinden“ (S. 175). Wie auch in den Beispielen des Vorgehens der deutschen Faschisten in den drei Dörfern, kommt hier erneut der mörderische und skrupellose Charakter des Systems zum Ausdruck.

Die Faschisten im Kampf gegen die Sowjetunion

In der Analyse wird dieser Kampf bzw. dieses Verhältnis eigenständig dargestellt. Aus dem Grunde, weil diese Beziehung auch im Lehrbuch den größten Raum einnimmt und weil diesen beiden Mächten im Lehrbuch ganz entgegengesetzte Rollen zugeschrieben werden. Den Darstellungen des Lehrbuches folgend handelt es sich um einen Kampf zwischen diesen beiden Systemen, also um einen Kampf zwischen Kapitalismus/Imperialismus und Sozialismus/Kommunismus.

Im Lehrbuch ist nicht ausschließlich die Eroberung und Ausbeutung der Sowjetunion durch die deutschen Faschisten vordergründig. In einem Schaukasten über die „Hauptziele der Hitlerregierung“ (S. 117) wird gleich zu Beginn die „Vernichtung der Sowjetunion“ (S. 117) aufgeführt. Dieses Vorhaben erklärt sich durch den in der faschistischen Ideologie verankerten „Antikommunismus“ (S. 132). Dementsprechend wird der Überfall Hitlerdeutschlands mit seinen Verbündeten auf die Sowjetunion am 22.07.1941 folgendermaßen erklärt: „Mit dieser Aggression wollte der deutsche Imperialismus einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Weltherrschaft vorankommen. Er beabsichtigte nicht nur die weiten und reichen Gebiete der UdSSR zu erobern und auszuplündern, sondern vor allem die sozialistische Gesellschaftsordnung zu zerschlagen. Die Entwicklung der Menschheit zum Sozialismus sollte mit Waffengewalt gestoppt werden“ (S. 157/158).

Den Zerschlagungs- und Vernichtungsabsichten der deutschen Faschisten gegenüber der Sowjetunion und seiner Bevölkerung wird im Lehrbuch verstärkt Ausdruck verliehen. In einer abgedruckten Rede von „Hitler vor den Befehlshabern der Wehrmacht“ (S. 157) im März 1941 steht: „Es handelt sich hier um einen Vernichtungskampf“ (S. 157). Die sowjetische Armee soll zerschlagen und die Sowjetunion als Staat aufgelöst werden (vgl. S. 157), denn der Kommunismus wird in den Ausführungen Hitlers als „ungeheuerer Gefahr für die Zukunft“ dargestellt. Diese politische Perspektive im Kampf gegen die Sowjetunion greift das Lehrbuch erneut auf, indem die „Richtlinien für die Behandlung Politischer Kommissare“ extra aufgeführt sind. Der letzte Satz fasst zusammen: „Sie sind daher, wenn im Kampf oder bei Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen“ (S. 161). Diese Darstellungen lassen

eine Angst der deutschen Faschisten gegenüber der Sowjetunion spüren. Die Sowjetunion gilt als **der** Feind im Denken der Faschisten, ein Feind, der bedrohliche Züge annimmt. In Beziehung zu diesem Status der Sowjetunion als Hauptfeind und bedrohlicher Gegner kann die beispiellose Vernichtung bzw. das Verhalten der deutschen Faschisten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion gesetzt werden.

„In den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion errichteten die deutschen Besatzer ein **grausames Terrorregime**. Es übertraf an Brutalität bei weitem das in den bisher okkupierten Ländern. Alle Mitglieder der Kommunistischen Partei, die Politischen Kommissare der Sowjetarmee, Mitarbeiter des sowjetischen Staatsapparates, alle Widerstandskämpfer und Partisanen waren mit dem Tode bedroht; Millionen Sowjetbürger wurden ermordet, Hunderttausende zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Auch die verbliebene Bevölkerung musste bei Hunger und ständiger Angst für Hitlerdeutschland arbeiten. Aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion raubten die Faschisten gewaltige Mengen an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Industriegütern“ (S. 161).

Neben den „Untaten der faschistischen Okkupanten in der UdSSR“ (S. 162) gegen die sowjetische Bevölkerung wird für die Sowjetunion ein materieller Gesamtschaden von „679 Milliarden Rubel nach den Preisen des Jahres 1941“ (S. 162) aufgezeigt. Diese Summe steht nach der detailliert aufgeführten Anzahl zerstörter Städte, Dörfer, Gebäude usw. Des Weiteren kann man diesen Aufzählungen entnehmen, wie viele Pferde, Schweine, Rinder und „Stück Geflügel“ von den „faschistischen Okkupanten“ „Abgeschlachtet oder verschleppt“ (sic!) worden sind (S. 162).

Obwohl im Lehrbuch die Opfer, die das sowjetische Volk und die Sowjetunion bringen muss, einen großen Raum einnehmen und im Vordergrund stehen, ist die Sowjetunion zugleich der Gegner Hitlers, der von den Faschisten unterschätzt wird. Mit der Blitzkriegstrategie „hatte die faschistische Wehrmacht aber nur in den beiden ersten Kriegsjahren gegen kapitalistische Staaten Erfolg“ (S. 154). Bei dem Kampf der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetarmee erweist sich „der faschistische Blitzkriegsplan (...) bald als Fehleinschätzung“ (S. 160). Trotz des grausamen Vernichtungsfeldzuges gegen die Sowjetunion macht die „Schlacht von Moskau (...) die Legende von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Wehrmacht zunichte“ (S. 160). Hitlerdeutschland trifft in seinem Welteroberungsstreben in der Sowjetunion auf einen Gegner, dem es nicht gewachsen ist.

Die Faschisten in Verhandlungen bzw. Verträgen mit anderen Staaten

In diesem Punkt sollen noch einmal die außenpolitischen Handlungen Hitlerdeutschlands zum Ausdruck gebracht werden. Dabei stehen nicht die Angriffe und

Aggressionen im Vordergrund, vielmehr geht es uns hier um die im Lehrbuch vorgenommene Darstellung der Faschisten als Vertragsbrecher und Vertragspartner. Schon die im Lehrbuch benannten „Hauptziele der Hitlerregierung“ (S. 117) stellen den „Kampf gegen Versailles“ (S. 117) in den Mittelpunkt der faschistischen Außenpolitik. Der Aufbau einer deutschen Luftwaffe und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1935 (S. 129) markieren dabei erste Stationen einer vertragsbrüchigen Politik. Weiterhin werden die Angliederung des Saargebietes im März 1935 (S. 129) und der Einmarsch und die militärische Besetzung von Teilen des Rheinlands durch die deutsche Wehrmacht im März 1936 (S. 129) im Lehrbuch als „Beispiele für das Hinwegsetzen der deutschen Faschisten über militärische Bestimmungen des Versailler Vertrages“ (S. 129) aufgeführt. „In Übereinstimmung mit ihren Rüstungsmaßnahmen setzte die Hitlerregierung ihre Politik fort, sich über entscheidende **Bestimmungen des Versailler Vertrages hinwegzusetzen**“ (S. 130).

Die Rolle der Faschisten als Vertragsbrecher erhält ihr Motiv in den Kriegsvorbereitungsabsichten der Faschisten. Dazu wird im Lehrbuch erwähnt, dass im Oktober 1933 Hitlerdeutschland aus dem Völkerbund austritt (vgl. S. 128), nachdem seine Vertreter eine internationale Abrüstungskonferenz verlassen hatten (vgl. S. 128). Hitlerdeutschland entzieht sich immer mehr internationalen Verträgen und Vereinbarungen. Auf der anderen Seite schließen die deutschen Faschisten im Januar 1934 mit Polen eine Nichtangriffsdeklaration für 10 Jahre ab (vgl. S. 128). Dieser Vertrag wird im Lehrbuch als kriegsvorbereitende Taktik dargestellt: „Damit wird die Wachsamkeit des polnischen Volkes gegenüber den faschistischen Aggressionsabsichten eingeschläfert“ (S. 128).

An einer weiteren Stelle wird im Zusammenhang mit der faschistischen Außenpolitik die Rolle der Faschisten als Lügner betont. Die Aufrüstungspolitik wird eindeutig als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages dargestellt. Dazu steht im Lehrbuch: „Offiziell aber beteuerte die Hitlerregierung fortwährend, dass ihre Vorhaben nur der Erhaltung des Friedens dienen würden“ (S. 129).

Damit entlarvt sie das Lehrbuch als Lügner. Alle ihre politischen Maßnahmen werden mit den Zielen der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung dargestellt. Die Rolle der Faschisten als Friedenserhalter steht dazu im Widerspruch. Die offiziellen Beteuerungen sind dadurch auch nur eine Taktik, um die anderen Staaten über die wahren Ziele zu täuschen.

Inwieweit die Hitlerregierung bei ihrer Friedensbeteuerung (S. 129) gelogen hat, zeigt sich in der Darstellung der Geschehnisse des Jahres 1939. Im April des Jahres 1939 „kündigte Hitler das deutsch-britische Flottenabkommen (...) und die deutsch-polnische Nichtangriffsdeklaration“ (S. 147).

Der Überfall auf Polen am 01. September 1939 wird veranlasst durch eine „von den Faschisten **organisierte Provokation**“ (S. 152). Propaganda dient auch hier zur Durchsetzung der Interessen. An dieser Stelle ist jedoch nicht ganz klar für wen dieser vorgetäuschte Überfall inszeniert wird. Rechtfertigend gegenüber der deutschen Bevölkerung oder gegenüber den Verbündeten Polens? In einer Rede Hitlers vor der deutschen Wehrmachtsführung (vgl. S. 152) wird die Einstellung der Faschisten zur Wahrheit noch einmal deutlich gemacht. „Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht“ (S. 152). Der Angriff der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion setzt die Tradition der Faschisten als Vertragsbrecher fort.

Jedoch sind die Faschisten im Lehrbuch auch als Vertragspartner dargestellt. Sie verhalten sich partnerschaftlich gegenüber ihren faschistischen Verbündeten. In diesen Fällen wird ihr Verhalten als unterstützend und helfend charakterisiert. Die „Franco-Putschisten“ in Spanien wurden vor einer Niederlage bewahrt durch die „militärische und wirtschaftliche Hilfe durch den deutschen und italienischen Faschismus“ (S. 137). An dieser Stelle wird die Absicht Deutschlands in der Durchsetzung seiner eigenen Interessen betont. Die Unterstützung der spanischen Faschisten dient der Erprobung neu entwickelter deutscher Waffen (S. 138) und ein „faschistisches Spanien sollte **Hitlerdeutschland** ein zuverlässiger **Verbündeter** im Rücken Frankreichs sein“ (S. 137).

Im Mittelpunkt dieser Bündnisse stehen wiederum die Absichten der Kriegsvorbereitung. Der sogenannte „**Antikominternpakt**“ wird als Bündnispakt „zur Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion und andere Staaten“ (S. 141) dargestellt. In diesem Zusammenhang wird im Lehrbuch ein weiteres „Kriegsbündnis“ (S. 147) erwähnt, der sogenannte „**Stahlpakt**“ (S. 147) zwischen Deutschland und Italien.

In den Fällen, in denen Hitlerdeutschland als ein zuverlässiger Vertragspartner beschrieben wird, handelt es sich nach Aussagen des Lehrbuches ausschließlich um Bündnisse mit anderen faschistischen Staaten, in denen Kriegsbündnisse (S. 141 und 147) zum Zwecke der Versklavung der Welt durch diese faschistischen Mächte (S. 182) im Vordergrund stehen.

Sind die Verhandlungs- bzw. Bündnispartner keine faschistischen Staaten bzw. profaschistische Regierungen, tritt Hitlerdeutschland außenpolitisch in den Rollen des Lügners, Vertragsbrechers und Täuschers auf.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Faschisten in ihrem Handeln immer wieder die gleichen Rollen einnehmen. Sie sind im Lehrbuch dargestellt als Ausbeuter, Eroberer, Unterdrücker, Lügner und Vernichter. Im Agieren der Faschisten mit verschiedenen Gruppen bzw. Staaten treten wiederum alle diese Rollenbilder zutage. Unterschiede sind lediglich in der Akzentuierung festzustellen. Dem Lehrbuch folgend leiden alle Menschen unter der faschistischen Herrschaft, außer die Faschisten und Imperialisten selbst. Die Arbeiterklasse und andere Werktätige werden ausgebeutet, unterdrückt und belogen. Ähnlich ergeht es den Zwangsarbeitern aus den besetzten Gebieten. Die Bevölkerungen der besetzten Gebiete sind bedroht von Unterdrückung und Vernichtung. Dabei steht die Rolle der Faschisten als Vernichter im Kampf gegen die Sowjetunion im Vordergrund.

Vergleicht man die Darstellungen der Handlungen der Faschisten in den besetzten Gebieten mit den Darstellungen der Handlungen der Faschisten in Deutschland, sind grundsätzlich viele Gemeinsamkeiten festzustellen. Aufgrund dessen liegt der Schluss nahe, dass es sich bei Deutschland ebenfalls um ein von den Faschisten besetztes Land handelt. Diese abschließenden Überlegung möchten wir mit folgendem Zitat aus dem Lehrbuch beenden. Dort wird die Zeit zwischen 1933 bis 1945 als die „der faschistischen Nacht über Deutschland“ (S. 136) bezeichnet.

Die Kommunisten

Im Lehrbuch werden als Kommunisten die Mitglieder der kommunistischen Parteien in Europa bezeichnet. Alle Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bilden die Gruppe der deutschen Kommunisten. Die KPD ist der Exponent der Arbeiterklasse, „ihre führende Kraft“ (S. 136), denn sie vertritt „die Interessen des werktätigen Volkes am besten“ (S. 119).

Aus der Darstellung der Kommunisten im Geschichtsbild der DDR lassen sich vier Rollen herauskristallisieren, die ihre Trägerschaft beschreiben. Sie werden als Aufklärer, als Organisierende bzw. als Mobilisierende, als wichtigste Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes und als Opfer gezeigt. Im Folgenden werden diese vier Auffälligkeiten vorgestellt.

Die Kommunisten als Aufklärer

Da sich die faschistische Politik, motiviert durch ihr imperialistisches Streben, vornehmlich „gegen die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk“ (S. 122) richtet, tritt die politische Organisation der Arbeiter und Werktätigen, die KPD, dem entgegen. Die Darstellung macht deutlich, dass sie die einzige politische Kraft in Deutschland ist, die das wahre Wesen des Faschismus durchschaut: „Die **KPD** war die **einzige politische Kraft Deutschlands**, die die faschistische Aggression als imperialistischen Eroberungskrieg entlarvte“ (S. 154).

Durch die Fähigkeit das Wesen des Faschismus zu durchschauen, kann die KPD zudem prognosenartig weitere Entwicklungen vorhersagen: „Die Warnung der Kommunisten, dass die Faschisten den Krieg vorbereiteten, sollte sich bald bewahrheiten“ (S. 140). Im Lehrbuch wird zudem deutlich, dass andere politische Kräfte, wie zum Beispiel Teile der SPD „voller Illusionen über den Faschismus“ (S. 118) sind. Auch aus dieser scheinbar einzigartigen Fähigkeit der Kommunisten, die Gegenwart zu erkennen und daraus Prophezeiungen für die Zukunft abzuleiten, sind sie für die Rolle des öffentlichen Aufklärers im Lehrbuch prädestiniert. Diese Rolle üben die Kommunisten auf vielfältige Weise gegenüber zahlreichen Menschen bzw. Gruppen aus.

Die KPD wendet sich direkt mit ihrer Aufklärung an die deutsche Bevölkerung: „Auch unter diesen schwierigen Bedingungen rang die KPD unermüdlich darum, dem deutschen Volk seine schwere Verantwortung klarzumachen und es zum Widerstand gegen die Faschisten zu bewegen. In Flugblättern, in der mündlichen Agitation und durch Radiosendungen, insbesondere durch den seit 1941 von der Sowjetunion aus betriebenen Deutschen Volkssender, erklärten die Kommunisten, dass der Sieg der

Sowjetunion über Hitlerdeutschland auch die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus bedeuten würde“ (S. 161).

Außerdem versuchen Kommunisten Ende August 1942 in Stalingrad, deutsche Soldaten zur Einsicht zu bewegen: „Während der Schlacht riefen **deutsche Kommunisten** aus den vordersten sowjetischen Schützengräben die deutschen Soldaten auf, den sinnlosen Kampf einzustellen“ (S. 165).

Die Kommunisten als Organisatoren

Die KPD klärt nicht nur auf, sondern sie ist die führende Kraft, um den Kampf gegen Faschismus zu organisieren und zu mobilisieren. Dabei ist sie ständig darum bemüht, Verbündete zu finden und Bündnisse zu schaffen, denn nur durch eine einheitliche Widerstandsbewegung, so ihre Überzeugung, ist der Sturz des Hitlerfaschismus möglich. „Sie hoben hervor, dass der Frieden nur von Arbeitern und Bauern im Bündnis mit den demokratischen Kräften aller Völker gerettet werden könne“ (S. 143).

Auffällig an dieser Textpassage ist, dass die Vorstellung der Bündnisteilnehmer als „demokratische Kräfte“ allgemein und unkonkret formuliert ist.

Im Geschichtslehrbuch wird deutlich, dass das Bündnisstreben jedoch nicht immer erfolgreich ist. Als die KPD am 30.01.1933 zum Generalstreik aller Arbeiter aufruft, lehnen dies Teile der SPD „aus ihrem tiefverwurzelten Antikommunismus heraus und wegen ihrer festen Bindung an den imperialistischen Weimarer Staat ab“ (S. 118). Ein Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten scheitert an der Unfähigkeit des rechten Flügels der SPD und der Gewerkschaften, die politische Gefahr des Faschismus zu erkennen und dem Wissen der Kommunisten Glauben zu schenken. Für das verhinderte Bündnis und somit für den weiteren Aufstieg der Faschisten sind demnach auch Teile der Sozialdemokratie verantwortlich zu machen.

Die Kompetenz der Kommunisten, als diejenigen, die hauptsächlich den Kampf gegen Faschismus organisieren und mobilisieren, verstärkt sich auch dadurch, dass die KPD und die kommunistische Bewegung in anderen Ländern, als einzige Kraft, politische und ideologische Grundlagen besitzt. Diese Grundlagen werden beispielsweise auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1935 ausgearbeitet: „513 Delegierte, darunter 30 Vertreter der KPD, von 65 meist illegal kämpfenden Parteien berieten die Aufgaben der kommunistischen Bewegung im weltumspannenden Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus gegen Faschismus und Krieg“ (S. 134).

Die IV. Reichsparteikonferenz der KPD arbeitet auf dieser Basis im Oktober 1935 „eine schöpferische Politik aus, auf welchem Weg die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen das Hitlerregime stürzen, die Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus überwinden und die politische Macht erobern konnte“ (S. 135/136). Damit verbunden dürften sich neue Mächte nur etablieren, wenn sie „eine antifaschistische, demokratische Ordnung zum Ziel haben“ (S. 136).

Die Kommunistische Partei verfügt dadurch nicht nur über einheitliche Grundlagen im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, sondern sie besitzt als einzige Partei auch eine Vorstellung darüber, wie sie die Gesellschaft nach dem Ende des Faschismus gestalten soll. „Mit den Beschlüssen der Parteikonferenz besaß die KPD als einzige Partei in Deutschland ein reales politisches **Kampfprogramm** für den Sturz des Hitlerfaschismus, die Verhinderung eines Krieges und die Errichtung eines demokratischen, friedliebenden Deutschlands“ (S. 137). Mit der Darstellung der Kommunisten als aufklärende, organisierende und ständig mobilisierende politische Kraft im Widerstand wird vermittelt, dass die Kommunistische Partei alleinig jene Kompetenzen besitzt, die für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus benötigt werden.

Ihre organisatorischen Fähigkeiten werden nicht nur innerhalb Deutschlands zum Ausdruck gebracht. Auch auf internationalem Gebiet unterstützen sie andere Völker im Kampf gegen Faschismus. „In der breiten internationalen Front der Solidarität (in Spanien, Anm. d. V.) nahmen **deutsche Antifaschisten** einen ehrenvollen Platz ein. Mit einem Appell rief das Zentralkomitee der KPD am 7. August 1936 alle militärisch ausgebildeten deutschen Antifaschisten dazu auf, dem spanischen Volk jede Hilfe zu erweisen und sich der spanischen Volksfront als Soldaten zur Verfügung zu stellen“ (S. 140).

Die Kommunisten als Kämpfer

Die aufklärende und organisierende Rolle der KPD in Deutschland von 1933 bis 1945 wird im Lehrbuch um die kämpferische erweitert. „Vom ersten Tag der faschistischen Diktatur an kämpfte die KPD mit ganzer Kraft gegen das Hitlerregime, für die Sicherung der elementarsten Rechte der Werktätigen und die Erhaltung des Friedens. Sie musste diesen Kampf aus der tiefen Illegalität führen, was eine bedeutende Leistung der Partei darstellte. (...)“

Der **antifaschistische Widerstandskampf** war ein Klassenkampf der Arbeiterklasse sowie der anderen Werktätigen gegen die Monopolbourgeoisie und ihre Machtorgane. Zur deutschen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, bürgerliche Demokraten, Christen, Pazifisten und

Jugendliche verschiedener Weltanschauungen und sozialer Herkunft. Die **KPD** war die **führende Kraft im antifaschistischen Widerstand**“ (S. 123/124).

Dieses Zitat macht zunächst deutlich, dass die KPD ihren Kampf gegen das Hitlerregime 1933 aufnimmt. Dieser Kampf beinhaltet das Eintreten und die Sicherung für die „elementarsten Rechte der Werktätigen“ (S. 123), die der Faschismus als radikalste Form des Imperialismus bedroht und abschaffen will. Daher verstehen die Kommunisten den antifaschistischen Kampf als einen „Kampf der Arbeiterklasse sowie der anderen Werktätigen“ (S. 123) gegen die Ausbeutung durch die „Monopolbourgeoisie und ihre Machtorgane“ (S. 123). Der antifaschistische Widerstand ist in dieser Deutung ein antiimperialistischer Widerstand.

Die oben erwähnte Passage des Geschichtslehrbuches gibt als einzige Aufschluss darüber, wer zu den antifaschistischen Widerstandskämpfern zu zählen ist: „Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, bürgerliche Demokraten, Christen, Pazifisten und Jugendliche verschiedener Weltanschauungen und sozialer Herkunft“ (S. 124). Somit wird die Bedeutung der Kommunisten im Widerstandskampf dadurch hervorgehoben, dass Nicht-Kommunisten hinter der Bezeichnung der „anderen“ verschwinden. Daraus lässt sich ableiten, dass an dieser Stelle nicht betont werden soll, wer „die anderen“ waren. Vielmehr soll die Einheitlichkeit und Vielfältigkeit der Bewegung herausgestellt werden. Dabei wird der Eindruck einer zahlenmäßig breiten Bewegung vermittelt, die durch viele Menschen „verschiedener Weltanschauungen und sozialer Herkunft“ unterstützt und mitgetragen wird. Auch hier haben die Kommunisten eine exponierte Stellung inne, sichtbar an der ersten Stelle der Aufzählung und dem sich anfügenden Satz: „Die **KPD** war die **führende Kraft im antifaschistischen Widerstandskampf**“ (S. 124).

Dieses Zitat auf der Seite 124 gibt als einziges Aufschluss darüber, wer und welche Gruppen zur deutschen Widerstandsbewegung zu zählen sind. Häufiger lassen sich jedoch folgende Aussagen finden: „Nach der Brüsseler Parteikonferenz verstärkten die Kommunisten und andere Widerstandskämpfer ihre Anstrengungen im Kampf gegen das Naziregime“ (S. 137). Der Satz gibt keine Auskünfte darüber, wer diese „anderen Widerstandskämpfer“ waren. Aus der Häufigkeit dieser Formulierung kann man schließen, dass die Benennung und Identifizierung „der anderen“ nicht wichtig für die Darstellungen im Text ist. Die Betonung liegt auf den „Kommunisten“, die den Kampf verstärken. Die Teilnahme anderer Gruppen erhält keine Relevanz.

Dazu möchten wir ein Ergebnis der Präsenzanalyse hinzuziehen. Das Wort „Widerstandskämpfer“ ist in 66 Seiten des Geschichtslehrbuches nur dreimal zu finden. Dagegen wurde „Widerstand“ als eigenständiges Wort bzw. als Wortstamm insgesamt 59 mal gezählt. Widerstandskämpfer als Träger der Geschichte sind somit sehr selten

vertreten. Daraus begründet sich, warum diesen in dieser Analyse keine eigene Kategorie eingeräumt wird.

Die Führungsposition der Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus wird auffällig oft betont. Auf der Seite 126 des Lehrbuches lässt sich eine Quellenangabe mit Erinnerungen Erich Honeckers finden. Dort heißt es: „Die Geschichte beweist: (...) Der antifaschistische Widerstand war nicht zu brechen, weil die Kommunisten, Seele und Rückgrat dieses Widerstandes, nie aufgaben, sondern ihrer Sache trotz Tod und Terror treu blieben“ (S. 126).

Die oben genannte Mobilisierung von Bündnissen, die ihren Kampf gegen das Hitlerregime unerschütterlich fortsetzen und ihre Kräfte immer wieder steigern können, vermitteln dem Betrachter dieser Geschichte, dass der kommunistische Widerstand ein starker, unbeugsamer und vor allem ein gesellschaftlich breiter ist. Diese Breite der Widerstandsbewegung wird im Lehrbuch auch dadurch betont, dass der Internationalismus eine bedeutende Rolle im kommunistischen Kampf spielt.

Gegen den faschistischen Militärputsch unter der Führung Francos treten die Volksmassen, „geführt von der Kommunistischen Partei Spaniens und anderen Parteien der Volksfront“, in einen anfänglich erfolgreichen „**national-revolutionären Kampf**“ (S. 137). Durch die Hilfe des deutschen und italienischen Faschismus wird dieser Kampf jedoch erschwert. Der Spanienkrieg erfährt seine beispielhafte Bedeutung in der Darstellung durch die umfassende Unterstützung von Antifaschisten aus vielen Ländern: „Überall in der Welt entwickelte sich die **solidarische Hilfe für das revolutionäre Spanien**. Sie reichte von der Beschaffung von Waffen, Nahrungsmitteln und Kleidung bis zur Bildung von Freiwilligeneinheiten. Etwa 30 000 Antifaschisten aller Parteien und Richtungen aus 53 Ländern, voran Kommunisten, kamen der spanischen Republik zu Hilfe. (...) Die antifaschistischen Freiwilligen gaben ein leuchtendes Beispiel für den **proletarischen Internationalismus**“ (S. 139).

Markant für diese Passagen über den Bürgerkrieg in Spanien ist die Tatsache, dass von Antifaschisten gesprochen wird, von „30 000 Antifaschisten aller Parteien und Richtungen“. Im Lehrbuch wird dabei nicht klar, warum an dieser Stelle die Formulierung Antifaschisten gewählt wurde. In der gesamten Darstellung ist nicht nachvollziehbar, warum und in welchem Zusammenhang welche Begrifflichkeiten verwendet werden. Die Benutzung des Wortes „Antifaschist“ bzw. „antifaschistisch“ wird immer im Zusammenhang mit „Kommunist“, „kommunistisch“ bzw. mit „Widerstand“ gebraucht. Das gleiche Muster gilt für den Gebrauch der Worte „Widerstand“ bzw. „Widerstandskämpfer“. Von daher ist auf eine synonyme oder subsumierende Bedeutung zu schließen. Die Antifaschisten verschwinden beispielsweise hinter Formulierungen wie „Kommunisten und aller anderen

antifaschistischen Kräfte“ (S. 135). Es wird also angedeutet, dass es neben den Kommunisten verschiedene Antifaschisten gab, jedoch werden keine Angaben gemacht, wodurch sie sich von ihnen unterscheiden. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass die Darstellungen meist undifferenziert sind, wobei immer die Rolle der Kommunisten als führende Kraft hervorgehoben wird.

Es ist auffällig, dass in der Darstellung des Kampfes in Spanien und auch des Kampfes an der Seite des sowjetischen Volkes das besondere Engagement der deutschen Kommunisten bzw. Antifaschisten herausgestellt wird. „Bei der Verteidigung von Madrid und anderen Schlachten erwarben sich diese Einheiten großen Ruhm. An ihrer Spitze kämpften hervorragende Kommunisten“ (S. 140). Auch an dieser Stelle bilden sie den Kopf der antifaschistischen Bewegung und kämpfen selbst „hervorragend“ in der ersten Reihe.

„Die **deutschen Antifaschisten**, an ihrer Spitze die **KPD**, waren sich ihrer Verantwortung bewusst. Doch trotz ihres aufopferungsvollen Kampfes gelang es nicht, die faschistische Diktatur aus eigener Kraft zu stürzen und die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den faschistischen Imperialismus zu verhindern“ (S. 151). Diese Passage macht deutlich, dass sich Menschen (Antifaschisten) und ein entpersonalisiertes System (faschistische Diktatur, faschistischer Imperialismus) gegenüberstehen. Dadurch wird der imperialistische Gegner zum großen Anonymus; die „eigene(r) Kraft“ reichte nicht aus, ihn „zu stürzen“. Es erfolgt die stereotype Formation einer antifaschistischen Innenwelt und einer Außenwelt, gegen die sich trotz Verluste und Opfer zur Wehr gesetzt wird.

Die Kommunisten als Opfer

Der Faschismus wird als die radikalste Form des Imperialismus verstanden, so dass die Kommunisten als Hauptgegner der Faschisten dargestellt werden. Von daher ist an erster Stelle die „Zerschlagung der KPD und aller Arbeiterorganisationen“ (S. 117) als eines der Hauptziele des Faschismus zu finden. Das Lehrbuch verweist an mehreren Stellen darauf, dass der „Hauptbestandteil der faschistischen Ideologie (...) ein aufs äußerste gesteigerter **Antikommunismus** (war, Anm. d. V.), der das gesamte gesellschaftliche Leben (durchdrang, Anm. d. V.]. Der Antikommunismus äußerte sich in der Hetze und im Terror gegen die Kommunisten und andere Antifaschisten, in hasserfüllten Ausfällen gegen die internationale Arbeiterbewegung und vor allem gegen die Sowjetunion“ (S. 132).

Daher richten sich von Anfang an die Terrormaßnahmen hauptsächlich gegen die Kommunisten. Dabei ist auffällig, dass sie trotz des zunehmenden Terrors und der

Gefahr in der sie sich befinden, weniger wehrlose Opfer als vielmehr weiterhin kämpferisch und widerständig sind. Die Kommunisten, die den antifaschistischen Widerstand mit „Seele und Rückgrat“ (S. 126) verkörpern, führen ihren Kampf selbst unter wachsenden Gefahren ausdauernd und unermüdlich fort.

„Die KPD stellte trotz großer Blutopfer den Kampf gegen den Faschismus keinen Tag ein“ (S. 126). Als Beispiel wird an mehreren Stellen betont, dass die Kommunisten sogar nach ihren Verhaftungen den Widerstand weiter anführen und darüber hinaus Leben retten: „Mitglieder der KPD setzten auch in den Konzentrationslagern und anderen Haftanstalten den politischen Kampf fort. Sie organisierten den Widerstand gegen die faschistischen Bewacher und entwickelten die Solidarität unter den Eingekerkerten, die vielen das Leben rettete. Zu den Tausenden hervorragenden Funktionären, die ununterbrochen hinter Gittern und Stacheldraht kämpften, gehörten Herrmann Axen, Erich Honecker, Horst Sindermann und viele andere“⁴⁴ (S. 170).

Somit stellen im Lehrbuch die Kommunisten die Gruppe dar, die auch die meisten Todesopfer zu verzeichnen haben. Das wird in dem folgenden Zitat deutlich: „Über elf Millionen Menschen der verschiedenen Nationen und Klassen, in erster Linie Arbeiter, Kommunisten, Sowjetbürger, Polen, progressive Angehörige der Intelligenz und Juden, wurden in den Konzentrationslagern grausam ermordet“ (S. 163). Die Aufzählung der Opfer beginnt mit den Arbeitern und Kommunisten, dadurch, dass sie die Hauptgegner des Imperialismus waren, gelten sie auch als Hauptopfergruppe. „Der Widerstandskampf und die Partisanenbewegung trugen internationalen Charakter. Die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern waren die Hauptträger der Bewegung. Sie stellten die Masse der illegalen Kämpfer und brachten die meisten Opfer“ (S. 168).

In diesem Zitat findet erneut eine stereotype Darstellung des kommunistischen Widerstandes Ausdruck. Ihr kämpferischer Charakter wird trotz der großen Opfer, die sie erbringen, nicht geschmälert. Parallel dazu findet sich dieses Muster in der Darstellung der Ermordung von Kommunisten. Die Mitglieder der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ von Arvid Harnack werden 1942 verhaftet: „Die meisten von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Sie gingen tapfer dem faschistischen Henkerbeil entgegen. ‚Ich bereue nichts. Ich sterbe als überzeugter Kommunist‘, waren die letzten Worte Arvid Harnacks“ (S. 171f.).

Die Tapferkeit mit der die Kommunisten ihrem Tod entgegensehen, macht sie zu Helden. Angst und Zweifel scheinen diese Menschen nicht zu kennen. Das überlieferte

⁴⁴ An dieser Stelle muss kurz darauf hingewiesen werden, dass alle hier aufgezählten Kämpfer spätere Funktionäre der DDR sind. Dadurch wird eine personelle Kontinuitätslinie erzeugt. Die Analyse beschäftigt sich jedoch nicht mit dieser unzweifelhaft interessanten Frage, so dass wir es bei diesem kurzen Hinweis bewenden lassen müssen.

Zitat der letzten Worte Arvid Harnacks verleiht diesem Heldentum eine Authentizität, die Ergriffenheit erzeugt. Ihrem Tod wird eine glorifizierende Bedeutung zugesprochen.

Die Darstellung der Kommunisten nimmt innerhalb des Buches einen großen Raum ein. Sie werden als Aufklärer, als Organisatoren, als Kämpfer und als Opfer im Geschichtslehrbuch dargestellt. Die Kommunisten bilden „Seele und Rückgrat“ (S. 126) der antifaschistischen Widerstandsbewegung. Kontinuierlich wird die führende Rolle der Kommunisten betont. Die kämpfenden Kommunisten werden als bis in den Tod unaufhaltbare, unerschrockene und tapfere Kämpfer charakterisiert. Sie bestechen über den Tod hinaus durch ihr heldenhaftes Auftreten. Auffällig dabei ist, dass in der Lehrbuchdarstellung die aktivsten Kommunisten an vielen Stellen namentlich und bildlich vorgestellt werden.

Die Analyse konnte nachweisen, dass in der Darstellung ein undifferenzierter Umgang mit Bezeichnungen vorzufinden ist. Damit könnte der Eindruck einer einheitlichen und breiten Widerstandsbewegung erzeugt werden. Die Kommunisten werden in der Geschichte des Faschismus als die wichtigsten Träger des Widerstandes beschrieben.

Die Sowjetunion

Der Sowjetunion wird in der Darstellung des Zeitgeschehens von 1933 bis 1945 im Geschichtslehrbuch als Träger der Geschichte eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Daraus ergibt sich die hier aufgeführte Kategorie Sowjetunion. Die Begriffe Sowjetunion und UdSSR werden synonym gebraucht und sind beide gleichermaßen zu finden.

Die Sowjetunion zeichnet sich aus als ein Staat, in dem sich der „endgültige Sieg des Sozialismus“ (S. 134) vollzogen hat. Dadurch „verwandelte (sie, Anm. d. V.) sich in eine sozialistische Großmacht“ (S. 134). Die Sowjetunion steht damit nicht als Land, sondern als Exponent, in dem sich kommunistische Ideale verwirklicht haben, als „Basis und Vorbild revolutionärer Weltprozesse“ (S. 134).

Die Situation der Sowjetunion wird als weitestgehend isoliert und von allen Seiten sowohl geographisch als auch politisch bedroht dargestellt. Sie befindet sich als einziger sozialistischer Staat einem Lager imperialistischer Staaten gegenüber. Im Lehrbuch wird der Herrschaft des Imperialismus, der „entsprechend seinen inneren Gesetzmäßigkeiten immer wieder zu Kriegen und damit zu unermesslichem Elend für die Volksmassen führt“ (S. 181), die Sowjetunion gegenüber gestellt. Sie wird zum Sicherer des Friedens, der um die Interessen der Völker bemüht ist. Zudem wird die Sowjetunion als der Hauptgegner des Faschismus dargestellt, der die größten Opfer zu bringen hat.

Die Sowjetunion als Sicherer des Friedens

Als „Friedensstaat“ (S. 139) begegnet die UdSSR der „imperialistischen Bedrohung“ mit einer Friedenspolitik. „Einzig die **Sowjetunion** betrieb eine konsequente Politik der Erhaltung des Friedens. Die Regierung der UdSSR verstärkte sofort nach der Errichtung des Hitlerregimes den konsequenten Kampf gegen die aggressive Politik des deutschen Faschismus. Sie stellte der Politik der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitungen der herrschenden Kreise Deutschlands, die von den imperialistischen Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs geduldet und gefördert wurde, ihre Aktivität zur Zügelung des Aggressors und zur Schaffung eines **Systems der kollektiven Sicherheit** entgegen“ (S. 130f.).

In diesem Zitat wird veranschaulicht, dass die Sowjetunion von Anfang an die von den imperialistischen Staaten ausgehende Kriegsgefahr erkannte. Sie wird auch als die einzige Kraft dargestellt, die aktiv dieser Entwicklung entgegentritt. Es wird sehr deutlich herausgestellt, dass sie mit Angeboten an die Westmächte versucht, die Gefahr zu bannen. „Zur Abwehr der vom faschistischen Deutschland immer offener

betriebenen Kriegsvorbereitungen schlug die Sowjetunion am 17. April 1939 den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs den Abschluss eines politischen und militärischen Bündnisses vor, das mit Garantieerklärungen der drei Mächte für die von Deutschland bedrohten kleineren Länder verbunden sein sollte. Die UdSSR bemühte sich noch entschiedener als bisher um die Schaffung eines **Systems der kollektiven Sicherheit**.

Unabhängig ihrer Gesellschaftsordnung sollten sich darin alle europäischen Staaten dem Expansionsstreben Hitlerdeutschlands in einer gemeinsamen Abwehrfront entgegenstellen. Dieses kollektive Sicherheitssystem entsprach der von der Sowjetunion seit ihrem Bestehen verfochtenen **Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung**“ (S. 147/148).

Die Sowjetunion bemüht sich um die Schaffung eines „kollektiven Sicherheitssystems“ (S.148) und wird als offen gegenüber ideologisch unterschiedlichen Überzeugungen gekennzeichnet. Sie tritt als einzige aktiv Handelnde hervor, die alleinig und einzig von dem Wunsch nach Friedenssicherung angetrieben wird. Diese Rollenzuschreibung erfährt eine weitere Dichte dadurch, dass die imperialistischen Westmächte auf diese Angebote nicht oder nur zögerlich reagieren. Sie bilden von daher das Gegenstück für die Friedensbemühungen der sozialistischen Sowjetunion.

Das Eintreten der Sowjetunion fußt auf dem oben aufgezeigten Zusammenhang, dass der Sozialismus den Frieden zu sichern vermag. Daher verpflichtet sich der erste sozialistische Staat, aktiv und alleinig Friedensvorschläge zu unterbreiten. Die Erhaltung des Friedens wird als die wichtigste Prämisse vermittelt, für die auch die Unterschiede der Gesellschaftsordnungen überwindbar scheinen. Die Sowjetunion erfährt somit eine Darstellung, die durch Offenheit, Großzügigkeit und Weitblick charakterisiert werden kann.

Der offene und weitblickende Charakter der Sowjetunion im Interesse der Friedenssicherung bestimmt auch ihr Verhalten gegenüber Deutschland als Vertragspartner. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 wird im Geschichtslehrbuch als eine Friedensinitiative verstanden. Die außenpolitische und militärische Bedrohung für die Sowjetunion nimmt zu, so dass sie zwangsläufig, des Friedens wegen, in diesen Vertrag einwilligen muss. „Die Lebensinteressen nicht nur des Sowjetvolkes, sondern aller Völker erforderten, diese große Gefahr zu bannen. Unter diesen Umständen entschloß sich die sowjetische Regierung, auf das von Deutschland seit einiger Zeit immer drängender unterbreitete Angebot einer vertraglichen Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen und des Abschlusses eines **Nichtangriffspaktes** einzugehen. (...) Die UdSSR durchkreuzte die Pläne zur Bildung einer mächtigen antisowjetischen

Einheitsfront und begrenzte die Ausdehnungsmöglichkeit der deutschen Aggression. Der Abschluss des Vertrages sicherte der Sowjetunion für eine bestimmte Zeit den Frieden. Die bis zum faschistischen Überfall verbleibenden Jahre konnte die UdSSR nutzen, um ihre Verteidigungskraft zu erhöhen“ (S. 149).

Zunächst wird darauf verwiesen, dass mit den Interessen der Sowjetunion die Interessen des Sowjetvolkes und auch die aller anderen Völker bedroht sind, so dass die Sowjetunion den Abschluss dieses „Nichtangriffspaktes“ auf dieser Grundlage legitimiert. Die Sowjetunion tritt damit aus der Isolation heraus, die von den imperialistischen Staaten durch eine „antisowjetische Einheitsfront“ (S. 149) geschaffen wird. Parallel dazu ist auffällig, dass sich die UdSSR der zeitlichen Grenzen dieses Vertrages mit Deutschland durchaus bewusst ist. Das Zitat lässt vermuten, dass sie mit einem Vertragsbruch rechnet. Ähnlich den Kommunisten ist es der Sowjetunion möglich, das wahre Wesen des Faschismus zu durchschauen. Dadurch ist sie in der Lage vorzuschauen und scheinbar den genauen Termin an dem der Vertrag gebrochen oder der Krieg begonnen wird zu prophezeien.

Die permanenten und angestregten Versuche der Sowjetunion den Frieden zu erhalten, erwecken den Eindruck, dass sie für das Scheitern dieser Bemühungen nicht verantwortlich ist. Vielmehr liegt es an verschiedenen anderen Kräften, die ihre Appelle nicht erhören und/oder sich ihren Vorschlägen widersetzen.

Die Sowjetunion als Vertreter und Befreier der Völker

Die Sowjetunion wird als der Staat dargestellt, in dem sich die Interessen der Völker verwirklicht haben. Sie fungiert als Vertreter der Volksmassen. Die Regierung der UdSSR steht nicht abgehoben über der Bevölkerung. Die Sowjetunion als Exponent der Volksmassen greift genau dann militärisch ein, wenn alle Friedensbemühungen gescheitert sind und die Gefahr für die Menschen wächst.

Für die Befreiung vom Faschismus kämpfen die Sowjetunion und die anderen unterdrückten Völker. Dieses gemeinsame Ziel ermöglicht einen gemeinsamen Kampf, eine gegenseitige Unterstützung. „An der gesamten deutsch-sowjetischen Front ging die **Sowjetarmee zur Offensive** über und vertrieb im Sommer 1944 die Faschisten vom größten Teil des Territoriums der UdSSR. Anschließend befreite sie, unterstützt von Volksaufständen in den jeweiligen Ländern, die Völker Ost- und Südeuropas von der faschistische Herrschaft“ (S. 175).

Entsprechend den Darstellungen im Lehrbuch, in denen sich die Sowjetunion durch ihre Volksnähe und Friedensliebe auszeichnet, werden die sowjetischen Befreier von den Völkern willkommen geheißen. „Die **Völker Ost- und Südeuropas** begrüßten die

Truppen der UdSSR als Befreier vom faschistischen Joch. Überall entstanden nationale Fronten, in den Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus vereinigten, die Führung im Kampf um eine volksdemokratische Entwicklung und eine feste Freundschaft mit der UdSSR hatten“ (S. 182).

Die Sowjetunion als Gegner und Opfer

Schon auf der ersten Seite wird die Einstellung des deutschen Faschismus gegenüber der Sowjetunion deutlich. Unter der Überschrift „Hauptziele der Hitlerregierung“ steht die „Vernichtung der Sowjetunion“ (S. 117). An dieser Stelle wird aufgezeigt, dass sich die Politik der Hitlerregierung eindeutig gegen die Sowjetunion richtet. Der „Antikommunismus“ bzw. der „Antibolschewismus“ wird als „Hauptbestandteil der faschistischen Ideologie“ (S. 132) bezeichnet. Dieser äußert sich in „hasserfüllten Ausfällen gegen die internationale Arbeiterbewegung und vor allem gegen die Sowjetunion“ (S. 132). Die Gefahr, die von den faschistischen Staaten für die Sowjetunion ausgeht, wird in erster Linie als Kriegsgefahr beschrieben. Diese richtet sich gegen verschiedene Völker, aber „in erster Linie **gegen die sozialistische Sowjetunion**“ (S. 150).

Die vor 1941 geführte sowjetische Politik setzt sich auch nach dem Überfall fort. Die Sowjetunion wird als die einzige Kraft dargestellt, die aktiv und mit allen Potenzialen gegen den Faschismus vorgeht. Die exponierte Rolle der Sowjetunion wird auch daran deutlich gemacht, dass sich gegen den faschistischen Überfall die gesamte sowjetische Bevölkerung erhebt und sich die Armee aus ihnen rekrutiert. „Die sowjetischen Menschen kämpften mit eisernem Willen für die Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat. Auf Beschluss des staatlichen Verteidigungskomitees wurden über 1500 bedeutende **Industriebetriebe demontiert** und im Osten des Landes, der für die Faschisten unerreichbar war, wieder aufgebaut. Unter größten Entbehrungen vollbrachten die Sowjetvölker hervorragende Produktionsleistungen im Hinterland. Sie konnten der Front Jahr für Jahr mehr und bessere Waffen zur Verfügung stellen.

Viele Soldaten, Männer, Frauen und Jugendliche schlossen sich im Rücken des Feindes zu **Partisanenverbänden** zusammen und vollbrachten unvergängliche Heldentaten“ (S. 159).

Der Widerstand der Sowjetvölker (mit der Unterstützung der Kommunisten) verändert den Charakter des zuvor als eindeutig imperialistisch gekennzeichneten Krieges in einen „gerechten, antifaschistischen Krieg“ (S. 161). „Der faschistische Besatzungsterror, die Geislerschießungen, Ausplünderungen, die Verschleppung von Millionen Menschen stießen aber in allen okkupierten Gebieten auf den **wachsenden Widerstand der Völker**“ (S. 162).

Der Widerstand der Völker erfährt, so das Geschichtslehrbuch, seinen Aufwind durch den heldenhaften Kampf des sowjetischen Volkes. Als Beispiel wird das Zustandekommen der Antihitlerkoalition genannt. Die Werktätigen Großbritanniens veranlassen Winston Churchill, die UdSSR zu unterstützen. „Beide Staaten (Großbritannien und die USA, Anm. d. V.) versprachen, der Sowjetunion Waffen und Ausrüstung zu liefern. So entstand ein Kampfbündnis der Völker und Regierungen gegen den deutschen Faschismus, die **Antihitlerkoalition**. Der militärische Kampf, die Aktionen der Widerstands- und Partisanenbewegungen in den besetzten Ländern und die Anstrengungen der Völker im Hinterland machten die Antihitlerkoalition weltweit“ (S. 163).

Das Lehrbuch stellt an mehreren Stellen heraus, dass sich der Terror der faschistischen Besatzer besonders grausam gegen die sowjetische Bevölkerung richtet. „Es (das grausame Terrorregime, Anm. d. V.) übertraf an Brutalität bei weitem das in den bisher okkupierten Ländern. Alle Mitglieder der Kommunistischen Partei, die Politischen Kommissare der Sowjetarmee, die Mitarbeiter des sowjetischen Staatsapparates, alle Widerstandskämpfer und Partisanen waren mit dem Tode bedroht; Millionen Sowjetbürger wurden ermordet, Hunderttausende zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Auch die verbliebene Bevölkerung musste bei Hunger und ständiger Angst für Hitlerdeutschland arbeiten“ (S. 161).

Die Lage des Sowjetvolkes wird durch weitere Quellennachweise im Lehrbuch unterstrichen. Beispielsweise findet man auf der Seite 161 ein Protokoll der faschistischen Ernährungskommission, in dem die Herstellung eines besonderen „Russenbrot“ beschrieben wird. Als eine der Zutaten wird Laub genannt. Die Sowjetbevölkerung wird deutlich als diejenige dargestellt, die am meisten unter dem faschistischen Regime zu leiden hat. Die Tabelle, in der die Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges gezeigt werden, benennt die Sowjetunion an erster Stelle mit 20,6 Millionen Toten. „Die **Sowjetunion** musste jahrelang **allein die Hauptlast** im Kampf gegen Hitlerdeutschland tragen“ (S. 164).

Die Trägerschaft der Sowjetunion in der Zeit des Nationalsozialismus kann zusammenfassend folgendermaßen beschrieben werden: Als sozialistischer Staat vertritt sie, im Gegensatz zu den Westmächten und Faschisten, die Interessen der Völker. Sie ist ihr Exponent. Auf der politischen Ebene wird sie in ihren alleinigen Friedensbestrebungen als isoliert dargestellt. Ihre Friedensinitiativen in Form von Bündnisvorschlägen werden von den imperialistischen Westmächten abgewiesen. Die

Bündnisse könnten im Interesse des Friedens die Unterschiede der Gesellschaftsordnungen überwinden. Doch über diese Unterschiedlichkeit können sich die imperialistischen Westmächte, im Gegensatz zur UdSSR, nicht hinwegsetzen. Daher können die Staaten des aggressiven faschistischen Blocks ihrem Expansionsstreben weiter nachgehen. Die Zusammenarbeit scheidet auf der politischen Ebene aufgrund des Verhaltens der Westmächte. Da jedoch die Sowjetunion mit der Unterstützung ihres eigenen Volkes, und der aller besetzten Völker rechnen kann, gelingt der Widerstand im eigenen Land trotz großer Opfer. Dieser Widerstand kann auf die Länder ausgeweitet werden, so dass es der Sowjetunion möglich ist, mit Hilfe der Volksmassen diese Gebiete vom Faschismus und Krieg zu befreien. Imperialismus muss nach seinen Gesetzen in Expansions- und Eroberungskriegen münden. Die Bündnisse der Völker mit der Sowjetunion vermögen es, diesen Gesetzen Widerstand zu leisten und den imperialistischen Charakter des Krieges in einen antifaschistischen zu wandeln. Besonders auffällig ist das der Sowjetunion eigene Heldenhafte in der Beschreibung. Die politische Isolation, der imperialistische Krieg, der sich besonders grausam gegen die Sowjetunion und seine Völker richtet, auf der einen Seite und das Friedensengagement der UdSSR, der Widerstand und der Befreierstatus gegenüber der Menschheit vom Faschismus auf der anderen, begründen diesen Eindruck. Die Darstellung der Rolle der Sowjetunion soll vermitteln, dass Bündnisse mit Völkern und Friedensbestrebungen trotz anfänglich scheinender Aussichtslosigkeit erfolgreich enden können und „nie zu erlahmen“ sind.

Die Westmächte

Der Begriff der Westmächte ist aus dem Lehrbuch übernommen. Dabei ist auffällig, dass in einigen Fällen, in denen Aussagen über die Westmächte getroffen werden, es unklar bleibt, wer sich dahinter verbirgt. In den meisten Fällen werden mit den Westmächten die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA bezeichnet. Im Lehrbuch gibt es allerdings Passagen, in denen die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens bzw. die Regierungen Großbritanniens und der USA die Gruppe der Westmächte bilden. Das heißt, dass nicht in allen Fällen, in denen das Wort Westmächte gebraucht wird, das Dreiergespann der Regierungen gemeint ist. Doch für die Darstellung im Lehrbuch scheint eine weitere Differenzierung dahingehend nicht notwendig.

Anzumerken ist weiterhin, dass diese Kategorie absichtlich nicht als die Alliierten bezeichnet wird. Das liegt weniger an dem Anspruch einer zeitlich korrekten Bezeichnung (d.h. 1933 gab es noch keine Alliierten), sondern wir übernehmen mit der Wortwahl Westmächte die im Lehrbuch vorgenommene Einteilung: Westmächte und UdSSR. Die Darstellung dieser beiden Gruppen im Lehrbuch ist derart, dass ein Zusammenfassen unter dem Begriff der Alliierten den Aussagen des Lehrbuches nicht entsprechen würde.

Das gemeinsame Moment der Regierungen Frankreichs, der USA und Großbritanniens, dass sie unter dem Begriff der Westmächte zusammenfasst, liegt nach Aussagen des Lehrbuchs in ihrer imperialistischen Einstellung. Dementsprechend werden in der Regel die Regierungen dieser Länder als „imperialistische Regierungen“ bzw. als „imperialistische Westmächte“ bezeichnet. Nur in Ausnahmefällen ist die Rede von den „Regierungen der Westmächte“ bzw. „der Regierung der USA“ etc. Schon in diesen Bezeichnung wird deutlich, dass die Regierungen gemeint und betont werden. In den Darstellungen im Lehrbuch stehen sie losgelöst von ihren Völkern und scheinbar auch losgelöst von den Interessen ihrer Völker.

Die Westmächte als Dulder und Unterstützer

Das gemeinsame Moment der imperialistischen Einstellung wird im Lehrbuch zum Erklärungsansatz für das Handeln bzw. Nicht-Handeln der Westmächte. Die Gemeinsamkeit der imperialistischen Einstellung, die die Gruppe der Westmächte im Lehrbuch kennzeichnet, schlägt auch die Brücke zum „faschistischen deutschen Imperialismus“. Daraus ergibt sich die Haltung der Westmächte zu den deutschen Kriegsvorbereitungen: „der Politik der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung der herrschenden Kreise Deutschlands, die von den imperialistischen Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs geduldet und gefördert wurde“ (S. 130f.).

Die dulddende Haltung der Westmächte gegenüber den Handlungen „Hitlerdeutschlands“ wird durch die Darstellung der Reaktionen der Westmächte auf die Annexionen Österreichs und der Tschechoslowakei betont. In beiden Fällen reagieren die Westmächte nur durch formalen bzw. diplomatischen Protest. Darauffolgend erscheint im nächsten Satz die Anerkennung der Annexionen durch die Regierungen der Westmächte (vgl. S. 142 und 144).

Einen Wandel erfährt die Haltung der Westmächte von der Duldung hin zur Unterstützung. Dieser unterstützende Charakter erscheint schon im ersten Zitat mit dem Begriff der Förderung. Weiterhin erhält die unterstützende Haltung der Westmächte Ausdruck durch die Aufführung von Abkommen, die die Regierungen der Westmächte mit „Hitlerdeutschland“ schließen.

Im Jahre 1935 kommt es zwischen Deutschland und Großbritannien zu einem Flottenabkommen (18.06.1935), welches Deutschland ermöglicht, seine Kriegsflotte zu verstärken. Nach den Aussagen zu diesem Abkommen steht resümierend: „Auf diese Weise half die englische Regierung den Faschisten, den Versailler Vertrag ein weiteres Mal zu brechen, und legalisierte die deutsche Aufrüstung“ (S. 130).

Das Münchner Abkommen (29.09.1938) zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland und Italien bedeutet nach Aussage des Lehrbuchs: „Der faschistische deutsche Imperialismus erlangte eine weitere Machtausweitung“ (S. 142).

Die Westmächte als Verweigerer und Verzögerer

Die Darstellungsweise der Westmächte als Unterstützer Deutschlands findet ihre Fortsetzung in einer Verweigerungs- bzw. Verzögerungshaltung gegenüber Bündnisvorschlägen der UdSSR. Das Bündnisstreben der UdSSR nach Schaffung „eines Systems der kollektiven Sicherheit“ (S. 151) wird, dem Lehrbuch nach, durch eine „Hinhaltetaktik“ (S. 148) der Westmächte unterlaufen: „Unter immer neuen Vorwänden machten sie (die Westmächte, Anm. d. V.) den Abschluss eines Beistandpaktens unmöglich“ und „Die Westmächte waren weiterhin nicht zu bindenden Abmachungen bereit“ (S. 148).

Durch die Offenlegung einer weiteren Gemeinsamkeit der Westmächte mit den „faschistischen Staaten“ wird im Lehrbuch die Haltung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erklärt. Die „feindselige Haltung gegenüber der UdSSR“ (S. 149f.) wird als Grund für die dulddende und unterstützende Haltung der Westmächte gegenüber Deutschland und die von ihnen eingeschlagene Politik aufgeführt. Ausschlaggebend bleibt auch dabei die imperialistische Einstellung.

„Die imperialistischen Westmächte hofften, dass sich der künftige Krieg gegen die Sowjetunion richten würde. Deshalb förderten sie die faschistischen Aggressionsbestrebungen in vielfältiger Weise beziehungsweise traten ihnen nicht aktiv entgegen. Dem diente die Politik der Beschwichtigung (Appeasement) gegenüber den Aggressoren durch die herrschenden Kreise der imperialistischen Westmächte. Aus ihrer antisowjetischen Zielstellung heraus hintertrieben sie die Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit gegen die faschistischen Aggressorstaaten“ (S. 150/151).

Die Westmächte als Teil der Alliierten

Die Entwicklung Deutschlands (durch Annexionen und die Vorbereitung des Überfalls auf Polen) zur führenden imperialistischen Macht in Europa wird im Lehrbuch als eine Bedrohung der Interessen der imperialistischen Westmächte beschrieben (vgl. S. 148). Dem folgend wird grundlegend die Verletzung der eigenen Interessenssphäre aufgeführt, ein Bündnis von Seiten der Westmächte mit der UdSSR einzugehen. Die Bildung der sogenannten Antihitlerkoalition scheint eine Veränderung der Haltung der Westmächte bezogen auf ihre Deutschlandpolitik zu markieren, denn sie werden zum Bündnispartner der Sowjetunion. Trotz des Bündnisses der Antihitlerkoalition wird die Verweigerungs- bzw. Hinhaltetaktik der Westmächte bezüglich der Vereinbarungen mit der UdSSR weiterhin deutlich gemacht.

Beispielhaft wird hierbei die Dreimächtekonferenz in Moskau (29.09 bis 1.10.1941) angeführt. Dort kommt es zu Verhandlungen zwischen den Regierungen Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion. Die drei Regierungen beschließen eine „enge Zusammenarbeit gegen den faschistischen Aggressor“ (S. 163). Im darauffolgenden Absatz steht: „Die Regierungen Großbritanniens und der USA hielten allerdings viele Versprechungen nicht ein. Sie sandten weder die versprochene Anzahl an Waffen, noch eröffneten sie schnell in Westeuropa eine zweite Front“ (S. 163f.).

Diese Stellung der Westmächte, in der keine klare Haltung für einen gemeinsamen Kampf mit der Sowjetunion gegen Deutschland und seine Verbündeten zum Ausdruck kommt, wird im Lehrbuch noch verstärkt durch eine Erklärung von H. Truman vom 21.06.1941; der zur damaligen Zeit noch als Senator tätige US-Politiker sagt: „Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sich auf diese Art und Weise soviel als möglich gegenseitig töten“ (S. 164).

Aber nicht nur von Seiten der USA, auch in Bezug auf die reaktionären Kräfte in Großbritannien wird eine antisowjetische Haltung konstatiert, die eine schnelle Entwicklung der Antihitlerkoalition behindert (vgl. S. 164).

Eine Fortsetzung findet die antisowjetische Haltung nach Aussagen des Buches nicht nur in Verzögerungen bzw. Behinderungen der Einhaltung der gegenseitigen

Abkommen zwischen den Westmächten und der UdSSR, sondern ihr wird auch Ausdruck gegeben in militärischen Aktionen der Westmächte in Deutschland. Die Benennung der fehlenden militärischen Notwendigkeit für Bombenangriffe lässt diese zum gezielten Schlag gegen die Sowjetunion und die Antifaschisten werden. Dadurch bleibt unklar, wer der Hauptgegner der Westmächte in diesem Krieg ist; „Hitlerdeutschland“ oder die Sowjetunion. Weiterhin entsteht der Eindruck, die Westmächte benutzen den Kampf gegen das faschistische Deutschland gleichzeitig als Kampf gegen die Sowjetunion und Antifaschisten. „In den letzten Monaten des Krieges richteten sich die Angriffe (der britischen und amerikanischen Bombenflugzeuge, Anm. d. V.) vornehmlich auf Städte in der künftigen sowjetischen Besatzungszone. Dadurch sollten der UdSSR und den deutschen Antifaschisten unüberwindbare Schwierigkeiten für den Neuaufbau bereitet werden. Ohne militärische Notwendigkeit wurde am 13. und 14. Februar 1945 die von Flüchtlingen überfüllte Kunststadt **Dresden** bombardiert, wobei rund 35 000 Menschen umkamen und unwiederbringliche Kulturschätze in Schutt und Asche versanken“ (S. 176).

Zum Ende des chronologischen Lehrbuchtextes über die Zeit zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und damit zum Ende des zweiten Weltkrieges gewinnt die USA zunehmend an Bedeutung. Die Handlungen der Westmacht USA erscheinen imperialistisch motiviert, mit der Intention von Weltmachtbestrebungen. Die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 werden als Machtdemonstration erklärt. „Eine militärische Notwendigkeit für diesen Bombenabwurf bestand nicht. Vielmehr kam es den reaktionärsten Kräften in den USA darauf an, diese furchtbare Waffe zu zeigen. Da damals nur die USA über Atombomben verfügten, glaubten sie, die ganze Welt in Schach halten und den anderen Völkern und Staaten, vor allem der damals noch verbündeten UdSSR, von dieser besonderen ‚Position der Stärke‘ aus ihren Willen aufzwingen zu können“ (S. 180/181).

Nach der Behandlung des zweiten Weltkrieges stehen am Lehrbuchende Ergebnisse dieser Zeit. Großbritannien und Frankreich verlieren durch diesen Krieg ihre einstige Bedeutung als Weltmächte (vgl. S. 182). Für Großbritannien wird herausgestellt, dass es sich mit über 21,5 Milliarden Pfund an die USA verschuldet hat und dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis gerät (vgl. S. 182).

Für die imperialistische USA und seine Monopole ist der zweite Weltkrieg, den Darstellungen des Lehrbuches folgend, „ein großes Geschäft mit einem Reingewinn von rund 60 Milliarden Dollar“ (S. 182). Durch den zweiten Weltkrieg ist es „dem USA-Imperialismus gelungen, in der kapitalistischen Welt eindeutig die Vorherrschaft zu erringen“ (S. 182).

Die Westmächte werden im Lehrbuch grundsätzlich als imperialistisch dargestellt. Diese Rollenzuschreibung setzt sie in Verbindung mit dem „faschistischen imperialistischen Deutschland“. Aus diesem Zusammenhang heraus wird eine von den Westmächten vertretene antisowjetische Haltung beschrieben, die das Handeln bzw. Nicht-Handeln dieser im gemeinsamen Kampf mit der UdSSR gegen Deutschland erklärt.

Dabei geraten die Westmächte in eine Zwischenstellung, die weder eindeutig profaschistisch, noch eindeutig antifaschistisch ist. Ihr Handeln wird vielmehr durch die Wahrung der eigenen imperialistischen Interessen bestimmt und ist von daher tendenziell als profaschistisch charakterisiert. Die USA gewinnt durch den zweiten Weltkrieg die Vorherrschaft in der kapitalistischen Welt (S. 182) und wird in der Darstellung im Lehrbuch zum neuen Exponenten imperialistischer (Welt-) Machtbestrebungen (S. 181).

5.2.3 Zusammenfassung und Bewertung

Aus der vorangegangenen Beschreibung der Trägerschaft ist festzustellen, dass sich das zunächst tendenziell entwickelte Ergebnis der Präsenzanalyse bestätigt, zugleich aber die noch dort vorhandene Vielfalt der Gestalter der Geschichte sich immer mehr verliert. Die inhaltliche Analyse der Darstellung der Träger der Geschichte zeigt, dass auf den Gestaltungsprozess der Geschichte hauptsächlich zwei Kräfte einwirken. Die Zusammenhänge dieses weiteren Verdichtungsmechanismus wollen wir im Folgenden aufzeigen.

Imperialisten und Faschisten verschmelzen zu einer tragenden Kraft in dieser Zeit. In den Darstellungen des Lehrbuches bilden sie die Gruppe der Faschisten, weil ihnen gleiche Motive und Ziele zugeschrieben werden. Die Interessen und der sich daraus ergebende Kampf der Faschisten stehen den Interessen und dem Kampf der zweiten Hauptkraft diametral entgegen. Diese zweite Kraft bildet sich aus der Kategorie der Kommunisten und der Sowjetunion. Die vorangegangene Trennung dieser Kategorien hebt sich aufgrund der gemeinsamen Ziele und Motive auf. Ihr Kampf hat eine ihren einheitlichen Interessen entsprechende Richtung. Die Geschichte spielt sich zwischen diesen beiden Polen ab. Die Westmächte nehmen einen Platz ein, der sich nicht eindeutig bestimmen lässt. Ihr Handeln basiert auf der Grundlage des Nicht-Positionierens zu der einen oder der anderen Seite.

In den Darstellungen des Lehrbuches bildet das imperialistische Streben die Grundlage für das Verhalten der Faschisten. Ihr Handeln wird bestimmt von dem Ziel nach Weltherrschaft. Diese Herrschaft bezieht sich sowohl auf die Übernahme der wirtschaftlichen, als auch der politischen Macht. Dieses Streben erfolgt nach den

Gesetzen des Kapitalismus. Die höchste und letzte Entwicklungsstufe des Kapitalismus bildet der Imperialismus (vgl. S. 191). Der Imperialismus stellt in seinem nie endenden Profitstreben die politische Macht in seinen Dienst. Die Diktatur des Imperialismus wird im Lehrbuch als Faschismus bezeichnet. Zur Durchsetzung seiner Ziele greift er zu den Mitteln der Eroberung (Krieg), Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung. Daraus ergibt sich die im Lehrbuch vorgenommene Darstellung der Faschisten als Eroberer (Kriegstreiber), Ausbeuter, Unterdrücker und Vernichter. In der Rolle der Eroberer richtet sich das Handeln der Faschisten letztendlich gegen die ganze Welt, gegen Länder und Völker. Im Lehrbuch werden die von den Faschisten besetzten Gebiete und Länder als eroberte dargestellt. Die der faschistischen Herrschaft unterworfenen Gebiete werden wirtschaftlich ausgebeutet, ihre Bevölkerung unterdrückt. Neben der Unterdrückung der Völker durch Entrechtung erfolgt die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft bis hin zur „Vernichtung durch Arbeit“. Die Faschisten treten zusätzlich in die Rolle der Vernichter im Kampf gegen ihre Feinde, Menschen, die sich gegen die Durchsetzung und Ausbreitung des faschistischen Systems einsetzen. Von daher erscheinen die Faschisten im Lehrbuch als potenzielle Bedrohung für jeden einzelnen Menschen weltweit. Diesen bedrohenden Charakter erhalten sie ausschließlich durch die Darstellung ihrer Taten. Sie erobern, unterdrücken, beuten aus, lügen und vernichten. Die Bedrohung potenziert sich zu einer Übermacht der Faschisten durch die Darstellung des Kampfes und Einsatzes ihrer Gegner.

Die Beschreibungen des Lehrbuches stigmatisieren die Faschisten zu einer bösen Macht. Der Faschismus als eine böse Macht, als ein mächtiges System wird außerdem erfahrbar in einer entpersonifizierten Darstellung der Faschisten. Ihre Taten sind nicht Handlungen einzelner Menschen, sondern sind als Machenschaften dieses faschistischen Systems dargestellt. Kennzeichnend dafür ist die fehlende Beschreibung der Personen, die die Faschisten sind. Das Lehrbuch setzt dies einerseits durch eine namen- und gesichtslose Darstellung der Täter um. Handlungen werden von den Faschisten begangen, ohne dass man erfährt, welche Personen mit welcher Vergangenheit, Herkunft, Einstellung oder Haar- und Augenfarbe sich dahinter verbergen. Dies erweckt den Eindruck der Faschisten als eine besondere Spezies, scheinbar nicht Mensch, die nun auf der Erde ihr Unwesen treibt. Zum anderen erfolgt im Lehrbuch diese Entpersonifizierung durch eine zusammenhanglose Benennung faschistischer Organisationen als Ausführende der Machenschaften. Das Wesen dieser Organisationen, ihre Größe und Struktur, bleibt unerklärt, dahinter verschwinden die einzelnen in ihr organisierten Menschen erneut.

Das Lehrbuch kennzeichnet die Kommunisten als die einzige politische Kraft, die den verbrecherischen Charakter des Faschismus, der letztendlich den Krieg für Europa

bringen wird, durchschaut. Die Beschreibung der Kommunisten nimmt in der Darstellung der Geschichte von 1933 bis 1945 einen bedeutenden Raum ein. Die Trägerschaft der Kommunisten ist durch ihre Opposition zum Faschismus definiert. Diese Opposition gründet sich auf der starken Ablehnung des Imperialismus. Die Kommunisten verstehen sich als die politische Vertretung der Arbeiterklasse und der Werktätigen, deren Rechte und Existenz durch den Faschismus/Imperialismus angegriffen und unterdrückt werden. Ihr politisches Ziel besteht nicht allein in der Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern in der Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, einer Umstrukturierung der Machtverhältnisse zugunsten der arbeitenden Bevölkerung. Das angestrebte Ideal der Kommunisten hat seine Umsetzung in der sozialistischen Sowjetunion bereits erfahren. Das staatliche Modell der Sowjetunion ist kommunistisches Vorbild und Ziel des kommunistischen Widerstandskampfes. Diese ideologische Verbindung bildet die inhaltliche Basis, die eine Zusammenführung der zunächst getrennt analysierten Gestalter (Kommunisten und Sowjetunion) begründen kann. Doch nicht nur die ideologischen gemeinsamen Grundlagen weisen auf diese Einheit hin. Die Charakterisierung der Trägerschaft von Kommunisten und Sowjetunion als bedeutendste Opposition zum Faschismus in Europa ist zudem in der stereotypen Darstellung ähnlich und weist auf eine zu vereinheitlichende politische Kraft hin.

Beiden Gestaltern ist gemeinsam, dass sie den imperialistischen Eroberungskrieg der Faschisten vorhersagen und alles Engagement darauf richten, diesen zu verhindern. Dafür unterbreiten sie anderen politischen Kräften Vorschläge zur Zusammenarbeit für den Kampf und den Widerstand gegen den Faschismus. Dies wird nur bedingt angenommen, da den Kommunisten und der Sowjetunion nur eingeschränkt Glauben geschenkt wird. Die Vorhersagen der Kommunisten und der Sowjetunion bewahrheiten sich und die Widerstandsbewegungen erfahren nun den vorher gewünschten Zuspruch und die Unterstützung unter der Führung der Kommunisten und der Sowjetunion. Daher wird aus dem anfangs isolierten Gegner des Faschismus eine große Kraft. Dieses starke Potenzial vermag die Rolle der Gegner des Faschismus in die Rolle der Befreier der Menschheit vom Faschismus zu wandeln. Dieser Entwicklung haftet etwas Ruhmreiches an. Dieser Ruhm verstärkt sich durch die Darstellung der großen Opfer, die für diese Wandlung erbracht werden müssen. Die offene Gegnerschaft zum Faschismus hat zur Folge, dass sich der faschistische Terror in besonderer Grausamkeit gegen die Kommunisten und die Sowjetunion richtet. Doch die Darstellung des Lehrbuches betont an vielen Stellen die außerordentliche Opferbereitschaft der Kommunisten und der Sowjetunion. Diese Opfer werden nicht umsonst erbracht, denn die Menschen sterben mit einem Ziel vor Augen und sie sterben für dieses Ziel. Von daher erlöst die Wandlung vom Gegner zum Befreier die einstigen Opfer von ihrem

Tod, denn die Zerschlagung des Faschismus macht sie zu den Siegern. Die Kommunisten und die Sowjetunion werden zu Helden. Sie werden zu den positiven Figuren der Geschichte und bilden somit die Gegenkraft, das Gegengewicht zum verbrecherischen Faschismus.

Zeichnet sich die Trägerschaft des Faschismus durch ihre entpersonalisierte Charakterisierung aus, so ist für die Gegenkraft signifikant, dass sie aus Menschen, aus Persönlichkeiten gebildet wird. Durch das Nennen von Namen, Tätigkeitsorten, Photos und Zitaten erhält die Gegenkraft zum Faschismus ein Gesicht. (Handelt es sich bei der Sowjetunion um ein Staatsgebilde, das durch ihre Regierung vertreten wird, so muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass sich in der sozialistischen Sowjetunion die Volksmassen politisch verwirklicht haben. Von daher zeichnet sich die Sowjetunion gerade durch ihre Einheit von Regierungs- und Volkswillen aus. Die Sowjetunion ist somit der Exponent der Volksinteressen.) Bemerkenswert dabei ist jedoch, dass das Heldenhafte dieser Menschen dadurch nicht erlischt, denn sie werden nicht als Personen mit biographischen Brüchen dargestellt. Sie scheinen makellos, engelsgleich. Dennoch treten Menschen gegen einen starken Anonymus (den Faschismus) an, vermögen ihre Kraft zu einer machtvollen zu konzentrieren und treten als Sieger aus diesem Kampf hervor. Daraus ergibt sich die durchweg positive Darstellung dieser Gegenkraft aus Kommunisten und Sowjetunion.

Die Westmächte werden im Lehrbuch als imperialistische Staaten gekennzeichnet. Dies bestimmt ihr Handeln und auch die Darstellung ihrer Trägerschaft in der Geschichte. Die Regierungen der Westmächte werden zunächst in ihrer affirmativen Haltung gegenüber dem Faschismus beschrieben. Als Beispiel wird ihre Beschwichtigungs- und Verzögerungspolitik gegenüber den faschistischen Staaten aufgeführt. Die Westmächte treten erst dann aktiv in Erscheinung, als die faschistischen Eroberungszüge das eigene imperialistische Streben behindern. Aufgrund der Sicherung der eigenen Interessen und des wachsenden Druckes ihrer Volksmassen kommen sie dem Angebot der Sowjetunion nach, gemeinsam in der Antihitlerkoalition gegen den Faschismus zu kämpfen. Der zwiespältige Charakter dieses Kampfes wird im Lehrbuch an mehreren Stellen betont. Die Westmächte kämpfen nicht gegen den Faschismus, um Frieden durch die Schaffung einer sozialistischen Welt zu schaffen und zu gewährleisten, sondern einzig und allein, um das eigene imperialistische Streben uneingeschränkt fortzusetzen. Deutlich wird das daran, dass einerseits das Lehrbuch den finanziellen Gewinn aus der Steigerung der Waffenproduktion erwähnt. An anderer Stelle werden die Bombardierungen deutscher Städte durch die Westmächte als bewusste Zerstörung gedeutet, die den anstehenden Wiederaufbau Deutschlands durch kommunistische Widerstandskämpfer besonders erschweren soll. In der Darstellung von der Befreiung Europas vom Faschismus

verschwinden die Westmächte hinter dem heldenhaften Kampf der Sowjetunion. Das erfolgt durch die mehrfache Betonung des Lehrbuches, dass die Sowjetunion in diesem antifaschistischen Befreiungskampf die Hauptlast zu tragen hat.

5.3 Auswertung der Analyse des Geschichtsbildes

5.3.1 Bedeutung der Träger

Das Geschichtsbild der DDR teilt seine Träger in drei Kategorien ein. Das Zentrum der Geschichte bildet sich aus dem Zweikampf von Faschisten/Imperialisten und Kommunisten/Sowjetunion. Dahinter verschwinden die Westmächte, denn sie sind keinem dieser beiden Pole eindeutig zuzuordnen. Für die Darstellung der beiden geschichtlichen Hauptträger ist eine klare Rollencharakteristik markant.

In dieser klaren Rollenverteilung erhalten Faschisten und Kommunisten/Sowjetunion einander entgegengesetzte Merkmalszuschreibungen. Die Kräfte sind so in diesen Charakteristika festgehalten, dass sie diesen eindeutig zugeordnet werden können und eine Verwechslung ausgeschlossen ist. Die beiden Kräfte stehen sich diametral in Interessen und Taten gegenüber und bilden zwei eigenständige und geschlossene Systeme. In der Darstellung der Kräfte wird ein gutes und ein böses System definiert. Innerhalb dieser beiden Pole ist keinerlei Schattierung erkennbar. Die menschlichen Vertreter dieser Systeme verschmelzen zu einer Person, ohne Unterschiede in ihren Interessen und Taten. Sie erfahren keine Entwicklung, keine Brüche, keine Irritationen in ihrem Handeln.

Daraus lässt sich die Darstellung der zwei Hauptkräfte als eine stereotype kennzeichnen. Dem Faschismus als durchweg böse Macht wird der Kommunismus bzw. die Sowjetunion als durchweg gute Macht entgegengesetzt. Diese, das Geschichtsbild der DDR bestimmende, stereotype Darstellung weist märchenhafte Züge auf, es erinnert an einen Kampf zwischen Gut und Böse. Jedoch stehen sich im Lehrbuch keine unheilstiftenden Hexen und heilstiftende Feen gegenüber, sondern zwei Systeme bzw. zwei Ideologien, die um ihre Existenzberechtigung und die Gestaltung der Zukunft nach ihren Idealen kämpfen. Gleichbleibend bedeutet die Existenz der bösen Macht eine unheilstiftende Gegenwart und Zukunft für die Menschen, der gegenüber die Existenz der guten Macht eine heilstiftenden verspricht. Der Faschismus in seinem imperialistischen Streben bringt für die Menschen immer Ausbeutung, Unterdrückung und gipfelt in Krieg, in Vernichtung von Menschen. Wohingegen der Kommunismus bzw. die Sowjetunion danach strebt und dafür kämpft, die Menschen von diesem Unrecht zu befreien und den Frieden dauerhaft zu etablieren.

In den Darstellungen des Faschismus kommt der menschenverachtende Charakter dieses Systems zum Ausdruck. Dementsprechend fällt es schwer zu begreifen, dass es

sich dabei um eine von Menschen initiierte und gestützte Bewegung handelt. Für diesen Gedanken würde auch die analysierte entpersonifizierte Darstellung der Faschisten sprechen. Die daneben auffällige personifizierte Darstellung der Kommunisten unterstreicht den humanistischen Charakter ihrer Bewegung. Ihre Ziele und Ideale bestimmen den Kampf gegen ein menschenverachtendes, für ein menschenwürdiges System. Die Zielrichtung ihres Strebens spiegelt sich im Einsatz der Menschen für diesen Kampf wider. Im Lehrbuch nimmt die Darstellung einzelner Menschen mit Gesichtern im kommunistischen Widerstandskampf einen auffällig großen Raum ein. Sie verkörpern das menschliche Antlitz des Kommunismus. Die heldenhafte Darstellung der kommunistischen Kämpfer steht dadurch symbolisch für das gute Wesen des Kommunismus an sich. Die personifizierte Darstellung der kommunistischen Kämpfer macht sie zu den Boten ihrer Ideologie, stellt sie in den Dienst des Guten.

Nicht nur die Charakterisierung der Hauptkräfte als böse bzw. gute Macht, sondern auch der Verlauf und Ausgang dieses Kampfes weist erneut märchenhafte Züge auf. Der Sowjetunion und den Kommunisten werden im Geschichtsbild vorhersagende Fähigkeiten zugesprochen, die sie das Geschehen der Zukunft im voraus erkennen lassen. Zum Beispiel beschwören sie, als einzige Kraft von Beginn an, die heraufziehende Kriegsgefahr, die mit dem Aufstieg der Faschisten verbunden ist. Das Potenzial ihres Widerstandskampfes speist sich aus der Überzeugung, auf der richtigen, also auf der guten Seite zu stehen und aus dem Wissen, dass das Gute über das Böse siegen wird. Dieses Wissen entsteht aus ihrer kommunistischen Ideologie, die den Imperialismus als einen „faulenden und sterbenden Kapitalismus“ (S. 191) versteht. Für sie birgt von daher die Zukunft keine Unwägbarkeit mehr und das Geschichtslehrbuch der DDR gibt ihnen recht. Durch seine Darstellung des Untergangs der faschistischen Diktatur können sich ihre Prognosen bewahrheiten. An dieser Stelle tritt eine Überschneidung hervor. Die Überzeugungen der Kommunisten decken sich mit denen des Lehrbuches. Diese Überlagerung weist auf eine markante Distanzlosigkeit zwischen den Lehrbuchgestaltern und den kommunistischen Trägern der Geschichte. Wir werden an einem späteren Ort auf diese Auffälligkeit zurückkommen. Das Geschichtslehrbuch der DDR als Dokument des kommunistischen Geschichtsverständnisses folgt den Vorstellungen eines stufenartigen Entwicklungsmodells von Gesellschaften. In dieser Ideologie sind gesellschaftliche Entwicklungen lediglich das Produkt von Klassenkämpfen: „in deren Ergebnis der Untergang des Kapitalismus und der von der Arbeiterklasse erkämpfte Sieg des Sozialismus gesetzmäßig sind“ (Butzmann 1982, S. 450).

Dadurch ist Geschichte nicht ein Produkt unabhängig handelnder Menschen, sondern ein Prozess, der gewissen Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Diese Gesetze geben dem

Handeln der Menschen einen Rahmen, der ihre Handlungskompetenz festlegt. Die Unabhängigkeit der Menschen geht darin verloren und sie stehen im Dienst der Ideologien.

Das Lehrbuch reduziert die Geschichte des Nationalsozialismus auf einen Kampf zwischen Kommunismus und Imperialismus, zwischen Frieden und Krieg, zwischen Gut und Böse. Das Verständnis von Geschichte verfällt in einen Dualismus, der ein Weiß und ein Schwarz hervorbringt. Dahinter verschwinden die Schattierungen zwischen Weiß und Schwarz. Neben dieser Duale bleibt kein Raum für andere Gestalter der Geschichte. Die Reduzierung von Geschichte auf einen dualistischen Prozess bildet ein Merkmal eindimensionaler Darstellung von Geschichte. Eindimensionalität schließt das Wahrnehmen und das Mitdenken anderer Perspektiven aus, lässt Eindeutigkeit entstehen und stellt diese nicht infrage. Die eindimensionale Darstellung der Geschichte als dualistischer Prozess erfährt seine Fortsetzung in der Darstellung seiner Anhängerschaft, die sich durch ihre Homogenität auszeichnet. In der Lehrbuchdarstellung werden die Individuen, aus denen sich die Duale rekrutieren, zu einer Person, zu einer Einheit, in der sich Differenzen verlieren. Ausdruck findet die Einheitlichkeit der Bewegung im Gleichschritt der Bewegung hin zu einem eindeutig bestimmten Ziel, auf einem geradlinig vorgegebenen Weg. Der eingeschlagene Weg definiert von vornherein den Gewinner und den Verlierer dieses Kampfes. Die Zukunft ist schon in der Gegenwart entschieden. Der Verlauf der Geschichte folgt einer Strecke mit einem klar definierten Endpunkt, die eine Umkehr, einen Umweg, also jegliche Unberechenbarkeit ausschließt. Geschichte verkommt zur bloßen Mathematik, die Gesetzmäßigkeiten folgt. Die Ursachen der Geschichte können den Gesetzmäßigkeiten entsprechend klar erkannt werden. Ähnlich einer Multiplikationsaufgabe sind die Faktoren klar definiert und müssen, da das Produkt bereits festgelegt ist, unveränderlich bleiben. Dieses Prinzip findet sich in der Darstellung der Gestalter der Geschichte, die in ihren Rollen starr verharren, gefangen scheinen. Die Guten sind in all ihren Gedanken und Taten, ob gestern oder morgen, gut. Dadurch besteht außerdem die Möglichkeit, die klar definierten Faktoren auszuschalten.

Die Berechenbarkeit aller Faktoren und das Wissen um das daraus entstehende Produkt vermag es, den gesamten Geschichtsprozess zu erklären. Dabei gibt es keine unbekanntes Grauzonen. Alle und alles ist in Ursachen und Wirkungen festlegbar. Dem folgend können eindeutige Lehren und Erkenntnisse für die Zukunft formuliert werden.

Unter dem Aspekt der Analyse von Merkmalen der Eindimensionalität gibt die Perspektive des Lehrbuches darüber weiter Aufschluss. Die Schwierigkeiten unserer Auswertung ergaben sich unter anderem aus der oben angedeuteten Distanzlosigkeit mit der die Ereignisse des Nationalsozialismus beschrieben werden. Es entsteht der

Eindruck, dass der Fließtext von Zeitzeugen, nämlich von Kommunisten, verfasst wurde. Die scheinbar zeitliche Nähe und die dadurch bedingte räumliche Nähe verhindern eine entfernte Betrachtung der Ereignisse. Die Geschichte des Nationalsozialismus erfährt keine Darstellung als reflektierter, historischer Prozess.

Im Lehrbuch findet sich keine Metaebene, von der dem Betrachter ein freier, sprich unbefangener Blick auf die Vergangenheit möglich ist. Dadurch ergibt sich nicht die Möglichkeit einer Einordnung des Geschehenen, unabhängig von den im Lehrbuch vorgenommenen Deutungen. Die Quellen und Originaldokumente geben weniger Aufschluss über die Komplexität dieser Zeit, vielmehr bestätigen und dramatisieren sie die im Fließtext vorgenommenen wertenden Aussagen. Die Darstellung der Zeit des Nationalsozialismus erfolgt ausschließlich aus der Perspektive seines Gegners. Andere Perspektiven werden nicht eingenommen. Dies bringt die uneingeschränkte Identifikation des Lesers mit den Kommunisten bzw. mit der Sowjetunion hervor. Sein Erleben ist unmittelbar und kritiklos. Die Wahl dieser Perspektive, von der aus Geschichte im Lehrbuch betrachtet wird, bedingt die zuvor analysierte inhaltliche Eindimensionalität.

Die Eindimensionalität der Darstellung der Gestalter und Gestaltung von Geschichte gibt Hinweise auf die Perspektive der Gestalter und des Entstehungszusammenhangs des Geschichtslehrbuches. Offensichtlich ist, dass die kommunistischen Zeitzeugen und die Lehrbuchautoren die gleiche Perspektive einnehmen und von den gleichen ideologischen Überzeugungen geleitet werden. Unklar jedoch ist, ob die Darstellung der Zeit des Nationalsozialismus auf Zuschreibungen des Lehrbuches beruht oder auf der exakten Übernahme von Berichten kommunistischer Zeitzeugen.

5.3.2 Bedeutung der deutschen Mehrheitsbevölkerung

Ausgangspunkt unserer Untersuchung bildet die Frage nach der Bedeutung der deutschen Mehrheitsbevölkerung im Geschichtsbild der DDR. Festzustellen ist, dass sich unsere Kategorie der deutschen Mehrheitsbevölkerung in den dargestellten Trägerschaften nicht wiederfinden lässt. Dabei gab uns das Lehrbuch die Auswahl der Träger selbst vor. Allein die Träger als solche repräsentieren gleichzeitig die Abwesenheit der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Dies lässt den Schluss zu, dass das Geschichtsbuch der Kategorie Mehrheitsbevölkerung keine gestalterischen Kompetenzen zuschreibt, das heißt, dass sie keine tragende Rolle erhält. Die Geschichte des Nationalsozialismus muss sich demnach von ihr abgetrennt vollzogen haben.

Die Kategorie der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung setzt Rassismus als Grundpfeiler des Nationalsozialismus voraus. Zur deutschen Mehrheitsbevölkerung gehören all jene, die nicht von Entrechtung, Verfolgung, Unterdrückung und

Vernichtung betroffen waren. Die nationalsozialistische Gesellschaft war durch ihre rassistische Grundlage in Ein- und Ausgeschlossene geteilt.

Die Gruppe der Dazugehörigen erfährt im Gegensatz zu der Gruppe der Ausgeschlossenen gewisse Privilegien, die sich ausschließlich aus ihrer Dazugehörigkeit ergeben. Die Gruppe der Ausgeschlossenen bildet die Minderheit, da die Mehrheit der Bevölkerung in der Gruppe der Dazugehörigen aufgeht. Die Mehrheitsbevölkerung des Nationalsozialismus zeichnet sich durch ihre rassistisch begründete Zugehörigkeit aus, auf deren Basis sich ihre Privilegien und ihre Machtpositionen gründen. Die aus der Dazugehörigkeit gewonnene besondere Stellung innerhalb des Systems verleiht ihnen die Möglichkeit, von diesem Ausschluss anderer individuell auf das Vielfältigste zu profitieren. Das macht alle Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung zu Beteiligten an den nationalsozialistischen Verbrechen. Die Kategorie weist somit all jenen Mitgliedern ihre Verantwortung zu.

In der im Geschichtsbild der DDR vorgenommenen Deutung des Nationalsozialismus als Faschismus wird dieser ausschließlich als imperialistisch geprägtes System definiert. Von daher entfällt in diesem Verständnis die Bedeutung des Rassismus als Grundpfeiler des Nationalsozialismus. Die Handlungen und Ziele des Faschismus werden als eindeutig imperialistisch motiviert dargestellt. Die Profite sind einzig kommerziell und auf Konzerne bzw. einzelne Monopole beschränkt. Infolgedessen wird die nationalsozialistische Mehrheitsbevölkerung um ihre Mittäterschaft gebracht. Doch nicht nur das, denn durch diese Deutung verschwindet sogar die Kategorie der Mehrheitsbevölkerung ganz. Sie ist für dieses Geschichtsbild völlig irrelevant geworden. Daraus erklärt sich deren Nicht-Existenz als Träger der Geschichte. Sie ist nicht nur als Träger bedeutungslos, sondern per definitionem nicht existent. Deren absolute Abwesenheit ist somit das bedeutendste Angebot, was das Geschichtsbild der DDR an Entlastung für die Mitglieder der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung erbringt.

Für unsere Untersuchung können wir damit die Kategorie Mehrheitsbevölkerung nicht aufrechterhalten. Sie entstammt einem völlig anderen Sprachkontext und ist mit dem Geschichtsbild der DDR nicht kompatibel.

Tatsächlich hat es jedoch diese deutsche Mehrheitsbevölkerung gegeben, so dass wir annehmen können, dass deren Mitglieder irgendwo in der kommunistischen Einteilung der faschistischen Gesellschaft auftauchen müssen. Daraus stellt sich die Frage: In welchen durch die kommunistische Ideologie bestimmten Gestaltern der Geschichte lassen sie sich wiederfinden?

Wir untersuchen dabei auch die identifikatorischen Rollenangebote, die den Mitgliedern der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung unterbreitet werden.

Ein Ergebnis unserer vorangegangenen Analyse ist, dass Geschichte nicht als ein Produkt handelnder Menschen verstanden wird. Stattdessen ist sie Gesetzmäßigkeiten unterworfen. Daraus ergibt sich auch die Tatsache, dass die Perspektive von Menschen überhaupt vom Geschichtsbild vernachlässigt wird. Das zeigt sich auch in der Schwierigkeit, mit der wir uns konfrontiert sehen, überhaupt einen Platz für die Mehrheitsbevölkerung in dem Geschichtsbild zu finden. Der Ort an sich ist für uns schwer zu identifizieren oder zu entlarven. Im Gegensatz zu der geradlinigen und eindeutigen Darstellung der Träger der Geschichte, ist das Lehrbuch bezüglich der deutschen Bevölkerung verschleiern und ungenau. Es ergeben sich in der Darstellung zwei Gruppen, in der sie einen Platz finden könnte. Wobei erwähnt werden muss, dass eine klare Trennung beider Kategorien nicht möglich ist. Auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen werden wir im weiteren Verlauf eingehen.

Rückblickend auf die Ergebnisse der Präsenzanalyse bietet sich die Bezeichnung deutsches Volk als jene Gruppe an, hinter der wir Mitglieder der deutschen Bevölkerung vermuten dürfen. Die Auszählung ergibt, dass sie verglichen mit anderen Gestaltern weniger häufig vorzufinden ist. Auf welcher Grundlage wird vom deutschen Volk gesprochen? Bezieht sich diese Kategorie auf eine nationale Zugehörigkeit? Fasst es die Menschen zusammen, die während der Zeit des Faschismus in Deutschland lebten? Oder bildet es sich aus der Menge der Menschen, die im Lehrbuch nicht unter die Gruppen der Kommunisten oder der Faschisten fallen?

Diese Unklarheit könnte sich aus der bemerkenswerten Beobachtung ergeben, dass sich die Gruppe deutsches Volk nicht in das kommunistische Bild einer Klassengesellschaft einordnen lässt. Es ist eine Kategorie, die der materialistischen Deutung entgegensteht, da sie zum Sammelbegriff für verschiedene Klassen und Schichten wird.

Das deutsche Volk erscheint nur in einer inaktiven Rolle. Zunächst werden sie als die Zielgruppe dargestellt, auf die sich die faschistische Propaganda in erster Linie richtet (vgl. S. 131). Die faschistische Ideologie, Propaganda und Erziehung ist : „in allen ihren Bestandteilen darauf ausgerichtet, das Volk auf einen neuen Krieg vorzubereiten“ (S. 131). Dies gelingt den Faschisten auch dadurch, dass sie Terrormittel gegen das Volk einsetzen, so dass „die Masse des deutschen Volkes (...) weiter dem verhängnisvollen Weg Hitlers“ (S. 146) folgt. Das deutsche Volk verfällt den Propagandakünsten der Faschisten und wird damit in die Rolle der Verführten gedrängt. Sie schließen sich dem Faschismus nicht aus eigener Überzeugung an, sondern: „Ein großer Teil des deutschen Volkes leistete aus Angst oder Verhetzung keinen Widerstand“ (S. 126). Das deutsche Volk wird auf eine Masse reduziert, die ohne eigenen Kopf dem Lauf der Geschichte ausgeliefert ist. Dabei werden sie nicht die Ausführenden faschistischer Verbrechen, sondern nur die Opfer der faschistischen Herrschaft: „Mit Hetze und Terror erreichte

das Hitlerregime, dass die Mehrheit des deutschen Volkes nicht erkannte, wie sehr sich der Überfall auf die Sowjetunion gegen seine eigenen Interessen richtete“ (S. 158).

Demnach ist das deutsche Volk so blind, dass es noch nicht einmal in der Lage ist zu erkennen, dass es sich einem Regime verschrieben hat, das sich in seiner Zielsetzung auch gegen sie selbst richtet. Die Unfähigkeit des deutschen Volkes zu erkennen, wer seine Feinde und wer seine Freunde sind, kommt im folgenden Zitat deutlicher zum Ausdruck: „die Kommunisten (erklärten, Anm. d. V.), dass der Sieg der Sowjetunion über Hitlerdeutschland auch die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus bedeuten würde“ (S. 161). Diese Passage zeigt auch, dass das deutsche Volk durch fremde Hilfe vom Faschismus befreit werden muss. Dabei entsteht der Eindruck als sind sie, wie andere Völker, von den Faschisten besetzt. Es ist nötig, dass das deutsche Volk über seine eigene Lage aufgeklärt werden muss. Ihre Blindheit können sie nicht aus eigener Kraft überwinden, sondern nur mit Hilfe der Kommunisten. Diese versuchen durch ständige Agitation, dem deutschen Volk die Augen zu öffnen. „Auch unter (...) schwierigen Bedingungen rang die KPD unermüdlich darum, dem deutschen Volk seine schwere Verantwortung klar zu machen und es zum Widerstand gegen die Faschisten zu bewegen“ (S. 161). Dabei soll das deutsche Volk von der Notwendigkeit, Widerstand zu leisten, überzeugt werden. Dies ergibt sich nicht nur aus der eigenen Verantwortung, sondern auch daraus, dass die Existenz des deutschen Volkes durch den Faschismus bedroht ist: „Hitler will das Blut der deutschen Nation opfern wegen der Machtgier der wenigen großdeutschen Kapitalisten“ (S. 154). Die kommunistischen Voraussagen über die Opferrolle des deutschen Volkes werden an mehreren Stellen im Lehrbuch bestätigt. Sie werden Opfer der Propaganda, des Terrors und zudem des Krieges. Das Lehrbuch benennt die Opfer des zweiten Weltkrieges und zählt zu den insgesamt 50 Millionen Toten auch die „über 6 Millionen Toten des deutschen Volkes“ (S. 181).

Sie werden einerseits Opfer des von den Faschisten geführten Krieges, denn: „die Faschisten (planten) den Tod weiterer Millionen deutscher Männer und Frauen ein“ (S. 169), um einen schon aussichtslosen Kampf weiterzuführen. Auf der anderen Seite fallen sie den Bombenangriffen der Alliierten zum Opfer. In der Darstellung des deutschen Volkes als Opfer amerikanischer und britischer Bombenangriffe erhält es zum ersten Mal ein Gesicht. Zwei Photos mit umherirrenden oder toten Menschen der Stadt Dresden sind die einzigen Bilddokumente im Lehrbuch, die Angehörige des deutschen Volkes zeigen (S. 176/177).

Die im Lehrbuch als Arbeiterklasse und andere Werktätige bezeichnete Gruppierung bildet eine weitere Alternative, in der sich die Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung wiederfinden könnten. Es bleibt unklar, warum eine Differenzierung erfolgt von

Arbeiterklasse und anderen Werktätigen: Wovon bzw. worin unterscheiden sich andere Werktätige von der Arbeiterklasse?

Unabhängig davon ist auffällig, dass diese Kategorie in der kommunistischen Ideologie ihren Entstehungszusammenhang hat. Im kommunistischen Verständnis teilt sich die Klassengesellschaft auf in Ausbeuter und Ausgebeutete. Diese Einteilung beschränkt sich nicht auf nationale Grenzen und könnte sich dadurch von der nationalen Kategorie des deutschen Volkes unterscheiden. Der kommunistische Internationalismus findet sich in der Definition von Arbeiterklasse und andere Werktätige als eine internationale Klasse wieder. Das Lehrbuch erklärt nicht, warum es zwischen dieser internationalen Kategorie und der des deutschen Volkes unterscheidet. Vielmehr kommt es an mehreren Stellen im Text zu folgenden Bezeichnungen: „werktätiges Volk“ (S. 119), „die deutsche Arbeiterklasse“ (S. 121) und „das werktätige deutsche Volk“ (S. 136), die auf eine begriffliche Überschneidung schließen lassen. Diese Verwendungen bleiben jedoch unkommentiert. Die beobachtete Verschleierung im Lehrbuch hinsichtlich des Gebrauches von Bezeichnungen und Definitionen von Gruppen, die Menschen zusammenfassen, wird erneut deutlich.

Die Arbeiterklasse⁴⁵ als die Klasse, die generell im Kapitalismus ausgebeutet wird, ist von daher auch in einem faschistischen System davon betroffen. Der Faschismus richtet sich mit seinen Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategien am stärksten gegen die Arbeiterklasse:

„Die Hitlerregierung und die Maßnahmen der an der Rüstung interessierten Großindustrie brachten für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen neben politischer Entrechtung und Terror **verstärkte soziale Unterdrückung und Ausbeutung**“ (S. 126).

Im Gegensatz zum blinden deutschen Volk ist die Arbeiterklasse in der Lage, die verbrecherischen Mechanismen des Faschismus zu durchschauen und sich dagegen zu wehren. Die Arbeiterklasse umfasst nicht nur eine Gruppe, die von Ausbeutung betroffen ist, sondern die zugleich eine politische Haltung vertritt. Sie befindet sich ausschließlich in Opposition zum faschistischen Regime und formiert sich zu einer breiten Widerstandsbewegung, die mit Protestmärschen und Sabotageakten gegen den Faschismus vorgeht. Geführt und unterstützt wird sie dabei von den Kommunisten, „weil diese die Interessen des werktätigen Volkes am konsequentesten vertraten“ (S. 119). Der internationale Charakter der Arbeiterklasse wird durch den Internationalismus der Widerstandsbewegung hervorgehoben: „Der Widerstandskampf und die Partisanenbewegung trugen internationalen Charakter. (...) Die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern waren die Hauptträger dieser Bewegung“ (S. 168).

⁴⁵ Um ein besseres Lesen zu ermöglichen, verwenden wir im folgenden die Bezeichnung Arbeiterklasse, meinen damit aber immer die Arbeiterklasse und andere Werktätige.

Die Partisanenbewegung ist eine Erhebung der Völker gegen ihre faschistischen Besatzer. Die Verschleierungstaktik des Lehrbuches tritt erneut hervor: Gleich der Arbeiterklasse sind die Völker der besetzten Länder von Raubbau und Plünderung durch die Faschisten betroffen. Dadurch erfährt der Begriff Volk ähnlich der Arbeiterklasse eine internationale Bedeutung. Dadurch lässt sich vermuten, dass das deutsche Volk in diesen Internationalismus eingeschlossen und somit zu einem Teil dieser internationalen Widerstandsbewegung wird. Richtet sich der Blick auf die internationale Bewegung der Völker, würde die, von uns oben erwähnte, Inaktivität des deutschen Volkes ins Wanken gebracht werden. Des Weiteren muss aus der Analyse aufgegriffen werden, dass die Betonung einer breiten, internationalen Widerstandsbewegung den Eindruck erweckt, sie wäre von einer Mehrheit getragen worden.

Durch ihre politische Positionierung ist auch die Arbeiterklasse dem faschistischen Terror ausgesetzt: „Sie (die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern, Anm. d. V.) stellten die Masse der illegalen Kämpfer und brachten die meisten Opfer“ (S. 168). Die Arbeiterklasse wird als Opfer dargestellt, denn der Faschismus: „ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse“ (S. 116). Zugleich fallen sie dem Kampf gegen den Faschismus zum Opfer.

Zusammenfassend wird das deutsche Volk als eine von den Faschisten verführte und von den Kommunisten agitierte Gruppe dargestellt. Das deutsche Volk wird ausschließlich zum Empfänger faschistischer Propaganda und kommunistischer Aufklärung. In ihrem Verhalten als Empfänger beider Sendern gegenüber lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Sie scheinen ohne eigene Impulse, werden nicht eigenständig tätig. Zudem wird die Rolle des deutschen Volkes als Opfer des Faschismus betont. Das Lehrbuch entbindet das deutsche Volk, Schuld für die von den Faschisten begangenen Verbrechen zu übernehmen. Es nimmt das deutsche Volk jedoch nicht aus der Verantwortung für seine Blindheit, für seine Verführbarkeit. Das deutsche Volk kann für die Zukunft Verantwortung übernehmen, denn: „Die **Befreiung vom Faschismus** gab dem deutschen Volk die **Möglichkeit**, Lehren aus seiner Geschichte zu ziehen, die antifaschistische Einheit herzustellen und eine demokratische, sozialistische Entwicklung zu beginnen“ (S. 185). Diese Passage stellt den Moment heraus, der dann letztendlich für das Antifaschismus-Konzept der DDR ausschlaggebend ist. Die Verantwortungsübernahme vollzieht sich in dem Engagement für die neue sozialistische Gesellschaft. Wichtig dabei ist, dass nicht die nationalsozialistische Beteiligung die Grundlage bildet, sondern das Verführtsein des deutschen Volkes.

Verstehen sich Mitglieder der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung als Teil der Arbeiterklasse, so verwandelt sich ihre reale Mittäterschaft in einen fiktiven Opferstatus. Die Arbeiterklasse wird durch die Darstellung des Lehrbuchs als Gegner und Opfer des Faschismus gekennzeichnet. Der Ausgang der Geschichte bestimmt sie des Weiteren zu Siegern. Dadurch wird den Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung die Möglichkeit gegeben, sich nicht nur ihrer Mittäterschaft zu entledigen, sondern sich im Nachhinein als Sieger der Geschichte zu begreifen.

Die Rollenangebote der von uns analysierten zwei Gruppen, in denen Mitglieder der Kategorie Mehrheitsbevölkerung Unterschlupf gewährt werden könnte, ähneln sich. Die nationalsozialistische Mehrheitsbevölkerung kann sich im Geschichtsbild der DDR in Opfer-, Gegner- und Siegerrollen wiederfinden. Die Täterrollen sind einzig für die Faschisten reserviert. Darin ist ein zweites Entlastungsangebot verankert. Nicht nur die Abwesenheit der Kategorie Mehrheitsbevölkerung ist entlastend, sondern auch die ihnen angebotenen Rollen. Wobei diese Rollen nur spärlich und hinter einer Verschleierungstaktik verborgen zu entlarven sind. Zusammengefasst lässt es sich zu folgendem Ergebnis kommen: Die Beteiligung der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung hat im Geschichtsbild nicht nur keine Relevanz, sondern es hat sie ganz einfach nicht gegeben.

6. „Die Schwäche des Gedächtnisses verleiht Den Menschen Stärke.“ (B. Brecht)

6.1 Geschichte als dualistischer Prozess

An dieser Stelle wollen wir die Ergebnisse der Lehrbuchanalyse erneut aufgreifen und sie bezogen auf die von uns entwickelten Fragestellungen diskutieren. Wir haben analysiert, dass der Nationalsozialismus im Geschichtsbild der DDR als ein Kampf zwischen zwei Systemen dargestellt wird. Die zwei sich auseinandersetzenen Kräfte werden auf einer ideologischen Grundlage definiert. Die Ideologie des Kommunismus bestimmt das menschenachtende, das gute System. Der Faschismus bildet dazu das negative Pendant. Er ist die Reinkarnation des absolut Bösen, das menschenverachtende, verderbenbringende System.

Die Zeit des Nationalsozialismus reduziert sich auf einen Kampf zwischen Gut und Böse. Darüber hinaus spiegelt sich im Lehrbuch der Glaube wider, dass das Gute über das Böse siegen wird. Diese Überzeugung erfährt ihren Ausdruck darin, dass der Kommunismus als das zukunftssträchtige System dargestellt wird und der Faschismus hingegen als ein zum Untergang verdammtes. Der Ausgang der Geschichte bestätigt diesen Glauben. Das Böse wird durch das Gute auf dem Territorium der SBZ/DDR abgelöst.

Der dargestellte Geschichtsprozess ist Gesetzmäßigkeiten verschrieben, die dessen Verlauf vorgeben. Ähnlich einer Mathematikaufgabe sind Faktoren eindeutig bestimmt und benannt. Das Geschichtsbild der DDR zeichnet sich dadurch aus, dass alles erklärt werden kann und keinerlei unbeantwortbare Fragen aufgeworfen werden. Durch die formelhafte Darstellung entscheidet sich die Zukunft in der Gegenwart. Charakteristisch ist dabei der Verlust einer unwägbareren, nicht voraussagbaren Zukunft. Die eindeutig bestimmten Faktoren ermöglichen es, die Risiken förmlich wegzusubstrahieren.

Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass Geschichte nicht ein von Menschenhand gestalteter Prozess ist. Auch die Menschen unterliegen den Gesetzmäßigkeiten, die die Geschichte bestimmen. Die Menschen, die im Geschichtsbild der DDR erscheinen, treten nicht als eigenständig Handelnde auf, sondern vielmehr als Vertreter ihrer Systeme, als Boten ihrer Ideologie. Von daher sind sie gleichfalls einem System verschrieben. Sie sind nicht Gestalter des Geschichtsprozesses, sondern Exponenten der gestaltenden Systeme. Ihre Rollen repräsentieren das Wesen ihres Systems. Die Kommunisten sind, als Repräsentanten der „guten Seite“, in der Art und Weise ihres Auftretens durchweg „gut“. Demgegenüber verhalten sich die Faschisten in all ihrem

Tun durchweg „böse“. Die eindeutige, klare Definition ihrer Rollen lassen die Vertreter der Systeme zu einer homogenen Masse werden. Es entsteht das Bild zweier im Gleichschritt marschierender Blöcke. Darin hebt sich jegliche Verschiedenartigkeit ihres Handelns auf. Durch ihre Exponentenrolle nimmt das Geschichtsbild der DDR den Menschen somit ihr eigentliches Menschsein.

Nicht nur die Verschiedenartigkeit der Menschen geht verloren, sondern auch Geschichte verliert damit ihre Vielheit. Sie wird zu einem Kampf zwischen zwei Seiten, die nichts miteinander gemein haben, die sich ausschließen, aber trotzdem einander bedingen. Geschichte gerinnt zu einem bipolaren Konstrukt. Im Geschichtsbild der DDR wird die Vergangenheit derart manipuliert, dass das tatsächlich Geschehene im Schatten dieser Bipolarität steht. Ausschließlich die beiden definierten Pole werden beleuchtet. Jenseits dieser Pole scheint es nichts anderes gegeben zu haben. Andere Tatsachen werden mit dem Interesse, eine uneindeutige Ordnung der Geschichte herzustellen, verdreht und verzerrt. Geschichte wird auf einen dualistischen Prozess reduziert und produziert von daher ein singuläres Geschichtsbild. Die Singularität lässt ein dem Tatsächlichen entgegenstehendes Bild der Wirklichkeit entstehen. Eine derartig konstruierte Vergangenheit widerspricht den Erfahrungen der Menschen in dieser Zeit. Jedoch erhalten sie die Möglichkeit, sich in dieses Konstrukt einzufügen und sich somit von ihren individuellen Erfahrungen zu emanzipieren.

In dem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ hat Hannah Arendt Thesen herausgearbeitet, die totalitäre Ideologien strukturell charakterisieren. Wie im vierten Kapitel erwähnt, entwickelte sie ihre Überlegungen aus der Analyse des Nationalsozialismus und des Kommunismus. In beiden Ideologien erkannte sie totalitäre Elemente.

Verstehen wir den Antifaschismus als kommunistisches Verbindungsglied von Vergangenheit und Zukunft, liegt für uns die Vermutung nahe, dass der Antifaschismus der DDR ähnlich totalitäre Züge aufweist wie die Ideologie, für die er instrumentalisiert wurde.

Der Antifaschismus wird zum Verbindungsglied von Vergangenheit und Zukunft, weil er die ostspezifische Vergangenheitskultur ausmacht und damit grundlegend das Geschichtsbild der DDR bestimmt. Von daher gibt uns das Geschichtsbild Aufschluss über das Antifaschismus-Konzept der DDR. Die von uns oben herausgestellten Auffälligkeiten des Geschichtsbildes repräsentieren die Charakterzüge des Antifaschismus. Diese analysierten Merkmale decken sich punktuell mit Arendts Gedanken über totalitäre Ideologien.

Arendt analysiert unter anderem „drei spezifisch totalitäre Elemente, die allem ideologischen Denken eigentümlich sind“ (Arendt 1996a, S. 964). Grundsätzlich streben Ideologien nach einem totalen Welterklärungsansatz.

Dieser zeichnet sich aus, erstens: „nicht das was *ist*, sondern nur das, was *wird*, was entsteht und vergeht, zu erklären. (...) Der Anspruch auf totale Welterklärung verspricht die totale Erklärung alles geschichtlich sich Ereignenden, und zwar totale Erklärung des Vergangenen, totales Sichauskennen im Gegenwärtigen und verlässliches Vorhersagen des Zukünftigen“ (Arendt 1996a, S. 964). Diese Gedanken Arendts können wir mit Merkmalen des Antifaschismus der DDR verknüpfen. Die von uns analysierte Geschichtsschreibung ermöglicht durch den Dualismus, dessen sie sich bedient, eine totale Erklärung der damaligen Zustände und Ereignisse. Alles Unerklärbare wird durch den Anspruch totaler Erklärung in den Schatten gestellt. Die von uns herausgearbeitete Auffälligkeit, dass sich die Zukunft in bzw. durch die Gegenwart entscheidet, würde der verlässlichen Vorhersage des Kommenden nach Arendt entsprechen.

Zweitens beschreibt Arendt, dass Ideologie der menschlichen Erfahrung ihren Sinn nimmt, sie nutzlos macht. Das ideologische Denken „emanzipiert sich also von der Wirklichkeit, so wie sie uns in unseren fünf Sinnen gegeben ist, und besteht ihr gegenüber auf einer ‚eigentlicheren‘ Realität, die sich hinter diesem Gegebenen verberge“ (Arendt 1996a, S. 964).

Wir fanden im Antifaschismus der DDR eine aus der dualistischen Darstellung von Geschichte entspringende Singularität. Die produzierte Singularität schafft ein Abbild von Geschichte, das der menschlichen Erfahrung nicht entspricht. Die bipolar gestaltete Geschichte konstruiert eine Wirklichkeit, die dem Tatsächlichen entgegensteht und sich von der Erfahrung emanzipiert.

Als drittes Element führt Arendt eine spezifische Verfahrensweise auf, die die Argumente für den totalen Welterklärungsansatz anordnet. „Dem, was faktisch geschieht, kommt ideologisches Denken dadurch bei, dass es aus einer als sicher angenommenen Prämisse nun mit absoluter Folgerichtigkeit - und das heißt natürlich mit einer Stimmigkeit, wie sie in der Wirklichkeit nie anzutreffen ist – alles weitere deduziert“ (Arendt 1996a, S. 965).

Dieses, von klar definierten Faktoren abgeleitete, Bestimmen zukünftiger Prozesse, haben wir im Antifaschismus vorgefunden. Die uns bei der Analyse aufgefallene Ähnlichkeit der Darstellung von Geschichte mit naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten könnte auf einen deduktiven Argumentationsprozess hinweisen. Der von uns aufgezeigte Glaube, dass das Gute über das Böse scheinbar zwangsläufig siegen muss, entspricht der von Arendt aufgezeigten absoluten Folgerichtigkeit.

Aufgrund der punktuellen Übereinstimmungen unserer Ergebnisse mit Arendts Elementen totalitärer Ideologien sehen wir unsere Vermutung gerechtfertigt, dass eben solche Elemente im Antifaschismus-Konzept der DDR wiederzufinden sind. Der Antifaschismus steht im Dienste der kommunistischen Ideologie. Sie schafft und rechtfertigt eine ihn kennzeichnende Eindimensionalität. Diese Eindimensionalität entsteht, indem Geschichte auf einen dualistisch bzw. singular erklärten Prozess reduziert wird. Ideologie benötigt Eindimensionalität, um alles erklären, um sich von Erfahrungen lösen und dadurch eine absolute Folgerichtigkeit produzieren zu können.

Der Staat DDR brauchte die kommunistische Ideologie und somit den Antifaschismus, um sich zu etablieren, zu legitimieren und um seine Gesellschaft entsprechend zu organisieren. Der Kommunismus als Ideologie bildete die Basis seiner Existenz. In der DDR wurde versucht Ideologie in Realität umzusetzen. Wenn dem folgend die Ideologie totalitäre Züge aufweist, müssen sich solche Züge in dem Staatswesen DDR wiederfinden lassen. Wie wir im vierten Kapitel schon einmal erwähnten, denken wir, dass die Eindimensionalität des Antifaschismus-Konzeptes seine Entsprechung in der Formation des Staates DDR findet. Der von uns vermutete Einklang zwischen Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung der DDR entspringt der Eindimensionalität des Antifaschismus-Konzeptes.

Blicken wir auf die Inhalte des Geschichtsbildes zurück, lassen sich weitere Hinweise aufzeigen, die für einen solchen Einklang sprechen würden.

Ein Einklang zwischen Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung der DDR könnte sich aus der konstruierten Verbindung dieser beiden Gruppen in der Darstellung der nationalsozialistischen Vergangenheit ableiten lassen. Wir haben festgestellt, dass die Kategorie Mehrheitsbevölkerung im Geschichtsbild der DDR nicht existiert. Ihre Mitglieder werden aufgeteilt in verschiedene, von uns im fünften Kapitel dargestellte Gruppen. Dabei ist bemerkenswert, dass die ihnen zugeschriebenen Rollen exakt den Zuschreibungen entsprechen, die die Kommunisten erfahren. Von daher entsteht der Eindruck, sie wären schon zur Zeit des Nationalsozialismus gemeinsam in einer Bewegung vereint gewesen. Die Gemeinsamkeit findet auch Ausdruck darin, dass sich die DDR mit ihren Bürgern als Sieger der Geschichte versteht und verstehen könnte. Die konstruierte einheitliche Bewegung gegen den Faschismus im Geschichtsbild könnte somit ihre Fortsetzung finden in einer realen einheitlichen Annahme des Antifaschismus-Konzeptes.

Des Weiteren bot der Antifaschismus der Mehrheitsbevölkerung des Nationalsozialismus an, über den Verlust ihrer Macht, ihrer Orientierung und den

verlorengegangenen Zusammenhalt hinwegzukommen. Der Antifaschismus ermöglichte ihnen einen Ausweg aus ihrer Ohnmacht und ihrer Orientierungslosigkeit und einen scheinbaren Neuanfang. Sie erlangten durch die Annahme des Antifaschismus und durch das Eingliedern in eine neue Gesellschaft die verlorenen Kompetenzen zurück. Um das propagierte Geschichtsbild annehmen zu können, mussten sie sich ihrer individuellen Vergangenheit entledigen. Dadurch wurden sie nachträglich, rückwirkend also auch zu Mitgliedern der kommunistischen Bewegung und damit zu Siegern der Geschichte.

Die Möglichkeit, verlorene Kompetenzen wiederzugewinnen, zu Siegern der Geschichte zu werden und sich dabei von einer unliebsamen und eventuell belastenden Vergangenheit zu emanzipieren, macht einen antifaschistischen Gesellschaftsvertrag vorstellbar.

Aufgrund der von uns eben aufgezeigten drei Zusammenhänge finden wir den Rückschluss aus dem eindimensionalen Charakter der Inhalte des Antifaschismus auf eine einheitliche Formation von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung der DDR, unter dem Dach dieses Konzeptes, nachvollziehbar.

6.2 Nationalsozialismus ist Faschismus

Im Geschichtsbild der DDR wird der Nationalsozialismus als Faschismus bezeichnet. Dabei handelt es sich nicht nur um eine synonyme Bezeichnung, sondern vielmehr verbergen sich hinter dieser Benennung inhaltliche Konzeptionen. Eine Deutung von Nationalsozialismus als Faschismus entspringt den Grundlagen der kommunistischen Ideologie. Darin vollzieht sich Geschichte in Entwicklungsstufen, wobei es immer darum geht, dass eine höhere die niedrigere ablöst. Den Motor dabei bilden die vorwiegend ökonomischen Unterschiede in der menschliche Gesellschaft. Sie ist in unterschiedliche Klassen und Schichten aufgeteilt. Zwischen diesen Klassen und Schichten existiert ein bestimmtes Macht- bzw. Kräfteverhältnis, was auf die ungerechte Verteilung von Produktionsmitteln zurückzuführen ist. In der kommunistischen Theorie steht der menschliche Arbeits- und Produktionsprozess im Vordergrund der Analyse.

Dementsprechend basiert die Deutung des Nationalsozialismus als Faschismus auf den Grundlagen des Kommunismus. Der deutsche Nationalsozialismus wird dadurch zu einem Beispiel unter anderen, gleichen faschistischen Systemen. Dadurch verliert er seine ihm eigene Singularität. Der deutsche Nationalsozialismus erhält seine Einzigartigkeit, die ihn grundlegend von anderen faschistischen Führerstaaten unterscheidet, durch den Vernichtungs Rassismus. Dieser Vernichtungs Rassismus bildet das Kernstück seiner Existenz, seiner Konstitution und seines Agierens.

In der Deutung als Faschismus wird Rassismus lediglich als ein Bestandteil der faschistischen Ideologie erwähnt. Dabei dient er als Erklärungsmoment für den antibolschewistischen und antisowjetischen Charakter des deutschen Faschismus. Der Antisowjetismus speist sich aus der als Bedrohung angesehenen Umsetzung kommunistischer Ideale in dem ersten sozialistischen Staat, der Sowjetunion.

Der Vernichtungs-rassismus bildet somit nicht das Kernstück des deutschen Faschismus, sondern: „Sein Hauptangriff (des Faschismus, Anm. d. V.) richtet sich gegen die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei“ (LB 1987, S. 190). Das Phänomen Auschwitz wird durch eine materialistische Deutung nicht erklärbar. Dan Diner spricht in diesem Zusammenhang von einer Entkernung Auschwitzs (vgl. Diner 1995, S. 91). Auschwitz wird zum Synonym für das Singuläre der Massenvernichtung von Menschen, in der der Vernichtungs-rassismus vollzogen wurde. Stellt man den ökonomischen Nutzen als Motiv der Vernichtung in den Vordergrund, so bleibt deren Kern unbenannt und unverständlich.

Wird der Vernichtungs-rassismus der nationalsozialistischen Gesellschaft ausgeblendet, so verliert die Kategorie Mehrheitsbevölkerung ihre Existenz. Mit dem Wegfall der Gruppe von Dazugehörigen fällt auch die Vorstellung einer Beteiligung dieser weg. Beteiligung wird nicht nur unvorstellbar, sondern in einem dualistisch dargestellten Faschismus verfallen potenziell Beteiligte zudem in Gegner- und Opferrollen. Die aus dem Lehrbuch analysierte Darstellung von Faschisten schließt ein Dazugehören weiter Teile der deutschen Bevölkerung zu dieser Gruppe aus. Somit werden alle Nicht-Faschisten im Geschichtsbild zu Anhängern des anderen, des guten Systems. Auffällig ist dies in den von uns untersuchten Unterschlupfmöglichkeiten für potenzielle Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung in einer kommunistischen Einteilung von Gesellschaft. Diese bieten ihnen die Möglichkeit, sich als Gegner und Opfer des faschistischen Systems zu verstehen. Letztendlich erhalten sie an der Seite der Kommunisten den Status von Siegern der Geschichte. Eine Beteiligung von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung ist somit ausschließlich im Kampf gegen den Faschismus vorstellbar.

Wird also Rassismus als Grundpfeiler der nationalsozialistischen Gesellschaft ausgeblendet, wird Beteiligung irrelevant. Die Nicht-Existenz potenziell Beteiligter führt eine Nicht-Existenz der von ihnen begangenen Taten mit sich. Fehlende Taten rechtfertigen, dass die Täter fehlen. Die Mehrheitsbevölkerung des Nationalsozialismus erhält dadurch das Angebot, sich von ihrer Beteiligung zu befreien und sich ihrer Taten zu entlasten. Da sie nichts getan haben, brauchen sie sich den Fragen nach Konsequenzen ihres Handelns, nach Verantwortung und Haftung nicht auszusetzen.

Unsere Ausgangsthese sehen wir grundsätzlich bestätigt, jedoch müssen wir sie modifizieren. Im Antifaschismus-Konzept der DDR gipfelt die von uns vermutete Nicht-Thematisierung von Beteiligung in der Negation ihrer Taten.

Unsere Analyse des Antifaschismus-Konzeptes der DDR ergibt, dass die Beteiligung der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung **ver-schwiegen** wird. Das dem zugrunde liegende Geschichtsbild konstruiert die Zeit des Nationalsozialismus derart, dass die Beteiligung verschwindet, per se ausgeschlossen wird und hinter den dargestellten Inhalten **ver-schwiegen** wird.

Der Antifaschismus übernimmt für den Staat DDR eine fundamentale Funktion. Die DDR braucht den Antifaschismus, um seine Existenz zu legitimieren. Aus der Deutung von Nationalsozialismus als Faschismus ergeben sich die Inhalte des Antifaschismus, die für den Staat existenzielle Bedeutung haben. Die DDR ist somit direkt auf der geschichtlichen Deutung des Faschismus errichtet. Diese doppelte Abhängigkeit kann einen stabilisierenden Mechanismus mit sich bringen und kann zudem verblüffende Auswirkungen haben. Wird die Deutung des Nationalsozialismus als Faschismus kritisiert, so kommt das einer Kritik an dem antifaschistischen Staat gleich. Eine Verweigerung des Antifaschismus-Konzeptes zerstört das Fundament der DDR, bedroht ihre Existenz. Wird der antifaschistische Staat DDR kritisiert, so stellt man die Existenz des Faschismus infrage. Es wird ersichtlich, welche hohe Bedeutung den Inhalten des Geschichtsbildes der DDR zukommt. Die Inhalte müssen klar bestimmt sein und permanent propagiert und vermittelt werden, um die Existenz der DDR zu rechtfertigen und zu erhalten. Daraus ergibt sich, dass der Herrschaftsapparat der DDR nicht vordergründig an dem Ver-schweigen der Beteiligung interessiert ist. In erster Linie verfolgt er das Ziel, seine Herrschaft zu untermauern und zu sichern. Wir müssen von daher unsere Ausgangsvermutung präzisieren. Unter dem Dach des Antifaschismus bildet sich nicht ein Einklang gleicher Interessen, sondern eine Koalition unterschiedlicher Interessen. Das Ver-schweigen der Beteiligung ist ein Nebeneffekt, der sich durch die Geschichtsdeutung der DDR einstellt. Genau dieser Nebeneffekt konnte auf das rege Interesse der DDR-Mehrheitsbevölkerung treffen, sich nämlich nicht mit seiner Beteiligung am Nationalsozialismus zu befassen.

An dieser Stelle wollen wir auf die Überlegungen B. Rommelspachers, die die Verbindungen zwischen dem Reden und dem Schweigen aufgezeigt hat, zurückgreifen. Sie beschäftigte sich mit innerfamiliären Prozessen, die den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit von Nachkommen der Mehrheitsbevölkerung in Westdeutschland charakterisieren. Im vierten Kapitel haben wir kurz darauf Bezug genommen. B. Rommelspacher spricht von einem „beredten Schweigen“ in den

Familien. Das, worüber erzählt wird und wie darüber erzählt wird, gibt Auskunft über etwas, das verschwiegen werden muss. Es wird in diesem Zusammenhang nicht unvermittelt, sondern vermittelt geschwiegen. Das Schweigen bedient sich des Redens, es wird ausschließlich von anderen Dingen geredet, um die individuelle Teilnahme zu verschweigen. Das Schweigen vollzieht sich als innerfamiliärer Prozess, der scheinbar notwendig ist, um den status quo der Familie zu erhalten.

Lassen sich die von Rommelspacher analysierten innerfamiliären Prozesse im Umgang mit der Vergangenheit auf den öffentlichen Raum der DDR übertragen? Dabei stellt sich die Frage, ob der öffentliche Umgang mit der faschistischen Vergangenheit in der DDR ein von familiären Gesetzen bestimmter Umgang ist? Übernimmt der öffentliche Raum der DDR also die Funktion einer Familie?

Vergleichen wir das Familienmodell des „beredten Schweigens“ mit dem öffentlichen Umgang in der DDR mit der gleichen Geschichte, fällt uns eine ähnliche Verbindung zwischen Schweigen und Reden auf.

Dadurch, dass der Antifaschismus den Staat DDR legitimiert, wurde permanent über die faschistische Vergangenheit geredet. Das Reden in der DDR über die gleiche Vergangenheit unterscheidet sich grundlegend von dem Reden in westdeutschen Familien. Zum einen sind die Inhalte, über die geredet wird, nicht beliebig. Zum anderen wird nicht geredet, um etwas zu verschweigen.

Die Beteiligung wird nicht verschwiegen, indem stattdessen andere Inhalte thematisiert werden, sondern die im Antifaschismus thematisierten Inhalte schließen an sich eine Beteiligung der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung aus. Die Beteiligung wird durch die Deutung als Faschismus unvermittelt verschwiegen.

Wir möchten mit dem Begriff des **ver-schweigenden Redens** der Spezifität des ostdeutschen Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Ausdruck verleihen.

6.3 Faschismus ist keine Historie

Als ein Ergebnis unserer Analyse stellte sich heraus, dass die Lehrbuchtexte vermuten lassen, sie wären von Kommunisten zur Zeit des Faschismus verfasst worden. Auffällig ist der mangelnde Abstand zu den Ereignissen über die berichtet wird. Dadurch entsteht auch noch 40 Jahre später der Eindruck einer zeitlichen und räumlichen Nähe. Die Nähe wird durch die einseitige Sichtweise derart verstärkt, dass der Leser scheinbar direkt in die Ereignisse involviert wird, so dass er sich unwillkürlich sozusagen nachträglich positionieren muss. Dabei erhält er nicht die Möglichkeit, eine neue bzw. andere

Stellung zu beziehen, als Partei für die gute Seite, also die kommunistische Seite einzunehmen. Die notwendig werdende Parteinahme des Lesers ergibt sich daraus, dass über den Faschismus nicht von einer Metaebene aus berichtet wird.

Das eindimensionale Geschichtsbild erweckt den Eindruck als wäre die faschistische Vergangenheit noch gegenwärtig, also der Kampf noch aktuell. Die fehlende Distanz in der Darstellung der Ereignisse vermittelt die Idee, dass der Kampf noch nicht endgültig beendet ist. Die Geschichte des Faschismus ist demnach nicht historisch abgeschlossen, sondern dauert noch an.

Dadurch, dass der Staat DDR die Welt dualistisch denkt, lässt sich die Aktualität eines Kampfes gegen Faschismus nachvollziehen. In seinem kommunistisch geprägten Verstehen der Welt liegen die Wurzeln des Faschismus in kapitalistischen/imperialistischen Gesellschaftsformen. Von daher sieht die DDR in allen gegenwärtig existierenden kapitalistischen/imperialistischen Staaten eine potenzielle Bedrohung. Somit hält die Gegenwartigkeit des Faschismus, zum Beispiel in der BRD, an. Dort sieht man die faschistische Tradition fortgesetzt. Daraus entsteht für die DDR die Notwendigkeit, den antifaschistischen Kampf fortzuführen und somit der antifaschistischen Tradition zu folgen.

Indem die Bürger das antifaschistische Erbe antreten, zeichnen sie die Kontinuitätslinien des Antifaschismus. Durch die Übernahme dieses Erbes wird den Menschen die Chance des Anfangens genommen. Sie werden in der antifaschistischen Tradition festgehalten und können sich nur auf dem vorgedachten und vorgeebneten Weg fortbewegen.

Wenn die Bürger der DDR das antifaschistische Erbe antreten, entlastet es sie von einer Verantwortung oder Haftung gegenüber ihren nationalsozialistischen Beteiligung. Dafür jedoch lasten auf ihren Schultern die Millionen Opfer, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gaben. Mit ihrem Engagement für den antifaschistischen Staat DDR geben sie dem Tod der Opfer einen Sinn. Sie können die Toten von ihrem Tod erlösen, indem sie ihr Erbe antreten, ihren Kampf fortsetzen. An dieser Stelle belastet der Antifaschismus die Mehrheitsbevölkerung der DDR, denn all ihr Handeln ist den Millionen Opfern verpflichtet. Die Toten mahnen, dem Faschismus auch gegenwärtig Einhalt zu gebieten.

Treten die Bürger der DDR das Erbe an, so sind sie verpflichtet, Verantwortung zu übernehmen. Die Mehrheitsbevölkerung der DDR kann dieser gegenwärtigen Verantwortung nur gerecht werden, indem sie sich mit dem antifaschistischen Staat DDR identifiziert.

Die DDR wurde gegründet von Menschen, die sich aufgrund ihrer Ideologie als Sieger der Geschichte verstehen. Sie schaffen die Grundlagen für einen Staat, in dem nach ihrem Verständnis, Faschismus mit der Wurzel ausgerottet ist. Diese Grundlagen sichern den Frieden für die ganze Welt und schließen Krieg und Verderben aufgrund ihres menschenachtenden Charakters völlig aus. Darüber hinaus versteht sich die DDR gegenüber der BRD, in der nach wie vor kapitalistische/imperialistische Verhältnisse herrschen, als der bessere deutsche Staat. Dieser Staat erzieht auch gleichzeitig die Menschen, die in ihm leben. In seiner ideologischen Denkweise werden die Bewohner des besseren Staates auch zu den besseren Menschen. Der Staat DDR gibt seinen Bürgern eine Identität für die Gegenwart und für die Vergangenheit vor. Damit erhalten sie rückwirkend eine neue Identität. Der Antifaschismus der DDR lässt seine Bürger zu Siegern der Geschichte und zu besseren Menschen werden.

An dieser Stelle erfährt der DDR-Antifaschismus, der den spezifisch ostdeutschen Umgang mit der Vergangenheit regelt, darüber hinaus identitätsstiftende Kompetenzen. Eine Verbindung von Identitätsstiftung und dem Umgang mit nationalsozialistischer Vergangenheit analysierte B. Rommelspacher in ihrer Untersuchung für die BRD.

Einleitend muss erwähnt werden, dass es sich um eine psychoanalytische Betrachtungsweise handelt, mit der sie die Dynamiken zwischen der sogenannten zweiten Generation und ihren Eltern und Großeltern untersucht hat. Das Selbstbild des Kindes steht in direktem Zusammenhang zu der Beziehung, die es zu den Eltern bzw. Großeltern pflegt und zu dem Bild, das es von diesen hat. Es befindet sich in einer psychischen Abhängigkeit von ihnen (vgl. Rommelspacher 1994, S. 83).

Das heißt, ein positives Bild von den Eltern bringt eine positiv gestaltete Identität des Kindes hervor. Von daher muss das positive Bild von diesen Autoritäten für die Ausbildung des eigenen Ich unbedingt beibehalten werden. Irritationen, die durch ein „beredtes Schweigen“ initiiert werden, muss ausgewichen werden. Dies geschieht dadurch, dass das Kind die gleichen Verdrängungsmuster der Eltern/Großeltern übernimmt. Durch die Übernahme treten die Kinder in ein geheimes Bündnis mit den Eltern/Großeltern. Sie werden zu Verbündeten im „beredten Schweigen“ von der Beteiligung im Nationalsozialismus.

Demnach könnte sich die Beziehung zwischen Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung der DDR ähnlich gestalten wie das Verhältnis zwischen den Generationen einer Familie, wie sie Rommelspacher aufgezeigt hat. Die Mehrheitsbevölkerung übernimmt in einer als Familie gedachten DDR die Position des Kindes. Ihre Identität hängt von den staatlichen Identifikationsangeboten des Antifaschismus ab. Damit übernimmt der Herrschaftsapparat die Rolle der Eltern. Der Staat DDR gibt seinen Bürgern eine positiv bewertete Identität vor. Diese können die

Bürger nur annehmen und aufrecht erhalten, wenn sie eine loyale Beziehung zu dem Staat DDR eingehen und pflegen. Diese Loyalität findet Ausdruck in einer unterstützenden und engagierten Haltung, um diesen Staat zu festigen und gegen Angriffe zu schützen. Das Bild der DDR als antifaschistischer, also besserer Staat muss aufrecht erhalten werden, um das Selbstbild als bessere Menschen beizubehalten. Demnach würde eine Demontage des antifaschistischen Staates DDR einer Demontage der eigenen Identität gleichkommen. Damit bindet der Antifaschismus Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung eng aneinander. Er lässt, ähnlich wie Eltern und Kind bei Rommelspacher, Mehrheitsbevölkerung und Herrschaftsapparat im Umgang mit der Vergangenheit in einen Bund treten. Die Mehrheitsbevölkerung übernimmt das Muster des ver-schweigenden Redens dadurch, dass sie unter dem Dach des Antifaschismus ein Bündnis, eine Koalition mit dem Herrschaftsapparat eingeht. Diese Überlegungen würden unsere Ausgangsthese von einem Einklang dieser beiden im Antifaschismus bestätigen.

Unsere vorab formulierte These, dass der öffentliche Raum der DDR familiären Gesetzen unterliegt, scheint sich zu bestätigen. Der Umgang der DDR mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bringt Muster bzw. Auswirkungen hervor, wie sie sich innerhalb von Familien feststellen lassen.

Hannah Arendt trennt einen öffentlichen/politischen Raum und einen privaten/familiären (vgl. Arendt 1996b, S. 62ff.). Diese Räume funktionieren nach unterschiedlichen Prinzipien. Der private/familiäre Raum zeichnet sich durch das Prinzip der Gleichheit aus. Gleichheit bedeutet in diesem Fall nicht Gleichheit vor dem Gesetz, sondern, dass sich die Menschen in ihm einander gleichen. Sie haben den gleichen familiären Ursprung und werden somit zu Menschen „einer Art“.

Der öffentliche Umgang in der DDR mit der Vergangenheit lässt alle Menschen in ein Bündnis treten, das sie zu Menschen „einer Art“ macht. Alle Menschen nehmen die gleiche Rolle ein, sie werden als loyale Bewohner eines antifaschistischen Staates DDR zu Siegern der Geschichte. Somit bedient sich der öffentlich/politische Raum familiären Prinzipien. Das familiäre Prinzip des Antifaschismus bringt demnach Singularität mit sich, die wir in dem analysierten Einklang von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung bestätigt finden.

Die Stabilität des Gemeinwesens der DDR entsteht durch zwei Mechanismen, die auf dem Antifaschismus basieren, aus ihm entstanden und entwickelt sind. Zum einen ist es die aufgezeigte Funktion des Antifaschismus für den Staat DDR. Er bildet die einzige Legitimationsgrundlage, die die Existenz der DDR rechtfertigt. Die DDR ist direkt von dem Antifaschismus-Konzept und dem ihm zugrunde liegenden Geschichtsbild

abhängig. Dan Diner bezeichnet auf dieser Grundlage die Geschichtswissenschaft als „die erste Verteidigungslinie der DDR“ (Diner 1995, S. 89). Zum anderen ist es die Funktion des Antifaschismus, die Mehrheitsbevölkerung an den Staat zu binden. Diese Bindung ergibt sich aus den Identitätsangeboten, die der antifaschistische Staat der Mehrheitsbevölkerung vorgibt. Die Identität als DDR-Bürger ist somit abhängig vom Antifaschismus-Konzept und dem ihm zugrunde liegenden Geschichtsbild.

Aus den Abhängigkeiten entsteht ein Dreiecksverhältnis aus Antifaschismus bzw. Geschichtsbild, aus Herrschaftsapparat/Staat DDR und Mehrheitsbevölkerung. Dieses Dreieck bildet ein in sich geschlossenes und stabiles System und konstituiert das Gemeinwesen DDR. Das hat zur Konsequenz, dass Kritik bzw. Opposition an sich fast unmöglich ist, da Kritiker und Oppositionelle der DDR auch in diesem Dreieck gehalten sind. Ein Durchbrechen dieser wechselseitigen Beziehungen kommt, im dualistischen Verständnis der DDR, einem profaschistischen Verhalten gleich.

Das familiäre Prinzip im öffentlichen Raum der DDR steigert die Schwierigkeiten der Opposition, ihre Kritik zu formulieren. Denn ein Angriff gegen den antifaschistischen Staat DDR wird zu einem Angriff gegen Menschen meiner Art und kommt somit einem Angriff gegen die eigene Person gleich. Damit kann Opposition, auch als Ausdruck von Pluralität im öffentlichen Raum, fast gänzlich ausgeschaltet werden.

Die doppelte Abhängigkeit erklärt das zustande gekommene Bündnis von Herrschaftsapparat und Mehrheitsbevölkerung mit dem Interesse, den etablierten staatstragenden Antifaschismus zu erhalten. Das Bündnis produziert Stabilität. Die DDR als Gemeinwesen wird dadurch stabil, dass der Antifaschismus als Dreh- und Angelpunkt etabliert und erhalten bleibt. Die Aktualität der antifaschistischen Grundwerte ergibt sich für die DDR aus der potenziellen faschistischen Bedrohung gegenwärtiger kapitalistischer/imperialistischer Staaten. Aus diesem Antifaschismus leitet der Staat seine Existenzberechtigung ab und bindet zugleich seine Bürger durch Identifikationsangebote, aus eben diesem Antifaschistisch-Sein, an sich. Die DDR als stabiles Gemeinwesen lebt von der Stärke des Antifaschismus-Konzeptes, aus dem sich wiederum die Stärke der DDR speist. Es stellt sich daraufhin die Frage, ob die DDR ohne dieses Antifaschismus-Konzept so lange hätte existieren können.

6.4 Fazit

*„Wie erhöbe sich ohne das Vergessen der
Spurenverwischenden Nacht der Mensch am Morgen?
Wie sollte der sechsmal zu Boden Geschlagene
Zum siebenten Mal aufstehen*

*Umzupflügen den steinigen Boden, anzufliegen
Den gefährlichen Himmel?*

*Die Schwäche des Gedächtnisses verleiht
Den Menschen Stärke.*“⁴⁶

Die letzten zwei Zeilen dieses Gedichtes wählten wir als Titel für unsere gesamte Diplomarbeit. Sie stammen aus dem Gedicht „Lob der Vergesslichkeit“ von Bertolt Brecht. In dieser letzten Strophe beschreibt er das Vergessen als notwendig für Menschen, um weiterleben zu können. Einem Mensch, der sechsmal zu Boden geschlagen wurde, dient die Fähigkeit zu vergessen, um sich erneut erheben zu können. In dieser Strophe macht Brecht deutlich, dass Menschen, denen Unrecht zugefügt wurde, der Schwäche ihres Gedächtnisses bedürfen, um ihr Leben als Mensch weiterführen zu können. In diesem Sinne wird vergessen zu einer schützenden Funktion für das Gedächtnis von Menschen. Damit wird Opfern das Recht zugestanden, erlittenes Unrecht zu vergessen. Dieser Schutz ermöglicht es ihnen, wieder stark zu werden, um an ihrem Leben festhalten zu können. Das Vergessen befähigt und ermutigt sie, ihren Kopf erneut zu erheben, auch mit der Gefahr, erneut niedergeschlagen zu werden. Das Gedächtnis mit seinen schwachen Seiten hilft den Menschen, „anzufliegen Den gefährlichen Himmel“.

Nach diesen Ausführungen scheint es zunächst unangebracht, diese Worte Brechts auf das Erinnerungskonzept der DDR, den Antifaschismus, zu übertragen. Der Antifaschismus der DDR etabliert sich in einem Staat, deren Bevölkerung mehrheitlich an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt gewesen ist. Der Antifaschismus charakterisiert somit eine Art des Umgangs von Tätern mit dieser Vergangenheit. Das Lob der Vergesslichkeit bezogen auf den Antifaschismus bedeutet demnach, die Schwäche des Gedächtnisses von Tätern zu loben. Dass auch Täter unter einem schwachen Gedächtnis „leiden“, hat sich als ein universelles Phänomen herausgestellt. Vermutlich handelt es sich auch bei ihnen um eine Schutzfunktion. Diese Funktion schützt nicht vor der ständig wiederkehrenden Erinnerung an erlittenes Unrecht, sondern vielmehr schützt es sie vor der ständig wiederkehrenden Erinnerung begangenen Unrechts. Das Vergessen der Täter schützt sie vor der Auseinandersetzung mit den von ihnen begangenen Taten und es entbindet sie davon, sich den Konsequenzen ihres Handelns zu stellen. Im Antifaschismus-Konzept der DDR sehen wir die Schwäche des Gedächtnisses von Tätern institutionalisiert. Wir verorten die schwache Stelle im **Ver-schweigenden Reden**. Aus unserer Vermutung, dass die Beteiligung der nationalsozialistischen Mehrheitsbevölkerung an den Verbrechen dieses

⁴⁶ Brecht, Bertolt: Lob der Vergesslichkeit. In: Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band. Frankfurt Main 1999¹⁰.

Systems im Antifaschismus nicht thematisiert wird, entwickelt sich die Erkenntnis, dass im Erinnerungskonzept der DDR die Täter zu Opfern und Gegnern des Faschismus werden. Dadurch, dass der Antifaschismus der DDR von diesen Tätern als Opfer redet, schweigt er von ihrer Beteiligung bzw. Täterschaft und damit von den begangenen Taten. Diese Schwäche des Gedächtnisses im Antifaschismus bringt dem Staat DDR seine Stärke. In der von uns beschriebenen Stellung des Antifaschismus als Dreh- und Angelpunkt für den Staat und gleichzeitig für das Gemeinwesen DDR erhält der Antifaschismus, also auch die Schwäche des Gedächtnisses, seine existentielle Bedeutung. Somit wird die Schwäche des antifaschistischen Gedächtnisses lebensnotwendig für den Erhalt des Staates und grundlegend für die Identifikation seiner Bürger. Er gewährt beiden, aus der faschistischen Vergangenheit erhobenen Hauptes als Sieger der Geschichte hervor zu treten.

Dabei stellt sich uns allerdings auch die Frage, ob sich ohne die Schwäche des Gedächtnisses ein Staat hätte gründen können, der sich mehrheitlich aus Menschen bildet, die zuvor an den unbegreiflichen Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt waren. Welchen Staat gründen Menschen, die zuvor in einem Staat lebten, der Unrecht in Recht verwandelte? Ist nach dem Zusammenbruch eines solchen Systems überhaupt Raum, der erforderlichen Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit nachzugehen? Ist es Menschen möglich, sich mit den begangenen Verbrechen sofort nach 1945 auseinander zu setzen? Oder ist nicht ein Bruch, wenn auch von außen herbeigeführt, notwendig, um mit diesen Menschen ein scheinbar neues Gemeinwesen zu gründen?

Der antifaschistische Staat DDR versteht sich als die Antwort auf eine deutsche faschistische Vergangenheit. Antifaschismus bietet den Menschen die Möglichkeit, sich neu zu orientieren, sich neu zu positionieren und damit weiterleben zu können. Ein Weiterleben auf dem Territorium der DDR bedeutet ein Leben auf der besseren Seite Deutschlands. Dies ist allerdings nur möglich, indem sie sich als Bürger der DDR von ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit emanzipieren. Das angenommene Antifaschismus-Konzept verhilft ihnen, durch das ver-schweigende Reden einen Bruch mit ihrer eigenen Geschichte zu vollziehen, sich von dieser zu lösen.

Somit könnte der Satz „Die Schwäche des Gedächtnisses verleiht Den Menschen Stärke“ dem Antifaschismus-Konzept selbst entnommen sein, weil es Täter zu Opfern macht und ihnen damit das Recht zugesteht, vergessen zu müssen bzw. zu dürfen. Die sich im Ver-schweigenden Reden konstituierende Schwäche des Gedächtnisses wird den Bürgern der DDR zugebilligt. Im Antifaschismus-Konzept werden die Täter nicht nur zu Opfern der faschistischen Vergangenheit gemacht, vielmehr erfahren diese Menschen als Mehrheitsbevölkerung der DDR - durch die Übernahme einer für Opfer

völlig zulässigen Überlebensstrategie, nämlich vergessen zu dürfen - den Status von Überlebenden.

In dieser Überspitzung wird etwas deutlich, auf das wir mit der Wahl dieses Titels aufmerksam machen wollten. Diese Darstellung von Geschichte verdreht Tatsachen und verzerrt sie bis zur Unkenntlichkeit. Damit geht sogar die Konsequenz einher, die Opfer des Nationalsozialismus zu verhöhnern. Die einstigen Täter werden zu Überlebenden konstruiert. Ihnen wird das Leid zugestanden, was sie durch ihre Beteiligung anderen angetan haben. Der provokante Titel der Arbeit forderte den Mythos der ostdeutschen Erinnerungskultur, den Antifaschismus, heraus. Seine hier offengelegte Schwäche im Gedächtnis muss diesen Mythos zerfallen lassen.

Ausblick

Das Thema Antifaschismus der DDR ist, unserer Meinung nach, im öffentlichen Diskurs des vereinten Deutschlands nicht ausreichend genug behandelt worden. Auch mehr als zehn Jahre nach dem Fall der Mauer hat diese Thematik nicht an Aktualität verloren. Aus unserer Beschäftigung mit dem Antifaschismus-Konzept der DDR ergeben sich drei aktuelle Bezüge.

Unsere erarbeitete Überlegung von einem Einklang im Antifaschismus-Konzept der DDR spricht der Mehrheitsbevölkerung eine Handlungskompetenz zu, die ihr durch die gängige These vom „verordneten Antifaschismus“ genommen wird. Damit geht für uns die Forderung einher, dass sich die Mehrheitsbevölkerung zunächst zu dieser Handlungskompetenz bekennt und sich mit ihr auseinandersetzt. Diese Auseinandersetzung müsste auch das ver-schweigende Reden beinhalten.

Hält man an der Vorstellung eines „verordneten Antifaschismus“ fest, rechtfertigt man heute gleichermaßen die Nichtauseinandersetzung der Mehrheitsbevölkerung mit ihrer DDR-Geschichte und lenkt den öffentlichen Diskurs in beschränkte Bahnen, in denen sich nur mit der Rolle des Herrschaftsapparates beschäftigt werden kann. Denn durch die Idee eines „verordneten Antifaschismus“ kann sich die Mehrheitsbevölkerung als Ohnmächtige gegenüber dem Herrschaftsapparat der DDR begreifen. Dieser Status ermöglicht es ihnen nicht, Einspruch und Kritik zu formulieren. Von daher tragen sie auch keinerlei Verantwortung am Antifaschismus-Konzept der DDR und sind dadurch auch davon entlastet, sich rückblickend mit dieser Verantwortung auseinander zu setzen.

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit muss auch das Antifaschismus-Konzept mit einschließen. Die Beschäftigung mit dem Antifaschismus-Konzept der DDR liefert Ansätze und Überlegungen, die auch aktuell den Umgang mit der DDR-Vergangenheit bestimmen.

Wir möchten den „guten Wert“ des Antifaschismus der DDR infrage stellen. Auch aktuell erfährt der Antifaschismus vielfach eine positive Reputation und wird als Wert gehandelt, an den man anknüpfen kann, auf den es sich aufzubauen lohnt. Vergleichend mit der Bundesrepublik wird der DDR durch den Antifaschismus ein völliger Bruch mit dem Nationalsozialismus zugesprochen, der als ein „besserer“ Umgang mit dieser gesamtdeutschen Vergangenheit interpretiert wird.

Unserer Analyse nach erfolgt mit dem Antifaschismus-Konzept der DDR weniger ein Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, als dass wir in diesem Konzept einige Kontinuitäten fortgesetzt sehen. Dementsprechend würden wir ostdeutschen Rechtsextremismus nicht als eine Auflehnung gegen antifaschistische Werte verstehen, sondern eine extreme Auslebung einiger dieser Werte vermuten.

Eine unbeschränkte Analyse des DDR-Antifaschismus könnte auch seine weitverbreitete Idealisierung (und damit auch eine Idealisierung der DDR) demontieren.

Unabhängig vom Antifaschismus-Konzept der DDR und den von uns kritisierten Aspekten an diesem Konzept muss Antifaschismus als „guter Wert“ an sich infrage gestellt werden. In aktuellen Diskussionen ist zu beobachten, dass man nach Perspektiven für eine antifaschistische Weltanschauung sucht. Die Aktualität einer antifaschistischen Weltanschauung sehen wir nicht. Ein dualistisch geprägter Begriff, wie Anti-Faschismus, scheint uns in postmoderner Zeit, zum Verstehen der Welt, gerade nach dem Zusammenbruch dieser dualen Welt (Ost vs. West, Sozialismus vs. Kapitalismus), überholt und unpassend. Notwendig erscheint uns lediglich eine aktuelle Diskussion über den Begriff Antifaschismus, über seine Ursprünge und Funktionalisierungen. Diesen Auseinandersetzungen müsste sich auch die ehemalige westdeutsche Linke stellen.

Gemeinsam mit dem Staat DDR zerbrach 1989 auch sein Fundament, der Antifaschismus, den wir als ostdeutsche Erinnerungskultur verstehen. Der Zerfall des Antifaschismus-Konzeptes bringt auch aktuell Konsequenzen für den gegenwärtigen Umgang mit deutscher Geschichte mit sich. Dan Diner beschreibt ein Phänomen nach 1989, in dem nicht nur der Antifaschismus vom Dementi erfasst wird, sondern auch all jene Faktoren, die in seinem Schatten standen (vgl. Diner 1995, S. 80). Es verschwinden demnach auch die Aspekte, die schon unter der Decke des verschweigenden Redens verborgen wurden.

Der Eindruck vieler Ostdeutscher, dass es sich bei der Holocaust-Mahnmal-Debatte um eine westdeutsche Problematik handelt, könnte darin seinen Zusammenhang finden. Eine Konsequenz des ver-schweigenden Redens ist die Leugnung der Täterschaft bzw. Beteiligung der Mehrheitsbevölkerung am Nationalsozialismus. Von daher ist auch die ostdeutsche Mehrheitsbevölkerung von dieser Täterschaft bzw. Beteiligung ausgeschlossen. Die Massenvernichtung von Menschen vollzog sich also unter Abwesenheit der ostdeutschen Mehrheitsbevölkerung. Diese ihnen im Antifaschismus-Konzept zugeschriebene Abwesenheit erklärt ihre Teilnahmslosigkeit an Debatten, die sich mit Täterschaft bzw. Beteiligung und dem Holocaust beschäftigen. Die

Thematisierung der nationalsozialistischen Massenvernichtung rührt gleichzeitig bei ehemaligen DDR-Bürgern an ihrem verschweigenden Reden. Sie werden dabei an das erinnert, woran sie sich nicht erinnern wollen.

Somit muss gegenwärtige Erinnerungsarbeit, will sie ehemalige DDR-Bürger mit einbeziehen, auf zwei Aspekte Bezug nehmen. Einmal muss sie berücksichtigen, dass die ostdeutsche Mehrheitsbevölkerung den Holocaust nicht als Teil ihrer Geschichte begreift und zum anderen muss sie das jahrzehntelange verschweigende Reden mitthematisieren.

Wird in gegenwärtiger Erinnerungsarbeit das Antifaschismus-Konzept der DDR ausgeblendet, so setzt man die Teilung Deutschlands in diesem Punkt fort. Erinnerungsarbeit muss den ostspezifischen Umgang in ihre aktuelle Arbeit miteinbeziehen, will sie ost- und westdeutsche Bürger gleichermaßen erreichen.

Die Aktualität des Antifaschismus der DDR ergibt sich aus den von uns aufgezeigten Verbindungslinien zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit, zu einer antifaschistischen Weltanschauung und zu einer gesamtdeutschen Erinnerungsarbeit. Die Aktualität ergibt sich auch daraus, dass noch viele offene Fragen im Raum stehen oder noch gar nicht gestellt werden konnten. Auch für uns sind einige unserer Fragen am Ende dieser Arbeit unbeantwortet geblieben:

- Mag es einen Einklang von Mehrheitsbevölkerung und Herrschaftsapparat der DDR unter dem Dach des Antifaschismus gegeben haben, so besagt das nicht, dass sich ein solcher Einklang in allen Bereichen dieser Gesellschaft wiederfinden lässt. Wo hat es diesen Einklang im Gemeinwesen der DDR nicht gegeben?
- Unsere Thesen sind Produkte theoretischer Überlegungen. Würden sich die Ergebnisse unsere Arbeit empirisch belegen lassen?
- Ist ein Vergessen der Täter, ein verschweigendes Reden grundlegend notwendig gewesen, um nach 1945 einen neuen Staat aufbauen zu können?
- Brauchte die Ausweitung des Stalinismus nach 1945 auf die DDR und andere Ostblockstaaten gerade das Wissen um ihre Täterschaft bzw. Beteiligung am Nationalsozialismus?
- Hätte die DDR ohne den bindenden Antifaschismus vierzig Jahre lang existieren können?
- Inwiefern lässt sich auch im Jahr 2000 ein spezifisch ostdeutscher Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit feststellen? Könnte man durch eine empirische Untersuchung Parallelen zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der DDR finden?

Die Aktualität des Antifaschismus der DDR macht eine intensive und fortführende Auseinandersetzung auf einer gesamtdeutschen Ebene erforderlich.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------------------|---|
| AdsD | Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung |
| APuZ | Aus Politik und Zeitgeschichte |
| BRD | Bundesrepublik Deutschland |
| CDU | Christlich-Demokratische Union |
| ČSSR | Tschechoslowakische Sozialistische Republik |
| DBD | Demokratische Bauernpartei Deutschlands |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| FDGB | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund |
| FDJ | Freie Deutsche Jugend |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschland |
| KpdSU | Kommunistische Partei der Sowjetunion |
| LB | Lehrbuch |
| LDPD | Liberal-Demokratische Partei Deutschlands |
| MAAdDDR | Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR |
| ND | Neues Deutschland (Zentralorgan der SED) |
| NDPD | National-Demokratische Partei Deutschlands |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| OdF | Opfer des Faschismus |
| SA | Sturmabteilung |
| SAPMO-Barch | Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone |
| SD | Sicherheitsdienst |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SMAD | Sowjetische Militäradministration in Deutschland |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| SS | Schutzstaffel |
| SU | Sowjetunion |
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken |
| USA | United States of America |
| VVN | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes |
| ZK | Zentralkomitee |

Literaturliste

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung: Dokumente der SED, Bd. II, S. 84f. (zitiert: AdsD 0051)

Arendt, Hannah: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München 1981

Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. München 1986, (1986a)

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München 1986, (1986b)

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München 1996⁵, (1996a)

Arendt, Hannah: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München 1996⁸, (1996b)

Attia, Iman u.a. (Hrsg.): Multikulturelle Gesellschaft. Monokulturelle Psychologie? Antisemitismus und Rassismus in der psychosozialen Arbeit. Tübingen 1995

Barthes, Roland: Mythen des Alltags. Frankfurt Main 1964

Brecht, Bertolt: Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band. Frankfurt Main 1999¹⁰

Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): SBZ von A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. (Redaktion Günther Fischbach). Bonn 1953 ff.

Burgauer, Erica: Zwischen Erinnerung und Verdrängung - Juden in Deutschland nach 1945. Reinbek 1993

Butterwege, Christoph/Isola, Horst (Hrsg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinungen oder Gefahr für die Demokratie. Bremen/Berlin 1991

Butzmann, Gerhard u.a. (Hrsg.): Jugendlexikon a-z. Leipzig 1982¹¹

Danyel, Jürgen: Vom schwierigen Umgang mit der Schuld. Die Deutschen in der DDR und der Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 10, 1992, S. 915-928

Danyel, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Berlin 1995

Danyel, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR. In: Danyel (Hrsg.) 1995, S. 31-46

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Baden-Baden 1995

Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut (Hrsg.): Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung. Berlin 1969 (**zitiert: Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung, Berlin 1969**)

Deutsche Volkszeitung, Nr. 01 vom 13.06.1945

Deutsche Volkszeitung, Nr. 18 vom 03.07.1945

Deutsche Volkszeitung, Nr. 91 vom 26.09. 1945

die tageszeitung vom 17.09.1988, S. 7 (**zitiert: taz vom 17.09.1988**)

Diner, Dan: Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis. Berlin 1995

dtv: Lexikon in 20 Bänden. Mannheim/München 1997 (**zitiert: dtv Bd. x, 1997, S. x**)

Emrich, Pascal: Antifaschismus und Bekenntnis zum Frieden. In: Kühnhardt (Hrsg.) 1994, S. 234-239

Faulenbach, Bernd: Protokoll der 30. Sitzung: Antifaschismus und Rechtsradikalismus. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995, Bd.1, S. 101-110 u. 166-69

Finker, Kurt: Zwischen Integration und Legitimation. Der antifaschistische Widerstandskampf in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR. Schkeuditz 1999

Fippel, Günter: Protokoll der 30. Sitzung: Antifaschismus und Rechtsradikalismus. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.) 1995, Bd.1, S.110-119

Forschungsbericht der „Arbeitsgruppe Berlin“: Grundfragen zur Bildungsgeschichte der DDR und zur Bildungsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern 1990-91. Frankfurt Main 1992

Freud, Sigmund: Psychoanalyse. Ausgewählte Schriften. Leipzig 1984

Frindte, Wolfgang: Sozialpsychologische Anmerkungen zur Entwicklung rechtsradikaler Tendenzen in der DDR. In: Butterwege/Isola (Hrsg.): 1991

Fühmann, Franz: Antwort auf eine Umfrage. In: Simon (Hrsg.) 1987, S. 8ff.

Füllberg-Stolberg, Claus: Die Darstellung der UdSSR nach 1945 in Geschichtsbüchern der BRD. Eine empirische Inhaltsanalyse. Göttingen 1981

Giordano, Ralph: Deutschland, deine Täter! In: die tageszeitung 16.11.1992, S. 3

Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. (Neuausgabe) Hamburg 1998

Griese, Christiane/Marburger, Helga: Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR. Frankfurt Main 1995

Groehler, Olaf: Antifaschismus. Vom Umgang mit einem Begriff. In: Herbert/Groehler 1992, S. 29-40

Groehler, Olaf: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR. In: Moltmann (Hrsg.) 1993, S. 47-65

Groehler, Olaf: Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Danyel (Hrsg.) 1995, S. 17-30

Grossmann, Kurt: Die Ehrenschild. Kurzgeschichte der Wiedergutmachung. Frankfurt Main 1967

Grunenberg, Antonia: Antifaschismus-ein deutscher Mythos. Reinbek 1993

Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Köln 1992

Herbert, Ulrich/Groehler, Olaf: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten. Hamburg 1992

Herbert, Ulrich: Zweierlei Bewältigung. In: Herbert/Groehler 1992, S. 7-27

Kohlstruck, Michael: Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen. Berlin 1997

Kühnhardt, Ludger (Hrsg.): Die doppelte Diktaturerfahrung: Drittes Reich und DDR- ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich. Frankfurt Main u.a. 1994

Kühnrich, Heinz: „Verordnet“ - und nichts weiter? Nachdenken über den Antifaschismus in der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 9, 1992, S. 819-833

Kulturamt Prenzlauer Berg; Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. (Hrsg.): Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert. Berlin 1992

Lehrbuch Geschichte. Klasse 9. Berlin 1987 (zitiert: **LB 1987, S. x**)

Lehrplan für den Geschichtsunterricht. Klasse 3 bis 10. Berlin 1988

Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968. In: Danyel (Hrsg.) 1995, S. 61-86

Leo, Annette: Antifaschismus und Kalter Krieg. In: Kulturamt Prenzlauer Berg; Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. (Hrsg.) 1992, S. 143-153

Leo, Annette: Antifaschismus und Kalter Krieg. Eine Geschichte von Einengung, Verdrängung und Erstarrung. In: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg/Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 1995, S. 178-181

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1990

Mählert, Ulrich: Parteisäuberungen in der SED. In: Weber/Mählert 1998

Marienfeld, Wolfgang: Geschichte im Lehrbuch der Hauptschule. Stuttgart 1972

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MAAdDDR)/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.): Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968 (zitiert: MAAdDDR 1968)

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg/Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Geschichte wird Erinnerung. Zum 50. Jahrestag der Befreiung im Land Brandenburg. Potsdam 1995

Moltmann, Bernhard (Hrsg.): Erinnerung: Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost. Frankfurt Main 1993

Neues Deutschland vom 04.01.1953, S. 5

Neues Deutschland vom 07.10.1969, S. 6

Pohlmann, Friedrich: Marxismus-Leninismus-Kommunismus-Faschismus: Aufsätze zur Ideologie und Herrschaftsstruktur der totalitären Diktaturen. Pfaffenweiler 1995

Rauschenbach, Brigitte: Erinnern. Wiederholen. Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden. Berlin 1992

Roeder, Michael: Zum Wandel des Polenbildes in bundesdeutschen Geschichtsschulbüchern. Eine ideologiekritische Untersuchung ausgewählter Schulbücher zwischen 1949 und 1991. Aachen 1994

Rommespacher, Birgit: Schuldlos - Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen. Hamburg 1994

Rommespacher, Birgit: Rassismus und Antisemitismus - Wer ist betroffen?. In: Attia, Iman u.a. (Hrsg.) 1995, S. 5-17

SAPMO-Barch, ZPA, V 278/2/27

Schneider, Ulrich: Zukunftsentwurf Antifaschismus: 50 Jahre Wirken der VVN für „eine neue Welt des Friedens und der Freiheit“. Bonn 1997

Schubarth, Wilfried/ Schmidt, Thomas: „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Heinemann/Schubarth (Hrsg.) 1992, S. 12–28

Schubarth, Wilfried: Antifaschismus in der DDR-Mythos oder Realität? In: Rauschenbach (Hrsg.) 1992, S. 172–179

Schwan, Gesine: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens. Frankfurt am Main 1997

Simon, Horst: Zwischen Erzählen und Schweigen. Franz Fühmann zum 65. Rostock 1987

Stein, Gerd/Schallenberger, Horst E. (Hrsg.): Schulbuchanalyse und Schulbuchkritik. Im Brennpunkt: Juden, Judentum und Staat Israel. Duisburg 1972

Theweleit, Klaus: Das Land, das Ausland heißt. Essays, Reden, Interviews zu Politik und Kunst. München 1995

Thürmer-Rohr, Christina: Hannah Arendt - Übungen im politischen Denken. TU-Berlin Skript

Thürmer-Rohr, Christina (Hrsg.): Gedächtniskultur - Frauen und Nationalsozialismus. TU-Berlin WS 1999

Timm, Angelika: DDR - Israel. Anatomie eines gestörten Verhältnisses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 4, 1993, S. 46-54

Volkskammer der DDR. 10. Wahlperiode. Teil II: Protokolle. Bd. 27, Berlin 1990

Volkskammer der DDR. 2. Tagung vom 12.04.1990. In: Volkskammer der DDR. 10. Wahlperiode. 1990, S. 23

Volkskammer der DDR. Sondertagung vom 08.05.1990. In: Volkskammer der DDR. 10. Wahlperiode. 1990, S. 137-139

Waterkamp, Dietmar: Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR. Eine historisch-systemtheoretische Untersuchung. Köln/Wien 1985

Weber, Herrmann/Mählert, Ulrich: Terror. Stalinistische Säuberungen 1936-1953. Paderborn 1998

Weber, Herrmann: Geschichte der DDR. München 1999

Wenzel, Gisela: Vorwärts und schnell vergessen. In: Kulturamt Prenzlauer Berg; Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. (Hrsg.) 1992, S. 125-134

Wiegmann, Ulrich: Verordneter Antifaschismus und Antifaschistische Erziehung in der (ehemaligen) DDR. In: Forschungsbericht der „Arbeitsgruppe Berlin“ 1992, S. 77–105

Wippermann, Wolfgang: Antifaschismus in der DDR: Wirklichkeit und Ideologie. In: Beiträge zum Widerstand. Informationszentrum Berlin, Heft 16, 1980, S. 2–19

Wolf, Christa: Reden im Herbst. Berlin/Weimar 1990

Zimmermann, Michael: Der antifaschistische Mythos der DDR. In: Kulturamt Prenzlauer Berg; Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. (Hrsg.) 1992, S. 135-142